

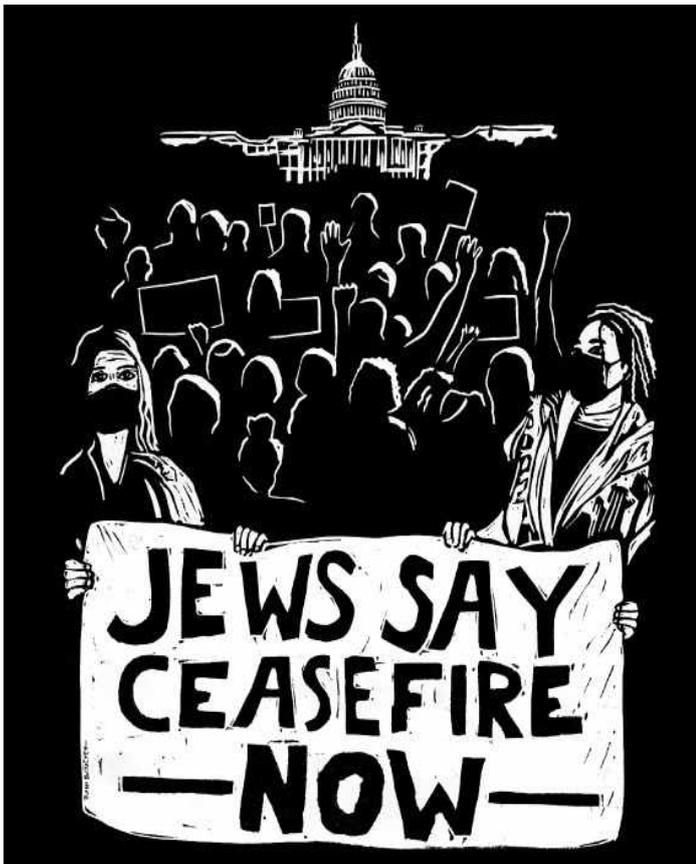
Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

GAZA

Sondernummer 2, Dezember 2023



Refaat Alareer, Gaza, Dezember 2023

If I must die,
you must live
to tell my story
to sell my things
to buy a piece of cloth
and some strings,
(make it white with a long tail)
so that a child, somewhere in Gaza
while looking heaven in the eye
awaiting his dad who left in a blaze—
and bid no one farewell
not even to his flesh
not even to himself—
sees the kite, my kite you made,
flying up above
and thinks for a moment an angel is there
bringing back love
If I must die
let it bring hope
let it be a tale.

Waffenstillstand in Gaza!

Menschenrechte gelten für ALLE!

Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind

In dieser zweiten Sondernummer über Gaza stellen wir erneut Analysen vor, die Wege zum gerechten Frieden für Palästinenser und Israelis aufzeigen, und veröffentlichen Stimmen, die vom herrschenden Narrativ einer bedingungslosen Unterstützung der israelischen Regierung abweichen.

Somit geben wir Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort, in der Hoffnung, zu einer differenzierten Sicht beizutragen und die friedensbewegten Menschen in Israel und Palästina zu unterstützen. Die SiG-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Attac Österreich: Stoppt das Töten im Nahen Osten!..3	
Medico International: Den Horror in Gaza beenden...4	
Gaza: „Die Hölle auf Erden“5	
Martin Griffiths, UN: Eine humanitäre Krise, die in jeder Hinsicht untragbar ist.....5	
Martin Griffiths, UN, zu Gaza.....7	
Berichte8	
Refaat Alareer: „Wenn ich sterben muss“11	
We are not numbers.....11	
UN-Vollversammlung für Waffenstillstand.....12	
Weltweit Proteste in Solidarität mit Palästina.....13	
Hafenarbeitergewerkschaften in Griechenland Solidarität mit dem palästinensischen Volk.....14	
Europäische Gewerkschaftsinitiative für Gerechtigkeit in Palästina.....15	
Westjordanland unter israelischer Besatzung	
Lena Schmailzl, Ramallah Westjordanland: Israels industrielle Reservearmee.....17	
Apartheid gegen die Palästinenser*innen Forderungen von Amnesty International.....18	
Erklärung von Holocaust- und Völkermordforschern zur Massengewalt in Israel und Palästina.....20	
Keine Waffenlieferungen!22	
Großbritannien: Eltern protestieren gegen Waffenlieferanten.....22	
Beendigung der Komplizenschaft bei internationalen Verbrechen: ein zweiseitiges Waffenembargo gegen Israel.....23	
David Goeßmann: Warum akzeptierte Netanjahu einen Geisel-Deal, den er wochenlang ablehnte?.....26	
Palästinensische und israelische Stimmen	
Nada Abu Tarbush, Vertreterin des Staates Palästinas: Never again is NOW.....28	
Aufruf von palästinensischen und israelischen Müttern für Frieden.....30	
Benzion Sanders: Ich kämpfte für die IDF im Gazastreifen. Das brachte mich dazu, für den Frieden zu kämpfen.....31	
Zochrot, Israel: Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.....32	
Lindsey, Mitglied von Ir Amim: Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Israel und Palästina in Jerusalem.....34	
Frieden im Nahen Osten35	
J. D. Sachs: "Sicherheitsrat sollte Kriege beenden" ..35	
Pax Christi: Waffenstillstand jetzt! Nach einer politischen Lösung suchen!35	
Craig Mokhiber, UN: 10 Punkte-Plan für die Menschenrechte und den Frieden.....36	
Greta Thunberg, FFF Schweden: Wir werden nicht aufhören, über das Leid in Gaza zu sprechen.....39	
Iris Hefets und Nadija Samour: Gegen die Kriminalisierung der Solidarität mit den Palästinensern.....40	
Es droht ein Völkermord41	
Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V.: Eine Sprache, die man noch nie gehört hat.....41	
BIP: Welchen Plan gibt es für Gaza?.....43	
Israelisches Ministerium für Geheimdienste: Optionen für eine Politik gegenüber der Zivilbevölkerung im Gazastreifen.....45	
BIP: Völkermord in Gaza.....48	
Geschichtlicher Rückblick50	
N. Paech: 75 Jahre Israel – 75 Jahre Naqba.....50	
P. Khalfa: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit.....56	
Domenico Losurdo: „Die zionistische Idee“ als „koloniale“ Idee: Herzl und Rhodes.....59	
Ilan Pappé: Warum Israel den Kontext und die Geschichte des Krieges gegen Gaza auslöschen will....60	
Louis Barathon: Likud und Hamas: Die Geschichte einer gegenseitigen Stärkung.....62	
Urs P. Gasche: Netanyahu hat die Hamas für seine Strategie missbraucht.....66	
Deutschlands Politik	
Fabian Scheidler: Gaza: Wie sich Deutschland von der Welt und vom Völkerrecht isoliert.....67	
Attac-Radio, Kassel: Diskussionsveranstaltung „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“.....68	
Israel - Handfeste wirtschaftliche Interessen.....69	
German Foreign Policy: Bundesregierung lehnt Waffenstillstand im Gaza-Krieg weiterhin ab.....69	
I. Schellmann: Ein Kommentar zum Essay von Judith Butler „Ein Kompass der Trauer“70	
Hinweise auf Websites und Veröffentlichungen.....71	
Rachel Goldberg-Polin: One tiny seed72	

Quelle des Bildes auf der ersten Seite: <https://www.jewishvoiceforpeace.org/resource/ceasefire/>
27.12.2023

Gaza-Sondernummer 1, Oktober 2023:

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit! Keine Gerechtigkeit ohne Entkolonialisierung

weitere Dokumente: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Stoppt das Töten im Nahen Osten!

Wer das Leid des anderen leugnet, wird am Frieden scheitern

19. Oktober 2023 - Wir sind erschüttert über die unfassbare Eskalation der Gewalt sowie die Tötung und das Leid tausender Menschen im Nahen Osten.

Unser Mitgefühl gilt allen Opfern auf israelischer und palästinensischer Seite.

Die von der Hamas am 7. Oktober verübten Massaker an israelischen Zivilist*innen und die folgenden Geiselnahmen sind ein unfassbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sind durch nichts zu relativieren, durch nichts zu rechtfertigen und aufs Schärfste zu verurteilen.

Die darauf folgenden und anhaltenden Bombardierungen der Bevölkerung von Gaza mit tausenden Todesopfern, die Blockade lebenswichtiger Güter wie Lebensmittel, Wasser, Strom und Medikamenten, der [Einsatz von weißem Phosphor](#) gegen Zivilist*innen und die Vertreibung Hunderttausender aus dem Norden Gazas ist durch nichts zu relativie-

ren, durch nichts zu rechtfertigen und aufs Schärfste zu verurteilen.

Den [Verbrechen auf beiden Seiten](#) kann nur mit dem Beharren auf völkerrechtlichen Grundsätzen und universellem Humanismus begegnet werden. Niemals dürfen Menschen kollektiv für die Verbrechen anderer bestraft werden. Jedes Menschenleben zählt gleich viel. Kein Verbrechen rechtfertigt das andere.

Doch wir erleben derzeit das Gegenteil: Die Spirale der Gewalt und die Dehumanisierung von Palästinenser*innen oder Israelis, Jüdinnen und Juden oder Muslim*innen schreitet voran.

Der israelische Historiker und Genozid-Forscher Raz Segal beschreibt das aktuelle Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza-Streifen als „[Lehrbuchfall für Völkermord](#)“.

Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen

Diese Gewaltspirale muss durch internationalen Druck sofort gestoppt und ein Flächenbrand im Nahen Osten verhindert werden. Wir schließen uns der [Forderung der UNO](#) und zahlreichen internationalen [Menschenrechts](#)-, [Friedens](#)- und [Hilfsorganisationen](#) an, das Töten sofort durch einen Waffenstillstand zu beenden und humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Wir fordern sowohl die Freilassung von israelischen

Geiseln der Hamas als auch von Palästinenser*innen, die von Israel willkürlich festgehalten werden.

Es wird keinen dauerhaften Frieden ohne eine gerechte politische Lösung geben. „Jedes Kind, das heute in Gaza aus den Trümmern gezogen wird, wird in Zukunft nach noch radikaleren Mitteln rufen“, schreibt der Journalist Karim El Gawhary.

Österreich hat eine besondere Verantwortung

Österreich hat aufgrund seiner Schuld am Holocaust und der Verfolgung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung – denn die Gründung Israels ist auch eine Folge unserer Geschichte.

Die Verpflichtung des „Nie wieder“ muss universell gelten: für den Schutz von Jüdinnen und Juden genauso wie für den

Schutz von Palästinenser*innen. Wir verurteilen [Antisemitismus](#) unter dem Deckmantel der Israel-Kritik genauso wie die Unterstützung der Kriegsverbrechen Israels.

Die österreichische Regierung muss daher sowohl die Kriegsverbrechen der Hamas an israelischen Zivilist*innen als auch die [Kriegsverbrechen der israelischen Regierung](#) verurteilen.

Wer das Leid des anderen leugnet, wird am Frieden scheitern

Selbstverständlich darf der historische und politische Kontext des jahrzehntelangen Konflikts nicht ausgeklammert werden. „Kontext ist nicht gleich Rechtfertigung oder Verharmlosung, sondern die Grundlage jeder ernstzunehmenden moralisch-politischen Bewertung“, schreibt der deutsche Journalist Hanno Hauenstein. Verstehen ist nicht gleich Verständnis.

Doch der Diskurs über den historischen und politischen Kontext ist umkämpft. Und beide Seiten pochen auf ihre Sicht. Es ist ein Faktum, dass die Palästinenser*innen jahrzehntelanger Vertreibung, Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind. Dazu zählt auch die Politik, die völkerrechtlich illegale Siedlungen im Westjordanland militärisch absichert und die Palästinenser*innen dort [unterdrückt und rechtlich diskriminiert](#). Die UNO sowie Friedens- und Menschenrechtsorganisationen weisen zudem seit vielen Jahren auf die Illegalität der Blockade Gazas hin.

Genauso ist ein Faktum, dass jüdische Israelis ihre eigene Existenz und die ihres Staates seit Jahrzehnten durch zahllose extremistische Angriffe, Selbstmordattentate, Raketenbeschuss und Vernichtungsdrohungen arabischer Staaten gefährdet sehen. Diese Aufzählung ließe sich lange fortführen.

Abseits davon gilt für beide Seiten EINE Wahrheit: Dass der mörderische Konflikt im Nahen Osten grauenhaft und unerträglich ist.

Wer das unermessliche Leid und die Realität des anderen leugnet, wird am Frieden scheitern. Jegliche Radikalisierung muss deutlich verurteilt werden. Kräfte, die zu Versöhnung und Empathie aufrufen, gibt es sie auf beiden Seiten. Diese Kräfte müssen durch Vermittlung und Druck der internationalen Gemeinschaft gestärkt werden.

Diesen Kräften für den Frieden gilt unsere ganze Solidarität!

<https://www.attac.at/news/details/stoppt-das-toeten-im-nahen-osten>

Medico International

Den Horror in Gaza beenden

Israel wird durch die Verbrechen der Hamas

nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden. Der Krieg muss enden.

10. November 2023 – medico international arbeitet seit Jahrzehnten mit Partnerorganisationen in Israel und Palästina. [...] Wir standen dabei immer auf der Seite der Unterdrückten und gleichzeitig auf der Seite der Idee von Verständigung und der Suche nach einer nicht-nationalistischen Perspektive. Trotz dieser Erfahrungen mit politischer Gewalt und der Gewöhnung an Rückschläge und Niederlagen, die zuallererst die Realität unserer Partner:innen ist, stellt alles, was seit dem 7. Oktober geschehen ist, die herkömmlichen Strategien, Gewissheiten und Sicherheiten in Frage. Wir hören Horrorgeschichten von Tod, Gewalt und Verzweiflung, die kaum auszuhalten sind, obwohl wir sie nicht selbst durchleben müssen.

Wir stehen auch heute an der Seite unserer Partner:innen in Israel und Palästina, so gut, wie das gerade möglich ist. Und es ist nicht gut möglich. Denn sie sind verzweifelt, am Ende und todtraurig. Sie sind umgeben von Angst und Tod. Sie schlafen nicht, haben keinen Strom und es explodiert tagtäglich die Welt um sie herum. Sie versuchen und mit ihnen wir, sich nicht der herrschenden Kriegslogik und den falschen Dichotomien zu beugen. Doch das heißt nicht, dass wir unparteiisch wären, im Gegenteil.

Und deshalb sprechen wir jetzt und heute von Gaza, von dem die ganze Zeit gesprochen wird und über dem dennoch ein unerträgliches Schweigen liegt. Und wir sprechen mit Dringlichkeit, denn der Horror von Gaza findet jetzt statt. Er ist kein Ereignis der Vergangenheit, er ist ein Geschehen. Und er muss aufhören. Sofort.

Fast alle Argumente, die vor zwei, drei, vier Wochen vielleicht noch überzeugend waren oder klangen, sind es heute nicht mehr. Israels Armee ist außer Kontrolle, außerhalb der Verhältnismäßigkeit und außerhalb völkerrechtlicher und wertegeliteter Bahnen. **Die Menschen in Gaza durchleben seit Wochen die blanke Hölle** und kein Tunnel unter ihnen rechtfertigt die Fortsetzung dieses Alptrahms. Seit dem 7. Oktober finden flächendeckende Angriffe auf alle Teile Gazas statt, die etwa die Hälfte aller Wohnhäuser beschädigt, zerstört oder bis auf weiteres unbewohnbar gemacht haben. 1,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, so viele wie noch nie in Palästina. Sichere Zufluchtsorte gibt es nicht, bombardiert wird überall. Ganze Familien werden durch Luftangriffe ausgelöscht.[...]

Schon vor dem verheerenden Überfall der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppierungen auf Israel waren in Gaza rund 80 Prozent der Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. 65 Prozent der Bevölkerung litten unter Ernährungsunsicherheit, die hohe Arbeitslosigkeit hatte zwei Drittel unter die Armutsgrenze gedrückt. Die Bevölkerung, von der etwa die Hälfte Kinder und Jugendliche sind, hatte schon keine Perspektive, bevor die vollständige militärische Belagerung begann.

Am 9. Oktober ordnete Israels Verteidigungsminister dann die Abschaltung der Strom- und Wasserversorgung sowie die Einstellung aller Warenlieferungen einschließlich Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff an. Davor kamen täglich im Schnitt 500 Lastwagen nach Gaza. Das ist der Bedarf, um das Gebiet zu versorgen. Als „humanitäre Gesetze“ der israelischen Regierung wurden bis zum 7. November insgesamt 650 LKW nach Gaza gelassen.[...] Die Folgen des jetzigen Krieges sind für die Versorgung der Menschen katastrophal. [...]

Die Einhaltung des Völkerrechts gewährleisten

[...] Die deutsche Bundesregierung ist ein politischer Akteur und trägt Verantwortung. Bundeskanzler Scholz war der erste Regierungschef, der Israel nach dem 7. Oktober besuchte, die Bundesregierung und die gesamte Parteilandschaft in Deutschland haben sich solidarisch mit Israel – was in dieser Situation auch bedeutet: solidarisch mit dem Krieg gegen Gaza – gezeigt und die Bundesregierung hat hierfür einen Freifahrtschein ausgestellt, der sich moralisch aus dem blutigen Überfall des 7. Oktobers ableiten soll.

Fraglos haben sich die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppierungen schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht und müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden. Nach wie vor beschießen sie unterschiedslos Ziele in Israel und halten Zivilpersonen als Geiseln fest. Israel wird durch diese Verbrechen jedoch nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden. Die vollständige unterschiedslose Abriegelung der gesamten Küstenenklave und die weitgehende Vorenthaltung humanitärer Hilfe nimmt die palästinensische Zivilbevölkerung insgesamt in Haft für die Verbrechen jener Gruppen. **Gezielte Angriffe auf nicht militärische Infrastruktur und die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen.**

Dem völkerrechtswidrigen Handeln muss schnellstmöglich ein Ende gesetzt werden. Die Bundesregierung muss, gemeinsam mit anderen Staaten, dringend entsprechenden **Druck auf die Kriegsparteien** ausüben, um ihrer völkerrechtlichen Verantwortung zur Verhütung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachzukommen. Sie sollte weiter die wichtige Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterstützen [...]

Ein politischer Horizont ist notwendig. Es ist an der Zeit, mit den Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan eine politische Perspektive zu entwickeln. Nur so kann Sicherheit jenseits der militärischen Macht geschaffen werden.

Rechte und Sicherheit wird es entweder für alle geben, oder aber für niemanden.

<https://www.medico.de/den-horror-in-gaza-beenden-19283>

10. Dezember 2023:

<https://www.medico.de/gegen-die-logik-der-gewalt-19319>

Gaza: „Die Hölle auf Erden“



Rafah, im Süden des Gazastreifens, 11. November 2023. (Abed Rahim Khatib/Flash90)
<https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>

Martin Griffiths, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten Eine humanitäre Krise, die in jeder Hinsicht untragbar ist Rede auf der informellen Plenarsitzung der UN-Generalversammlung zur humanitären Lage im Gaza-Streifen, 17. November 2023

„Wir bitten nicht um den Mond. Wir verlangen die grundlegenden Maßnahmen, die erforderlich sind, um die grundlegenden Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen und den Verlauf dieser Krise aufzuhalten.“

Martin Griffiths ist ein britischer Berufsdiplomat, der in vielen Funktionen für die Vereinten Nationen tätig ist. Seit 2021 ist er Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, UN-Nothilfekordinator und Leiter des OCHA, des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (aus Wikipedia [1](#) und [2](#)).

Herr Präsident, Ihre Exzellenzen,
[...] Die Art und das Ausmaß der zivilen Schäden sind charakteristisch für den Einsatz von Explosivwaffen mit großflächiger Wirkung in einem so dicht besiedelten Gebiet. Ich erinnere daran, dass morgen der erste Jahrestag der Verabschiedung der Politischen Erklärung zur Stärkung des Schutzes der Zivilbevölkerung vor den humanitären Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten ist. Es gibt keine bessere Erinnerung daran, wie wichtig es ist, dass diese Erklärung weltweit angenommen und umgesetzt wird.

[...] Achtzehn Krankenhäuser wurden seit Beginn der Feindseligkeiten geschlossen und evakuiert. Weitere fünf Krankenhäuser, darunter das Shifa, bieten nur äußerst eingeschränkte Leistungen für bereits aufgenommene Patienten an. [...] Wir alle haben in den letzten Tagen die Kämpfe in und um das Shifa-Krankenhaus gesehen. Es ist mir ein

Bedürfnis, noch einmal deutlich zu machen, dass nach dem humanitären Völkerrecht alle Parteien Zivilpersonen und zivile Objekte schützen müssen. Um die medizinische Versorgung von Verwundeten und Kranken zu gewährleisten, stehen Krankenhäuser unter besonderem Schutz. Das bedeutet, dass sie nicht dazu benutzt werden dürfen, militärische Ziele vor Angriffen zu schützen. Es bedeutet auch, dass, selbst wenn Krankenhäuser ihren Schutz verlieren, Warnungen und andere Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um Schaden von der Zivilbevölkerung abzuwenden, und natürlich sind unverhältnismäßige Angriffe streng verboten.

Im gesamten Gazastreifen, vor allem aber im Norden, gehen die Lebensmittel- und Wasservorräte bedrohlich zur Neige, und der Mangel an Treibstoff führt dazu, dass Kommunikation und andere wichtige Funktionen wie die Wasserentsalzung nach und nach ausfallen.

Jenseits der Grenze trauern die Zivilisten in Israel über die brutale Tötung von 1.200 Menschen und ertragen ihren eigenen Schmerz. Jeden Tag werden neue Einzelheiten über die Schrecken des 7. Oktober bekannt. Nach wie vor werden Raketen auf bewohnte Gebiete abgefeuert und Zehntausende von Menschen sind auf der Flucht. Fast 240 Geiseln, von Babys bis zu Achtzigjährigen, erleben den 41. Tag ihrer Gefangenschaft. Sie müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. In der Zwischenzeit müssen sie menschlich behandelt werden und Besuche des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz empfangen dürfen.

[...] In vielerlei Hinsicht scheint das humanitäre Völkerrecht auf den Kopf gestellt worden zu sein.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die am Mittwoch vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2712 (2023), in der bekräftigt wird, dass alle Parteien ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen müssen. Dies schließt sich natürlich an die klare Position an, die die Generalversammlung in ihrer Resolution vom 26. Oktober zum Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Israel eingenommen hat.

Zehn Punkte, die alle zum Standardrepertoire der humanitären Hilfe gehören

Heute Morgen möchte ich darlegen, was wir vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten als die notwendigen Voraussetzungen für die humanitäre Hilfe ansehen. Es handelt sich um zehn Punkte, die alle zum Standardrepertoire der humanitären Hilfe gehören. Die meisten von ihnen beruhen auf den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts, die Zivilbevölkerung zu schonen und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, unter anderem durch die Ermöglichung einer schnellen und ungehinderten Beförderung humanitärer Hilfsgüter.

Erstens: Wir müssen in der Lage sein, von der Ad-hoc-Hilfe zu einem kontinuierlichen Fluss der Hilfe überzugehen. Die Menschen in Not und die humanitären Organisationen brauchen die Gewissheit, dass die Hilfe ankommt.

Zweitens: Mehr Grenzübergänge nach Gaza für Hilfsgüter und kommerzielle Lieferungen von lebenswichtigen Gütern. [...]Zumindest brauchen wir die Erlaubnis, den Grenzübergang Kerem Shalom zu benutzen, über den vor Beginn der Feindseligkeiten im Oktober 60 Prozent der Waren geliefert wurden.

Drittens: Treibstoff. Wie wir wiederholt betont haben, ist Treibstoff für die Weiterleitung von Hilfsgütern in den Gazastreifen und für das Funktionieren lebenswichtiger Dienste von entscheidender Bedeutung. Mit anderen Worten, er ist unerlässlich, um die Menschen am Leben zu erhalten. In den letzten Tagen durfte das UNRWA 24.000 Liter Treibstoff für zwei Tage Verteilung von Hilfsgütern im Gazastreifen erhalten. Das ist zwar erfreulich, aber nur ein Bruchteil dessen, was benötigt wird,[...] Dazu ist das Zehnfache, also 200.000 Liter, pro Tag erforderlich.

Viertens: Wir brauchen Sicherheitsgarantien und zusätzliche Einrichtungen, um Verteilungszentren für Hilfsgüter einzurichten, insbesondere im Süden des Gazastreifens. [...]

Fünftens: Sicherer und ungehinderter Zugang für humanitäre Organisationen zur Lieferung von Hilfsgütern im gesamten Gazastreifen. Diese erfordert die Erleichterung des Zugangs und die Gewährleistung der Sicherheit des humanitären Personals und der Hilfsgüter.

Das bringt mich zu **Sechstens:** Ein verbessertes humanitäres Notifizierungssystem. Damit soll sichergestellt werden, dass die Parteien über die Informationen verfügen, die sie benötigen, um ihren Verpflichtungen zum Schutz und zur Erleichterung humanitärer Maßnahmen nachzukommen.

Siebtens: Die Zivilbevölkerung muss die Möglichkeit haben, sich in sicherere Gebiete zu begeben und, wenn die Umstände es zulassen, freiwillig in ihre Wohnorte zurückzukehren.

Dies steht in direktem Zusammenhang mit **Punkt acht:** Wir müssen die Zahl der Notunterkünfte für vertriebene Zivilpersonen im gesamten Gazastreifen erhöhen. Hunderttausende haben bisher in UNRWA-Einrichtungen Zuflucht gefunden. Diese Unterkünfte und die heldenhaften Bemühungen des UNRWA waren für so viele dieser Menschen der Puffer zwischen Überleben und Tragödie. Aber diese Einrichtungen sind überfüllt, überlastet und überfordert. [...]

Neuntens: Finanzierung. Humanitäre Maßnahmen können nicht durchgeführt werden, wenn kein Geld für ihre Finanzierung vorhanden ist. Der Nothilfeaufruf für Gaza beläuft sich auf 1,2 Milliarden Dollar. Bislang haben wir rund 132 Millionen Dollar erhalten. [...]

Zehntens: Ein humanitärer Waffenstillstand. Nennen Sie es, wie Sie wollen, aber aus humanitärer Sicht ist die Forderung einfach. Stellen Sie die Kämpfe ein, damit sich die Zivilbevölkerung in Sicherheit bringen kann. Tun Sie dies so lange wie möglich, um eine ungehinderte humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Gönnen Sie den Menschen in Gaza eine Atempause von den schrecklichen, schrecklichen Dingen, die ihnen in den letzten Wochen zugemutet wurden. Und lassen Sie bedingungslos alle Geiseln frei.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir den vollen Einfluss der UN-Mitgliedschaft. Wir bitten nicht um den Mond. Wir verlangen die grundlegenden Maßnahmen, die erforderlich sind, um die grundlegenden Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen und den Verlauf dieser Krise aufzuhalten. Denn so schlimm die Lage in Gaza auch ist, sie könnte noch viel schlimmer werden. Ich habe echte Bedenken, dass dieser Konflikt, wenn wir jetzt nicht handeln, seine Ranken weiter in andere Teile der besetzten palästinensischen Gebiete ausbreiten und die Region in einen Flächenbrand mit noch katastrophaleren Folgen ziehen könnte. Ich danke Ihnen.

Übersetzung der SiG-Redaktion; Original:[unocha.org](https://www.unocha.org) - [Vollständiger Text](#) auf der Sonderseite von „Sand im Getriebe“

Martin Griffiths, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator, zu Gaza

New York, 1. Dezember 2023

Die vergangene Woche hat uns vor Augen geführt, was passieren kann, wenn die Waffen schweigen.

Die heutige Situation in Khan Younis ist eine schockierende Erinnerung daran, was passiert, wenn sie nicht verstummen.

In den vergangenen sieben Tagen wurden Geiseln freigelassen, Familien wieder zusammengeführt und mehr Patienten medizinisch versorgt.

Der Umfang der Hilfslieferungen nach und durch Gaza nahm zu. Auch wenn sie kaum zur Deckung des Bedarfs beitrugen, konnten die Hilfsorganisationen doch einige Grundversorgungsgüter bereitstellen, Gebiete erreichen, die seit Wochen von der Außenwelt abgeschnitten waren, und den schwer traumatisierten Familien eine Atempause verschaffen.

Berichten zufolge wurden heute innerhalb weniger Stunden zahlreiche Menschen getötet und verletzt. Die Familien wurden erneut zur Evakuierung aufgefordert. Die Hoffnungen wurden zerschlagen.

Seit fast zwei Monaten dauern die Kämpfe an, und die Kinder, Frauen und Männer in Gaza sind in größter Angst. Sie haben keinen sicheren Ort, an den sie gehen können, und es gibt nur sehr wenig, wovon sie überleben können. Sie leben inmitten von Krankheit, Zerstörung und Tod. Das ist inakzeptabel.

Wir müssen die Fortschritte bei der Bereitstellung von Hilfsgütern aufrechterhalten - und darauf aufbauen. Die Zivilbevölkerung und die lebenswichtige Infrastruktur, auf die sie angewiesen ist, müssen geschützt werden.

Die verbleibenden Geiseln müssen sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Wir brauchen einen humanitären Waffenstillstand. Die Kämpfe müssen aufhören.

Quelle: ochaopt.org

Auch:

Martin Griffiths: [Transcript of Press Briefing](#) on the Humanitarian Situation in Gaza, Geneva, 7 December 2023

10.12.2023 - [Statement](#) by the United Nations Resident and Humanitarian Coordinator in the Occupied Palestinian Territory, Lynn Hastings, on International Human Rights Day

[WHO adopts resolution](#) on access for lifesaving aid (11.12.2023) - Bericht von peoplesdispatch.org

“[...] without a ceasefire, there is no peace. And without peace, there is no health.”

(WHO-Generaldirektor Tedros)

Karin Leukefeld: Vereinte Nationen beklagen getötete Mitarbeiter

[Jungewelt](#), 14. November 2023 - Weltweit haben Büros der Vereinten Nationen am Montag ihre Fahnen auf halbmast gesenkt. Mit einer Schweigeminute wurde der 109 Kolleginnen und Kollegen gedacht, die beim israelischen Bombardement des Gazastreifens getötet worden waren. Es handele sich um den bisher verlustreichsten Konflikt für die UNO, hieß es am Sitz des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA), das seit dem 7. Oktober 101 Mitarbeiter verloren hat. Weitere UN-Organisationen haben acht Tote zu beklagen. Lehrer, Ärzte, Psychologen, Pfleger, Techniker und Ingenieure, die für die Vereinten Nationen gearbeitet hätten, seien getötet worden, während sie für Brot anstünden, mit ihren Familien zu Hause waren, beim Einsatz in Schulen oder in Schutzräumen, wo die Menschen aus Gaza Zuflucht gesucht hätten. Der israelische UN-Botschafter in New York hatte am Sonnabend erklärt, die getöteten UNRWA-Mitarbeiter seien Mitglieder der Hamas gewesen. Juliette Touma, Sprecherin des UNRWA, sagte, alle Mitarbeiter würden jährlich von der Besatzungsmacht Israel überprüft. Es habe keine Beanstandungen gegeben. Der Tod der UNRWA-Mitarbeiter stehe »für das, was den Menschen in Gaza geschieht«, so Touma. »Sie und alle Zivilisten im Gazastreifen hätten nie getötet werden dürfen.« (...)



24.11.2023, peoplesdispatch.org

Beschäftigte des Gesundheitswesens und Medizinstudenten haben sich versammelt, um ein Ende der völkermörderischen Bombardierung des Gazastreifens durch Israel zu fordern. Sie haben insbesondere die Angriffe auf die Gesundheitsinfrastruktur und das Personal verurteilt.

«Frauen und Kinder als Kollateralschaden» in Gaza unter Kritik

Urs Gasche, [infosperber](#), 4.12.2023

[...] Israel gab an, bis zur Waffenruhe mehr als 15'000 Ziele angegriffen zu haben. [...] «Israels freizügiger Einsatz sehr grosser Waffen in dichten städtischen Gebieten, einschließlich von 2000-Pfund-Bomben aus den USA, die ein Wohnhochhaus platt machen können, ist nach Ansicht einiger Experten überraschend.» Die NYT zitiert Marc Garlasco, Militärberater der niederländischen Organisation [PAX](#) und ehemaliger leitender Geheimdienstanalyst im Pentagon: «Das übersteigt alles, was ich in meiner Karriere gesehen habe. Um einen historischen Vergleich für so viele grosse Bombenabwürfe in einem so kleinen Gebiet zu finden, müssen wir vielleicht nach Vietnam oder in den Zweiten Weltkrieg zurückgehen.»

In den ersten zwei Wochen des Krieges seien etwa 90 Prozent der von Israel im Gazastreifen abgeworfenen Munition satellitengesteuerte Bomben mit einem Gewicht von 1000 bis 2000 Pfund gewesen, zitiert die NYT einen hochrangigen US-Militärbeamten. [...]

In einem dokumentierten Fall setzte Israel am 31. Oktober während eines Luftangriffs auf Jabaliya, ein dicht besiedeltes Gebiet mit einem Flüchtlingslager nördlich von Gaza-Stadt, mindestens zwei 2000-Pfund-Bomben ein, die – laut einer NYT-Analyse von Satellitenbildern, Fotos und Videos – Gebäude platt machten und Einschlagskrater von 12 Meter Breite erzeugten. [Airwars](#) bestätigte unabhängig, dass dabei mindestens 126 Zivilisten getötet wurden, mehr als die Hälfte von ihnen Kinder.

Im [ersten Zusatzprotokoll](#) zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte heisst es:

«Es ist verboten, Waffen, Geschosse und Material sowie Methoden der Kriegführung zu verwenden, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen.» [...]

Gaza: Ein Reporter im Krieg

[ARTE Reportage](#), Dezember 2023

[...] Der Reporter und Kameramann Mohammed Alaloul arbeitet für die türkische Nachrichtenagentur Anadolu. Täglich schickt er seine Bilder vom Krieg in seiner Heimat Gaza in die Türkei, von wo sie dann weiter ihren Weg in die Medien der ganzen Welt finden können.

Am 4. November ist er gerade bei Dreharbeiten, als er erfährt, dass in der Nähe seiner Wohnung Bomben einschlugen. An diesem Tag sterben vier seiner Kinder in den Trümmern des Wohnhauses. Drei seiner Brüder, eine Schwester und drei Neffen kommen ebenfalls ums Leben. Mohammed entscheidet sich, mitten in der tiefsten Trauer, trotz alledem, weiter als Reporter zu arbeiten. Aus einem einfachen Grund, er sagt: „Die westlichen Medien erzählen die israelische Geschichte, aber wir hier müssen die palästinensische Geschichte erzählen.“

German Foreign Policy „Hölle auf Erden“

15.12.2023 - [gesamter Text](#) - Die humanitäre Krise im Gazastreifen spitzt sich stets weiter zu. 85 Prozent der Bevölkerung mussten ihre Wohnungen verlassen und sind auf der Flucht. Die Zahl der **Todesopfer** unter den Palästinensern nähert sich mittlerweile 19.000, darunter nach Angaben der Behörden im Gazastreifen rund zwei Drittel Frauen und Kinder.[1] Mehr als 50.000 Menschen wurden verletzt, viele davon schwer. **Eine angemessene Behandlung der Verletzungen ist kaum noch möglich**, da die Krankenhäuser im Gazastreifen in vielen Fällen beschädigt sind und nicht mehr angemessen mit ärztlichem Bedarf und Medikamenten versorgt werden können. Längst müssen zahlreiche Operationen ohne Narkose durchgeführt werden.

Laut UN-Angaben leidet die Hälfte der Bevölkerung akut an Hunger; Krankheiten, die durch katastrophale sanitäre Verhältnisse verursacht werden, greifen um sich. Der UN-Außenbeauftragte Josep Borrell hat die Lage „katastrophal“ und „apokalyptisch“ genannt und erklärt, es seien proportional schon jetzt mehr Gebäude im Gazastreifen zerstört als in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Aktuell kommt hinzu, dass heftiger Regen zu Überflutungen führt. **UN-Stellen nennen die Lage im Gazastreifen „die Hölle auf Erden“.**[2]

[1] Israel: Hamas-Hochburgen im Norden von Gaza eingekreist. Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.12.2023.

[2] Peter Beaumont, Julian Borger: Gaza a 'living hell' after heavy winter rains drench makeshift tents. theguardian.com 13.12.2023.

Videoberichte

Gaza-Viertel Rimal durch israelische Luftangriffe dem Erdboden gleichgemacht (11.10.2023), [Video](#) via CNN Newsource & Reporter Ben Wedeman (2 Min.)

"Hier ist Bisan aus Gaza und ich lebe noch" (4.11.2023) [Video](#)

„Hier ist Bisan aus Gaza und ich flüchte nach Süden“ (23.11.2023) - [Video](#)

Bisan Owda dokumentierte ihre Reise vom al-Shifa-Krankenhaus in den Süden von Gaza, als sie versuchte, eine neue Unterkunft zu finden. Auf ihrer Reise sprach sie unterwegs mit älteren Menschen, mit verletzten Kindern und einem Arzt über Krankheiten.



Wie ich überlebe: Das Leben einer 7-Jährigen in Gaza (28.11.2023) [FOCUS The Guardian](#) (7 Min.)

«Ich fühle mich verloren...»

Der Text der Mitarbeiterin Mae der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** ist auf der Grundlage mehrerer Telefonate am **27. Oktober 2023** entstanden.

[...] Es gibt ständig Luftangriffe, Tag und Nacht. Wir schlafen kaum, aus Angst vor dem nächsten Angriff. [...] Wir versuchen, uns so gut wie möglich zu schützen und zusammenzubleiben. Wir haben keinen Bunker, wie alle anderen in Gaza. [...] Die Generatoren zur Stromerzeugung funktionieren schon lange nicht mehr. Es gibt kein Benzin. Zum Glück können wir wenigstens unser Handy mit Solarenergie aufladen. So können wir mit unseren Freunden und Kollegen außerhalb von Gaza und auch in Deutschland telefonieren. [...] Ich spreche nicht gerne über Gefühle. Aber ich muss mich zusammenreißen und die Schockstarre überwinden, denn die Menschen außerhalb von Gaza sollen wissen, wie es uns geht. Aber um ehrlich zu sein, gibt es eigentlich keine Worte für den Schrecken und den Schmerz und das, was wir fühlen. Manchmal fühle ich mich wie in einem Albtraum und hoffe, dass ich aufwache. Gaza wird zerstört. Wir werden zerstört. Manchmal denke ich, dass Deutschland und die Welt uns vergessen haben. [...] Die Solidarität und Hilfe der Menschen untereinander ist hier sehr groß. Was wir haben, wird geteilt. Aber wir haben fast nichts mehr. Wenn keine Hilfe kommt, werden wir bald verhungern. [...] Das Gesundheitssystem ist praktisch zusammengebrochen, täglich gibt es neue Tote und Verletzte. [...] Überall fehlen Medikamente, vor allem für chronisch Kranke wie Krebspatienten. Krankheiten breiten sich aus. [...]

<https://www.rosalux.de/news/id/51192/ich-fuehle-mich-verloren>

Die Angehörigen der noch im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln der Hamas haben Israel aufgefordert, mit den Kampfhandlungen aufzuhören.

»Wir nehmen nur Leichen in Empfang«, sagte Noam Perry, deren Vater Haim Perry sich noch in den Händen der radikalislamischen Hamas befindet. **»Wir wollen, dass Sie den Kampf beenden und Verhandlungen beginnen«**, sagte sie bei einer Veranstaltung des Forums für Geiseln und vermisste Familien in Tel Aviv.

([Spiegel 16.12.2023](#))

Gesundheitsorganisationen: Mit der Wiederaufnahme der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen steigt das Risiko von Infektionskrankheiten und Unterernährung – [peoplesdispatch](#), 2.12.2023

US-Amerikanische Krankenschwester, die aus Gaza herauskam, beschreibt die Verzweiflung, die sie sah:

Anderson Cooper von CNN spricht mit Emily Callahan, einer US-amerikanischen Krankenschwester von Ärzten ohne Grenzen, die eine erschütternde Beschreibung dessen gibt, was sie in Gaza erlebte, als sie versuchte, aus dem Gebiet herauszukommen. - [Video \(9 Min\)](#).

Lynn Hastings,

Koordinatorin für humanitäre Hilfe in den besetzten palästinensischen Gebieten, 13. Dezember 2023 – [Online Pressekonferenz \(mit kurzem Video\)](#)

Übersetzung einiger Ausschnitte

der ausführlichen Pressekonferenz: SiG-Redaktion

Was derzeit vor Ort geschieht, wird weder den Palästinensern noch den Israelis für viele, viele Jahre, wenn nicht gar für Generationen, Frieden und Sicherheit bringen. Ein Waffenstillstand ist also im Moment im Interesse aller.

Ich möchte auch die Tatsache hervorheben, dass Israel als Besatzungsmacht für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung verantwortlich ist. Das bedeutet, dass es für die Grundbedürfnisse sorgen muss. Es muss sicherstellen, dass die Bedürftigen ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe haben. Das ist nicht nur Aufgabe der Vereinten Nationen. Es reicht nicht aus, Lastwagen den Zugang zur Grenze zwischen Ägypten und Gaza zu gestatten. Sie müssen auch dafür sorgen, dass die Bedingungen innerhalb des Gazastreifens so sind, dass wir allen Bedürftigen Hilfe zukommen lassen können.

Zurzeit werden einige Palästinenser verhaftet und inhaftiert. Soweit wir wissen, geschieht das ohne jede Art von Gerichtsverfahren. Das ist für die Vereinten Nationen natürlich ein Grund zur Sorge. Und natürlich sind wir auch weiterhin sehr besorgt über die Freilassung von **Geiseln**, die bei einem Waffenstillstand möglich wäre.[...]

Wir alle wissen, dass das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist. Es sind Epidemien und eine Katastrophe im Gesundheitswesen wie im Lehrbuch. Das liegt natürlich zum Teil daran, dass die Notunterkünfte längst ihre volle Kapazität überschritten haben und die Menschen stundenlang Schlange stehen, weil es für Hunderte von Menschen nur eine Toilette gibt. [...]

Fast die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens lebt jetzt in Rafah, dem kleinen Teil des Gazastreifens, in der südöstlichen Ecke. Auch hier führt das zu einer Gesundheitskrise. Und nur ein Drittel der Krankenhäuser arbeitet noch, die selbst natürlich nur teilweise funktionsfähig sind.

Wir sehen den Ausbruch von Infektionskrankheiten.

Ich glaube, die WHO [Weltgesundheitsorganisation] schätzt die Zahl der Fälle von Infektionskrankheiten auf etwa 360.000 : [...] Meningitis, Gelbsucht, Windpocken, Infektionen der oberen Atemwege. Sie alle wurden erfasst.

Und natürlich haben wir bereits auf den **Ausbruch von Durchfallerkrankungen**, insbesondere bei Kindern, hingewiesen, die weltweit die häufigste Todesursache bei Kindern unter fünf Jahren in solchen Situationen sind.

Jetzt erleben wir den Winter - **es regnet**[...] - ohne angemessene Unterkünfte für die Menschen.

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat die Pause zum Anlass genommen, eine Umfrage zum Thema Ernährungsunsicherheit durchzuführen. Dabei wurde festgestellt, dass 97 % der Haushalte im Norden und 83 % der Haushalte im Süden nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt sind.

Das bedeutet, dass sie vielleicht eine Mahlzeit am Tag oder eine Mahlzeit alle paar Tage zu sich nehmen. [...] Im Norden haben die Menschen Zugang zu etwa **1,8 Litern sauberem Wasser pro Tag**. Der weltweite Standard liegt bei 15 Litern pro Tag. [...] Im Süden sind es etwa 1,5 Liter Wasser pro Person und Tag. Und auch im Süden meldet ein Drittel der Haushalte ein hohes Maß an Hunger. [...] Wir sind jetzt bei **1,9 Millionen Palästinensern, die intern vertrieben wurden**. [...].

UNRWA-Chef Philippe Lazzarini Innert kürzester Zeit wurde eine ganze Bevölkerung ihrer Würde beraubt

29.11.2023 - [...]Bei Kriegsbeginn haben wir als Erstes die Massaker der Hamas in Israel vom 7. Oktober mit Nachdruck verurteilt. Die Massaker haben zur Ermordung von 1200 Personen und der Entführung von gegen 250 Personen geführt. Danach habe ich meine Befürchtung geäußert, dass die Empathie der internationalen Gemeinschaft das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge in Gaza nicht einschließt. [...] Was mich besonders schockiert hat: Innert kürzester Zeit wurde eine ganze Bevölkerung ihrer Würde beraubt. Das ist besonders bewegend, wenn Sie eine Schule besuchen. Die Kinder, die normalerweise dort sind zum Lernen, sind jetzt zu Bettlern degradiert, die um Wasser und Brot flehen. Man sieht die Traurigkeit in ihren Augen. Das ist außerordentlich bewegend. [...] [Srf.ch](#)

Tägliche Berichte über Gaza: UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <https://ochaopt.org/updates> <https://www.unrwa.org>

Weitere UN-Websites über Palästina:

<https://palestine.un.org/en>
<https://news.un.org/en/news/topic/peace-and-security>

“This Is Genocide”: Attorney Raji Sourani on Israeli War Crimes & Fleeing Gaza After Home Was Bombed [Democracy Now](#), Interview , 30.11.2023

Gaza 'Textbook Case of GENOCIDE', 20.11.2023
[Interview mit Holocaust Scholar Raz Segal](#)

[Hunger in Gaza:](#) https://www.democracynow.org/2023/12/19/hunger_in_gaza

„Es geht in erster Linie um Bestrafung ...“
Oded Na'aman / **Aussagen von Veteranen der israelischen Armee über Gaza und die okkupierten Territorien**, von [Breaking the Silence](#) (Das Schweigen brechen) zusammengestellt und hier übersetzt:
https://antikrieg.com/aktuell/2023_12_15_esgeht.htm

Usama Antar, Projektmanager der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ob man am nächsten Tag noch lebt, ist reine Glückssache“

Usama Antar wurde aus Gaza evakuiert - Auszüge aus dem [Interview](#) von Nikolaos Gavalakis.

[...] Von Anfang an standen zivile Gebäude viel stärker als in vorherigen Kriegen im Visier, in viel größerem Umfang als Infrastruktur der lokalen Hamas. Jeder Tag war schrecklich. Deshalb haben wir entschieden, wir können in Gaza nicht bleiben.

Die Leute in Nordgaza und Gaza-Stadt wurden aufgefordert nach Süden zu fahren. [...] Innerhalb einer Woche sind 600 000 bis 700 000 nach Süden geflohen. [...] Es kam sehr schnell zu einer großen Notlage, zum Beispiel was Wasser und Essen angeht. Israel ließ über mehrere Wochen keine einzige Lieferung in den Gazastreifen rein. [...] Die Leute essen alles, was vorhanden ist, auch wenn es sich um trockenes Brot handelt. Wir erleben momentan die schlimmste Phase, die Leute können es nicht mehr ertragen. Ob man am nächsten Tag noch lebt oder nicht, ist reine Glückssache.

[...] **Die Menschen erwarten nur eine Sache: Stoppt den Krieg!** Was Israel da macht, ist in den Augen vieler Beobachter und Experten ein Kriegsverbrechen. Länder wie die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben der Auffassung der Menschen in Gaza zufolge Israel von Anfang an freie Hand gelassen. Die USA haben vor kurzem erst im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Waffenruhe eingelegt. Die Menschen sehen Amerika und einige europäische Staaten in der Mitschuld für das Töten von Zivilisten und unschuldigen Menschen.

Hamas: Der Krieg muss sofort beendet werden. Alles andere kann später gelöst werden. Was die Hamas betrifft, müssen die Leute in Gaza diese von der Macht ablösen. Die Hamas kann man militärisch nicht besiegen, sie ist eine Ideologie, die politisch bekämpft werden muss.

Kurz vor dem Krieg gab es noch einen Rückhalt für die Hamas. Nicht aus Liebe zu ihr, sondern schlicht, weil der andere politische Kurs, also derjenige der PLO von Abbas, durch Verhandlungen etwas zu erreichen, nichts gebracht hat. Tagtäglich erleben die Palästinenser die israelischen Aggressionen, die terroristischen Attentate der Siedler gegen die Dörfer in der Westbank und die täglichen Provokationen in der al-Aqsa-Moschee. Deshalb gab es überhaupt so einen Rückhalt in der Gesellschaft für die Hamas – den größeren übrigens in der Westbank, nicht im Gazastreifen. [...] Alle Seiten, die arabischen Staaten, Europa und Amerika, haben die Leute im Gazastreifen im Stich gelassen.

Man darf auch nicht vergessen, es war Benjamin Netanyahu, der jahrelang der irrsinnigen Annahme aufsaß, er könne die Hamas stabilisieren, um eine Zwei-Staaten-Lösung durch die Spaltung der Palästinenser zu verhindern.

Die Hamas auf der anderen Seite spielt mit dem Leben der Menschen, um an der Macht zu bleiben. Die Palästinenser im Gazastreifen sind machtlos. Wir alle bezahlen mit unseren Toten der israelischen Angriffe die Quittung für den Terror der Hamas und keiner hilft uns. Das ist eine große Lehre für die Leute dort, sie müssen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Alle anderen schauen einfach nur zu.

Refaat Alareer, Gaza: „Wenn ich sterben muss“

Der palästinensische Dichter und Literaturprofessor Refaat Alareer wurde am 6. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff im Norden des Gazastreifens getötet.

Er wurde 44 Jahre alt. Bei dem Luftangriff kamen auch sein Bruder, dessen Sohn, seine Schwester und deren drei Kinder ums Leben. Refaat Alareer lehrte seit 2007 englische Literatur und kreatives Schreiben an der Islamischen Universität von Gaza-Stadt und gehörte zu den Mitbegründern des Projekts „We are not numbers“.

Er war außerdem Mitherausgeber des Buches „Gaza writes back: Short stories from Young Writers in Gaza, Palestine (2014)“.



"Während Gaza weiter nach Leben ringt, kämpfen wir dafür, dass es vorübergeht, wir haben keine andere Wahl, als zurückzuschlagen und ihre Geschichten zu erzählen. Für Palästina", schreibt Refaat in seinem Beitrag in dem Buch Light in Gaza: Writing Born of Fire (2022).

Refaat Alareer hatte sich geweigert, den nördlichen Gazastreifen zu verlassen und hat Anfang November ein Gedicht auf X veröffentlicht mit dem Titel „Wenn ich sterben muss“, das aktuell um die Welt geht. **Quellen:** [Deutschlandfunk](https://www.deutschlandfunk.de); [peoplesdispatch.org](https://www.peoplesdispatch.org), [democracynow.org](https://www.democracynow.org),

Übersetzung des Gedichts (auf Englisch auf der ersten Seite):

**Wenn ich sterbe,
musst du meine Geschichte weitertragen
meine Dinge verscherbeln
ein Stück Stoff erwerben
und etwas Faden**

(mach daraus einen langen Schweif, weiß muss er sein)

**So wird ein Kind, irgendwo in Gaza
es guckt den Himmel
es wartet auf Papa**

**der im Rauch verschluckt wurde
der keinen Abschied vorbereitet hat
von niemandem**

**nicht einmal von sich selbst,
von seinem eigen Fleisch und Blut
einen Drachen sehen**

**einen Drachen den du fliegen lässt
und an einen Engel denken
einen Engel der die Liebe zurückbringt**

**Wenn ich sterbe
Lass meine Stimme Hoffnungsträger sein
Hör meine Geschichte und mach sie dein**

Refaat hatte bereits vor dem Krieg gegen den Gazastreifen 2023 26 Mitglieder seiner Familie durch israelische Angriffe verloren. Einer seiner Brüder wurde 2014 bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet, was ihn tief geprägt hatte. Damals schrieb Refaat in der Electronic Intifada: "Wir leben jetzt in einer Zeit in Palästina, in der ein verlorener Sohn, zwei verwaiste Kinder, eine verwitwete junge Frau mit denen verglichen werden müssen, die zehn oder zwanzig Familienmitglieder auf einmal verloren haben. Es gibt einen eindeutigen Versuch, Palästina ethnisch zu säubern, uns dazu zu bringen, es zu verlassen und nie wiederzukommen."

Alareer übte scharfe Kritik an den Regierungen der Länder des globalen Nordens, die es wiederholt versäumt haben, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Israels völkermörderische Angriffe auf die Palästinenser zu stoppen.

Alareer war sich über die Macht der Geschichten im Klaren und ermutigte die jungen Menschen, der Welt weiterhin ihre Geschichten zu erzählen, als eine der Möglichkeiten, die Besatzung zu bekämpfen.

We are not numbers

WE ARE NOT
Numbers

<https://wearenotnumbers.org/>

"There's really no such thing as the 'voiceless.' There are only the deliberately silenced, or the preferably unheard." – **Arundhati Roy** (So etwas wie "Stimmlose" gibt es wirklich nicht. Es gibt nur die absichtlich zum Schweigen gebrachten oder die bevorzugt Ungehörten.)

Wenn die Welt über Palästinenser spricht, die unter der Besatzung und in Flüchtlingslagern leben, geht es in der Regel um Politik und Zahlen - insbesondere darum, wie viele Menschen getötet, verletzt, obdachlos und/oder auf Hilfe angewiesen sind.

Aber Zahlen sind unpersönlich und oft abstumpfend. Was sie nicht vermitteln, sind die täglichen persönlichen Kämpfe

und Triumphe, die Tränen und das Lachen und die Sehnsüchte, die so universell sind, dass sie, wenn der Kontext nicht wäre, bei praktisch jedem Menschen sofort Resonanz finden würden. [...]

Unsere Geschichte

Während des israelischen Militärangriffs gegen Palästinenser im Sommer 2014 wurde der 23-jährige Bruder von Ahmed Alnaouq, Ayman, von einer israelischen Rakete getötet, als er einfach nur auf der Straße in der Nähe seines Hauses in Dir-Al-Balah spazieren ging. Ahmed verfiel in eine Depression, von der er dachte, er würde nie wieder in ein normales Leben zurückkehren.

In dieser Zeit lernte er Pam Bailey kennen, die ihn ermutigte, seine Geschichte zu schreiben.

Die Geschichte stieß auf große Resonanz und erregte viel Aufmerksamkeit im Westen. Daraufhin schlossen sich etablierte und aufstrebende "Wortkünstler" aus der ganzen Welt mit Jugendlichen in Gaza und jetzt auch im Westjordanland und in der Diaspora zusammen, um We Are Not Numbers zu gründen.

UN-Vollversammlung für Waffenstillstand

6.Dezember 2023: Der UN-Generalsekretär António Guterres beruft sich in seinem [Brief](#) an den UN-Sicherheitsrat auf den Artikel 99 der [UN-Charta](#)

(Der Artikel 99 der UN-Charta erlaubt dem UN-Generalsekretär, den Sicherheitsrat auf „jede Angelegenheit hinzuweisen, die seiner Meinung nach die Gewährleistung von internationalem Frieden und Sicherheit gefährden kann.“)

„Ich fordere die Mitglieder des Sicherheitsrats auf, darauf zu drängen, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern [...]. Ich wiederhole meinen Aufruf, dass ein humanitärer Waffenstillstand ausgerufen werden muss. Das ist dringend. [...]“

UN-Sicherheitsrat, 9.12.2023: USA blockieren Resolution für Waffenruhe in Gaza

Deutsche Fassung der abgelehnten Resolution https://www.un.org/depts/german/sr/sr_sonst/s23-970.pdf

Ausführlicher Bericht: <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144562>

Resolution der UN-Vollversammlung am 12. Dezember 2023: Schutz von Zivilpersonen und Wahrung rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen

A /ES-10/L.27 – [deutsche Übersetzung](#)

Vereinte Nationen - Generalversammlung -

Zehnte Notstandssondertagung, Tagesordnungspunkt 5: Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, unter Hinweis auf ihre Resolutionen zur Palästina-Frage, sowie unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 6. Dezember 2023 gemäß Artikel 99 der Charta der Vereinten Nationen an die Präsidentschaft des Sicherheitsrats (S/2023/962)

sowie Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten vom 7. Dezember 2023 an den Präsidenten der Generalversammlung, mit dem Ausdruck großer Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und das Leid der palästi-

nensischen Zivilbevölkerung und betonend, dass die palästinensische und die israelische Zivilbevölkerung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht geschützt werden muss,

1. verlangt eine sofortige humanitäre Waffenruhe;
2. verlangt erneut, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Zivilpersonen nachkommen;
3. verlangt die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln sowie die Gewährleistung des humanitären Zugangs;
4. beschließt, die zehnte Notstandssondertagung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der jeweiligen Tagung der Generalversammlung zu ermächtigen, die Notstandssondertagung auf Antrag der Mitgliedstaaten wiederaufzunehmen.

(153 dafür / 10 dagegen / 23 Enthaltungen)

Übertragung der UN-Vollversammlung am 12.12.2023

(3 Stunden) <https://webtv.un.org/en/asset/k1k/k1krotqliw>

[Tagesordnung vom 12.12.2023](#)

auch mit den nicht angenommenen Änderungsanträgen

Welcome to the United Nations		12/12/2023		4:26:34 PM	
Item 5 - A/ES-10/L.27					
Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations					
<input checked="" type="checkbox"/> AFGHANISTAN	<input checked="" type="checkbox"/> CAMEROON	<input checked="" type="checkbox"/> FINLAND	<input checked="" type="checkbox"/> KUWAIT	<input checked="" type="checkbox"/> NEPAL	<input checked="" type="checkbox"/> SAUDI ARABIA
<input checked="" type="checkbox"/> ALBANIA	<input checked="" type="checkbox"/> CANADA	<input checked="" type="checkbox"/> FRANCE	<input checked="" type="checkbox"/> KYRGYZSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> NETHERLAN...	<input checked="" type="checkbox"/> SENEGAL
<input checked="" type="checkbox"/> ALGERIA	<input checked="" type="checkbox"/> CENTRAL AF...	<input checked="" type="checkbox"/> GABON	<input checked="" type="checkbox"/> LAO PDR	<input checked="" type="checkbox"/> NEW ZEALAND	<input checked="" type="checkbox"/> SERBIA
<input checked="" type="checkbox"/> ANDORRA	<input checked="" type="checkbox"/> CHAD	<input checked="" type="checkbox"/> GAMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> LATVIA	<input checked="" type="checkbox"/> NICARAGUA	<input checked="" type="checkbox"/> SEYCHELLES
<input checked="" type="checkbox"/> ANGOLA	<input checked="" type="checkbox"/> CHILE	<input checked="" type="checkbox"/> GEORGIA	<input checked="" type="checkbox"/> LEBANON	<input checked="" type="checkbox"/> NIGER	<input checked="" type="checkbox"/> SIERRA LEONE
<input checked="" type="checkbox"/> ANTIGUA-BA...	<input checked="" type="checkbox"/> CHINA	<input checked="" type="checkbox"/> GERMANY	<input checked="" type="checkbox"/> LESOTHO	<input checked="" type="checkbox"/> NIGERIA	<input checked="" type="checkbox"/> SINGAPORE
<input checked="" type="checkbox"/> ARGENTINA	<input checked="" type="checkbox"/> COLOMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> GHANA	<input checked="" type="checkbox"/> LIBERIA	<input checked="" type="checkbox"/> NORTH MAC...	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVAKIA
<input checked="" type="checkbox"/> ARMENIA	<input checked="" type="checkbox"/> COMOROS	<input checked="" type="checkbox"/> GREECE	<input checked="" type="checkbox"/> LIBYA	<input checked="" type="checkbox"/> NORWAY	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVENIA
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRALIA	<input checked="" type="checkbox"/> CONGO	<input checked="" type="checkbox"/> GRENADA	<input checked="" type="checkbox"/> LIECHTENSTEIN	<input checked="" type="checkbox"/> OMAN	<input checked="" type="checkbox"/> SOLOMON IS...
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRIA	<input checked="" type="checkbox"/> COSTA RICA	<input checked="" type="checkbox"/> GUATEMALA	<input checked="" type="checkbox"/> LITHUANIA	<input checked="" type="checkbox"/> PAKISTAN	<input checked="" type="checkbox"/> SOMALIA
<input checked="" type="checkbox"/> AZERBAIJAN	<input checked="" type="checkbox"/> COTE D'IVOIRE	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> LUXEMBOURG	<input checked="" type="checkbox"/> PALAU	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH AFRICA
<input checked="" type="checkbox"/> BAHAMAS	<input checked="" type="checkbox"/> CROATIA	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA-BISS...	<input checked="" type="checkbox"/> MADAGASCAR	<input checked="" type="checkbox"/> PANAMA	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH SUDAN
<input checked="" type="checkbox"/> BAHRAIN	<input checked="" type="checkbox"/> CUBA	<input checked="" type="checkbox"/> GUYANA	<input checked="" type="checkbox"/> MALAWI	<input checked="" type="checkbox"/> PAPUA NEW ...	<input checked="" type="checkbox"/> SPAIN
<input checked="" type="checkbox"/> BANGLADESH	<input checked="" type="checkbox"/> CYPRUS	<input checked="" type="checkbox"/> HAITI	<input checked="" type="checkbox"/> MALAYSIA	<input checked="" type="checkbox"/> PARAGUAY	<input checked="" type="checkbox"/> SRI LANKA
<input checked="" type="checkbox"/> BARBADOS	<input checked="" type="checkbox"/> CZECHIA	<input checked="" type="checkbox"/> HONDURAS	<input checked="" type="checkbox"/> MALDIVES	<input checked="" type="checkbox"/> PERU	<input checked="" type="checkbox"/> SUDAN
<input checked="" type="checkbox"/> BELARUS	<input checked="" type="checkbox"/> DEM PR OF K...	<input checked="" type="checkbox"/> HUNGARY	<input checked="" type="checkbox"/> MALTA	<input checked="" type="checkbox"/> PHILIPPINES	<input checked="" type="checkbox"/> SURINAME
<input checked="" type="checkbox"/> BELGIUM	<input checked="" type="checkbox"/> DEM REP OF ...	<input checked="" type="checkbox"/> ICELAND	<input checked="" type="checkbox"/> MARSHALL IS...	<input checked="" type="checkbox"/> POLAND	<input checked="" type="checkbox"/> SWEDEN
<input checked="" type="checkbox"/> BELIZE	<input checked="" type="checkbox"/> DENMARK	<input checked="" type="checkbox"/> INDIA	<input checked="" type="checkbox"/> MAURITANIA	<input checked="" type="checkbox"/> PORTUGAL	<input checked="" type="checkbox"/> SWITZERLAND
<input checked="" type="checkbox"/> BENIN	<input checked="" type="checkbox"/> DJIBOUTI	<input checked="" type="checkbox"/> INDONESIA	<input checked="" type="checkbox"/> MAURITIUS	<input checked="" type="checkbox"/> QATAR	<input checked="" type="checkbox"/> SYRIAN ARA...
<input checked="" type="checkbox"/> BHUTAN	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICA	<input checked="" type="checkbox"/> IRAN (ISLAMI...	<input checked="" type="checkbox"/> MEXICO	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF KOREA	<input checked="" type="checkbox"/> TAJIKISTAN
<input checked="" type="checkbox"/> BOLIVIA	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICAN ...	<input checked="" type="checkbox"/> IRAQ	<input checked="" type="checkbox"/> MICRONESIA...	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF MOL...	<input checked="" type="checkbox"/> THAILAND
<input checked="" type="checkbox"/> BOSNIA-HER...	<input checked="" type="checkbox"/> ECUADOR	<input checked="" type="checkbox"/> IRELAND	<input checked="" type="checkbox"/> MONACO	<input checked="" type="checkbox"/> ROMANIA	<input checked="" type="checkbox"/> TIMOR-LESTE
<input checked="" type="checkbox"/> BOTSWANA	<input checked="" type="checkbox"/> EGYPT	<input checked="" type="checkbox"/> ISRAEL	<input checked="" type="checkbox"/> MONGOLIA	<input checked="" type="checkbox"/> RUSSIAN FED...	<input checked="" type="checkbox"/> TOGO
<input checked="" type="checkbox"/> BRAZIL	<input checked="" type="checkbox"/> EL SALVADOR	<input checked="" type="checkbox"/> ITALY	<input checked="" type="checkbox"/> MONTENEGRO	<input checked="" type="checkbox"/> RWANDA	<input checked="" type="checkbox"/> TONGA
<input checked="" type="checkbox"/> BRUNEI DAR...	<input checked="" type="checkbox"/> EQUATORIAL...	<input checked="" type="checkbox"/> JAMAICA	<input checked="" type="checkbox"/> MOROCCO	<input checked="" type="checkbox"/> SAINT KITTS-...	<input checked="" type="checkbox"/> TRINIDAD-TO...
<input checked="" type="checkbox"/> BULGARIA	<input checked="" type="checkbox"/> ERITREA	<input checked="" type="checkbox"/> JAPAN	<input checked="" type="checkbox"/> MOZAMBIQUE	<input checked="" type="checkbox"/> SAINT LUCIA	<input checked="" type="checkbox"/> TUNISIA
<input checked="" type="checkbox"/> BURKINA FASO	<input checked="" type="checkbox"/> ESTONIA	<input checked="" type="checkbox"/> JORDAN	<input checked="" type="checkbox"/> MYANMAR	<input checked="" type="checkbox"/> SAINT VINCE...	<input checked="" type="checkbox"/> TURKMENIST...
<input checked="" type="checkbox"/> BURUNDI	<input checked="" type="checkbox"/> ESWATINI	<input checked="" type="checkbox"/> KAZAKHSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> NAMIBIA	<input checked="" type="checkbox"/> SAMOA	<input checked="" type="checkbox"/> TUVALU
<input checked="" type="checkbox"/> CABO VERDE	<input checked="" type="checkbox"/> ETHIOPIA	<input checked="" type="checkbox"/> KIRIBATI	<input checked="" type="checkbox"/> NAURU	<input checked="" type="checkbox"/> SAN MARINO	<input checked="" type="checkbox"/> TÜRKIYE
<input checked="" type="checkbox"/> CAMBODIA	<input checked="" type="checkbox"/> FIJI			<input checked="" type="checkbox"/> SAO TOME-P...	<input checked="" type="checkbox"/> UGANDA
<input checked="" type="checkbox"/> IN FAVOUR: 153	<input checked="" type="checkbox"/> AGAINST: 10	<input checked="" type="checkbox"/> ABSTENTION: 23			

Weltweit Proteste in Solidarität mit Palästina

5.11.2023

Filmbericht über weltweite Proteste
gegen die israelischen Bombardierungen
„Ceasefire now!“
[The Guardian News](#)

“We Are All Palestinians”: COP28 Activists Demand Ceasefire in Gaza, Defying Protest Restrictions

Democracy Now [Video](#) – 4.12.2023

Trotz der strengen Protestbeschränkungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Regeln der Vereinten Nationen für die derzeit in Dubai stattfindende Klimakonferenz COP28 demonstrierten am Sonntag über 100 Menschen am Rande des Gipfels in Solidarität mit Palästina und forderten einen Waffenstillstand in Gaza. Einige hielten Transparente mit aufgemalten Wassermelonen, einem bekannten Symbol der palästinensischen Bewegung, um ein Verbot palästinensischer Flaggen zu umgehen. Den Demonstranten war es untersagt, Parolen wie "vom Fluss bis zum Meer" und "Freies Palästina" zu skandieren, und es war ihnen nicht gestattet, "Gaza", "Palästina" und "Israel" zu sagen oder eine andere Nation zu nennen. Einige taten dies dennoch aus Trotz.

29.10.2023

“Long live Palestine!” Von Sydney bis New York
versammelten sich an diesem Wochenende
Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt,
um ihre Solidarität mit den Palästinensern zu zeigen und zu fordern, dass Israel die Bombardierung des Gazastreifens einstellt ... (2 Min Video:
[Al Jazeera Newsfeed](#) , <https://www.youtube.com/watch?v=AHYLyYaB6e0>)

Solidarität der sozialen Bewegungen in Lateinamerika mit Opfern von Gaza

Darunter Brasiliens Landlosenbewegung, Mexikos EZLN, Argentinien's Mai-Platz-Mütter.
Auf Demonstrationen hieß es: "Das ist kein Krieg, das ist Völkermord" – [amerika21](#) - Unten: Chile



Proteste in den USA

[ZDF heute auslandsjournal](#) (5.6.2021)
USA: Juden protestieren für Gleichheit und Würde aller Menschen im Nahen Osten

28.10.2023 - Palestinian & Jewish Protesters SHUT DOWN Wall Street to Free Palestine

In New York City wurde gegen die zunehmende Gewalt in Gaza protestiert. Gefordert wurde auch die Schließung der New Yorker Börse.

<https://www.youtube.com/watch?v=jDl8v0a5iIU>

ABC News 18.10.2023

Protestierende auf Capitol Hill fordern "ceasefire"
<https://www.youtube.com/watch?v=Y31YAx1zTjg>

<https://www.ifnotnowmovement.org>



Wir sind eine Bewegung amerikanischer Juden, die sich dafür einsetzt, die Unterstützung der USA für das israelische Apartheidsystem zu beenden und Gleichheit, Gerechtigkeit und eine blühende Zukunft für alle Palästinenser und Israelis zu fordern.

Proteste in Großbritannien



NA'AMOD
BRITISH JEWS
AGAINST OCCUPATION

<https://naamod.org.uk/>

Wir sind eine Bewegung von Juden im Vereinigten Königreich, die danach strebt, die Unterstützung unserer Gesellschaft für die israelische Besatzung und Apartheid zu beenden und sie im Kampf für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle Palästinenser und Israelis zu mobilisieren.

The Guardian: 25.11.2023 - Hunderttausende Menschen forderten bei einem pro-palästinensischen Marsch durch die Londoner Innenstadt einen dauerhaften Waffenstillstand...

Hafenarbeitergewerkschaften in Griechenland Solidarität mit dem palästinensischen Volk

FÖDERATION DER HAFENARBEITER GRIECHENLAND (OMYLE) www.omyle.gr

HAFENARBEITERSGEWERKSCHAFT – HAFEN PIRÄUS www.dockers.gr

VERBAND DER VORGESETZTEN UND LEITENDEN ARBEITER VON PIRÄUS, arx-epoptes@olp.gr

Piräus, 29.11.2023

Nach dem verwerflichen und blutigen Angriff von Hamas-Kämpfern auf israelische Zivilisten am 7. Oktober, einem Angriff, der unsere Verachtung verdient, haben die israelischen Streitkräfte einen beispiellosen Akt der Aggression gegen die Zivilbevölkerung von Gaza begonnen.

Unter dem Vorwand eines Attentats auf Hamas-Kämpfer betreiben die IDF im Wesentlichen eine ethnische Säuberung des Landes von Palästinensern, hinterlassen zerstörte Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen, Produktionsstätten), aber vor allem wurden Tausende von Zivilisten getötet, darunter Tausende tote Kinder. Diese unmenschliche Praxis der IDF hat einen Proteststurm von Menschen auf der ganzen Welt ausgelöst.

Angesichts dieser großen Katastrophe können wir nicht ungerührt bleiben und schweigen. Der Kampf der Palästinenser um Selbstbestimmung dauert nun schon mehr als 70 Jahre mit Hunderttausenden von Opfern. Auf der anderen Seite wendet der Staat Israel in Palästina Praktiken an, die alle gegen das Völkerrecht verstoßen (illegale Siedlungen, ethnische Säuberung, Besetzung von Gebieten, Landraub usw.) und versucht, die Palästinenser von dieser Erde zu vertreiben.

Vor einigen Tagen trafen sich unsere Gewerkschaften mit Vertretern der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen), einer internationalen, von Palästinensern geführten Bewegung für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. BDS hält an dem einfachen Prinzip fest, dass die Palästinenser Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Rest der Menschheit haben. Die Bewegung zielt auf den Boykott von israelischen Produkten, die von Unternehmen hergestellt werden, die die Menschenrechte verletzen, die Desinvestition aus israelischen Unternehmen, die die Rechte der Palästinenser verletzen und die Durchsetzung von Sanktionen gegen Israel durch internationalen Organisationen und Regierungen.

Es kann keine gerechte Lösung für Palästina geben, wenn es nicht zuerst Frieden und ein Ende der Unterdrückung durch Israel gibt. Das Völkerrecht und die einschlägigen Beschlüsse der UNO sehen die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und die friedliche Koexistenz von Palästinensern und Israelis vor. Bis heute wendet der Staat Israel unannehmbare Praktiken der Diskriminierung der Palästinenser sowohl innerhalb als auch außerhalb Israels und eine Unterdrückung in den palästinensischen Gebieten, die an ein Apartheidregime erinnert.

Unter der israelischen Militärbesatzung sind die Palästinenser gezwungen, in ihrem Land wie Gefangene zu leben, umgeben von der illegalen Mauer. Die lange Belagerung des Gazastreifens und die häufigen Razzien des israelischen Militärs wurden von der internationalen Gemeinschaft als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Angesichts der von Israel auferlegten grausamen Bedingungen scheint es nur einen Weg zu geben: eine gerechte Lösung für die Palästinenser.

Wir, die Beschäftigten der Hafenbehörde von Piräus, möchten unsere volle Unterstützung und Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck bringen. Die Eskalation der Gewalt und die Katastrophe, die jetzt in Gaza geschieht mit den Luftangriffen auf Schulen, Krankenhäuser und zivile Ziele empört und entsetzt uns.

In diesem Zusammenhang erklären wir, die Arbeiter des Hafens von Piräus, dass wir uns an keiner illegalen Verschiffung von militärischem Material nach Israel beteiligen und mitarbeiten werden, das Piräus als Ausgangs- oder Transithafen hat und am Ende dazu führt, dass Zivilisten und Kinder getötet werden. Wir werden in keiner Weise Komplizen des Verbrechens in Gaza sein.

https://dockers.gr/imported/files/Joint_Announcement_for_Palestine_28.11.2023_en.pdf ; Übersetzung: SiG-Redaktion

Bericht über Aktionen von Gewerkschaften in der ganzen Welt:

<https://internationalsocialist.net/en/2023/11/gaza-massacre-2>



<https://worldbeyondwar.org/canada-stop-arming-israel-workers-block-entrance-to-toronto-company-arming-israeli-military/>

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich im Geiste der internationalen Solidarität der Beschäftigten und zur Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte stets für eine gerechte Lösung für das palästinensische Volk eingesetzt.

Die Grundwerte des gewerkschaftlichen Internationalismus verpflichten uns zu konkreten und wirksamen Maßnahmen für ein Ende der illegalen israelischen Besatzung, für die Umsetzung der UN-Resolutionen und für eine gerechte und ausgewogene Lösung für alle.

In diesem Sinne rufen wir zu einer koordinierten Mobilisierung der europäischen Gewerkschaftsbewegung auf [...]. Die Palästina-Frage befindet sich an einem entscheidenden Punkt. Israel treibt die Kolonisierung von palästinensischem Land im besetzten Westjordanland und in Jerusalem unerbittlich voran und vertreibt die Palästinenser weiterhin aktiv von ihrem angestammten Land. Seit 2007 werden die 1,8 Millionen Einwohner des Gazastreifens brutal belagert, und den palästinensischen Flüchtlingen wird nach wie vor das Recht auf Rückkehr verweigert.

Trotz verschiedener Initiativen zur Förderung von Frieden und wirtschaftlicher Entwicklung macht das Fortbestehen des gewaltsamen israelischen Besatzungssystems die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft praktisch unmöglich. [...]

Das repressive System der international als illegal eingestuften Mauer, der Siedlungen, der Kontrollpunkte und der weiteren Landaneignung, das der palästinensischen Bevölkerung auferlegt wird, nimmt den Palästinensern nicht nur die Möglichkeit, eine florierende lokale Wirtschaft zu entwickeln, und beraubt sie ihres Landes und ihrer Einkommensquellen, sondern zwingt die Arbeitnehmer auch zu erniedrigenden und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, um zu überleben.

Zahlreiche UN-Resolutionen und Empfehlungen der Europäischen Union haben Israels eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht nicht beendet. Israel setzt seine koloniale Expansion und seine brutale Politik der Diskriminierung des palästinensischen Volkes, einschließlich der 1,5 Millionen palästinensischen Bürger Israels, fort.

Als europäische Gewerkschafter sind wir alarmiert, dass trotz des offensichtlichen Unrechts, das dem palästinensischen Volk angetan wurde, die europäischen Staaten, die Europäische Union (EU) und die repräsentativen Institutionen ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, Israel für seine schweren Verletzungen des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen. Im Rahmen dieses Regimes der Straflosigkeit profitieren multinationale Unternehmen, indem sie die fortgesetzte Unterdrückung und Enteignung des palästinensischen Volkes unterstützen.

Obwohl die EU einige Aspekte der israelischen Politik kritisiert, unterstützt sie Israel weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch. [...] Wir sind besonders daran interessiert, eine wirksame Kampagne zur Beendigung des Assoziierungsabkommens EU-Israel zu entwickeln.



Das Abkommen gewährt Israel einen bevorzugten Zugang zu den europäischen Märkten, erlaubt israelischen Ministerien und Waffenfirmen, EU-Gelder zu erhalten, und verschafft Israel die politische Unterstützung, die es braucht, um seine Verbrechen gegen das palästinensische Volk auszuführen.

Dies ist ein Verstoß gegen Artikel 2 des Abkommens, der besagt "Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien ... beruhen auf der Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze der Demokratie." [...] Wir glauben, dass wir als Gewerkschafter und bewusste Bürger dieser Welt die Pflicht und die Macht haben, zu handeln. [...]

<http://www.etun-palestine.org/site/what-you-can-do/suggested-actions/> Übersetzung: SiG-Redaktion



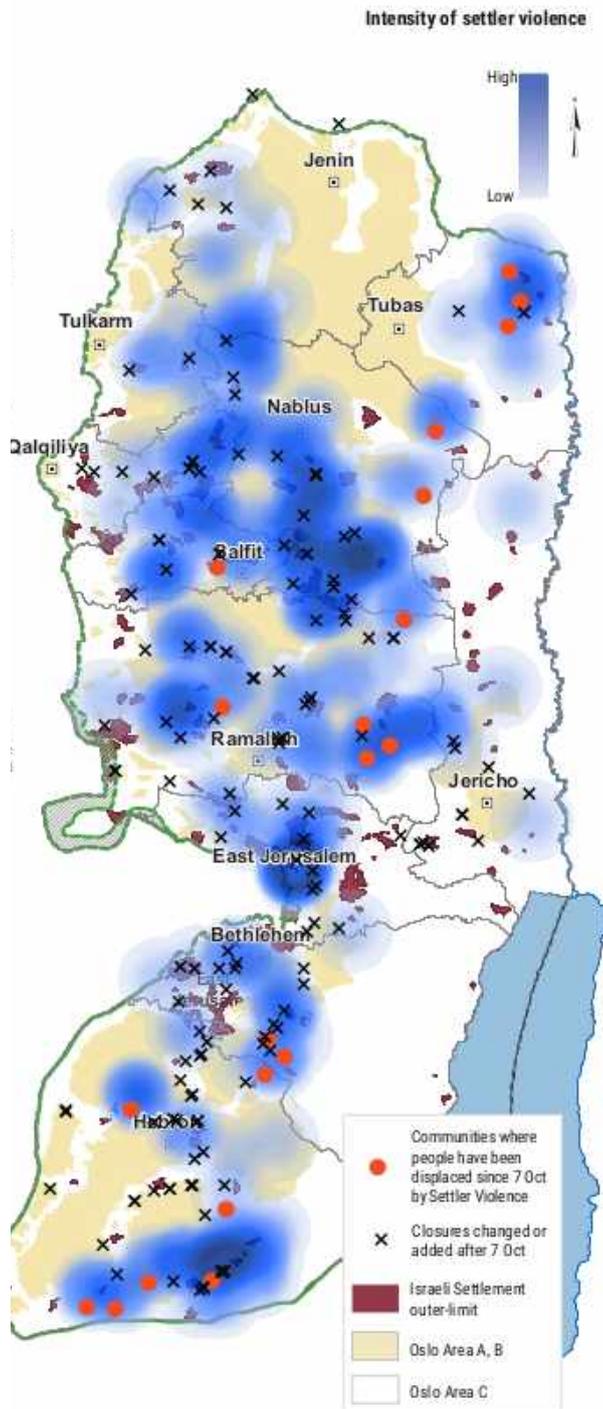
Pickers outside of a Puma store in Boston on Black Friday (Photo: Micah Fong)

Das deutsche Unternehmen Puma gab am 12. Dezember bekannt, dass es sein Sponsoring des israelischen Fußballverbands einstellen will.

<https://peoplesdispatch.org/2023/12/12/puma-drops-israel/>

Westjordanland unter israelischer Besatzung

INTENSITY OF SETTLER VIOLENCE
ADDITIONAL CLOSURES
DISPLACEMENT DUE TO SETTLER VIOLENCE



Karte: <https://www.ochaopt.org/content/west-bank-snapshot-december-2023>

Westjordanland im Schatten des Krieges

Israel nützt den Krieg aus, um die Annexionen im Westjordanland «unbemerkt» voranzutreiben.

[Infosperber](#), 10.12.2023 -

Eine 20-jährige Siedlerin in Westjordanland erklärte einem Reporter-Team von ARTE: «Ich glaube, dass es auf diesem begrenzten Territorium nur sie oder uns geben kann. Ein Frieden zwischen Juden und Nicht-Juden kann nie funktionieren [...] Die Palästinenser haben kein Recht, hier zu sein. Wir können sie rauswerfen.»

Dies tun die Siedler im Schatten des Krieges im Gazastreifen in beschleunigtem Ausmaß. Dabei genießen sie Unterstützung der rechtsextremen Minister in der israelischen Regierung. Das zeigt eine aktuelle, am 4. Dezember ausgestrahlte Reportage von ARTE.

ARTE bilanziert: «Während die Welt auf den Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza schaut, wurden seit dem 7. Oktober über 1000 Palästinenser aus ihren Dörfern im Westjordanland vertrieben.

Verborgen vor der Weltöffentlichkeit, die vor allem auf die Folgen des Krieges von Israel gegen die Hamas in Gaza schaut, vertrieben radikale Siedler im Westjordanland in den letzten Wochen immer mehr Palästinenser aus ihren Dörfern. Angesichts von Drohungen und Gewalt verließen die **Bewohner des Beduinendorfes Wadi Al Siq** im Jordantal ihre Hügel. Südlich von Hebron, in **Wadi Al Tiran**, halten einige Familien noch aus. Die Bewohner des nahe gelegenen Dorfes **Zanuta** haben den Ort schon verlassen. Die Siedler Israels werden ermutigt durch die messianische Rhetorik der rechtsextremen Minister in der Regierung. Zu ihnen gehört der Minister für nationale Sicherheit, der die Verteilung von Tausenden von Waffen an Freiwillige angekündigt, die für die Sicherheit in «Judäa Samaria» zuständig sind – das ist der Name, den die Israelis dem Westjordanland geben, das gemäß UNO noch immer besetztes palästinensisches Gebiet ist.

Fast 500'000 Israelis leben heute in Siedlungen im Westjordanland, dicht an einer weiteren Front des Konflikts.»

Die **ARTE-Reporter** besuchten sowohl israelische Siedler als auch Palästinenser, die von den Siedlern schikaniert, bedroht und vertrieben wurden.

Karten über die israelische Besatzung

<https://www.ochaopt.org/maps> (Stichwort: Westbank)

Fast 2.000 Palästinenser wurden durch israelische Siedlergewalt seit 2022 vertrieben; 43% davon seit 7. Oktober 2023 (Bericht: [ochaopt.org](https://www.ochaopt.org), 1. November 2023)



ICAHD

The Israeli Committee Against House Demolitions
הוועד הישראלי נגד הריסת בתים
الحركة الإسرائيلية ضد هدم البيوت

Lena Schmailzl, Ramallah

Westjordanland: Israels industrielle Reservearmee

[Junge Welt 16.12.2023](#) -

Etwa 200.000 palästinensische Arbeiter pendeln täglich hinter [die Mauer](#) oder in israelische [Kolonialsiedlungen](#), um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Nicht wenige von ihnen arbeiten dabei auf dem Land, für das ihre Familien die Besitzurkunden haben. [Modiin Illit](#), die Siedlung hinter dem [Checkpoint Nilin](#), wurde nachweislich zu 44 Prozent auf dem Land gebaut, das Privatbesitz palästinensischer Familien ist und vor allem landwirtschaftlich genutzt wurde. Ihres Landes und ihrer Produktionsmittel beraubt, erhöht sich der Druck auf Palästinenser, ihre Arbeitskraft zu verkaufen – zur Not auch an dieselbe Besatzungsmacht, die für den Landraub verantwortlich ist. Marx bemerkte zutreffend, der Prozess der ursprünglichen Akkumulation müsse eigentlich als ursprüngliche Expropriation bezeichnet werden und sei in seinen Methoden »alles andere, nur nicht idyllisch«, sondern von »Eroberung, Unterjochung, Raubmord – kurz: Gewalt« bestimmt. Es ist diese Gewalt eines Prozesses der andauernden Enteignung, die den [Alltag in Palästina](#), insbesondere im besetzten Westjordanland, bestimmt. Palästinensische Arbeiter errichten buchstäblich die Städte, die auf ihrem gestohlenen Land stehen.

Um legal in Israel arbeiten zu können, müssen sie [ein repressives Genehmigungssystem](#) durchlaufen. Dieses beinhaltet einen sogenannten Sicherheitscheck durch die Ziviladministration der besetzten Gebiete und teils horrende Gebühren. Außerdem sind sie gezwungen, eine Vielzahl biometrischer Daten (inklusive Augenscan) an die israelische Besatzungsmacht abzugeben – ohne nachverfolgen zu können, was weiter mit den Daten passiert. Künstliche-Intelligenz-Systeme benötigen eine Vielzahl an Daten, um trainiert zu werden. Checkpoints, die täglich von Tausenden Menschen überquert werden müssen, sind aus dieser Sicht eine Goldgrube an Daten. [...] Zwei Konzerne, die niederländische Firma TKH Security und der chinesische Staatskonzern Hikvision, stellen die Überwachungstechnik der israelischen Checkpoints. [...]

Die Genehmigungen werden branchenspezifisch und in Zusammenarbeit mit israelischen Unternehmen ausgestellt. Das ermöglicht es, Arbeiter gezielt in Bereiche zu schicken, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, durch Erteilung oder Entzug von Genehmigungen kann die Arbeitskraft je nach Konjunktur angezapft werden. Sie arbeiten in körperlich harten, schmutzigen und gefährlichen Jobs und unter besonders prekären Umständen – Bedingungen, unter denen kaum Israelis bereit sind zu arbeiten. [...]

»Einschränkungen der Bewegungsfreiheit stellten sicher, dass palästinensische Arbeitskraft eine Art ›Wasserhahn‹ wurde, der an- und abgestellt werden konnte, je nach ökonomischer und politischer Lage und Bedarf der israelischen Wirtschaft.« (Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina) Genehmigungen werden für bis zu sechs Monate erteilt, können aber sowohl von Unternehmen und »Arbeitgebern« als auch den Besatzungsbehörden jederzeit annulliert werden. [...]

Der Entzug der Arbeitsgenehmigung oder die Drohung damit werden gezielt eingesetzt, um Lohnforderungen der Arbeiter sowie alle Ansätze gewerkschaftlicher Organisation anzugreifen. Der unbegründete Entzug von Genehmigungen zielt darüber hinaus darauf ab, jede Form von politischer Organisation gegen die siedlerkoloniale Besatzungsmacht zu unterbinden. [...]

Niedrige Löhne und hohe Erwerbslosigkeit sichern einen ständigen Nachstrom an Arbeitskräften. Ein Bauarbeiter in Israel verdient doppelt soviel wie eine verbeamtete Lehrkraft an einem Gymnasium in Palästina.

[...] Shir Hever schreibt in seinem Buch [»Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung. Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus«](#) (2014), dass eine »räumliche wirtschaftliche Unterscheidung zwischen den BPG (besetzten palästinensischen Gebieten, L. S.) und Israel weitgehend künstlich« sei. Denn: »Es gibt kein Gebiet in Israel/Palästina, das frei von israelischer Kontrolle ist und in dem andere wirtschaftliche Gesetze gelten.« Allerdings betont er die rassifizierte Hierarchisierung dieser Ökonomie: »Es gibt (...) eine Unterscheidung, die Menschen und nicht Gebiete betrifft. Palästinensische Nichtstaatsbürger, die in den BPG leben, fallen unter ein gesondertes System von Regeln und Bestimmungen, leiden unter extremer Armut und Arbeitslosigkeit und erhalten nicht dieselben Dienst- und Sozialleistungen wie israelische Staatsbürger. Man kann von zwei Ökonomien sprechen, die unter israelischer Kontrolle koexistieren.«

[...] Lorenzo Veracini zeigt in seiner Einführung in den Siedlerkolonialismus »Settler Colonialism. A Theoretical Overview« (2010), dass Ausbeutung und Beseitigen der indigenen Bevölkerung faktisch jedoch immer wieder eng miteinander verwoben sind. Er fasst die Position der Siedlerkolonisatoren zusammen in der Forderung: »Du, arbeite für mich, während wir darauf warten, dass du verschwindest.« [...]

„Check-Points“ - Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Streitkräfte 49 neue Zugangs- und Bewegungsbeschränkungen im Westjordanland eingeführt und den Status von 100 der 645 bereits bestehenden Hindernisse geändert, wodurch der Zugang und die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland behindert oder stark beeinträchtigt werden. Die Beschränkungen trennen Städte, Dörfer und gefährdete Gemeinden voneinander und behindern den Zugang der Gemeinden zu grundlegenden Dienstleistungen und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe. [Ochaopt.org](#), 15.12.2023

Apartheid gegen die Palästinenser*innen

Forderungen von Amnesty International

1. Februar 2022, aktualisiert am 17. Mai 2022 - Der Staat Israel hat ein System der Unterdrückung gegen Palästinenser*innen aufgebaut. Diese Menschenrechtsverletzungen erfüllen den Tatbestand der Apartheid, die nach internationalem Recht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.

Die **Vertreibungen** von mehr als 700'000 Palästinenser*innen aus ihren Häusern, Dörfern und Städten im damaligen Palästina im Rahmen des Konflikts, der 1948 zur Gründung des Staates Israel führte, hat sich als *Nakba* – das arabische Wort für «Katastrophe» – und als Geschichte der Enteignung und Vertreibung im kollektiven Bewusstsein der Palästinenser*innen eingepreßt.

[...] Gemäß dem internationalen Völkerrecht haben Palästinenser*innen, die aus ihren Häusern im heutigen Israel geflohen sind oder vertrieben wurden, sowie ihre Nachkommen ein **Recht auf Rückkehr**. Israel hat dieses Recht jedoch nie anerkannt. Die Geflüchteten haben bis heute so gut wie keine Aussicht darauf, in ihre Häuser – von denen Israel viele zerstört hat – oder in die Dörfer und Städte zurückkehren zu dürfen.

Enteignung und Vertreibung sind Kern der israelischen Apartheid gegen die Palästinenser*innen. Bis heute gehen sie weiter und die *Nakba* ist zum Symbol für die jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser*innen geworden. Heute leben über 5,6 Millionen Palästinenser*innen als Geflüchtete, das Recht auf Rückkehr und ein sicheres Zuhause wird ihnen weiterhin vorenthalten. Für mindestens 150'000 weitere Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten, Ost-Jerusalem und Israel besteht aktuell die Gefahr, durch die israelische Praxis der Hauszerstörungen oder Zwangsräumungen ihre Häuser zu verlieren.

1. Wie Israel ein System der Apartheid etablierte

Ein Bericht von Amnesty International mit dem Titel [Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity](#) zeigt, dass der israelische Staat ein System der Unterdrückung und Herrschaft gegen Palästinenser*innen aufgebaut hat. [...] Dies gilt für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten (einschließlich Ostjerusalem), im Staat Israel sowie für geflüchtete Palästinenser*innen in anderen Ländern.

Amnesty International kommt zum Schluss, dass diese Menschenrechtsverletzungen Teil eines systematischen und breit angelegten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und in der Absicht begangen werden, das System der Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Damit erfüllen sie den Tatbestand der Apartheid, die nach internationalem Recht verboten ist.

Gesetze, Politiken und Praktiken, die darauf abzielen, ein grausames System der Kontrolle über die Palästinenser*innen aufrechtzuerhalten, haben dazu geführt, dass diese geografisch und politisch zersplittert sind, häufig verarmen und sich in einem ständigen Zustand der Angst und Unsicherheit befinden.

2. Was ist Apartheid?

[...] Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit im Sinne der [Konvention gegen Apartheid](#), des [Römer](#)

[Statuts des internationalen Strafgerichtshofs](#) und des Völkergewohnheitsrechts wird begangen, wenn eine unmenschliche Handlung (im Wesentlichen eine schwere Menschenrechtsverletzung) im Rahmen eines Systems der Unterdrückung und Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere mit der Absicht begangen wird, dieses System aufrechtzuerhalten. Apartheid lässt sich am besten als ein System der anhaltenden und grausamen diskriminierenden Behandlung von Mitgliedern einer Gruppe durch eine andere dominante Gruppe verstehen, die mit der Absicht erfolgt, die unterlegene Gruppe zu kontrollieren. Die Verbrechen der Apartheid umfassen rechtswidrige Tötungen, Folter, Zwangsumsiedlungen und die Verweigerung grundlegender Rechte und Freiheiten.

3. Wie das israelische Apartheidsystem funktioniert

Das System der Diskriminierung und Unterdrückung kontrolliert die Rechte der Palästinenser*innen auf unterschiedliche Weise, aber die Absicht ist immer dieselbe: **die Privilegierung jüdischer Israelis auf Kosten der Palästinenser*innen.**

Die israelischen Behörden haben **vier Hauptstrategien** entwickelt, um dieses Ziel zu erreichen:

Zersplitterung durch verschiedene Kontrollgebiete

Nach der Gründung Israels im Jahr 1948 wurden hundertausende Palästinenser*innen vertrieben und hunderte palästinensische Dörfer zerstört. Diese Taten kamen einer ethnischen Säuberung gleich.

Die darauffolgenden Regierungen erließen Gesetze und entwickelten politische Maßnahmen, um die weitere Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung zu erwirken.

Der Raum der Palästinenser*innen ist auf Enklaven in Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen sowie die Lebenswelt von Palästinenser*innen in Drittstaaten aufgeteilt, wo sie unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Regelungen unterliegen. Dies hat dazu geführt, dass die familiären, sozialen und politischen Bindungen zwischen den palästinensischen Gemeinschaften getrennt und so Widerspruch gegen das Apartheidsystem unterdrückt wurde. Die Strategie Israels trägt auch dazu bei, die jüdisch-israelische Kontrolle über das Land zu maximieren und die jüdische Bevölkerungsmehrheit aufrechtzuerhalten.

Millionen Palästinenser*innen leben als Geflüchtete und können nicht in ihre Heimat zurückkehren. Sie sind physisch von den Bewohner*innen Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete isoliert, da Israel ihnen das Recht auf Rückkehr in ihre Häuser, Städte und Dörfer verweigert.

Enteignung von Land und Eigentum

Seit 1948 beschlagnahmt die israelische Verwaltung Land, um Palästinenser*innen zu enteignen und aus ihren Häusern zu vertreiben. Obwohl Palästinenser*innen in Israel und den

besetzten palästinensischen Gebieten unterschiedlichen Rechts- und Verwaltungssystemen unterliegen, hat Israel in allen Gebieten ähnliche Maßnahmen zur Landenteignung ergriffen.

So hat die israelische Regierung seit 1948 in Gebieten von strategischer Bedeutung wie in Galiläa und dem Negev/Naqab, wo viele Palästinenser*innen lebten, Land enteignet. Nach der Militärbesetzung von 1967 wendete Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten dieselben Enteignungstechniken an. Um die israelische Kontrolle über das Land zu maximieren und die palästinensische Präsenz zu minimieren, wurde der Raum der palästinensischen Bevölkerung auf separate, dicht besiedelte Enklaven beschränkt. Währenddessen wurde staatliches Land sowohl innerhalb Israels als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten fast ausschließlich an jüdische Israelis vergeben.

Segregation und Kontrolle

Aufeinanderfolgende israelische Regierungen haben eine Strategie der Vorherrschaft durch diskriminierende Gesetze und Maßnahmen verfolgt, die die Palästinenser*innen separiert und je nach rechtlichem Status und Wohnsitzes in verschiedene Territorien aufteilt.

Während Israel seinen palästinensischen Bürger*innen das Recht auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status verwehrt, ist die Bewegungsfreiheit von Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten stark eingeschränkt.

Israelische Gesetze schränken das Recht auf Familiensammenführung vieler Palästinenser*innen ein. So können Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten im Gegensatz zu jüdischen Israelis durch Heirat weder Wohnsitz noch Staatsbürgerschaft erwerben. Israel setzt auch bürgerlichen und politischen Rechten von Palästinenser*innen enge Grenzen, es erschwert so Widerstand und hält das System der Unterdrückung und Herrschaft aufrecht. Millionen Palästinenser*innen im Westjordanland sind weiterhin der Kontrolle der israelischen Armee und der seit 1967 geltenden Militärgesetzgebung unterworfen.

Entzug von wirtschaftlichen und sozialen Rechten

Palästinenser*innen in Israel und in den besetzten Gebieten sind marginalisiert, verarmt und werden wirtschaftlich benachteiligt. Seit Jahrzehnten werden jüdische Israelis bei der Zuweisung von Ressourcen durch die Regierung klar bevorzugt, wodurch die Ungleichheiten ständig verschärft werden.

So leben Millionen Palästinenser*innen innerhalb Israels und in Ostjerusalem in dicht besiedelten Gebieten, die unterentwickelt sind und in denen es an angemessenen grundlegenden Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Elektrizität, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Wasser- und Abwasserinfrastruktur fehlt.

Palästinenser*innen haben in allen von Israel kontrollierten Gebieten weniger Möglichkeiten als jüdische Israelis, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ihr Zugang zu und die Nutzung von Ackerland, Wasser, Gas und Öl und anderen natürlichen Ressourcen wird stark eingeschränkt. Auch wird der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und grundlegenden Dienstleistungen erschwert.

Darüber hinaus beschlagnahmten die israelischen Behörden den größten Teil der natürlichen Ressourcen der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten und verwenden diese zum wirtschaftlichen Nutzen jüdischer Israelis sowohl in Israel als auch in den illegalen Siedlungen.

4. Wie setzt sich Amnesty International gegen Apartheid ein?

Apartheid ist nirgendwo auf der Welt akzeptabel. Warum also hat die Welt die Verbrechen der Apartheid gegenüber den Palästinenser*innen bisher akzeptiert?

Die Menschenrechte wurden von der internationalen Gemeinschaft lange Zeit vernachlässigt, wenn es um den jahrzehntelangen Kampf und das Leiden der Palästinenser*innen ging. Palästinenser*innen, die mit der Brutalität der Unterdrückung durch die israelische Politik konfrontiert sind, fordern seit mehr als zwei Jahrzehnten, die israelische Herrschaft als Apartheid zu verstehen.

Mit der Zeit anerkannten immer mehr palästinensische, israelische und internationaler Menschenrechtsorganisationen die Behandlung des palästinensischen Volkes durch die israelischen Behörden als Apartheid.

Doch die Regierungen, die die Verantwortung und die Macht haben, etwas zu verändern, haben sich bisher geweigert, den Staat Israel zur Verantwortung zu ziehen. Stattdessen haben die Regierungen sich hinter einem zunehmend aussichtslosen Friedensprozess versteckt, der auf Kosten der Menschenrechte und der Rechenschaftspflicht geht. Heute sind keine Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten Lösung zu verzeichnen, und die Menschenrechtslage der Palästinenser*innen verschlechtert sich stetig.

Amnesty International fordert die israelischen Behörden in erster Linie auf, das Apartheid-System und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen zu beenden, indem die Behörden die Maßnahmen zur Ausgrenzung, Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser*innen aufheben. Wir fordern die israelischen Behörden auf, die Zerstörung von Häusern und rechtswidrige Zwangsräumungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden, das Recht geflüchteter Palästinenser*innen auf Rückkehr anzuerkennen und die diskriminierenden Gesetze zum Landerwerb und der Landnutzung in Israel abzuschaffen.

Wir fordern außerdem die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit das System der Apartheid beendet wird. Die internationale Gemeinschaft sollte zu diesem Zweck unter anderem gezielte Sanktionen gegen diejenigen israelischen Behördenvertreter*innen verhängen, die am stärksten in das Verbrechen der Apartheid verwickelt sind; ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen und prüfen, wie die Möglichkeiten der internationalen Gerichtsbarkeit Anwendung finden können.

<https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestiner-innen>

Norman Paech „Mit der Besetzung in die Barbarei: Apartheid“ in 75 Jahre Israel – 75 Jahre Naqba, Juni 2023 <https://www.norman-paech.de/naher-und-mittlerer-osten/israel-pal%C3%A4stina-i/>

Erklärung von Holocaust- und Völkermordforschern zur Massengewalt in Israel und Palästina seit dem 7. Oktober

9. Dezember 2023

Wir, Wissenschaftler aus den Bereichen Holocaust, Völkermord und Massengewalt, sehen uns gezwungen, **vor der Gefahr eines Völkermordes durch den israelischen Angriff auf Gaza zu warnen**. Wir stellen außerdem fest, dass im Falle einer Fortsetzung und Eskalation des israelischen Angriffs auch die Palästinenser unter israelischer Militärbesatzung im Westjordanland und in Ostjerusalem sowie die palästinensischen Bürger Israels in großer Gefahr sind.

Wir sind zutiefst betrübt und besorgt über den Massenmord an über 1.200 Israelis und Wanderarbeitern durch die Hamas, den Islamischen Dschihad und andere am 7. Oktober, darunter mehr als 830 Zivilisten. Wir nehmen auch die Beweise für [geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt](#) während des Angriffs, die Verwundung von Tausenden von Israelis, die Zerstörung israelischer Kibbuzim und Städte und die Entführung von mehr als 240 Geiseln in den Gazastreifen zur Kenntnis. Diese Handlungen stellen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Wir erkennen an, dass die Gewalt in Israel und Palästina nicht am 7. Oktober begonnen hat. Wenn wir versuchen, den Massenmord vom 7. Oktober zu verstehen, sollten wir ihn in den Kontext des israelischen Siedlerkolonialismus, der israelischen militärischen Besatzungsgewalt gegen Palästinenser seit 1967, der sechzehnjährigen Belagerung des Gazastreifens seit 2007 und des Aufstiegs einer Regierung in Israel im letzten Jahr stellen, die sich aus Politikern zusammensetzt, die mit Stolz von jüdischer Vorherrschaft und ausgrenzendem Nationalismus sprechen. Erklären heißt nicht rechtfertigen, und dieser Kontext entschuldigt in keiner Weise die Angriffe auf israelische Zivilisten und Wanderarbeiter durch Palästinenser am 7. Oktober.

Wir sind auch zutiefst betrübt und besorgt über den israelischen Angriff auf den Gazastreifen als Reaktion auf den Angriff der Hamas. Einem Artikel der [New York Times](#) vom 26. November zufolge hat der israelische Angriff Tod und Zerstörung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß verursacht. In zwei Monaten hat der israelische Angriff mehr als 16.000 Palästinenser getötet (und Tausende weitere unter den Trümmern begraben) - fast die Hälfte davon Kinder und Jugendliche, wobei vor dem Waffenstillstand [im Durchschnitt alle zehn Minuten ein palästinensisches Kind getötet](#) wurde - und mehr als 40.000 Menschen verwundet. [...] Eine Reihe von Experten hat daher Israels Angriff auf den Gazastreifen als den intensivsten und tödlichsten seiner Art seit dem Zweiten Weltkrieg [bezeichnet](#). Doch während Russlands Angriff auf die Ukraine die westlichen Führer aus gutem Grund dazu veranlasst hat, die angegriffenen Menschen zu unterstützen, unterstützen dieselben westlichen Führer nun eher die Gewalt des israelischen Staates als die angegriffenen Palästinenser.

Israel hat außerdem mehr als 1,8 Millionen Palästinenser innerhalb des Gazastreifens gewaltsam vertrieben, dabei fast die Hälfte aller Gebäude zerstört und den nördlichen Teil des Streifens zu einer "[unbewohnbaren Mondlandschaft](#)" gemacht. Tatsächlich hat die israelische Armee seit dem 7. Oktober mehr als 25.000 Tonnen Sprengstoff auf den Gazastreifen abgeworfen, was zwei Hiroshima-Bomben ent-

spricht, und nach [Angaben von Human Rights Watch](#) auch weiße Phosphorbomben eingesetzt. Sie haben systematisch Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen, Bäckereien und landwirtschaftliche Felder angegriffen. Der Staat hat auch viele wichtige Fachleute getötet, darunter mehr als 220 Mitarbeiter des Gesundheitswesens, über [100 UN-Mitarbeiter](#) und [Dutzende von Journalisten](#). Die erzwungene Vertreibung hat außerdem im südlichen Teil des Streifens zu einer starken Überbevölkerung geführt, die das Risiko des Ausbruchs von Infektionskrankheiten birgt, was durch den Mangel an Lebensmitteln, sauberem Wasser, Treibstoff und medizinischer Versorgung aufgrund der von Israel seit dem 7. Oktober verhängten "totalen Belagerung" noch verschärft wird.

Das beispiellose Ausmaß an Zerstörung und Tötung deutet auf groß angelegte Kriegsverbrechen bei Israels Angriff auf Gaza hin. Es gibt auch [Beweise](#) für einen "weitverbreiteten oder systematischen Angriff gegen die Zivilbevölkerung in Kenntnis des Angriffs", der im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs als [Verbrechen gegen die Menschlichkeit](#) definiert ist.

Darüber hinaus lassen Dutzende von Erklärungen führender israelischer Politiker, Minister im Kriegskabinett und hochrangiger Armeeoffiziere seit dem 7. Oktober - also von Personen mit Befehlsgewalt - auf die "Absicht" schließen, die Palästinenser "als solche" zu vernichten, wie es in der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes [heißt](#). Zu den Erklärungen gehören Darstellungen, wonach alle Palästinenser im Gazastreifen für den Hamas-Angriff vom 7. Oktober verantwortlich seien und daher legitime militärische Ziele darstellten, wie dies der israelische [Staatspräsident Herzog am 13. Oktober](#) und der israelische Premierminister Netanjahu am 29. Oktober zum Ausdruck brachten, als er sich auf die biblische Geschichte von der totalen Vernichtung Amaleks durch die Israeliten [berief](#), als Israel gerade seine Bodeninvasion begann. Eine ganze Zivilbevölkerung als Feind darzustellen, kennzeichnet die Geschichte des modernen Völkermords, wobei der Völkermord an den Armeniern (1915-1918) und der Völkermord in Ruanda (1994) als bekannte Beispiele gelten. Die Erklärungen enthalten auch entmenslichende Ausdrücke, wie z. B. der Verweis [des israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant](#) auf "menschliche Tiere", als er am 9. Oktober die "totale Belagerung" des Gazastreifens verkündete. Dass die Hamas nicht nur als "menschliche Tiere" bezeichnet wird, sondern alle Palästinenser im Gazastreifen auf diese Weise gesehen werden, zeigt sich in dem, was der israelische Koordinator für Regierungsaktivitäten in den Gebieten, Generalmajor Ghassan Alian, den Menschen im Gazastreifen am nächsten Tag [versprach](#): "Die Hamas hat sich in ISIS verwandelt, und die Bewohner des Gazastreifens sind nicht entsetzt, sondern feiern. ... Menschliche Tiere müssen als solche behandelt werden. Es wird keinen Strom und kein Wasser [in Gaza] geben, es wird nur Zerstörung geben. Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen." Diese Absichtsbekundungen müssen auch im Zusammenhang mit der weit verbreiteten Aufstachelung zum Völker-

mord in den israelischen Medien seit dem 7. Oktober verstanden werden. [...] Am 11. Oktober kommentierte [der israelischer Journalist](#), Roy Sharon, in den sozialen Medien, dass "wenn wir eine Million Leichen brauchen, um die militärischen Fähigkeiten der Hamas, einschließlich Sinwar und Deif, endgültig zu beseitigen, dann soll es eine Million Leichen geben."

Vernichtende Formulierungen tauchen nun auch im öffentlichen Raum auf, wie z. B. [Banner](#) auf Brücken in Tel Aviv, die dazu aufrufen, "Gaza zu vernichten" und erklären, dass "das Bild des Triumphs 0 Menschen in Gaza sind".

Es gibt Dutzende von Beispielen für Aufwiegelung in den israelischen Medien, die an die Aufwiegelung zum Völkermord in Ruanda erinnern, als sich dort 1994 ein Völkermord ereignete.

Diese Aufstachelung weist auf die große Gefahr hin, der die Palästinenser überall unter israelischer Herrschaft ausgesetzt sind. Die **Gewalt der israelischen Armee und der Siedler im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem**, die seit Anfang 2023 deutlich zugenommen hat, ist nach dem 7. Oktober in eine neue Phase der Brutalität eingetreten. [Sechzehn palästinensische Gemeinden](#) - mehr als tausend Menschen - wurden in ihrer Gesamtheit gewaltsam vertrieben, womit die Politik der "[ethnischen Säuberung](#)" im Gebiet C, das 60 Prozent des Westjordanlands umfasst, fortgesetzt wird. Darüber hinaus haben israelische Soldaten und Siedler seit dem 7. Oktober mehr als 220 Palästinenser im Westjordanland [getötet](#) und Tausende verhaftet. Die Gewalt gegen Palästinenser umfasst [auch Folterungen](#).

[Palästinensische Bürger Israels](#) - fast 2 Millionen Menschen - sind ebenfalls mit staatlichen Angriffen konfrontiert. Seit dem 7. Oktober wurden Hunderte von Menschen verhaftet, weil sie sich mit den Palästinensern in Gaza identifiziert haben. Palästinensische Studenten, Dozenten und Mitarbeiter an israelischen Universitäten werden eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht, und der israelische Polizeipräsident Kobi Shabtai [drohte damit](#), israelische Palästinenser, die sich mit Palästinensern in Gaza identifizieren, nach Gaza auszuweisen. Diese besorgniserregenden Entwicklungen und Maßnahmen bauen auf einer Sichtweise auf, die palästinensische Bürger Israels als potenzielle Feinde betrachtet, die auf die Militärherrschaft zurückgeht, die den 156.000 Palästinensern auferlegt wurde, die die Nakba überlebt hatten und in dem Gebiet verblieben waren, das 1948 zu Israel wurde. [...] Als im Mai 2021 viele israelische Palästinenser auf die Straße gingen, um gegen einen Angriff auf Palästinenser in Ostjerusalem und einen weiteren Angriff auf den Gazastreifen zu protestieren, reagierte die israelische Polizei mit massiver Repression und Gewalt und [verhaftete Hunderte](#). Die Situation verschlechterte sich schnell, als jüdische und palästinensische Bürger in ganz Israel aneinandergerieten - an manchen Orten, wie in [Haifa](#), griffen jüdische Bürger palästinensische Bürger auf der Straße an und brachen in Häuser palästinensischer Bürger ein. Und nun hat Itamar Ben-Gvir, der rechtsextreme Siedler, der als israelischer Minister für nationale Sicherheit fungiert, die israelischen Palästinenser durch die [Verteilung von Tausenden von Waffen](#) an israelische Zivilisten, die nach dem 7. Oktober Hunderte von Selbstverteidigungseinheiten gebildet haben, in noch größere Gefahr gebracht.

Die eskalierende Gewalt gegen Palästinenser im besetzten Westjordanland und die Ausgrenzung und Gewalt gegen palästinensische Bürger Israels sind besonders besorgniserregend vor dem Hintergrund, dass in Israel nach dem 7. Oktober [der Ruf nach einer "zweiten Nakba"](#) laut wurde. Damit wird auf die Massaker und "ethnischen Säuberungen" an mehr als 750.000 Palästinensern und die Zerstörung hunderter Dörfer und Städte durch israelische Streitkräfte im Krieg von 1948 verwiesen, als Israel gegründet wurde. Die Sprache, die der Abgeordnete der israelischen Knesset (Parlament) Ariel Kallner von der regierenden Likud-Partei am 7. Oktober in einem [Social-Media-Posting](#) verwendete, ist aufschlussreich: "Nakba jetzt an den Feind. ... Jetzt, nur ein Ziel: Nakba! Eine Nakba, die die Nakba von 1948 in den Schatten stellen wird. Nakba in Gaza und Nakba für jeden, der es wagt, sich [ihnen] anzuschließen." Wir wissen, dass Völkermord ein Prozess ist, und wir sind uns bewusst, dass damit die Voraussetzungen für Gewalt geschaffen sind, die schwerer ist als die Nakba und nicht auf Gaza beschränkt bleibt.

Daher ist es jetzt an der Zeit, konzertierte Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord zu verhindern. **Wir fordern die Regierungen auf**, ihren rechtlichen Verpflichtungen gemäß der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes nachzukommen und einzugreifen, um Völkermord zu verhindern (Artikel 1), indem sie

(1) **ein Waffenembargo gegen Israel** verhängen;
(2) darauf hinwirken, dass Israels **militärische Angriffe auf Gaza beendet** werden;

(3) Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit sie die **zunehmende Gewalt der Armee und der Siedler** gegen Palästinenser im Westjordanland und in Ostjerusalem, die eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts darstellt, **sofort einstellt**;

(4) die **Freilassung aller Geiseln**, die im Gazastreifen festgehalten werden, **und aller Palästinenser** fordern, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren unrechtmäßig in Israel inhaftiert sind;

(5) die Aufforderung an den **Internationalen Strafgerichtshof**, gegen alle Täter der Massengewalt am 7. Oktober und seither zu ermitteln und Haftbefehle zu erlassen, sowohl gegen Palästinenser als auch gegen Israelis; und

(6) die **Einleitung eines politischen Prozesses in Israel und Palästina**, der auf einer wahrheitsgemäßen Abrechnung mit der israelischen Massengewalt gegen Palästinenser seit der Nakba von 1948 und einer Zukunft beruht, die die Gleichheit, Freiheit, Würde und Sicherheit aller Menschen, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, garantiert.

Wir rufen auch Unternehmen und Gewerkschaften dazu auf, die israelische Massengewalt nicht zu unterstützen, sondern dem [Beispiel der belgischen Transportarbeitergewerkschaften](#) zu folgen, die sich Ende Oktober geweigert haben, Flüge abzufertigen, die Waffen nach Israel liefern. Schließlich rufen wir Wissenschaftler, Programme, Zentren und Institute im Bereich der Holocaust- und Völkermordforschung auf, eine klare Haltung gegen die israelische Massengewalt einzunehmen und sich unseren Bemühungen anzuschließen, diese zu stoppen und ihre weitere Eskalation zu verhindern.

Originaltext: <https://contendingmodernities.nd.edu/global-currents/statement-of-scholars-7-october/?s=09>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Keine Waffenlieferungen!

Großbritannien: Eltern protestieren gegen Waffenlieferanten

Eltern mit Kinderwagen stürmten am 24. November 2023 die Büros des **Waffenherstellers British Aerospace** und ließen 100 schwarze Luftballons steigen - jeder Ballon steht für 100 Kinder, die vom israelischen Militär in Gaza getötet wurden. Der Protest fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich Zehntausende auf die morgige fünfte landesweite Demonstration für einen Waffenstillstand in London vorbereiteten, neben vielen weiteren Demos in ganz Großbritannien. Die Demonstration bei BAE Systems wurde von der Organisation **Parents for Palestine** (<https://www.instagram.com/parentsforpalestine/>) organisiert, die kurz nach dem Beginn des mörderischen Angriffs Israels auf den Gazastreifen ins Leben gerufen wurde. Bei diesem Angriff wurden bisher schätzungsweise 13.000 Zivilisten getötet und weitere liegen unter den Trümmern von Häusern und Schulen.

Zu den Teilnehmern an der Protestaktion gegen die britische Luft- und Raumfahrtbehörde gehörte Clare Welton, eine junge Mutter, die ihre sechseinhalb Monate alten Zwillinge in einem Kinderwagen schob. Sie erzählte dem Morning Star: "Es waren etwa 100 Leute da - Eltern, Babys, kleine Kinder. Einige Leute gingen in das Gebäude. Es gab zwei Eingänge. Wir haben es geschafft, in das Atrium zu gelangen. Die Sicherheitskräfte versuchten, die Leute aufzuhalten, aber die Leute kamen mit Kinderwagen herein, und das war schwierig für sie. Bei einigen Leuten waren sie etwas zu streng.

Die Ballons wurden freigelassen, und jemand las die Statistiken darüber vor, was vor sich ging und wie viel BAE Systems an den Ereignissen verdiente. **In diesem Jahr kündigte Israel an, seine Flotte von F-35-Kampffjets um 50 Prozent aufzustocken.** Dies entsprach einem Kauf oder einer Bestellung von 3 Milliarden Dollar. BAE Systems baut 13 bis 15 Prozent der Jets, was bedeutet, dass sie Hunderte von Millionen Pfund mit Waffen verdienen, die bei der Unterdrückung und Ermordung von Palästinensern eingesetzt werden."

Sie sagte, dass Parents for Palestine anfangs "nur ein paar Freunde waren, die über die horrende Zahl von Toten empört waren. Für uns Eltern ist es das unvorstellbare Grauen,

dem die Kinder ausgesetzt sein werden. Die Bombardierung, die Belagerung, die Unmöglichkeit zu fliehen", so Frau Welton. "Meine Zwillinge wurden zu früh geboren und mussten viel Zeit auf der Frühgeburtensstation verbringen. Zu sehen, wie die Krankenhäuser zerstört wurden und die Babys aus den Brutkästen geholt wurden, weil es keinen Treibstoff gab, war für mich das Schlimmste. Die Menschen sind sehr aufgewühlt."

Bei den israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen wurden vermutlich mehr als 5.500 palästinensische Kinder getötet - alle 10 Minuten ein Kind - und 1.800 Kinder werden unter den Trümmern vermisst, die meisten vermutlich tot. Weitere 9.000 Kinder wurden verletzt.

Mehr als eine Million Kinder in Gaza befinden sich in der Schusslinie, ohne Zugang zu Wasser, Nahrung, Medikamenten und Unterkünften.

Kate Joseph von Parents for Palestine sagte: "Wir können uns nicht vorstellen, welchen Schmerz und welche Angst die Eltern in Gaza erleben. Wie sollen wir unseren Kindern erklären, dass britische Unternehmen mit Sitz in unserer Heimatstadt die Ermordung von Kindern in Palästina unterstützen? Dass wir Bomben exportieren und uns weigern, zu einem Waffenstillstand aufzurufen? Um aller Kinder willen muss die Belagerung des Gazastreifens beendet werden und die Besatzung aufhören." [...]

<https://morningstaronline.co.uk/article/b/buggy-brigade-storm-bae-systems-offices> Übersetzung: SiG-Redaktion



Who said there is no choice?

Israel: New Profile ist eine feministische Bewegung, die sich gegen den Militarismus wendet. Wir streben ein Israel an, das nicht länger eine Armee mit einem Staat ist, und setzen uns dafür ein, den Einfluss des Militarismus auf das tägliche Leben zu verringern und die israelische Gesellschaft ziviler, toleranter und friedlicher zu machen. Wir tun dies seit mehr als zwanzig Jahren, indem wir israelische Wehrdienstverweigerer und diejenigen, die sich aus freien Stücken für eine Ausnahmeregelung entscheiden, beraten und einen kritischen Diskurs über die Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft in Israel fördern. <https://newprofile.org/en/>

Beendigung der Komplizenschaft bei internationalen Verbrechen: ein zweiseitiges Waffenembargo gegen Israel

**Aufruf von 164 Organisationen weltweit,
u.a. Attac Frankreich, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) e.V.**

8. November 2023

Die unterzeichnenden Organisationen fordern, dass Staaten, die Israel Waffen und andere Formen der militärischen Hilfe zur Verfügung gestellt haben und weiterhin zur Verfügung stellen, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen und entschlossen und dringend handeln, um Israel daran zu hindern, weitere Völkerrechtsverbrechen und andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht fortzusetzen. Dazu gehören auch ihre Verpflichtungen, die Begehung von Völkermord zu verhindern.

Wir erinnern diese Staaten daran, dass ihre verbindlichen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen, dem internationalen Strafrecht und anderen internationalen Völkerrechten, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen (UN), es erfordern, dass sie solche Transfers sofort stoppen und alle Lizenzen für Waffen, die für Israel bestimmt sind, aussetzen.

Die Vertragsstaaten des Vertrages über den Waffenhandel (ATT) haben zusätzliche verbindliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag übernommen, ebenso wie die anderen Staaten aufgrund einschlägiger regionaler und nationaler Regelungen zur Rüstungskontrolle.

Wir erinnern daran, dass die Bereitstellung von Waffen oder militärischer Unterstützung für Israel die exportierenden Staaten zu Komplizen von dessen Handlungen machen kann.

Erleichterung internationaler Verbrechen gegen Palästinenser durch die Bereitstellung von Waffen und militärischer Unterstützung

Seit Beginn seiner groß angelegten militärischen Vergeltungsoffensive gegen Gaza am 7. Oktober 2023 hat das israelische Militär wahllose, unverhältnismäßige und andere rechtswidrige Angriffe auf die zivile Infrastruktur durchgeführt, die zahlreiche zivile Opfer gefordert haben, unter anderem durch den illegalen Einsatz von Sprengwaffen und [weißem Phosphor](#).

Bis zum 7. November 2023, 14:00 Uhr, hat die israelische Militäroffensive nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums zur Tötung von 10.328 Palästinensern [geführt](#), von denen 67 Prozent Kinder und Frauen sind. Darüber hinaus wurden etwa 2.450 Palästinenser, darunter 1.350 Kinder, als vermisst gemeldet und es wird angenommen, dass sie unter den Trümmern eingeschlossen oder tot sind.

Da "[kein Ort in Gaza sicher ist](#)", sind palästinensische Zivilisten im belagerten Gazastreifen, darunter eine Million Kinder, unter schrecklichen Bedingungen unter fast ständi-

gen Bombardements gefangen, wo sie keinen Zugang zu sicheren Unterkünften, Nahrung, Wasser, Strom oder Treibstoff haben. "Die vollständige Belagerung des Gazastreifens, gepaart mit undurchführbaren Evakuierungsbefehlen und gewaltsamen Bevölkerungsumsiedlungen, ist eine Verletzung des humanitären Völkerrechts und des Strafrechts", wie es von UN-Experten [angeprangert](#) wird. Am 27. Oktober betonte die UN-Generalversammlung in einer auf ihrer Dringlichkeits-Sondersitzung verabschiedeten [Resolution](#), "dass es nach dem humanitären Völkerrecht unerlässlich ist, sicherzustellen, dass Zivilisten nicht der für ihr Überleben unentbehrlichen Gegenstände beraubt werden".

In [Erklärungen](#) offizieller israelischer Sprecher hieß es, dass "[die Betonung auf Schaden und nicht auf Genauigkeit liegt](#)" und sie forderten, "[den Gazastreifen von der Erdoberfläche zu tilgen](#)". In weniger als einer Woche hat Israel rund 6.000 Bomben [eingesetzt](#), fast die gleiche Menge, wie sie die USA im Laufe eines Jahres in Afghanistan abgeworfen hatten. Wir sind besonders besorgt über [Berichte](#) über Angriffe auf Zivilisten und zivile Infrastruktur, einschließlich über Angriffe auf Gesundheitspersonal, Journalisten, Krankenhäuser, Schulen, Moscheen, Kirchen, Bäckereien, Telekommunikationsinfrastruktur und Bereiche, die für [sicheres Geleit](#) gekennzeichnet sind. Viele dieser Handlungen können Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich der [Anstiftung zum Völkermord](#), darstellen.

UN-Menschenrechtsexperten [schlugen am 19. Oktober 2023 Alarm](#): "Es gibt eine anhaltende Kampagne Israels, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza führt. In Anbetracht der Äußerungen israelischer Politiker und ihrer Verbündeten, begleitet von militärischen Aktionen in Gaza und der Eskalation von Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland, besteht auch die Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk." Sie betonten: "Es gibt keine Rechtfertigungen oder Ausnahmen für solche Verbrechen. Wir sind entsetzt über die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts dieser aggressiven Kriegstreiberei."

Zusätzlich zu den Flächenbombardements im Gazastreifen hat Israel seine Unterdrückung und kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes auf beiden Seiten der Grünen Linie verschärft. Zwischen dem 7. Oktober und dem 7. November 2023, 12:00 Uhr, töteten israelische Besatzungstruppen und Siedler im Westjordanland, einschließlich Jerusalem, 158 Palästinenser, darunter 45 Kinder.

Darüber hinaus setzte das Nationale Sicherheitskomitee der Knesset "den umfassenderen Plan der Regierung zur Bewaffnung jüdisch-israelischer Zivilisten" fort, indem es Israels [Waffenkontrolle lockerte](#) und Berichten zufolge zusätzlichen 400.000 jüdischen Israelis einen [Waffenschein](#) ausstellte.

Fortgesetzte Waffenlieferungen an Israel trotz Beweisen für Verbrechen und andere Verstöße

Inmitten dieser Angriffe und trotz gut dokumentierter und berichteter schwerer Verletzungen und Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung im Laufe der Jahre, wurde die Lieferung von Waffen und militärischer Unterstützung an Israel aus den Vereinigten Staaten (USA), dem [größten einzelnen Geber von Militärhilfe für Israel](#) seit Jahrzehnten, und aus [Kanada](#), [Deutschland](#), [Italien](#), dem [Vereinigten Königreich \(UK\)](#), und den [Niederlanden](#) — Vertragsstaaten des ATT —, fortgesetzt. Auf seiner Sondersitzung 2021 zur ernststen Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems, [forderte](#) der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen alle Staaten nachdrücklich auf, von Waffenlieferungen abzusehen, wenn sie der Auffassung sind, dass die eindeutige Gefahr besteht, dass solche Waffen zur Begehung oder Erleichterung schwerer Verletzungen oder Verstößen gegen die internationalen Menschenrechtsnormen oder zu schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht verwendet werden könnten.

Unsere Organisationen sind beunruhigt über die Nachrichten, wonach einige Staaten, darunter die [USA](#), [Großbritannien](#) und [Deutschland](#), in den letzten Tagen beschlossen haben, zusätzliche militärische Ausrüstung zu liefern oder die Lieferung von militärischer Ausrüstung an Israel zu beschleunigen, obwohl es zahlreiche Beweise für Kriegsverbrechen in Gaza gibt.

Internationale rechtliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit Waffentransfers

Zu den anwendbaren internationalen rechtlichen Verpflichtungen gehören:

Völkergewohnheitsrecht

Nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es in den Artikelentwürfen der Völkerrechtskommission über die Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen von 2001 weitgehend kodifiziert ist, ist ein Staat, der einem anderen Staat bei der Begehung einer völkerrechtswidrigen Handlung durch diesen hilft oder ihn unterstützt, international dafür verantwortlich, wenn: a) dieser Staat dies in Kenntnis der Umstände der völkerrechtswidrigen Handlung tut; und (b) die Handlung wäre völkerrechtswidrig, wenn sie von diesem Staat begangen würde (Artikel 16).

Dies gilt sowohl für Waffentransfers als auch für andere Formen der Unterstützung, die einen wesentlichen Beitrag zu den rechtswidrigen Handlungen leisten, wie z. B. logistische, technische oder finanzielle Unterstützung, nachrichtendienstliche Aufklärung oder die Bereitstellung anderer Ausrüstung.

Humanitäres Völkerrecht

Der gemeinsame Artikel 1 der vier Genfer Konventionen von 1949 verpflichtet die Staaten, den Schutz der Konventionen unter allen Umständen zu achten und zu gewährleisten. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

erklärt in seinem maßgeblichen Kommentar zum Gemeinsamen Artikel 1, dass die Verpflichtung nach Artikel 1 unter anderem verlangt, dass die Staaten "von der Weitergabe von Waffen absehen, wenn aufgrund von Tatsachen oder der Kenntnis früherer Verhaltensmuster zu erwarten ist, dass die Waffen zur Verletzung der Konventionen verwendet werden".

Vertrag über den Waffenhandel (ATT)

Erklärtes Ziel des ATT war es, menschliches Leid zu verhindern und zu verringern, indem gemeinsame internationale Standards für den Transfer konventioneller Waffen festgelegt wurden. In der Präambel wird auf die Verpflichtungen zur Achtung des humanitären Völkerrechts sowie zur Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte hingewiesen.

Nach [Artikel 6 Absatz 3 ATT](#) verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Weitergabe konventioneller Waffen nicht zu genehmigen, wenn sie zum Zeitpunkt der Genehmigung Kenntnis davon haben, dass Waffen oder Güter bei der Begehung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schweren Verstößen gegen die Genfer Abkommen von 1949, Angriffen gegen zivile Objekte oder als solche geschützte Zivilpersonen verwendet würden oder bei anderen Kriegsverbrechen im Sinne internationaler Übereinkünfte, deren Vertragspartei sie sind.

Nach den [Artikeln 7 und 11](#) verpflichten sich die Vertragsstaaten, keine Ausfuhr konventioneller Waffen, Munition, Teile und Komponenten zu genehmigen, die unter anderem den Frieden und die Sicherheit untergraben oder zur Begehung schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen verwendet werden können.

Gemeinsamer Standpunkt der EU zu Waffenausfuhren 2008/944/GASP

Die Mitgliedstaaten der [Europäischen Union](#) (EU) sind ferner an den [Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008](#) als gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern gebunden und unter anderem verpflichtet, "eine Ausfuhrgenehmigung zu verweigern, wenn die eindeutige Gefahr besteht, dass die auszuführende Militärtechnologie oder -ausrüstung zur Begehung schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verwendet werden könnte".

OSZE-Grundsätze für den Transfer konventioneller Waffen

Die [Mitglieder](#) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), zu denen auch die USA gehören, sind verpflichtet, sich bei ihren Waffenexportentscheidungen an die [OSZE-Grundsätze für den Transfer konventioneller Waffen](#) (OSZE-Prinzipien) zu halten. Grundsatz 4 verlangt von den Staaten, "sich für gebührende Einschränkungen beim Transfer konventioneller Waffen und damit zusammenhängender Technologien einzusetzen und dies durch einen wirksamen nationalen Kontrollmechanismus durchzusetzen." Um diesem Grundsatz Wirkung zu verleihen, werden die Staaten bei der Prüfung von geplanten Waf-

fenexporten eine Reihe von Faktoren "berücksichtigen". Sie sind dann verpflichtet, alle Überstellungen zu vermeiden, die gegen einige oder alle der in den OSZE-Prinzipien enthaltenen OSZE-Kriterien verstoßen.

Es ist klar, dass die fortgesetzte Lieferung von Waffenexporten und Militärhilfe an Israel gegen all diese Verpflichtungen verstößt. Im Laufe der Jahre hat die unkontrollierte und in vielen Fällen international rechtswidrige militärische Unterstützung Israels auch Israels jahrzehntelanges Siedler-Kolonial- und Apartheid-Regime ermöglicht, erleichtert und aufrechterhalten, das dem palästinensischen Volk als Ganzes aufgezwungen wurde.

Ein Versäumnis, Maßnahmen zu ergreifen, kann auch dazu führen, dass sich Vertragsstaaten durch Beihilfe zu Völkerrechtsverbrechen an völkerrechtswidrigen Handlungen mitschuldig machen, und kann die individuelle strafrechtliche Verantwortung hoher Funktionsträger dieser Staaten wegen Beihilfe zur Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Artikel 25 Absatz 3 Buchstabe c des [Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs](#) nach sich ziehen. Angesichts der überwältigenden Beweise können Staaten, die Israel Waffen und andere militärische Hilfe zur Verfügung stellen, nicht behaupten, dass sie sich der unzähligen schweren Verletzungen des Völkerrechts nicht bewusst sind, die seit Jahrzehnten begangen werden und begangen wurden. Die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung und militärischer Unterstützung für Israel in dem Wissen, dass sie wahrscheinlich für schwere Verletzungen des Völkerrechts, einschließlich internationaler Verbrechen, verwendet werden, lädt zu einer Anklage wegen Komplizenschaft ein.

Da Israel weiterhin Waffen importiert, mit jährlich über 4 Milliarden US-Dollar allein aus den USA und Deutschland, hat es sich auch als führendes Unternehmen in der [Cybersicherheits- und Überwachungsbranche](#) etabliert und gehört zu den weltweit größten Exporteuren von Waffen und belegte im Jahr 2022 den [zehnten Platz](#). Solche Technologien werden oft damit beworben, dass sie im Kontext der langjährigen israelischen Besatzung, während der sie auch oft entwickelt wurden, erfolgreich an der palästinensischen Bevölkerung getestet wurden. Unsere Organisationen fordern daher weiterhin, dass die Staaten die Einfuhr von Waffen und Überwachungstechnologie aus Israel beenden und verurteilen.

Forderungen nach Sofortmaßnahmen der Staaten:

Die Verhängung eines zweiseitigen Waffenembargos gegen Israel ist sowohl eine rechtliche als auch eine moralische Verpflichtung. Bis zu einem solchen Embargo müssen alle Staaten sofort alle Transfers von Militärgütern und damit verbundenen Dienstleistungen und Hilfeleistungen an Israel aussetzen. Die ATT-Vertragsstaaten müssen die derzeitige Weitergabe konventioneller Waffen, Munition, Teilen und Komponenten nach Israel im Sinne des Artikels 2 (1), 3 und 4 des ATT unverzüglich beenden und künftige Transfers nach Israel verbieten.

Neben der Verhängung eines Waffenembargos in beide Richtungen müssen die Staaten auch darauf verzichten, militärische Kooperationsabkommen abzuschließen, ein-

schließlich militärischer Ausbildung und nachrichtendienstlicher operativer Zusammenarbeit, die sie in internationale Verbrechen und andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht verwickeln könnten.

Unsere Organisationen fordern daher:

1. Alle Staaten fordern sofortigen Waffenstillstand, den bedingungslosen und ungehinderten Zugang zu Treibstoff und humanitärer Hilfe, einschließlich zu Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung im Gazastreifen, um die schwere humanitäre Krise zu lindern, und die unverzügliche Aufhebung der 16 Jahre andauernden illegalen Blockade und Abriegelung.
2. Die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Kanada, Italien, die Niederlande und andere Staaten, die den fortgesetzten Waffentransfer und andere Formen der militärischen Unterstützung an Israel genehmigen, sollten solche Transfers im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen unverzüglich beenden und die Bereitstellung von Material, Ausrüstung oder anderen Gütern, die vorhersehbar zur Begehung schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich internationaler Verbrechen, verwendet werden könnten, sofort einstellen;
3. Staaten, die Waffen und Überwachungstechnologie aus Israel importieren, sollten dies unverzüglich zu stoppen;
4. Die Transitstaaten sollen sich weigern, dass ihre Häfen und Flughäfen für Waffenlieferungen nach Israel genutzt werden;
5. Alle ATT-Vertragsstaaten sollen in den einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenarbeiten, um ein zweiseitiges Embargo für die Verbringung militärischer Güter nach und aus Israel zu verhängen, unter anderem durch Unterstützung der zeitnahen Organisation einer außerordentlichen Tagung der Konferenz der Vertragsstaaten, gemäß Artikel 17.5 des ATT.

164 unterstützende Organisationen,
<https://www.alhaq.org/advocacy/22123.html>
Übersetzung: SiG-Redaktion

Die USA haben Israel 100 Bunkerbrecher-Bomben mit einem Gefechtskopf vom Typ BLU-109 geliefert sowie weitere Zehntausende andere Waffen (etwa 15.000 Bomben sowie 57.000 Artilleriegeschosse). ([Tagesschau, 2.12.2023](#) nach der US-Zeitung "Wall Street Journal" unter Berufung auf US-Beamte)

Deutschland liefert Munition für Haubitzen an Israel und macht sich so mitschuldig an schweren Verstößen gegen internationale Verträge (2.12.2023) – bip-jetzt.de
Ausfuhr aus Deutschland Rüstungsexporte nach Israel fast verzehnfacht. [Tagesschau](#), 08.11.2023: Deutschland hat bis Anfang November dieses Jahres deutlich mehr Rüstungsexporte nach Israel genehmigt als im Vorjahr. Der Wert der Waren stieg von 32 auf 303 Millionen Euro.
Der Großteil wurde seit Kriegsbeginn bewilligt.

Warum akzeptierte Netanjahu einen Geisel-Deal, den er wochenlang ablehnte?

23. November 2023

[...] Gestern [stimmte das Kriegskabinett in Israel](#) für das Hamas-Angebot, rund 50 israelische Geiseln freizulassen, die beim Überfall am 7. Oktober in den Gazastreifen entführt wurden. Im Gegenzug verspricht die israelische Regierung eine Waffenpause während der schrittweisen Übergabe. [...]

Die Einigung wurde international mit Erleichterung aufgenommen. Viele Angehörige warten nun gespannt und ängstlich, ihre entführten Familienmitglieder – es sind Kinder, Mütter und Frauen – in Empfang zu nehmen. Die Übergabe soll phasenweise und in Gruppen à zwölf bis 13 Personen über vier Tage geschehen. Im Gegenzug erklärt sich die israelische Regierung bereit, 150 minderjährige und weibliche palästinensische Gefangene freizulassen. (Man geht [von rund 8.000 Palästinensern](#) in israelischen Gefängnissen aus. Davon werden mindestens [1.000 ohne Anklage oder Prozess](#), oft schon seit Jahren, festgehalten. Palästinenser unterstehen im besetzten Westjordanland dem israelischen Kriebsrecht.)

Die Frage ist, warum die Netanjahu-Regierung dem Geisel-Deal nun zustimmte, den sie über Wochen zurückwies bzw. nicht ernsthaft verhandelte. Denn ein solches Angebot der Hamas wurde Israel bereits unmittelbar nach der Entführung und dann immer wieder gemacht. So [berichtete der britische Guardian](#), dass Personen, die mit den Verhandlungen um eine Geiselfreilassung vertraut sind, bestätigten, dass der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu ein derartiges Abkommen im Zuge von Verhandlungen "vollständig ablehnte, kurz nachdem militante Hamas-Kämpfer am 7. Oktober einen historischen Überfall auf israelisches Gebiet verübt hatten."

Indirekte Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas wurden schließlich von Katar vermittelt. Vier entführte Frauen wurden dabei von der Hamas am 20. und 24. Oktober freigelassen. Aber auch diese "Testballons", mit der die Hamas unilateral demonstrieren wollte, dass man bereit ist für einen größeren Deal, reichten nicht, um Netanjahu umzustimmen.

Am 24. Oktober, als Israel kurz davor stand, die Bodenoffensive im Gazastreifen zu starten, erhielt die US-Seite die Nachricht, [so Reuters](#), dass die Hamas den Parametern eines Abkommens zur Freilassung von Frauen und Kindern zugestimmt habe, was eine Pause und einen Aufschub der Bodeninvasion bedeuten würde. US-Beamte diskutierten mit den Israelis darüber, ob die Bodenoffensive verschoben werden sollte oder nicht. Die Israelis argumentierten, dass die Bedingungen für einen Aufschub nicht ausreichend seien, da es keinen Beweis für das Leben der Geiseln gebe. Netanjahu [verlangte von der Hamas](#) eine vollständige Liste mit den Namen und Angaben zu jeder in Gaza festgehaltenen Person. Ohne diese Liste in den Händen, sei er nicht bereit, die Bombardierungen einzustellen und eine Invasion auszusetzen.

Die [Hamas antwortete](#), sie könne die Liste ohne eine Kampfpause nicht vorlegen, da die geschätzten 240 Geiseln von unterschiedlichen Gruppen an verschiedenen Orten im Gazastreifen festgehalten würden. Der *Guardian* hält das für glaubwürdig. Es sei ein Hinweis darauf, "dass selbst die Hamas-Führung nicht mit Sicherheit weiß, wie viele Menschen gefangen gehalten werden, wo sie sich befinden oder wie viele die Bombardierungen überlebt haben." Israel mit Unterstützung der US-Regierung [ging darauf nicht ein](#). Man unterließ es, einen Weg zu finden, einen Deal zu vereinbaren. Das israelische Militär intensivierte vielmehr die Kämpfe mit Bodentruppen, die in den Norden einmarschierten.

Nach dem Beginn der israelischen Bodenoffensive am 27. Oktober seien die Verhandlungen dann langsam wieder aufgenommen worden. Aber Netanjahu habe weiterhin eine harte Linie bei Vorschlägen verfolgt, die Waffenstillstände von unterschiedlicher Dauer im Austausch für eine unterschiedliche Anzahl von Geiseln vorsahen, so berichten [Quellen aus dem Umfeld der Verhandlungen](#).

Zugleich habe die Hamas ihre ursprünglichen Forderungen immer weiter zurückgeschraubt. Mitglieder der Organisation hatten zu Beginn noch erklärt, man wolle mit den Geiseln Tausende palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen befreien. Doch "jedes Mal wurde die israelische Gegenforderung härter", [sagte](#) eine mit den Verhandlungen vertraute Person dem *Guardian*.

Auch innerhalb des israelischen Establishments soll Netanjahu einen Hardliner-Kurs gefahren haben. Der Geheimdienst Mossad, der hauptverantwortlich ist bei Geisel-Verhandlungen, [drängte auf eine Lösung](#) für die Entführten. Doch der israelische Premierminister soll das immer wieder abgeblockt und dann noch schärfere Bedingungen gefordert haben.

Der Druck in Israel und den USA ist stetig gewachsen

Das Geisel-Abkommen, dem jetzt das israelische Kabinett zugestimmt hat, lag nach [Angaben von Haaretz](#) auch schon vor einer Woche auf dem Tisch, aber Netanjahu habe es zurückgewiesen, wie alle Angebote vorher.

Warum also kommt jetzt plötzlich doch die Einigung bei einem Deal, der schon sehr viel früher hätte beschlossen werden können? Bessere Bedingungen für Israel können nicht der Grund dafür gewesen sein. So heißt es [im Guardian](#):

Drei mit den Gesprächen vertrauten Quellen zufolge sah der ursprüngliche Deal die Freilassung von Kindern, Frauen, älteren und kranken Menschen im Gegenzug für eine fünftägige Waffenruhe vor. Die israelische Regierung lehnte das jedoch ab und demonstrierte ihre Ablehnung mit der Einleitung der Bodenoffensive.

Im jetzt vom israelischen Kabinett beschlossenen Abkommen erhält die Hamas zudem die Zusicherung, dass im Gegenzug 150 gefangene Palästinenser aus israelischen Ge-

fängnissen freigelassen werden. Israel hat also keineswegs mehr Zugeständnisse erhalten, eher umgekehrt.

Der Meinungsumschwung ist wohl am Ende von außen gekommen, und hat vor allem mit dem **gewachsenen Druck zu tun, sowohl innerhalb der israelischen Gesellschaft, also auch in den USA.**

Denn schon früh verlangten Angehörige von Hamas-Entführten in Israel, dass Netanjahu die Geiselnbefreiung ganz oben auf die Tagesordnung setzen müsse. [Sie forderten](#) einen Deal mit der Hamas, der einen Gefangenen austausch und eine Feuerpause enthalten würde.

Am 18. November gingen schließlich [Tausende in Jerusalem auf die Straße](#), um die israelische Regierung aufzufordern, mehr für die Freilassung von Geiseln im Gazastreifen zu tun. Vor allem Netanjahu, der schon wegen der Justizreform massiv im Land unter Druck steht, geriet immer mehr in die Kritik. In der Tageszeitung *Haaretz*, der "New York Times von Israel", wurde in Kommentaren bereits [sein Rücktritt gefordert](#).

Gestern schrieb schließlich Yossi Verter [auf Haaretz](#) in einer Analyse mit dem Titel "Netanjahu beugt sich dem öffentlichen Druck und akzeptiert denselben Deal, den er bereits abgelehnt hat":

Der öffentliche Druck, sein Treffen mit den Geiselfamilien und die Stellungnahmen der israelischen Armee (IDF), des [Inlandsgeheimdienstes] Shin Bet und des Mossad haben ihn offenbar umgestimmt. Die Verantwortung liegt letztlich bei ihm. Es ist jedoch immer einfacher, sie mit dem Sicherheitsapparat zu begründen. Es ist nicht das erste Mal, dass Netanjahu während dieses Krieges seine öffentliche Haltung geändert hat. Zu Beginn des Krieges hatte er die Befreiung der Geiseln nicht als prioritäres Kriegsziel angesehen. Als der Druck zunahm, ging er mehr und mehr zu einer humanitären Haltung über, bis er in seinen öffentlichen Äußerungen der Freilassung der Entführten und der Beseitigung der Hamas gleiche Priorität einräumte.

Und auch auf den US-Präsidenten Joe Biden ist der Druck in den Wochen von Israels Gaza-Krieg mehr und mehr gewachsen, bei dem bisher [über 11.000 Menschen](#), Zweidrittel davon Kinder und Frauen, getötet wurden, während die humanitäre Lage zunehmend erodiert.

Letzte Woche wurde ein offener Brief an Biden [in der New York Times veröffentlicht](#), in dem mehr als 500 US-Beamte von rund 40 Regierungsbehörden gegen seine Israel-Politik protestieren. Es zeige die derzeitige Uneinigkeit in der US-Regierung gegenüber dem israelischen Kurs, so die NYT.

Biden wird im Brief aufgefordert, für einen Waffenstillstand (66 Prozent der US-Amerikaner wollen das), die Freilassung der Geiseln und der willkürlich inhaftierten palästinensischen Gefangenen sowie die Wiederherstellung der vollen Versorgung des Gazastreifens einzutreten.

In den letzten Wochen hat es auch [große Demonstrationen](#) der Friedensbewegung und [Protestaktionen von jüdischen Organisationen](#) in den USA (wie auch [in Großbritannien](#)) gegeben, die von der Biden-Regierung verlangen, ihren Einfluss auf Israel zu nutzen, um einen Waffenstillstand zu erwirken und die Lage insgesamt zu deeskalieren.

Dazu kommen zahlreiche Aufrufe von Prominenten und Menschenrechtsgruppen sowie Initiativen und [Resolutionen der internationalen Staatengemeinschaft](#). Mit jedem Tag mehr an Katastrophenmeldungen aus Gaza und einer sich rapide verschlechternden humanitären Lage wurde es für die Biden-Administration schwerer, tatenlos an der Seitenlinie zu verharren und Israel einen Blankoscheck auszustellen.

Dass es den Geisel-Deal jetzt gibt, ist gut und richtig. Damit wird ein erster Schritt getan. Es wäre besser gewesen, er wäre früher gekommen. Der Deal ist das Verdienst von jenen, die von verschiedenen Seiten Druck ausgeübt und bei Gesprächen mit der Hamas vermittelt haben.

Das Abkommen sieht auch vor, dass [noch mehr Geiseln](#) jenseits der jetzt 50 in den weiteren Tagen freigelassen werden könnten, wenn die Umstände stimmen. Die Waffenruhe würde pro zehn freigelassene israelische Geiseln um einen Tag von Israel verlängert werden müssen, maximal auf bis zu zehn Tage, wie das Kabinett beschloss. Ob im Gegenzug dafür weitere palästinensische Gefangene freigelassen werden müssten, [ist unklar](#).

Danach, das hat Israel bereits angekündigt, soll der Krieg in Gaza jedoch weitergehen. Denn auch das ist wahr: Eine Feuerpause macht noch keinen Waffenstillstand. Und ein Waffenstillstand macht noch kein Ende des Konflikts.

<https://www.telepolis.de/features/Warum-akzeptiert-Netanjahu-einen-Geisel-Deal-den-er-wochenlang-ablehnte-9536941.html>

Marwan Barghuti, 2002:

„Der einzige Weg für die Israelis, sich sicher zu fühlen und sicher zu sein, ist – recht einfach –, die 35-jährige israelische Besatzung von palästinensischem Territorium zu beenden.

Die Israelis müssen den Mythos aufgeben, wonach es möglich sei, gleichzeitig Frieden und Besatzung zu haben, wonach friedliche Koexistenz zwischen dem Sklaven und dem Meister möglich sei.

Der Mangel an Sicherheit für die Israelis entsteht aus dem Mangel an Freiheit für die Palästinenser.

Israel wird seine Sicherheit erst nach dem Ende der Besatzung haben, nicht vorher.

Sobald Israel und der Rest der Welt diese grundsätzliche Wahrheit einmal verstehen, wird der Ausweg klar:

Beendet die Besatzung, erlaubt den Palästinensern, in Freiheit zu leben, und lasst die beiden unabhängigen und gleichberechtigten Nachbarn eine friedliche Zukunft mit engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen aushandeln.“

Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, im Januar 2002. Er wurde 2002 von israelischen Soldaten entführt und wird seitdem gefangen gehalten.

Palästinensische und israelische Stimmen

Nada Abu Tarbush, Vertreterin des Staates Palästinas auf dem UN-CCW-Treffen Never again is NOW

Nada Abu Tarbush vertrat den Staat Palästina auf dem [5. Treffen der Hohen Vertragsparteien](#) (UN- [Convention on Certain Conventional Weapons](#), CCW) in Genf.

In ihrer **Rede am 17.11.23** spricht sie eine deutliche Sprache zum israelischen Vorgehen im Gazastreifen und übt Kritik an den Erklärungen israelischer Offizieller. Sie verweist auf die alarmierende Rechtfertigung von (damals) mehr als 11.350 Toten, darunter Kinder, Journalisten und UN-Mitarbeiter. Sie wirft ihnen vor, alle 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens als legitime Ziele zu betrachten und stellt die Behauptung Israels in Frage, sich an das Völkerrecht zu halten. Filmaufnahme: <https://www.youtube.com/watch?v=exMIunx37Po>

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Da sich mehrere Staaten direkt zu Palästina geäußert haben, haben wir drei Antworten vorbereitet, die wir nacheinander verlesen werden, und bitten Sie diesbezüglich um Nachsicht. Wir werden zunächst auf die Erklärung Israels antworten.

Herr Vorsitzender, lassen Sie uns zunächst Israel daran erinnern, dass wir uns nicht die Palästinensische Autonomiebehörde, sondern den Staat Palästina nennen. Sicher, Ihr Finanzminister sagte dieses Jahr auf einer Veranstaltung in Paris, dass es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt, und Ihr Premierminister hielt am 24. September in der UN-Generalversammlung eine Karte mit dem Titel "Der neue Nahe Osten" hoch, auf der Palästina gelöscht und vollständig durch Israel ersetzt wurde. Aber wenn Ihre Regierung anexionistisch und rassistisch ist, dieses Gremium ist es nicht, und wir bitten Sie, sich an das UN-Protokoll und die Nomenklatur zu halten und allen Beteiligten in diesem Saal Respekt zu erweisen. Lassen Sie uns den israelischen Delegierten auch daran erinnern, dass das Fehlen einer Geschäftsordnung für diese Sitzung kein Freibrief dafür ist, jeden Sinn für Anstand zu verlieren, wenn man mit Gesprächsteilnehmern in diesem Saal spricht.

Für die anderen Staaten und die Zivilgesellschaft im Saal möchte ich die Erklärung Israels auf den Punkt bringen.

Abgesehen davon, dass Israel mit Beleidigungen um sich wirft und schwerwiegende unbegründete Anschuldigungen erhebt, hat es etwas gesagt, das Sie alle erschauern lassen sollte. Es hat tatsächlich gesagt: Ich kann jede einzelne Person in Gaza töten. Die 2,3 Millionen Menschen im Gazastreifen seien entweder Terroristen oder Sympathisanten von Terroristen oder menschliche Schutzschilde und daher legitime Ziele. (1) Jeder Mensch fällt nach Ansicht Israels in eine dieser drei Kategorien: ein Kind, ein Journalist, ein Arzt, ein UN-Mitarbeiter, ein neugeborenes Baby im Brutkasten, und so kann Israel sie töten und dann die Dreistigkeit besitzen, in diesen Raum zu kommen und der Welt mit unbewegter Miene zu sagen, dass es im Einklang mit dem Völkerrecht handele. Der Tod jedes einzelnen der über 11.350 Menschen, die im vergangenen Monat getötet wurden, darunter Kinder, Journalisten, UN-Mitarbeiter, Kranke und ältere Menschen, war laut Israel gerechtfertigt.

Denken Sie einen Moment darüber nach und lassen Sie es auf sich wirken.

Jeder, der diese verdrehte Logik vertritt, hat keinen Funken Menschlichkeit, keinen Sinn für Moral und keine Ahnung von Legalität. Aber wissen Sie, Ihre Erklärung für Flächenbombardierungen wird nicht funktionieren.

Die Menschen sind nicht dumm. Die Menschen in diesem Raum sind erfahrene Diplomaten, die sehr belesen sind, die die Geschichte kennen und von denen viele gesehen haben, wie Ihre Regierung in den letzten 15 Jahren bei den sechs vorangegangenen militärischen Angriffen auf Gaza die gleichen Argumente vorgebracht hat.

Sie haben gesehen, wie Sie auf kollektive Bestrafung zurückgreifen und palästinensische Kinder, Journalisten, medizinisches Personal und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ins Visier nehmen.

Sie haben gesehen, wie Sie seit dem 7. Oktober und in den 75 Jahren davor unsere Gemeinden zwangsumgesiedelt, unser Land kolonisiert, unsere Häuser abgerissen und Familien von ihrem eigenen Grund und Boden vertrieben haben. Sie haben Ihre staatlich geförderte Desinformationskampagne schon einmal gesehen. Noch einmal: Beleidigen Sie nicht unsere Intelligenz, wir sind nicht dumm.

Mit der Behauptung, es handele im Einklang mit dem Völkerrecht, sagt Israel im Grunde: Der UN-Generalsekretär, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, die WHO, UNICEF, OCHA, die UN-Sonderberichterstatter, die unabhängige UN-Untersuchungskommission, Menschenrechtsorganisationen weltweit, Abrüstungs-NGOs weltweit, humanitäre NGOs weltweit, zahllose Rechtsexperten - sie alle liegen falsch. Alle lügen darüber, dass Israel das Völkerrecht verletzt, und wir sollen stattdessen Israel glauben, dem Staat, der das wahllose Töten betreibt.

Es ist interessant, dass Israel mit der Aussage, sogar Kriege hätten Regeln, genau denselben UN-Generalsekretär zitiert, dessen Rücktritt es gefordert hat, weil er es gewagt hat zu sagen, dass Israel in der Vergangenheit palästinensisches Land besetzt hat. Es ist ein ziemlicher Widerspruch, den israelischen Vertreter live auf unseren Fernsehbildschirmen davon sprechen zu hören, dass Kriege Regeln haben, während Israel Völkermord begeht und alle Regeln bricht, die es gibt.

Wir sagen Israel, dass wir eure PR und Desinformation durchschauen. Die ganze Welt durchschaut eure PR und eure Desinformation. Die Millionen von Menschen, die in jeder größeren Hauptstadt der Welt auf die Straße gehen und euch wegen Völkermordes anprangern, durchschauen eure PR und Desinformation.

Vielleicht denken Sie, dass wir alle wegen Ihrer aufrührerischen Rhetorik die Aufwiegelung, die Erklärungen und die Taten der israelischen Amtsträger vergessen werden, die dafür stehen, den Gazastreifen auszulöschen, eine Atombombe auf das palästinensische Volk abzuwerfen, die "menschlichen Tiere" und "Kinder der Finsternis" zu vernichten. (2)

Vielleicht denken Sie, dass Ihre ständige Einschüchterung und Ihre Drohungen alle über die Tatsache hinwegsehen lassen, dass Israel in diesem Moment Babys, Jugendliche, Frauen, Männer und ältere Menschen tötet - niemand ist zu klein, zu alt oder zu krank, um von seinem Zorn verschont zu bleiben.

Vielleicht denken Sie, dass Sie durch die Unterbrechung der Telekommunikation und die Verhängung eines weiteren Stromausfalls im Gazastreifen den Völkermord fortsetzen können, ohne Belästigung von Menschen, die imstande sind, über ihre Telefone und Computer darüber zu berichten.

Vielleicht denken Sie, dass Ihre schießwütigen Soldaten weiterhin Journalisten töten, 41 bisher, die höchste Anzahl von Journalisten, die in einem Zeitraum von vier Wochen getötet wurden, mehr als in jedem anderen Konflikt der letzten drei Jahrzehnte.

Sie glauben, dass niemand mehr übrig sein wird, der Ihre Verbrechen aufdecken kann. Vielleicht denken Sie, dass die Menschen schweigen werden, wenn Sie versuchen, jeden zum Schweigen zu bringen, der versucht, über Ihre Verbrechen, die Völkerrechtsverletzungen eines Staates, zu sprechen, indem Sie ihn entweder als Antisemiten oder als Unterstützer des Terrors bezeichnen, und Ihre Einschüchterungskampagne kennt keine Grenzen.

Sie greifen Palästinenser, Juden, Israelis, UN-Mitarbeiter, Politiker, Parlamentarier, Universitätsprofessoren und jeden auf der ganzen Welt an, der Sie wegen Ihrer Verstöße gegen das Völkerrecht anprangert. Aber wissen Sie, Ihre Einschüchterung und Ihr Schweigen werden nicht funktionieren. Wir werden zusammen mit allen friedliebenden Nationen und mit allen Menschen mit Gewissen auf der ganzen Welt nicht schweigen.

Wir werden Sie weiterhin auf Ihre Verbrechen hinweisen, Rechenschaft für Ihre Verstöße und Sanktionen fordern, während Ihre Regierung weiterhin Forderungen nach einem Waffenstillstand ablehnt, unser Volk massakriert und Ihr koloniales Besatzungs- und Apartheidregime festigt.

Was Ihr Land in den letzten 75 Jahren gelernt haben sollte, ist, dass das palästinensische Volk ein Volk ist, das sich weigert, zu verschwinden, und dass Ihre Nukleardrohungen und Ihre Bomben und Ihre Panzer und Ihre Bulldozer niemals den Willen des palästinensischen Volkes brechen werden, frei zu sein und in der Würde und dem Frieden zu leben, auf den alle Menschen ein Recht haben.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns in diesem Forum stets für die Achtung des Völkerrechts eingesetzt. Für ethische Grundsätze, die das Verhalten der Staaten leiten sollen, für Frieden statt Krieg, für Menschlichkeit statt nationaler Interessen, für Abrüstung statt Zerstörung. Erneut fordern wir in diesem Forum alle Staaten auf, das Völkerrecht zu achten und für seine Einhaltung zu sorgen.

Das Recht soll der Maßstab sein, an dem alle gemessen werden, nicht Propaganda, nicht hasserfüllte voreingenommene und von Rassismus durchdrungene Äußerungen und Israels absurde Behauptung, dass Palästinenser ein Problem mit Menschen jüdischen Glaubens haben, und den Eindruck zu erwecken, es handele sich um einen religiösen Konflikt. Lassen Sie uns laut und deutlich sagen, dass es hier nicht um Religion geht und nie ging.

Wären die Besetzer unseres Landes oder die Verletzer unserer Rechte Muslime, Christen, Buddhisten, Hindus, Atheisten oder von irgendeiner anderen Überzeugung, hätten wir sie genauso angeprangert. Palästina war schon immer multi-rassisch, multiethisch und multireligiös. Menschen jüdischen Glaubens haben im historischen Palästina seit Jahrhunderten als Palästinenser gelebt. Wir betrachten sie als unsere Brüder und Schwestern, und da die Erinnerung an den Holocaust beschworen wurde, wollen wir auch laut und deutlich sagen: Wir sind sowohl mit den Opfern als auch mit den Überlebenden des Holocausts in höchstem Maße solidarisch. Es waren nicht die Palästinenser, die diesen schrecklichen Völkermord begangen haben, sondern die faschistischen Kräfte, die von Europa ausgingen, und es ist gewissenlos, dass eine Reihe von europäischen Politikern erneut die Trommel schlagen, während in Gaza ein weiterer Völkermord im Gange ist.

Wir sind vereint mit den Hunderttausenden von Juden auf der ganzen Welt, darunter Organisationen wie Jewish Voice for Peace, If Not Now, Naamod UK, die diesen Völkermord anprangern und in den Straßen von New York, London, Paris, Berlin, Sydney, Toronto und allen großen westlichen Städten skandieren, damit ihre Regierungen hören: „Nicht in unserem Namen“, beendet den Völkermord in Gaza.

Mit ihnen stehen wir zusammen. Gemeinsam stehen wir zusammen, um diesen Schmerz und dieses Leiden zu beenden. Gemeinsam werden wir nicht zulassen, dass dies noch einmal geschieht.

Nie wieder ist JETZT

Übersetzung: SiG-Redaktion

Anmerkungen der SiG-Redaktion:

(1) Zitat aus der Rede des palästinensischen Botschafters Dr. Husam Zomlot, GB, aus

<https://www.instagram.com/hzomlot/reel/C0W9ibUgTvi/>

(2) Israel's Verteidigungsminister: „We are fighting against human animals“ (<https://www.youtube.com/watch?v=3x02rCeusCI>) und "Kinder der Finsternis"

(<https://www.newarab.com/news/netanyahu-deletes-palestinian-children-darkness-tweet>)

Jewish Voice for Peace: <https://www.jewishvoiceforpeace.org>

If Not Now: <https://www.ifnotnowmovement.org>

Naamod UK: <https://naamod.org.uk/> (S. auch Seite 13)

Aufruf von palästinensischen und israelischen Müttern für Frieden



Die palästinensische Bewegung "[Women of the Sun](#)" und die israelische Bewegung "[Women Wage Peace](#)" vereinbaren, mit Entschlossenheit, Beharrlichkeit und gegenseitigem Respekt zusammenzuarbeiten, um den langen und blutigen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern zu beenden. Es handelt sich um eine historische Partnerschaft von Frauen, die darauf abzielt, beide Seiten zu ermutigen, eine friedliche Lösung des Konflikts zu unterstützen [...]

Nach über 100 Jahren des Konflikts, der größtenteils von Männern geführt wurde, sagen israelische und palästinensische Frauen "Es reicht". [...] **Unsere gemeinsame Vision spiegelt sich im "[Aufruf der Mütter](#)" wider**, den wir nach reiflicher Überlegung gemeinsam formuliert haben; er ist die Plattform für die Zusammenarbeit und die Einladung an andere, sich unseren Bemühungen anzuschließen.

Wir, palästinensische und israelische Frauen aller Lebensbereiche, sind geeint im humanen Wunsch für eine Zukunft von Frieden, Freiheit, Gleichheit, Rechten und Sicherheit für unsere Kinder und die nächsten Generationen. Wir sind davon überzeugt, dass ein Großteil der

Menschen unserer beiden Nationen diesen Wunsch gemeinsam mit uns tragen.

Wir fordern, dass unsere Staats- und Regierungschefs unserem Aufruf nachkommen und umgehend Friedensgespräche und -verhandlungen beginnen. Wir fordern, dass innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens eine politische Lösung für den langen und schmerzhaften Konflikt erreicht wird.

Wir rufen die Völker beider Nationen – Palästinenser und Israelis – sowie die Völker der Region auf, sich unserem Aufruf anzuschließen und ihre Unterstützung für die Lösung des Konflikts zu demonstrieren.

Wir rufen die Frauen der Welt auf, uns zu unterstützen, für eine Zukunft von Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Würde und Freiheit für uns selbst, unsere Kinder und die Menschen in der Region.

Wir rufen Menschen des Friedens aus der ganzen Welt auf, ob jung oder alt, religiöse Führungskräfte, Einflussnehmer, Gemeindevorsteher, Pädagogen, alle, denen dieses Thema am Herzen liegt, sich unserem Aufruf anzuschließen.

Wir laden unsere Staats- und Regierungschefs ein, die Stimme und den Willen beider Völker zu hören, den Konflikt zu lösen und einen inklusiven, gerechten Frieden zu erreichen. Wir Frauen sind bestrebt, eine aktive Rolle im Verhandlungsprozess zu übernehmen; bis zu einer erfolgreichen Lösung im Einklang mit der [UNO-Resolution 1325](#).

Wir rufen unsere Führungskräfte auf, Mut und Vision zu zeigen, um diesen historischen Wandel, den wir alle anstreben, herbeizuführen.

Wir schließen uns in Entschlossenheit und Partnerschaft zusammen, um unseren Völkern wieder Hoffnung zu geben.

Nahost: Frauen für Frieden [ARTE Info Plus](#)

Die israelische Friedensaktivistin Vivian Silver wurde am 7. Oktober im Kibbutz Beeri ermordet. Es ist ein schwerer Schlag für die israelische Friedensbewegung "Women Wage Peace". Doch die Aktivist:innen lassen sich nicht unterkriegen.

Alain Gresh (Le Monde diplomatique, November 2023): Barbaren und Zivilisierte

[Alain Gresh](#) ist Direktor der [Online-Zeitung Orient XXI](#)

November 2023 - [...] Wir schreiben den 4. September 1997 in der Ben-Yehuda-Straße im Zentrum von Jerusalem. Drei Hamas-Selbstmordattentäter sprengen sich in die Luft und töten fünf Menschen, darunter ein 14-jähriges Mädchen namens Smadar, die ihr Haus verlassen hatte, um ein Buch zu kaufen. Sie trägt in Israel einen angesehenen Namen. Ihr Großvater, General Mattityahu Peler, war einer der Architekten des Sieges im Juni 1967, bevor er zu einer "Taube" und einem der Protagonisten der sogenannten "Pariser Gespräche" wurde, den ersten geheimen Treffen zwischen führenden Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und "zionistischen" Israelis.

In diesem Jahr 1997 war Benjamin Netanyahu bereits Premierminister und versprach, das 1993 unterzeichnete Osloer Abkommen zu zerstören, was ihm auch gelang. Er kennt auch Smadars Mutter Nourit, eine Schulkameradin und Freundin aus der Jugendzeit. Als er sie anrief, um ihr sein Beileid auszusprechen, erwiderte sie: "Bibi, was hast du ge-

tan?", und machte ihn für den Tod ihrer Tochter verantwortlich (Nourit Peled-Elhanan, "Bibi qu'as-tu fait?", Le Monde diplomatique, Oktober 1997)

"Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen dem Terroristen, der meine Tochter getötet hat, und dem israelischen Soldaten, der während der Abriegelung der (palästinensischen) Gebiete eine schwangere Palästinenserin nicht durch eine Straßensperre ins Krankenhaus gehen ließ, so dass sie schließlich ihr Kind verlor. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Palästinenser uns so behandelt hätten, wie "wir" sie behandeln, "wir" unter ihnen einen hundertmal schlimmeren Schrecken verbreitet hätten." In ihrem Text bezeichnet Nourit Netanjahu abschließend als "Mann der Vergangenheit"; leider hat sie sich geirrt, denn er ist nach wie vor das Gesicht der israelischen Politik. [...]

In den rauchenden Trümmern dieser Enklave (Gazastreifen) wächst die nächste Generation palästinensischer Kämpfer heran, entschlossener als die vorherige, mit einem Herzen voller Wut und unauslöschlichem Hass.

Übersetzung: SiG-Redaktion

Ich kämpfte für die IDF [Israelische Streitkräfte] im Gazastreifen. Das brachte mich dazu, für den Frieden zu kämpfen

*Benzion Sanders ist der Jerusalemer Programmdirektor von **Extend**, <https://www.extendprograms.org/>, einer Gruppe, die palästinensische und israelische Menschenrechtsaktivisten mit dem amerikanisch-jüdischen Publikum in Verbindung bringt, und ein ehemaliges Mitglied des Teams von **Breaking the Silence**, einer Antibesatzungsveteranengruppe (<https://www.breakingthesilence.org/il/>).*

28. Oktober 2023 – Als meine israelische Infanterieeinheit im Juli 2014 das erste Dorf im Gazastreifen erreichte, räumten wir die Häuser, indem wir Granaten durch die Fenster warfen, Türen aufsprengten und Kugeln in die Räume schossen, um Hinterhalte und Sprengfallen zu vermeiden. Uns wurde gesagt, die palästinensische Zivilbevölkerung sei geflohen.

Mir wurde klar, dass dies nicht stimmte, als ich über der Leiche einer älteren palästinensischen Frau stand, deren Gesicht von Granatsplittern verstümmelt worden war. Sie hatte in einer Blutlache auf dem Sandboden einer Hütte gelegen. Das war meine Erfahrung, als die israelischen Truppen das letzte Mal in großem Stil in den Gazastreifen eindrangen, als meine [Spezialeinheit](#), die der [993. Nahal-Brigade](#) angehörte, eine der ersten war, die hineinging.

Wie die Invasion, die nach Angaben des israelischen Militärs unmittelbar bevorsteht, wurde auch diese Kampagne durch Gräueltaten der Hamas-Terroristen ausgelöst. Am 12. Juni desselben Jahres entführte und ermordete die Hamas drei israelische Teenager; kurz darauf ermordeten Israelis einen palästinensischen Teenager. Der grausame Schlagabtausch eskalierte zu einem größeren [Konflikt](#), in dessen Verlauf innerhalb von sieben Wochen etwa 70 Israelis und 2.250 Palästinenser getötet wurden. Damals wie heute wurde den Israelis gesagt, wir würden der Hamas einen entscheidenden Schlag versetzen.

Seit die israelischen Truppen am Freitag in den Gazastreifen eindrangen und sich auf mögliche Straßenkämpfe vorbereiteten, die durch die Anwesenheit von mehr als 200 Geiseln, die immer noch von der Hamas festgehalten werden, erschwert werden, weiß ich aufgrund eigener Erfahrung, welchen Terror sie in einer Landschaft von postapokalyptischen zerbombten Vierteln erwarten können, in denen Hamas-Kämpfer auf der Lauer liegen könnten. Hinzu kommt die ständige Angst, mit Mörsern und Raketen angegriffen zu werden, und die Möglichkeit, dass ein Schütze aus dem unterirdischen Tunnelnetz der Gruppe auftaucht.

Diese drei schicksalhaften Wochen im Gazastreifen haben mich von einem tief religiösen, modern-orthodoxen Jeschiwa-Studenten und Siedler im Westjordanland zu einem Aktivisten der Bewegung gegen die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete gemacht, zunächst bei der Anti-Kriegsorganisation **Breaking the Silence** und jetzt bei **Extend**, einer Gruppe, die palästinensische und israelische Menschenrechtsaktivisten mit dem amerikanisch-jüdischen Publikum zusammenbringt.

All unsere Opfer und das Leid, das den Palästinensern im Gazastreifen zugefügt wurde, haben nichts bewirkt, da un-

sere Führer sich weigerten, an der Schaffung einer politischen Realität zu arbeiten, in der weitere Gewalt nicht unvermeidlich wäre. Ich glaube zwar an die Selbstverteidigung, aber der Kampf im Gazastreifen hat mich gelehrt, dass dieser Krieg nicht nur unzählige Israelis und Palästinenser töten wird, zusätzlich zu den Tausenden, die bereits gestorben sind, sondern dass er auch den Terror nicht entscheidend beenden wird, wenn meine Regierung ihren Ansatz, die palästinensischen Hoffnungen zu zerschlagen, nicht ändert und sich nicht für die palästinensische Unabhängigkeit einsetzt. Eine Bodeninvasion ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Noch heute erinnere ich mich daran, wie der Boden von den ständigen Explosionen bebte, als wir in der Abenddämmerung zu Beginn der Bodeninvasion am 17. Juli 2014 in den Gazastreifen einrückten. Als wir in das Dorf Umm al-Nasr einmarschierten, pflügten unsere [Merkava-Panzer](#) durch die Felder neben uns, und die Bombardierungen aus der Luft und der Artillerie erzeugten unaufhörlich Donner und Blitze – was wir scherzhaft als Ton-und-Licht-Show bezeichneten. Unsere Hauptaufgabe in den zwei Wochen, die ich im nördlichen Gazastreifen verbrachte, bestand darin, die Stadtgebiete zu räumen und zu sichern, damit die Pioniere die nach Israel führenden Tunnel aufspüren und zerstören konnten. [...]

Die Schlacht war unvorhersehbar, da wir es mit einem Feind zu tun hatten, der das schwierige Gelände zu seinem Vorteil nutzte. Es schien, dass die Hamas-Kämpfer, wie auch die meisten Zivilisten, vor unserem Vormarsch geflohen waren. Doch am vierten Tag der Bodeninvasion, als wir uns auf das Viertel Al-Burrah in Beit Hanoun, einer Stadt im Nordosten des Gazastreifens, zubewegten, kamen plötzlich Hamas-Kämpfer aus einem Tunnel hinter uns hervor und töteten vier Soldaten am Grenzzaun.

Als wir uns aus Beit Hanoun zurückzogen, hörten wir das Dröhnen der Kampffjets der Luftwaffe über uns, gefolgt von ohrenbetäubenden Explosionen und riesigen Staub- und Rauchwolken, die aus Al-Burrah aufstiegen. Später erfuhr ich, dass die Luftangriffe in diesen Momenten acht Mitglieder der Familie Wahdan töteten, hauptsächlich Frauen und Kinder, deren Haus Soldaten meiner Einheit tagelang besetzt hatten, während die Familie dort war.

Irgendwann kritzelte ich einige Gedanken auf ein Blatt Papier. Ich schrieb, dass einige Mitglieder meines Teams die Zahl der getöteten Soldaten gezählt und darüber diskutiert hatten, ob dieser Einsatz die Verluste wert war. „Ich denke, es könnte sich lohnen“, schrieb ich, „solange wir die Bedrohung entscheidend beseitigen.“

Das ist die Lüge, die man uns erzählt hat und die auch heute noch wiederholt wird: dass wir die Bedrohung durch die Hamas durch eine Militäroperation entscheidend beseitigen können. In den Jahren seither ist die Hamas nur stärker geworden, trotz unserer Opfer und trotz des Todes und der Zerstörung, die wir im Gazastreifen angerichtet haben. Diese regelmäßigen Tötungen und Zerstörungen, die israelische Kommentatoren und Politiker zynisch als „[Rasenmähen](#)“ bezeichnen, waren der Preis, den Israel zu zahlen bereit war, um zu verhindern, dass es zu einer Zwei-Staaten-Lösung gedrängt wurde. Wir haben uns dafür entschieden, den Konflikt durch eine Kombination aus roher Gewalt und wirtschaftlichen Anreizen zu „managen“, anstatt ihn durch die Beendigung unserer andauernden Besetzung palästinensischer Gebiete zu lösen.

Viele meiner palästinensischen Menschenrechtspartner, die gewaltfreie Proteste organisieren, werden vom israelischen Militär [verfolgt](#) und schikaniert. Ich glaube, dass diese Politik darauf abzielt, Druck für einen palästinensischen Staat zu verhindern und den israelischen Siedlungsbau und die schleichende Annexion im Westjordanland zu ermöglichen. Seit Jahren warnen viele von uns Linken in Israel davor, dass es keinen Frieden und keine Sicherheit geben wird, solange wir kein politisches Abkommen finden, mit dem die Palästinenser Freiheit und Unabhängigkeit erlangen. Diesen

Standpunkt vertreten nicht nur Menschenrechtsaktivisten: Auch Ami Ayalon, der ehemalige Leiter des israelischen Sicherheitsdienstes Shin Bet, [argumentiert seit Jahren](#), dass der palästinensische Terror nur durch die Schaffung palästinensischer Hoffnung besiegt werden kann.

Tragischerweise waren viele derjenigen, die dieses Argument vorbrachten, auch die Opfer des abscheulichen Hamas-Anschlags vom 7. Oktober. Zu ihnen gehörte ein Kamerad aus meiner Einheit, der mit mir zusammen bei Breathing the Silence, einer Antibesatzungsveteranengruppe, diente. Er war Wachmann in einem von der Hamas angegriffenen Kibbuz und kämpfte sieben Stunden lang gegen die Terroristen, bis ihm die Munition ausging und er ermordet wurde.

Ich verließ seine Beerdigung letzte Woche niedergeschlagen, weil ich wusste, dass wir eine ausgesprochen rechtschaffene Seele verloren hatten. Für mich ist die Sache klar. Mein Freund hat nicht nur in seinen letzten Momenten gegen die Hamas gekämpft, um seine Freunde und seine Familie zu schützen, sondern auch während seines jahrelangen Engagements gegen die Besatzung. Mein Herz ist gebrochen, aber ich bin mehr denn je entschlossen, sein Vermächtnis fortzuführen.

<https://www.almendron.com/tribuna/i-fought-for-the-i-d-f-in-gaza-it-made-me-fight-for-peace/> – Übersetzung: SiG-Redaktion

Zochrot, Israel

Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind

Unsere Verantwortung, den Kreislauf der Gewalt zu beenden: Ein Aufruf zu Gerechtigkeit und Veränderung

24. Oktober 2013

Die herzerreißenden Szenen und Nachrichten aus dem Gazastreifen, die uns jede Nacht erreichen, fügen sich zu den mehr als zwei Wochen des unermesslichen Verlustes. Es war eine Zeit der Trauer und des Schmerzes für uns alle bei Zochrot, für unsere Gemeinschaft von Aktivisten, unsere Wählerschaft, Partner, Familien und uns Nahestehende. **Wir werden unserem Auftrag nicht gerecht, wenn wir nicht sehen, dass der Schmerz und die Trauer, die wir jetzt erleben, Teil einer schrecklichen Spur des Schmerzes sind, die mindestens 75 Jahre zurückreicht.**

Die Wahrheit zu sagen und auf koloniale Macht- und Unterdrückungsstrukturen hinzuweisen, war schon immer unser Auftrag, und so wird es auch bleiben. Denn solange diese Strukturen bestehen, kann niemand in wirklicher Sicherheit leben. Die schmerzlichste Erinnerung an diese Wahrheit erhielten wir am Samstag, den 7.10.2023, als militante Hamas-Kämpfer Hunderte von Menschen ermordeten, darunter auch Menschen, die wir kannten und liebten, Gefangene machten und Zivilisten entführten; seither erhalten wir diese grausame Erinnerung stündlich, da Israel den Gazastreifen in einer beispiellosen Kampagne der Rache und Zerstörung wahllos bombardiert.

Wir trauern um die Verluste und fürchten um das Leben unserer Freunde und Familien in Gaza: Unsere palästinensischen Freunde und Familien, von denen die meisten Flüchtlinge aus dem Jahr 1948 sind, ebenso wie die Israelis, die dort festgehalten werden.

Die Nakba hat nie geendet. Die Verluste sind schmerzlich, aber wir können nicht nur trauern, denn während wir das tun, fordern israelische Beamte und viele, zu viele, in der israelischen Öffentlichkeit weiterhin mehr Blut, rufen nach ethnischer Säuberung, rufen nach Völkermord und "einer zweiten Nakba" - und die Karawanen von Palästinensern, die nach Süden fliehen, die bombardiert werden, die Leichen, die aus den Trümmern gezogen werden, zeigen, dass es sich um einen Plan handelt, nicht nur um eine Drohung. **Wir müssen uns selbst und alle anderen daran erinnern, dass die Nakba nie zu Ende gegangen ist; dass alles, was wir sehen, auf die Schaffung des Gazastreifens als Ghetto voller Flüchtlinge zurückgeht, ethnisch gesäubert, um den Staat Israel zu schaffen.**

Die Sicherheit der Israelis darf nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser abhängen. Vielmehr sind unsere Sicherheit und unser Wohlergehen von der Sicherheit gegenseitig abhängig.

Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind
Während eine kriminelle Regierung völkermörderische Taktiken und eine völkermörderische Sprache anwendet und bereit ist, im Namen der Rache und der Aufrechterhaltung des Images einer mächtigen Armee sogar ihre eigenen gefangenen Bürger zu bombardieren und zu töten, während in Gaza bereits mehr als zwei Tausend Kinder ermordet wurden, sagen wir deutlich: Die Sicherheit der Israelis darf nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser abhängen. Vielmehr hängen unsere Sicherheit und unser Wohlergehen von der Sicherheit der anderen ab. **Inmitten von Tod und Zerstörung war es noch nie so wichtig wie heute, die Vision der Entkolonialisierung, der Rückkehr der Flüchtlinge, einschließlich derer in Gaza, und eines gemeinsamen, gerechten und friedlichen Raums für alle, die hier leben, hochzuhalten.**

Die Verantwortung für den Wandel

Die Verantwortung, den Kreislauf der Gewalt zu beenden, liegt bei uns, und sie sollte durch Entkolonialisierung erreicht werden. Wenn jeder friedliche oder disziplinierte Weg zur Befreiung blockiert ist, werden unterdrückte Menschen auf die jahrzehntelange Gewalt, die ihnen angetan wurde, mit Gewalt reagieren. Die Tötung Unschuldiger, insbesondere von Kindern, ist niemals zu rechtfertigen, **doch die einzige Möglichkeit, sie zu verhindern, besteht darin, die Systeme der Unterdrückung zu demontieren, die die Ursache für all die Gewalt sind, die wir erlebt haben.**

Wenn wir andere für die Gewalt, die wir erleiden, verantwortlich machen, sollten wir uns nicht wundern, wenn wir uns für das Schweigen entscheiden und von den Privilegien auf Kosten einer anderen Bevölkerung profitieren. Wir haben die Macht, etwas zu verändern. Wir sind seit 75 Jahren Teil eines Kreislaufs der Gewalt, und es ist an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen.

Die Dinge können anders sein

Es ist an der Zeit, dass wir erkennen, dass Gerechtigkeit ein grundlegender Bestandteil unserer Vision sein muss. Wir müssen jedes Leben gleich wertschätzen. Ohne diese Grundsätze wird die Gewalt fortbestehen, denn niemandem sollte zugemutet werden, ein Leben in Unterdrückung ohne Widerstand zu führen.

Veränderung ist möglich. Aber wer hat die Macht zur Veränderung? Die Palästinenser haben eine lange Geschichte der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Gewalt erduldet. **Wenn wir von der Beendigung des Kreislaufs der Gewalt sprechen, ist es Israel als Besatzungs- und Machtmacht, das den Schlüssel zur Verwirklichung dieses Ziels in der Hand hält, und es ist die israelische Gesellschaft, die einen anderen Weg wählen muss.**

Eine Hoffnung für die Zukunft

Ein wirklicher Wandel kann nur durch eine Änderung des bestehenden Regierungssystems herbeigeführt werden, das die Verantwortung für das fortdauernde Unrecht der Nakba anerkennt und die Umsetzung des Rechts auf Rückkehr für

die palästinensischen Flüchtlinge sicherstellt und damit letztlich dem Kreislauf der Gewalt ein Ende setzt.

https://www.zochrot.org/publication_articles/view/56535/en

Übersetzung: SiG-Redaktion

Zochrot - Unser Auftrag

Zochrot ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich seit 2002 dafür einsetzt, **historische Informationen über die palästinensische Nakba in hebräischer Sprache aufzuarbeiten und zu verbreiten**, um die Verantwortlichkeit für die Nakba in der jüdischen Öffentlichkeit Israels und die Umsetzung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu fördern.

Hintergrund

Die Nakba (نكبة), arabisch für große Katastrophe, ist die Bezeichnung für einen anhaltenden Prozess der Entrechtung des palästinensischen Volkes von seinem Land und seinem Vermögen. Dieser Prozess hatte lange vor 1948 begonnen, mit dem zionistischen Bestreben, so viel Land wie möglich für die ausschließliche jüdische Nutzung zu gewinnen.

Der Krieg von 1948 war seine eigentliche Krönung: Neben den Kriegsgräueln, Massakern, Vergewaltigungen und Plünderungen ist die Nakba auch die Zerstörung von mehr als 600 Siedlungen, die mehr als 750.000 Männer und Frauen zu Flüchtlingen machte, die etwa 85 Prozent der palästinensischen Bevölkerung in dem Gebiet ausmachten, in dem der Staat Israel gegründet wurde.

Die Nakba ist kein bloßes historisches Ereignis, sondern ein **Prozess, der bis heute andauert**, zum einen durch die völkerrechtswidrige Verhinderung der Rückkehr der Flüchtlinge, zum anderen durch die Fortsetzung der Benachteiligung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes auf verschiedene Weise, einschließlich seiner Aufsplitterung in getrennte Einheiten mit unterschiedlichem Rechtsstatus (Flüchtlinge, Untertanen einer militärischen Besatzung im Westjordanland, Bewohner Jerusalems, Bewohner nicht anerkannter Dörfer), der systematischen Beschlagnahme von Land und Eigentum, der Anwendung militärischer Gewalt, administrativer Inhaftierungen, Bewegungsbeschränkungen, Diskriminierung bei der Planung und beim Wohnungsbau und vieles mehr.

Die Vertreibung der Palästinenser endete nicht mit dem Ende des Krieges von 1948, sondern setzte sich in den 1950er Jahren, über 1967 - als mehr als 350.000 Männer und Frauen vertrieben wurden - bis heute fort (u. a. in Ost-Jerusalem, im Negev und in den südlichen Hebron-Bergen). (...)

https://www.zochrot.org/articles/view/56525/en?Who_Why_and_How

(SiG-Red.: über die Naqba auch S. 50 in diesem Heft)

Lindsey, Mitglied von Ir Amim

Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Israel und Palästina in Jerusalem



<https://www.ir-amim.org.il/en>

FOR AN EQUITABLE AND STABLE JERUSALEM
WITH AN AGREED POLITICAL FUTURE

30. Oktober 2023 - „Mit jedem Tag, der vergeht, sind die Auswirkungen der Schrecken des Krieges in Jerusalem in den letzten Wochen deutlicher spürbar geworden. Die Gefühle von Angst und Wut unter den Einwohnern Jerusalems sind in einer wirklich binationalen Stadt kaum zu bändigen. Der Einsatz von Gewalt durch die israelischen Behörden, um den wachsenden Spannungen zu begegnen, verschlimmert die Situation nur noch und ist eine schlechte Antwort auf die wachsenden psychologischen, kommunalen und physischen Bedürfnisse, die durch die Krise entstanden sind.

Doch trotz dieser dunklen Zeiten und schwierigen Umstände entscheiden sich einige dafür, sich dieser Realität auf eine andere Weise zu stellen.

In erster Linie ist es den Einwohnern Jerusalems bisher gelungen, die zunehmenden Spannungen einzudämmen, ohne dass sie in weit verbreitete Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern in der Stadt ausufern konnten – und das schon seit fast drei Wochen. Wir wissen aus der Vergangenheit, wie schnell die Spannungen in Jerusalem in Gewalt umschlagen können. In den letzten Wochen ist es den Bewohnern jedoch größtenteils gelungen, selbst unter unmöglichen Bedingungen Zurückhaltung zu üben.

Dennoch sind in diesem fragilen und instabilen Umfeld Präventivmaßnahmen von entscheidender Bedeutung, um die Ruhe zu bewahren und einen möglichen Ausbruch von Gewalt in der Stadt zu verhindern. Wie wir im Folgenden beschreiben, herrscht in der Stadt bereits eine große Notlage. Die gemeinnützige Organisation *aChord Center* hat vor kurzem einen Leitfaden zur Bewältigung der Eskalation zwischen Juden und Arabern veröffentlicht, in dem erklärt wird, dass binationale Bevölkerungsgruppen in Krisensituationen zu einer von zwei Reaktionen neigen: entweder zur Gewalt oder zur inneren Stärkung und zu Gefühlen der Angst und Feindseligkeit. Bislang ist es den Einwohnern Jerusalems gelungen, den schlimmsten der beiden Wege zu vermeiden, aber die Situation bleibt dennoch prekär.

Angesichts dieser Analyse haben sich zivilgesellschaftliche Gruppen aus Israelis und Palästinensern zusammengetan, um die Trennung, Angst und Feindseligkeit in Kommunikation, gegenseitige Unterstützung und Solidarität zu verwandeln. Ir Amim war ein treibender Partner, der eine Vielzahl verschiedener Akteure und Organisationen miteinander in Verbindung brachte, um auf die überwältigenden Bedürfnisse in der Stadt zu reagieren. Dazu gehören die Behebung von Nahrungsmittelknappheit und des Mangels an grundlegenden Dienstleistungen in Ostjerusalem, die Begleitung von Palästinensern zu Arbeitsplätzen, die Verhinderung von Aufwiegelung, die Vertretung bei den zuständigen israelischen Behörden und vieles mehr.

Um nur eine Geschichte zu erzählen, die uns sehr bewegt hat: Ein Bewohner eines israelischen Viertels in Jerusalem erzählte, dass er und seine Nachbarn befürchteten, dass Bewohner eines nahegelegenen palästinensischen Viertels sein Haus überfallen könnten, „so wie es im Süden passiert ist“. Doch derselbe israelische Bewohner entschied sich, mit seiner immensen Angst umzugehen, und zwar nicht durch Dämonisierung oder Feindseligkeit, sondern indem er um Hilfe bat, um ein Treffen mit einem seiner palästinensischen Nachbarn zu ermöglichen. Wir beeilten uns, dem Ruf zu folgen, und das Treffen, das vor ein paar Tagen stattfand, war inspirierend.

Bei diesem Treffen konnten beide Männer offen über ihre Ängste sprechen. Der israelische Bewohner teilte seinem palästinensischen Nachbarn mit, dass ihm die Gebetsrufe aus der örtlichen Moschee jetzt lauter vorkommen und dass er um die Sicherheit seiner Kinder fürchtet, wenn er junge Palästinenser an seinem Haus vorbeigehen sieht.

Der palästinensische Nachbar erzählte von seiner Zeit in einem israelischen Gefängnis und von der Schwierigkeit, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, wenn Israelis und Polizei jeden Palästinenser als Bedrohung wahrnehmen.

Beide Männer hörten einander aufmerksam zu und kamen überein, dass eine fortgesetzte Kommunikation in gegenseitiger Fürsorge es beiden ermöglichen würde, sich auf das zu konzentrieren, was ihnen am wichtigsten ist. Sie vereinbarten, sich weiterhin zu treffen. [...]

Wir müssen es selbst in die Hand nehmen, Treffen wie das oben beschriebene zu initiieren und zu unterstützen.

In diesem Sinne schloss sich Ir Amim kürzlich 26 anderen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel in einem gemeinsamen **Aufruf** (*) an, in dem Moral, Menschlichkeit und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowohl in Israel als auch im Gazastreifen gefordert werden.“

(*) in SiG SN Gaza veröffentlicht

Quelle: BIP-Aktuell Nr. 279, in diesem Heft S.43-44

Weitere palästinensisch-israelische Gruppen:

The Parents Circle Families Forum <https://www.theparentscircle.org/en/pcf-home-page-en/>

Combatants for Peace <https://cfpeace.org/> u. v. m.

Frieden im Nahen Osten

Gastbeitrag des US-Ökonomen Jeffrey D. Sachs vor dem UN-Sicherheitsrat Appell in New York: "Sicherheitsrat sollte Kriege beenden"

28. November 2023 -[...] Denken wir auch an den Krieg in Israel und Palästina. Auch hier könnte der Krieg schnell beendet werden, wenn der Rat **die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates der letzten Jahrzehnte** umsetzen würde, in denen die Rückkehr zu den Grenzen von 1967, der Stopp der israelischen Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten und die Zweistaatenlösung gefordert werden, wie in den Resolutionen 242, 338, 1397, 1515 und 2334. [...] Es ist aus meiner Sicht höchste Zeit, dass der UN-Sicherheitsrat seine Beschlüsse durchsetzt und eine gerechte und dauerhafte Lösung im Interesse Israels und Palästinas beschließt, anstatt zuzulassen, dass die Hardliner auf beiden Seiten das Mandat des Rates ignorieren und damit den Weltfrieden gefährden. Ich empfehle dem Rat, innerhalb weniger Tage oder Wochen **den Staat Palästina anzuerkennen** und Palästina als Vollmitglied in die Vereinten Nationen aufzunehmen, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und souveräner Kontrolle über die heiligen Stätten des Islam.

Der Rat sollte eine Friedenstruppe unter starker Beteiligung der arabischen Nachbarstaaten aufstellen, um die Sicherheit in Palästina zu gewährleisten. Ein solches Ergebnis entspricht dem überwältigenden Willen der internationalen Gemeinschaft und dem offenkundigen Interesse sowohl Israels als auch Palästinas, trotz der lautstarken Einwände der unterschiedlichen Gegner auf beiden Seiten der Grenzlinie.

Die politische Strategie muss von einer wirtschaftlichen Strategie begleitet werden.

Das Wichtigste ist: Der neue souveräne Staat Palästina muss wirtschaftlich lebensfähig sein. [...] Vor allem aber sollten sowohl Israel als auch Palästina Teil eines integrierten Plans für die nachhaltige Entwicklung des östlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens werden, der die Klimaresilienz und den Übergang der Region zu grüner Energie unterstützt. [...]

Quelle: [Telepolis](#)

Pax Christi

Waffenstillstand jetzt! und nach politischer Lösung suchen, die beiden Seiten Sicherheit garantiert

30. November 2023

„Nach über sieben Wochen Gaza-Krieg müssen Bundesregierung, EU und internationale Gemeinschaft endlich aktiv an einer **politischen Lösung** arbeiten, die beiden Seiten Sicherheit garantiert“, fordert die Sprecherin der pax christi-Nahostkommission Wiltrud Rösch-Metzler.

Dazu gehört nach Ansicht der pax christi-Nahostkommission **einen sofortigen Waffenstillstand zu vermitteln, die Kriegsverbrechen auf beiden Seiten aufzuarbeiten, ein Ende der Besatzung der von Israel besetzten Gebiete und der Abriegelung des Gazastreifens zu erwirken. Dazu muss ein Fahrplan für Verhandlungen unter Leitung der UNO entwickelt werden.**

Dass die internationale Gemeinschaft dazu Willens sein könnte, zeigt die Resolution 2712 des UN-Sicherheitsrates vom 15. November 2023, der sich USA und Russland nicht widersetzten. Der Sicherheitsrat fordert Feuerpausen im gesamten Gazastreifen, um den humanitären UN-Organisationen, dem Roten Kreuz u. a. „die kontinuierliche, ausreichende und ungehinderte Versorgung der Zivilbevölkerung, insbesondere der Kinder, im gesamten Gazastreifen[...] zu ermöglichen [...]“

Die Nahostkommission analysiert die Situation wie folgt:

Die Explosion der Gewalt vom 7. Oktober und danach im Gaza-Krieg hat gezeigt: Die Zeit, in der die israelische Regierung und die an ihrer Seite stehenden Länder meinten, der Konflikt lasse sich verwalten, ist vorbei. Die Sicherheit Israels kann nur auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung, unter internationaler Beteiligung und mit internationa-

lem Schutz gewährleistet werden. Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit „Nie wieder“, sollte sie gerade wegen ihrer historischen Verantwortung eine besonders aktive Rolle übernehmen. Israel muss seine messianische Idee von einem Groß-Israel aufgeben und zur Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 zurückkehren. Hochrangige deutsche Politiker:innen müssen „Leadership“ zeigen und klar aussprechen, dass Kritik an der Expansionspolitik der israelischen Regierung keinen Antisemitismus darstellt.

Der Gaza-Krieg droht auf der palästinensischen Seite eine neue wütende Generation mit hoher Gewaltbereitschaft hervorzubringen. Dem kann nur etwas entgegengesetzt werden, wenn dieses Leid mit einer nachhaltigen Zukunftsperspektive entschädigt wird. Lippenbekenntnisse zur Zwei-Staaten-Lösung, wie sie seit 30 Jahren von der Bundesregierung geäußert werden, werden nicht mehr ausreichen. **Deutschland muss, wie beispielsweise Schweden und der Vatikan, den Staat Palästina anerkennen und für seine Unversehrtheit eintreten.**

Es gibt viele Strategien gewaltfreien Widerstands in Palästina, die gehört und unterstützt werden sollten.

Wichtige Forderungen sind: gleiche Rechte für die arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels, Beendigung der israelischen Besatzung aller arabischen Gebiete, die seit 1967 besetzt sind, sowie Abbau der Sperranlage und Anerkennung, Schutz und Förderung des Rückkehrrechts für alle palästinensischen Flüchtlinge gemäß UN-Resolution 194. Diese Forderungen müssen bei einem zukünftigen Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina Berücksichtigung finden. [...]

Rücktrittsschreiben von Craig Mokhiber,
Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen
ein Völkermord vollzieht
10-Punkte-Plan für die Menschenrechte und den Frieden

28. Oktober 2023

Lieber Herr UN-Hochkommissar, dies ist meine letzte offizielle Mitteilung als Direktor des New Yorker Büros des UN-Menschenrechtskommissars an Sie.

Ich schreibe dies in einem Augenblick großer Pein für die Welt, darunter auch für viele unserer Kollegen.

Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen ein Völkermord vollzieht, und die Organisation, der wir dienen, scheint machtlos, ihn aufzuhalten. Für mich als jemand, der sich seit den 1980er Jahren intensiv mit den Menschenrechten in Palästina befasst hat, der in den 1990er Jahren als Menschenrechtsberater in Gaza gelebt hat und der davor und danach mehrmals im Dienste der Menschenrechte in diesem Land war, hat das eine tiefe persönliche Bedeutung.

Ich habe in diesen Räumen der Vereinten Nationen auch während der Völkermorde an den Tutsi, an bosnischen Muslimen, an den Jesiden und an den Rohingya gearbeitet. In jedem dieser Fälle wurde es, nachdem sich der Staub auf die, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung gerichteten, Schrecken gelegt hatte, schmerzlich deutlich, dass wir in unserer Pflicht versagt hatten – unserer Pflicht, massenhaft begangene Gräueltaten zu verhindern, die Schwachen zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Genau so verhielt es sich mit den sukzessiven Wellen von Mord und Verfolgung von Palästinensern während der gesamten Zeit des Bestehens der Vereinten Nationen.

Herr Hochkommissar, wir versagen soeben erneut.

Als Menschenrechtsanwalt mit mehr als drei Jahrzehnten Erfahrung auf diesem Gebiet ist mir geläufig, dass das Konzept des Genozids oft politisch missbraucht wurde. Doch das Blutbad, das aktuell an den Palästinensern verübt wird, welches in einer ethno-nationalistischen, kolonialen Siedlermentalität wurzelt und die Fortsetzung ihrer jahrzehntelangen systematischen Vertreibung und ethnischen Säuberung darstellt, die allein auf ihrem Status als Araber beruht und die mit expliziten Absichtserklärungen führender Mitglieder der israelischen Regierung und des israelischen Militärs einhergeht, lässt keinen Spielraum für Zweifel oder Diskussionen. **In Gaza** werden Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen mutwillig angegriffen und tausende Zivilisten massakriert. **In der Westbank inklusive dem besetzten Jerusalem** werden Häuser beschlagnahmt und neu zugewiesen, rein nach rassistischen Kriterien, und brutale Pogrome durch Siedler werden von israelischen Militäreinheiten begleitet. Im ganzen Land herrscht Apartheid.

Dies hier ist ein Paradebeispiel für Völkermord. Die letzte Phase des europäischen, ethno-nationalistischen Siedlerkolonialprojekts in Palästina hat begonnen, es geht um die

Auslöschung der verbliebenen Überreste ursprünglichen palästinensischen Lebens in Palästina. Dazu kommt, dass die **Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und eines Großteils von Europa** an diesem abscheulichen Angriff mitwirken. Diese Regierungen halten nicht nur nicht ihre vertraglichen Verpflichtungen zur „Einhaltung“ der Genfer Konventionen ein. **Sie steuern für den Angriff auch noch aktiv Waffen bei**, stellen wirtschaftliche und geheimdienstliche Unterstützung bereit und gewähren politische und diplomatische Deckung für Israels Gräueltaten.

Im Einklang damit stehen **die westlichen Konzernmedien**, zunehmend vereinnahmt und staatsnah, im offenen Widerspruch zu Artikel 20 des UN-Zivilpakts, indem sie die Palästinenser fortwährend entmenschlichen und damit den Völkermord ermöglichen und Kriegspropaganda verbreiten sowie nationalen, rassistischen oder religiösen Hass verbreiten, welcher Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt befeuert. In den USA angesiedelte Social Media unterdrücken die Stimmen von Menschenrechts-Verteidigern und verstärken zugleich pro-israelische Propaganda. Internet-Trolle und GONGOS (Government-operated non-governmental organization) belästigen und verleumden Menschenrechts-Verteidiger, und westliche Universitäten und Arbeitgeber arbeiten mit ihnen zusammen, um jene zu strafen, die es wagen, sich gegen die Gräueltaten auszusprechen. Nach diesem Völkermord müssen auch diese Akteure zur Verantwortung gezogen werden, wie einst die Macher des hassverbreitenden Senders Radio-Télévision Libre des Mille Collines in Ruanda.

Unter diesen Umständen müssen wir als Organisation mehr denn je prinzipientreu und effektiv handeln. Doch wir haben diese Herausforderung nicht angenommen.

Die Schutzmacht Sicherheitsrat wurde erneut durch die Unnachgiebigkeit der USA blockiert; der UN-Generalsekretär gerät wegen sanftester Kritik unter Beschuss, und unsere Menschenrechts-Mechanismen werden fortwährend auf rufschädigende Weise von einem organisierten virtuellen Netzwerk, das sich für Straflosigkeit einsetzt, angegriffen.

Jahrzehntelang haben die illusionären und größtenteils unehrlichen **Versprechungen von Oslo** die Organisation von ihrer wichtigsten Pflicht abgehalten, das Völkerrecht, die internationalen Menschenrechte und die UN-Charta zu verteidigen. Das Mantra von der „Zweistaatenlösung“ ist auf den Korridoren der Vereinten Nationen zum offenen Witz geworden, und zwar sowohl wegen ihrer faktischen Nichtrealisierbarkeit als auch, weil sie für die unveräußerlichen Menschenrechte der Palästinenser überhaupt nicht einsteht. Das sogenannte **Nahost-Quartett** ist zum Feigenblatt für Nichtstun und für unterwürfiges Abfinden mit einem bruta-

len Status quo verkommen. Die Rücksicht auf „Vereinbarungen zwischen den betroffenen Parteien selbst“ – anstatt der Einhaltung des Völkerrechts – war immer ein durchsichtiger Trick, der zum Ziel hatte, die Macht Israels über die Rechte der besetzten und enteigneten Palästinenser zu stärken.

Herr Hochkommissar, ich bin dieser Organisation in den 1980er Jahren beigetreten, weil ich darin eine prinzipientreue, auf Normen beruhende Institution sah, die ohne Wenn und Aber auf der Seite der Menschenrechte stand, selbst in Fällen, in denen die mächtigen USA, Großbritannien und Europa nicht auf unserer Seite waren. Während meine eigene Regierung, ihre untergeordneten Institutionen und ein Großteil der US-Medien noch immer die Apartheid Südafrikas, die israelische Unterdrückung und zentralamerikanische Todesschwadronen unterstützten oder rechtfertigten, standen die Vereinten Nationen auf für die unterdrückten Völker dieser Länder. **Wir hatten das Völkerrecht auf unserer Seite. Wir hatten die Menschenrechte auf unserer Seite. Wir hatten Grundsätze. Unsere Autorität wurzelte in unserer Integrität. Aber das ist vorbei.**

In den vergangenen Jahrzehnten haben maßgebliche Teile der Vereinten Nationen vor der Macht der USA und aus Furcht vor der Israel-Lobby kapituliert, haben diese Grundsätze verraten und das Völkerrecht preisgegeben. Dies hatte einen hohen Preis, nicht zuletzt haben wir unsere globale Glaubwürdigkeit verloren. Doch das palästinensische Volk hatte die größten Verluste aufgrund unseres Scheiterns zu ertragen.

Es ist von atemberaubender historischer Ironie, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im selben Jahr verabschiedet wurde, in dem die Nakba gegen das palästinensische Volk verübt wurde. Bei der 75-Jahr-Feier der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) täten wir gut daran, das alte Klischee fallenzulassen, dass die Verabschiedung der AEMR auf die Gräueltaten zurückgeht, die in den Jahren davor verübt worden waren, und zuzugeben, dass die AEMR parallel zu einem der schrecklichsten Genozide des 20. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickten: der Zerstörung Palästinas. Gewissermaßen versprachen die Verfasser allen Menschen Menschenrechte, außer dem palästinensischen Volk. Und erinnern wir uns auch daran, dass die UNO-Organisation selbst die Ursünde in sich birgt, die Enteignung der Palästinenser mit ermöglicht zu haben. Sie haben das europäische koloniale Siedlerprojekt ratifiziert, das palästinensisches Land genommen und den Kolonialisten gegeben hat. Wir haben viel zu büßen.

Doch der Weg zur Sühne liegt klar vor uns. Wir können viel lernen von der Grundhaltung, die in den vergangenen Tagen in Städten weltweit zu sehen ist, in denen Menschen massenhaft gegen Völkermord aufstehen, selbst wenn ihnen Schläge und Festnahme drohen.

Palästinenser und ihre Verbündeten, Menschenrechtsverfechter jeder Couleur, christliche und muslimische Organisationen und progressive jüdische Stimmen, die sagen: „Nicht in unserem Namen“, weisen uns den Weg. Wir müssen ihnen nur folgen.

Gestern, nur wenige Straßen weiter, haben tausende jüdische Menschenrechtsaktivisten [die New Yorker Central Station besetzt](#). Sie stellten sich auf die Seite des palästinensischen Volkes und forderten ein Ende der israelischen Tyrannei, viele riskierten, festgenommen zu werden. Auf diese Weise haben sie die israelische Hasbara-Propaganda, einen alten antisemitischen Topos, enttarnt, dass Israel irgendwie das jüdische Volk repräsentiere. Das tut es nicht. Und deshalb ist allein Israel für seine Verbrechen verantwortlich. Man darf an dieser Stelle einmal wiederholen, auch wenn die Israel-Lobby das Gegenteil behauptet: **Kritik an Israels Menschenrechtsverletzungen ist genauso wenig antisemitisch, wie die Kritik an saudischen Menschenrechtsverletzungen islamophob, die Kritik an Myanmars Menschenrechtsverletzungen anti-buddhistisch oder die Kritik an indischen Menschenrechtsverletzungen anti-Hindu sind. Wenn sie versuchen, uns mit Verleumdungen mundtot zu machen, müssen wir unsere Stimme erheben, nicht leiser werden. Ich vertraue darauf, dass Sie, Hochkommissar, zustimmen, dass genau das gemeint ist mit: den Mächtigen die Wahrheit sagen.**

Doch ich finde auch Hoffnung in jenen Teilen der UN, die sich weigerten, die Menschenrechts-Prinzipien der Organisation infrage zu stellen, obwohl riesiger Druck auf sie ausgeübt wurde. Unsere unabhängigen Sonderberichterstatter, Untersuchungskommissionen und Experten der UN-Vertragsorgane stehen – Seite an Seite mit einem Großteil unserer Mitarbeiter – weiterhin für die Menschenrechte der Palästinenser auf, selbst wenn andere Teile der UN – sogar auf den höchsten Ebenen – schändlicherweise vor der Macht eingeknickt sind. Als Wächter der Menschenrechtsnormen und -standards hat das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) eine besondere Verpflichtung, diese Standards zu verteidigen. Ich halte es für unsere Aufgabe, unserer Stimme Gehör zu verschaffen – vom UN-Generalsekretär hinunter zum neu eingestellten UN-Mitarbeiter und quer durch das ganze UN-System – und darauf zu bestehen, dass die Menschenrechte des palästinensischen Volkes nicht zur Diskussion stehen, nicht verhandelbar sind und es darüber keinerlei Kompromisse unter der blauen Flagge gibt.

Wie also sähe eine auf UN-Normen basierende Position aus?

Wofür würden wir uns einsetzen, nähmen wir unsere rhetorischen Verweise auf die Menschenrechte, die Gleichheit aller Menschen, die Haftung von Tätern, die Entschädigung von Opfern, den Schutz der Schwachen und die Ermächtigung von Rechteinhabern ernst, die alle der Herrschaft des Gesetzes unterworfen sind? Ich denke, die Antwort ist einfach – wenn wir hinter den Propagandanebel blicken, der die Vision der Gerechtigkeit verschleiern, der wir alle verpflichtet sind, sind es der Mut, die Furcht und Unterwürfigkeit vor mächtigen Staaten abzuschütteln, und der Wille, das Banner der Menschenrechte und des Friedens aufzunehmen. Das ist natürlich ein langfristiges Projekt und eine gehörige Kraftanstrengung. Doch wir müssen jetzt damit beginnen oder uns unaussprechlichem Horror ergeben.

Ich sehe zehn wichtige Punkte.

- 1. Legitimes Handeln:** Erstens müssen wir in der UNO das gescheiterte und größtenteils unaufrichtige Oslo-Paradigma, seine illusorische Zweistaatenlösung, sein ohnmächtiges und mitschuldiges Nahost-Quartett und seine Unterwerfung des Völkerrechts unter das Diktat vermeintlicher Zweckmäßigkeit aufgeben. Unsere Positionen müssen kompromisslos auf den internationalen Menschenrechten und dem Völkerrecht basieren.
- 2. Klarheit der Vision:** Wir müssen mit dem Vorwand aufhören, dass es sich lediglich um einen Konflikt um Land oder Religion zwischen zwei Kriegsparteien handelt, und die Realität der Situation anerkennen, dass nämlich ein unverhältnismäßig mächtiger Staat eine indigene Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit kolonisiert, verfolgt und enteignet.
- 3. Ein Staat auf der Grundlage der Menschenrechte:** Wir müssen die Errichtung eines einzigen demokratischen, säkularen Staates im gesamten historischen Palästina mit gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden und damit den Abbau des zutiefst rassistischen Siedlerstaats und Kolonialprojekts unterstützen und der Apartheid im ganzen Land ein Ende setzen.
- 4. Bekämpfung von Apartheid**
Wir müssen wieder alle Anstrengungen und Mittel der UNO auf den Kampf gegen Apartheid richten, so wie wir es in den 1970er, 1980er und den frühen 1990ern getan haben.
- 5. Rückkehr und Entschädigung**
Wir müssen das Recht auf Rückkehr und volle Entschädigung für alle Palästinenser und ihre Familien, die derzeit in den besetzten Gebieten, im Libanon, Jordanien, Syrien und in der Diaspora auf der ganzen Welt leben, bekräftigen und darauf bestehen.
- 6. Wahrheit und Gerechtigkeit**
Wir müssen einen Prozess der Übergangsjustiz fordern, die sich auf die jahrzehntelang gesammelten Untersuchungen, Ermittlungen und Berichte stützt, um die Wahrheit zu dokumentieren und die Rechenschaftspflicht aller Täter, die Wiedergutmachung für alle Opfer und die Entschädigung für dokumentierte Ungerechtigkeit sicherzustellen.
- 7. Schutz**
Wir müssen auf den Einsatz einer gut ausgestatteten und mit einem starken, dauerhaften Mandat versehenen UN-Schutztruppe zum Schutz der Zivilbevölkerung zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer drängen.
- 8. Abrüstung**
Wir müssen für die Beseitigung und Zerstörung von Israels riesigen Beständen an atomaren, chemischen und biologischen Waffen eintreten, damit der Konflikt nicht zur Auslöschung der Region und möglicherweise noch darüber hinaus führt.
- 9. Vermittlung**
Wir müssen anerkennen, dass die USA und andere westliche Mächte keine glaubwürdigen Vermittler, sondern vielmehr selbst Konfliktparteien sind, die zusammen mit Israel eine Mitschuld an der Verletzung

der Rechte der Palästinenser tragen, und wir müssen entsprechend mit ihnen umgehen.

10. Solidarität

Wir müssen unsere Türen und die Türen des UN-Generalsekretariats weit öffnen für die Scharen an palästinensischen, israelischen, jüdischen, muslimischen und christlichen Verteidigern der Menschenrechte, die sich solidarisch an die Seite des palästinensischen Volkes und ihrer Menschenrechte stellen. Und wir müssen den ungebremsten Strom an Israel-Lobbyisten zu den Türen leitender UNO-Mitarbeiter aufhalten, bei denen sie sich für eine Fortsetzung des Krieges, für Verfolgung, Apartheid und Straffreiheit einsetzen und unsere Menschenrechtsschützer wegen ihrer prinzipientreuen Verteidigung palästinensischer Rechte verleumdern.

Dies zu erreichen, wird Jahre in Anspruch nehmen, und westliche Mächte werden uns auf jedem Schritt dieses Weges bekämpfen. Wir müssen also beharrlich sein.

Kurzfristig müssen wir uns für einen **sofortigen Waffenstillstand einsetzen und die langjährige Belagerung von Gaza beenden**. Wir müssen **gegen die ethnische Säuberung von Gaza, Jerusalem und der Westbank und anderswo aufstehen**, müssen den völkermörderischen Angriff in Gaza dokumentieren, müssen dabei mitwirken, den Palästinensern **umfassende humanitäre Hilfe und Hilfe beim Wiederaufbau** zukommen zu lassen. Wir müssen uns um unsere traumatisierten Kollegen und ihre Familien kümmern und müssen alles Menschenmögliche tun, um **zu einer prinzipienfesten Haltung in den politischen UNO-Büros zu gelangen**.

Das bisherige Versagen der UNO in Palästina ist kein Grund zum Rückzug für uns. Es sollte uns vielmehr den Mut geben, das gescheiterte Paradigma der Vergangenheit hinter uns zu lassen und einen prinzipienfesteren Kurs einzuschlagen. Lasst uns als Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) mutig und aufrecht der Anti-Apartheid-Bewegung anschließen, die weltweit wächst, und unser Logo auf das Banner der Gleichberechtigung des palästinensischen Volkes hinzufügen. **Die Welt schaut zu. Wir alle werden dafür verantwortlich sein, wo wir in diesem entscheidenden Augenblick der Geschichte standen. Lasst uns auf der Seite der Gerechtigkeit stehen.**

Ich danke Ihnen dafür, Herr Hochkommissar Volker, diesen meinen letzten Aufruf von meinem Schreibtisch angehört zu haben. Ich verlasse das Büro in wenigen Tagen zum letzten Mal, nach über drei Jahrzehnten im Dienst. Doch zögern Sie bitte nicht, sich bei mir zu melden, wenn ich künftig von Nutzen sein kann.

Hochachtungsvoll,
Craig Mokhiber

[Text in Englisch](#): übersetzt von Susanne Hofmann (Übersetzung in den [NachDenkSeiten](#) veröffentlicht)

Interview mit Craig Mokhiber bei Democracy Now:
<https://www.youtube.com/watch?v=wiGp2mvFLY0>

Näheres zum Autor [siehe hier](#).

Greta Thunberg und Fridays for Future Schweden

Wir werden nicht aufhören, über das Leid in Gaza zu sprechen – es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Menschenrechte

5. Dez 2023, The Guardian

Mehr als 15.000 Menschen, davon mindestens 6.000 Kinder. So viele Menschen hat Israel Berichten zufolge innerhalb weniger Wochen im Gazastreifen getötet – und diese Zahlen steigen weiter. Israel hat grundlegende gesellschaftliche Infrastruktur und zivile Ziele wie Krankenhäuser, Schulen, Notunterkünfte und Flüchtlingslager bombardiert. Israel hat eine Belagerung verhängt, die verhindert, dass Lebensmittel, Medikamente, Wasser und Treibstoff die 2,3 Millionen Palästinenser erreichen, die im besetzten Gazastreifen gefangen sind, was **Oxfam** dazu veranlasste, Israel zu beschuldigen, "**Hunger als Kriegswaffe**" einzusetzen.

Dutzende von Experten der Vereinten Nationen haben die Situation als "**einen Völkermord im Entstehen**" beschrieben, Hunderte von internationalen Wissenschaftlern haben vor einem sich entfaltenden Völkermord gewarnt und der prominente israelische Völkermordexperte Raz Segal hat es als "einen Lehrbuchfall von Völkermord" bezeichnet. Aber der größte Teil der Welt, insbesondere der sogenannte globale Norden, schaut weg.

Trotz dieser Schrecken haben sich einige dafür entschieden, die öffentliche Debatte auf Versuche zu konzentrieren, Äußerungen über Gaza zu delegitimieren, die von jungen Menschen in der Klimagerechtigkeitsbewegung gemacht wurden. Im Gegensatz zu dem, was viele behaupten, ist Fridays for Future nicht "radikalisiert" oder "politisch geworden". Wir waren schon immer politisch, weil wir immer eine Bewegung für Gerechtigkeit waren. Die Solidarität mit den Palästinensern und allen betroffenen Zivilisten stand für uns nie zur Debatte.

Das Eintreten für Klimagerechtigkeit beruht grundsätzlich auf der Sorge um die Menschen und ihre Menschenrechte. Das bedeutet, den Mund aufzumachen, wenn Menschen leiden, aus ihrer Heimat fliehen müssen oder getötet werden – unabhängig von der Ursache. Das ist der gleiche Grund, warum wir immer Streiks in Solidarität mit marginalisierten Gruppen – auch in Sápmi, Kurdistan, der Ukraine und vielen anderen Orten – und ihren Kämpfen für Gerechtigkeit gegen Imperialismus und Unterdrückung durchgeführt haben. Unsere Solidarität mit Palästina ist nicht anders, und wir weigern uns, den Fokus der Öffentlichkeit von dem schrecklichen menschlichen Leid abzulenken, mit dem die Palästinenser derzeit konfrontiert sind.

Aufgrund der Menge an fehlgeleiteter Aufmerksamkeit, die auf uns gerichtet war, sowie der Anzahl der Fehlinterpretationen unserer Position, möchten wir unsere Haltung noch einmal klarstellen. Alle Fridays-for-Future-Gruppen sind autonom, und dieser Artikel repräsentiert die Ansichten von niemand anderem als FFF Schweden.

Die schrecklichen Morde an israelischen Zivilisten durch die Hamas können Israels andauernde Kriegsverbrechen in

keiner Weise legitimieren. Völkermord ist weder Selbstverteidigung noch in irgendeiner Weise eine verhältnismäßige Reaktion. Es kann auch nicht ignoriert werden, dass dies in den breiteren Kontext der Palästinenser fällt, die jahrzehntelang unter erstickender Unterdrückung gelebt haben, in dem, was Amnesty International als Apartheid-Regime definiert hat. All dies allein wäre Grund genug, die Situation zu kommentieren, aber **als schwedische Bewegung haben wir auch die Verantwortung, unsere Stimme zu erheben, da Schweden mit israelischen Rüstungsunternehmen zusammenarbeitet**, was Schweden zu einem Komplizen der israelischen Besatzung und des Massenmordes macht.

Wir sehen jetzt einen starken Anstieg antisemitischer und islamophober Äußerungen, Handlungen und Hassverbrechen in Schweden und der Welt. Der Vorsitzende des größten Mitglieds des rechten schwedischen Regierungsblocks spricht von der Zerstörung von Moscheen, und vor einer Synagoge in Malmö wurde die israelische Flagge verbrannt. Das ist inakzeptabel. **Wir verurteilen vorbehaltlos jede Form von Diskriminierung**, einschließlich Antisemitismus und Islamophobie. Jeder, der sich zu dieser Krise äußert, hat die Verantwortung, zwischen Hamas, Muslimen und Palästinensern zu unterscheiden, und zwischen dem Staat Israel, dem jüdischen Volk und den Israelis.

Wir trauern um die Menschenleben, die in den letzten Wochen verloren gegangen sind, und sind entsetzt darüber, dass diese Zahlen weiter steigen konnten. Die Sterberate im Gazastreifen ist auf einem historischen Höchststand: **Tausende von Kindern wurden in nur wenigen Wochen getötet. Dieses Ausmaß an Leid ist unbegreiflich und darf nicht weitergehen.** Wenn UN-Experten die Welt auffordern, zu handeln, um einen Völkermord zu verhindern, haben wir als Mitmenschen die Verantwortung, unsere Stimme zu erheben.

Die Forderung nach einem Ende dieser unentschuldbaren Gewalt ist eine Frage grundlegender Menschlichkeit, und wir rufen alle auf, die dazu in der Lage sind. **Schweigen ist Komplizenschaft. Man kann in einem sich entfaltenden Völkermord nicht neutral sein.**

Dieser Artikel wurde verfasst von:

Greta Thunberg (sie/ihr), eine schwedische Aktivistin, die Fridays for Future inspiriert hat, eine Bewegung von Schulstreiks gegen die globale Untätigkeit beim Klimaschutz
Alde Nilsson (alle Pronomen), Studentin der globalen Entwicklung und Aktivistin für Klimagerechtigkeit bei Fridays for Future Schweden

Jamie Mater (they/them), Forscherin und Aktivistin für Klimagerechtigkeit bei Fridays for Future Schweden
Raquel Frescia (sie/sie), Autorin/Forscherin und Aktivistin für Klimagerechtigkeit bei Fridays for Future Schweden
<https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/05/gaza-climate-justice-human-rights-greta-thunberg>

Iris Hefets und Nadija Samour Gegen die Kriminalisierung der Menschen und Organisationen, die ihre Solidarität mit den Palästinensern bekunden

Iris Hefets, im Vorstand der „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ und die deutsch-palästinensische Rechtsanwältin Nadija Samour hielten eine [gemeinsame Rede](#) auf der Friedensdemonstration in Berlin am 25.11.2023

IRIS : 2010 habe ich einen Artikel in der taz veröffentlicht – damals konnte ich in der deutschen Presse noch veröffentlichen – der „Nur auf Zehenspitzen gehen“ hieß. Er fing so an: „Was haben die beiden Professoren Ilan Pappé (Israel), Norman Finkelstein (USA) und der Publizist Hajo Meyer (Deutschland) gemeinsam? Alle drei sind Juden, Überlebende des Holocaust beziehungsweise deren Nachkommen sowie vehemente Kritiker der israelischen Politik.“

Was haben jetzt die Stadt München, die Trinitatiskirche in Berlin, die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemein? Sie alle haben, nach anfänglichen Zusagen, Ilan Pappé beziehungsweise Norman Finkelstein wieder eingeladen und ihnen versprochene Veranstaltungsräume verwehrt – so wie es die Heiliggeistkirche in Frankfurt vor ein paar Jahren bereits einmal mit Hajo Meyer getan hatte. Die genannten Institutionen gaben damit dem Druck sich proisraelisch gebender Kreise nach, die Finkelstein, Pappé und Meyer sogar als „Antisemiten“ denunzierten.“

Das waren die Anfänge der Säuberungsaktionen des Staates, die durch vermeintlich progressive Akteure – nicht die AfD oder andere braune Organisationen – umgesetzt werden. Dabei werden Kinder und mittlerweile Enkelkinder von Holocaustüberlebenden von deutschen vorgeblich „judenfreundlichen“ Politikern belehrt, was Antisemitismus ist.

Das deutsche Grundgesetz wird entleert, wenn der Bundestag Gesetzgebung durch „Resolutionen“ ersetzt. Die Anti-BDS-Resolution des Bundestages, die von der AfD bis zur Linken fast ausnahmslos unterstützt wurde, war ein alarmierendes Zeichen. Die Abgeordneten wussten, dass deren Inhalt als Gesetz keine Chance hatte, weil der Beschluss gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Meinungsfreiheit verstieß. Das Perfide ist, dass gegen eine solche Resolution juristisch nichts zu unternehmen ist, weil sie juristisch nicht bindend ist. Jetzt droht uns eine weitere Resolution unter der Überschrift „Jüdisches Leben in Deutschland schützen“. Wer danach noch Israel kritisiert, also sich des sogenannten israelbezogenen Antisemitismus schuldig macht, riskiert, nicht eingebürgert oder abgeschoben zu werden. Die AfD muss gar nicht mehr an die Regierung kommen, ihre ausländerfeindliche Agenda wird schon umgesetzt.

Aber auch die Deutschen sollten sich nicht in Sicherheit wiegen, so riskieren dann zum Beispiel Kultureinrichtungen, die israelkritischen Stimmen Raum geben, ihre weitere Finanzierung. Dagegen war noch geradezu harmlos, dass unserer Organisation, der JS für gerechten Frieden in Nahost, schon vor einigen Jahren im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus das Bankkonto bei der BFS gekündigt wurde. Jüdinnen und Ju-

den, die nicht in das aktuelle deutsche Judenbild passen, sind unerwünscht.

NADIJA: Als Anwältin, die viele Mandate aus der palästinensischen Gemeinde erhält, kann ich berichten, dass uns anti-palästinensische und anti-jüdische Repression, wie sie Iris beschreibt, seit vielen Jahren sehr gut bekannt ist. Menschen verlieren ihre Arbeit und ihr Aufenthaltsrecht, Kunst- und Kulturinstitutionen verlieren ihre Förderung, Polizeigewalt gegen Demonstrierende wird bejubelt, es herrscht eine erschreckende Stimmungsmache in den Medien und ein generelles Klima der Einschüchterung.

Doch seit Oktober erleben wir ein Ausmaß all dessen, das selbst ich nicht habe kommen sehen. Alleine in Berlin sind im Oktober per Allgemeinverfügung alle Palästina-Demonstrationen pauschal verboten worden. Die pro-israelischen JubelDemonios, organisiert durch den Staatsapparat selbst, fielen natürlich nicht unter dieses Verbot.

In Neukölln, ein arabisch-geprägter Arbeiterkiez, beherrschte die Polizei die Straßen in einem Klima der Straflosigkeit. Arabisch-aussehende Menschen wurden willkürlich auf der Straße angehalten, durchsucht und registriert. Schulkinder wurden Disziplinarmaßnahmen und Gewalt durch Lehrer:innen ausgesetzt, weil die Berliner Schulsenatorin die Kuffiyah oder andere palästinensische Symbole verbieten wollte.

Und wir haben es nun mit tausenden Gerichtsverfahren gegen Menschen zu tun, die ihr grundrechtlich verbrieftes Versammlungsrecht wahrnehmen wollten. Aber – Wir müssen es klar und deutlich sagen: es waren die täglichen, unbeugsamen Versammlungen auf der Sonnenallee und anderen Teilen der Stadt, die es letztlich schafften, die Demonstrationsverbote zu durchbrechen. Es war die Solidarität zehntausender Berliner:innen und Internationalist:innen, die das Existenzrecht von Palästinenser:innen erkämpft haben.

Auch heute, hier auf dieser Demonstration ist es wichtig, Solidarität mit dem palästinensischen Volk laut und deutlich einzufordern. Warum? Das sagt uns einer der bekanntesten palästinensischen Intellektuellen, Edward Said: „Denken Sie an die Solidarität mit dem palästinensischen Volk hier und überall in Lateinamerika, Afrika, Europa, Asien und Australien, und denken Sie auch daran, dass es eine Sache gibt, für die sich viele Menschen engagieren, trotz der Schwierigkeiten und schrecklichen Hindernisse. Und warum? Weil es eine gerechte Sache ist, ein edles Ideal, ein moralisches Streben nach Gleichheit und Menschenrechten.“

Hoch die Internationale Solidarität! Freiheit für Palästina!
Vielen Dank

Jüdische Stimme (<https://www.juedische-stimme.de/>):
[Stellungnahme](#) zur Schließung vom Oyoun

Offener Brief zum Missbrauch des Holocaust-Gedenkens von Omer Bartov, Christopher R. Browning, Jane Caplan, Debórah Dwork, Michael Rothberg et al. - 20. November 2023
Im Ringen um ein Verständnis für die Ursachen der Gewalt in Israel und Palästina ist die Berufung auf den Holocaust gefährlich falsch. [Übersetzung](https://tagebuch.at) von <https://tagebuch.at>

Es droht ein Völkermord

Eine Sprache, die man noch nie gehört hat

Aufrufe zum Völkermord sollten die Alarmglocken schrillen lassen

21. Oktober 2023 - [BIP-Aktuell #277](#) - Nachdem der Anschlag vom 7. Oktober 2023 den israelischen Geheimdienst, die Sicherheitskräfte, die Medien und die Regierung überrascht hatte, waren die Reaktionen von hochrangigen israelischen Beamten, Journalisten und Militärs erschreckend. Abgesehen von rassistischen Verallgemeinerungen und Racheaufrufen gegen die Hamas gibt es weit verbreitete Forderungen nach kollektiver Bestrafung und wahlloser Tötung von Zivilisten. Mit anderen Worten: Aufrufe zum Völkermord. Aber die deutsche Regierung schweigt.



Dieses Bild stammt von der israelischen Facebook-Gruppe „Das Volk fordert Rache“. Der Text auf Hebräisch lautet „Rache und jetzt“. Zu sehen ist ein Bulldozer, der den Gaza-Streifen platt macht. Quelle: 2023, [Facebook](#).

Dieser Bericht beginnt mit einer Liste von Zitaten, die von Menschenrechtsaktivisten als gefährlich eingestuft wurden und enthält anschließend eine Analyse dieser Zitate.

Das bekannteste [Zitat](#) stammt von **Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant**: „Ich habe eine vollständige Belagerung des Gazastreifens angeordnet. Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.“ Dieses Zitat wurde bereits in den deutschen Medien [diskutiert](#), da es sowohl eine entmenslichende Sprache („menschliche Tiere“) als auch die klare Absicht enthält, einen Völkermord zu begehen, indem einer ganzen Bevölkerung der Zugang zu Elektrizität, Lebensmitteln und Brennstoff verwehrt wird. Gallant fügte später [hinzu](#): „Ich habe alle Fesseln gelöst“. Er sagte [weiter](#): „Der Gazastreifen wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles liquidieren.“

Ministerpräsident und Präsident

Der israelische Premierminister Netanjahu erklärte:

„Ich sage den Bewohnern des Gazastreifens: Verschwindet jetzt von dort, denn wir werden überall und mit aller Kraft handeln [...] Gaza ist die Stadt des Bösen, wir werden alle Orte, an denen sich die Hamas aufhält und versteckt, in Trümmer verwandeln. [...] In dieser Stunde säubern die IDF-Kräfte die letzten Siedlungen von Terroristen. Ich sende eine Umarmung und mein Beileid an die trauernden Familien, deren Angehörige heute kaltblütig und mit unendlicher Grausamkeit ermordet wurden. [...] Wir alle beten für die Sicherheit der Gefangenen. Ich sage der Hamas: Ihr seid für ihre Sicherheit verantwortlich. Israel wird mit jedem abrechnen, der ihnen auch nur ein Haar krümmt. [...] Ich habe

eine massive Rekrutierung der Reservekräfte angeordnet, um mit voller Kraft in einem Ausmaß zurückzuschlagen, das der Feind noch nicht kennt.“ Diese Erklärungen deuten auf die Absicht hin, den Gazastreifen, eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt, unter völliger Missachtung des Völkerrechts, des Lebens der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur zu bombardieren. Es sei auch darauf hingewiesen, dass es im Gazastreifen keine Schutzräume gibt und die Menschen das Gebiet aufgrund der israelischen Abriegelung nicht verlassen können.

Israels Staatspräsident Isaac Herzog sagte:

„Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Es ist nicht wahr, dass Zivilisten nichts davon wussten und nicht beteiligt waren. Das ist absolut nicht wahr“.

Minister

Während einer Sitzung der israelischen Regierung am Abend des 7. Oktober [erklärte](#) **May Golan, die israelische Ministerin für die Förderung der Stellung der Frau**, dass „alle Infrastrukturen im Gazastreifen zerstört und der Strom sofort abgeschaltet werden müssen ... Die gesamte Infrastruktur des Gazastreifens muss bis auf die Grundmauern zerstört werden und der Strom muss sofort abgestellt werden. Der Krieg richtet sich nicht gegen die Hamas, sondern gegen den Staat Gaza“. Am 7. Oktober [kündigte](#) **der israelische Energie- und Wasserminister Yisrael Katz** an, dass Israel die Stromlieferungen in den Gazastreifen einstellen wird, was einen weiteren Akt der kollektiven Bestrafung darstellt. Er fügte [später](#) hinzu: „Sie werden nicht einen Tropfen Wasser oder eine einzige Batterie erhalten, bis sie die Welt verlassen.“ **Tsachi Hanegbi, Vorsitzender des Rates für nationale Sicherheit**: „Mit einem Feind, den wir auslöschen wollen, wird es keine Verhandlungen geben.“ **Der israelische Minister Gideon Sa'ar sagte** in einem Interview: „Der Gaza-Streifen muss am Ende des Krieges kleiner sein... Wer einen Krieg gegen Israel beginnt, muss Territorium verlieren.“ **Danny Ayalon, israelischer Diplomat**, ehemaliges Mitglied der Knesset und ehemaliger stellvertretender Außenminister, [gab zu](#), dass Israel die Zivilbevölkerung in Gaza aus Rache aushungert.

Knessetabgeordnete

Ariel Kallner, Mitglied des israelischen Parlaments (Likud) und Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für die Beziehungen zwischen Israel und der EU, [schrieb](#): „Nakba gegen den Feind jetzt! Dieser Tag ist unser Pearl Harbor. Momentan ein Ziel: Nakba! Nakba größer als die 48er Nakba. Nakba in Gaza und Nakba gegen jeden, der

mitmacht! Ihre Nakba wie damals 48, die Alternative ist klar“. Der Begriff Nakba bezieht sich auf die ethnische Säuberung der Palästinenser, die 1948 begann (siehe [BIP-Aktuell #262](#)).

Tali Godlib, Mitglied des israelischen Parlaments (Likud) [schrieb](#): „Jericho-Rakete! Jericho-Rakete! Strategische Abschreckung. Bevor man eine Bodeninvasion in Betracht zieht. Waffe des Jüngsten Gerichts! Das ist meine Meinung. Gott schütze alle unsere Streitkräfte.“ Die Jericho-Rakete ist Israels nukleare [Langstreckenrakete](#). Das Knessetmitglied **Merav Ben-Ari (von der Partei Jesch Atid)** [sagte](#): „Die Kinder in Gaza haben sich das selbst eingebrockt.“

Journalisten und Celebrities

Ofira Asayag, eine bekannte Entertainerin und Fernsehmoderatorin, [sagte](#): „Gaza muss ausgelöscht werden“. **Doron Ben David, ein berühmter Schauspieler**: „Gaza muss ausgelöscht werden!!!, ausgelöscht!!! Mit allem, ohne auch nur ein Staubkorn von dem Ort zu hinterlassen, aus dem solche humanoiden Tiere kommen. Punkt.“ **Der prominente Journalist Zvi Yehezkel**: „Auch die Entführung der Söhne hochrangiger Hamas-Mitglieder ist etwas, das Israel nicht versucht hat.“

Soldaten

Generalmajor Ghssan Aliyan ist der Kommandeur der israelischen Zivilverwaltung in den besetzten palästinensischen Gebieten. Auf Arabisch wiederholte er das Zitat von Yoav Gallant (siehe oben) und fügte [hinzu](#): „Ihr wolltet die Hölle, wir werden euch die Hölle geben“. **Ein israelischer Sicherheitsbeamter** [sagte](#) dem israelischen Sender *Kanal 13*: „Gaza wird sich schließlich in eine Stadt aus Zelten verwandeln... Es wird keine Gebäude geben“. Der israelische **Armeesprecher Daniel Hagari** [verwies](#) auf die Bombardierung des Gazastreifens: „Der Schwerpunkt liegt auf dem Schaden und nicht auf der Genauigkeit.“ **Brigadegeneral Amir Avivi**, israelischer Soldat: „Sie müssen nach Süden ziehen, auf die Sinai-Halbinsel“. Ein **israelischer Reservist** [sagte](#) über Palästinenser: „Löscht ihre Familien, ihre Mütter und ihre Kinder aus. Diese Tiere dürfen nicht mehr leben.“ **Der israelische Soldat Betzalel Taljah** [sagte](#) auf CNN: „Der Krieg richtet sich nicht nur gegen die Hamas, der Krieg richtet sich gegen alle Zivilisten.“

Generalmajor a.D. Giora Eiland, ehemaliger Leiter des Nationalen Sicherheitsrates Israels: „Der Staat Israel hat keine andere Wahl, als den Gazastreifen zu einem Ort zu machen, an dem es vorübergehend oder dauerhaft unmöglich ist, zu leben [...], sich nicht damit zu begnügen, die Strom-, Diesel- und Wasserzufuhr nach Gaza zu stoppen, sondern nach und nach Ziele anzugreifen, die diese lebenswichtigen Güter liefern, und, falls nötig, auch jede Fahrzeugdurchfahrt von der Stadt Rafah nach Norden mit Feuer zu blockieren. Die Schaffung einer schweren humanitären Krise im Gazastreifen ist ein notwendiges Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Von internationalem Druck ist nichts zu befürchten.“ Er [sagte](#) auch der *New York Times*: „Gaza wird ein Ort werden, an dem kein Mensch mehr existieren kann.“

Die obigen Zitate sind lediglich Worte. Wenn die Worte in der Hitze eines Krieges von hochrangigen und prominenten

Personen im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen offen und ohne jegliche Konsequenzen ausgesprochen werden, können aus Worten schnell Taten werden. Prof. Dr. Michael Barnett, ein Wissenschaftler auf dem Gebiet des Völkermords, [stellte](#) die Frage: „Steht Israel am Rande eines Völkermords?“. Die [Antwort](#) kam von Prof. Dr. Raz Segal, einem Holocaust-Forscher, in einem Artikel in den *Jewish Currents*: „a textbook case of genocide“. Sowohl Barnett als auch Segal, jüdische Gelehrte auf dem Gebiet des Völkermords, haben diesen Begriff nie leichtfertig verwendet. Segal ist Mitautor eines wichtigen [Artikels](#) in der *Berliner Zeitung* über die israelische Rüstungsindustrie, die die Erinnerung an den Holocaust verfälscht, um Waffen zu verkaufen (siehe [BIP-Aktuell #235](#)). In seinem [Interview](#) für *Democracy Now!* erklärte Segal, dass eine Kombination aus der Entmenschlichung der anderen Seite, Rassismus, Gewalteifer, dem Wunsch nach Rache und dem Gefühl der Straffreiheit, keine internationale Kritik fürchten zu müssen, eine tödliche Kombination ist, die zum Völkermord führe.

„Völkermord [bezeichnet](#) die vorsätzliche Ermordung, Ausrottung oder anderweitige Vernichtung von Volksgruppen aufgrund ihrer ethnischen oder sozialen Merkmale, ihrer Nationalität oder religiösen Überzeugungen.“ In seinem jüngsten [Beitrag](#) schreibt der Göttinger Wissenschaftler Kai Ambos über ein Urteil des Israelischen OGH [Oberster Gerichtshof] aus dem Jahr 2008: „Die Pflicht des Staates Israel ergibt sich aus den grundlegenden humanitären Bedürfnissen der Bewohner des Gazastreifens. Die Antragsgegner [israelische Regierung, K.A.] sind verpflichtet, ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen, das sie dazu verpflichtet, dem Gazastreifen nur das zukommen zu lassen, was zur Deckung der wesentlichen humanitären Bedürfnisse der Zivilbevölkerung erforderlich ist.“ (...) Bei dieser Entscheidung ging es lediglich um die Einschränkung (!) der Benzin- und Elektrizitätsversorgung (Wasser/Nahrungsmittel ausgenommen), also um eine Einschränkung, die nach Israels eigenem Bekunden „die humanitären Grundbedürfnisse der Bewohner nicht beeinträchtigt hat“ ([ibid.](#), para. 6). Also ist die nun (von Verteidigungsminister Yoav Gallant) erklärte und vollzogene [vollkommene](#) Abriegelung des Gazastreifens („[complete siege](#)“) schon nach den von Israel selbst aufgestellten Maßstäben unzulässig. Auch die völkerrechtliche Lage ist insofern eindeutig: Die vollkommene Abriegelung ist – jedenfalls über eine sehr kurzen Zeitraum hinaus – humanitärvölkerrechtlich verboten ([Art. 54\(1\)](#)).“

Im [Gazastreifen](#) sind bereits eine Million Menschen vertrieben worden, mehr als tausend Kinder wurden getötet. Die Gesamtzahl der von den israelischen Streitkräften getöteten Palästinenser liegt bei über 2.800, aber es wird geschätzt, dass über tausend Palästinenser unter den Trümmern gefangen sind. Keiner kann sie erreichen und retten. Massenhafte Verhungern, Verweigerung medizinischer Notversorgung gegen eine ganze Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Religion, Rasse oder Identität ist ein Akt des [Völkermords](#).

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V. Welchen Plan gibt es für Gaza?

Das Misgav-Institut entwirft einen Plan zur ethnischen Säuberung

4. November 2023 - BIP-Aktuell #279: In [BIP-Aktuell #277](#) haben wir über die Aufrufe zum Völkermord durch hochrangige israelische Politiker, Journalisten, Prominente und Offiziere berichtet. Wir haben festgestellt, dass die Absicht, einen Völkermord zu begehen, im israelischen Diskurs weit verbreitet ist. Der BIP-Vorstand hat in einem Brief Bundeskanzler Olaf Scholz darüber informiert, weil er nichts getan hat, um einen drohenden Völkermord zu verhindern. Vielmehr [erklärte](#) er, er sei sicher, dass Israel nach den Regeln des Völkerrechts kämpfe. Die Aufrufe zu ethnischer Säuberung oder gar Völkermord sind nicht nur Ausdruck von Wut und Rassismus: Es existiert bereits ein Plan, das Verbrechen in die Praxis umzusetzen.



תכנית ליישוב מחדש ושיקום סופי במצרים של כל אוכלוסיית עזה:

היבטים כלכליים

קיימת כרגע הזדמנות חד פעמית ונדירה למנות את כלל רצועת עזה בתיאום עם ממשלת מצרים



קורדונט וטרי הלונדון (Google Earth)

אמיר וייטמן

Abbildung aus dem durchgesickerten Bericht des Misgav-Instituts. Die Abbildung zeigt die Stadt Kairo und die Umgebung. Quelle: [Mondoweiss](#), 2023.

Das Misgav-Institut für nationale Sicherheit und Zionismus ist eine rechtsgerichtete israelische Denkfabrik. Es hat einen detaillierten **Plan für die Umsiedlung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel** ausgearbeitet, um den Gazastreifen von all seinen palästinensischen Bewohnern ethnisch zu säubern. Der Bericht ist durchgesickert (Quelle auf [Hebräisch](#)). Der Titel des Berichts lautet: „Ein Plan für die Umsiedlung und endgültige Repatriierung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens in Ägypten: wirtschaftliche Aspekte“. Der Untertitel lautet: „Es gibt derzeit eine einzigartige und seltene Ge-

legenheit, den gesamten Gazastreifen in Abstimmung mit der ägyptischen Regierung zu evakuieren.“

In dem Strategiepapier wird argumentiert, dass die [Finanzkrise](#) in Ägypten eine Gelegenheit sei, Ägypten zur Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge im Sinai zu drängen. Es geht davon aus, dass westliche Regierungen Ägypten im Gegenzug für die Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Plans zur Umsiedlung der vertriebenen Palästinenser aus dem Gazastreifen in den Sinai Schulden erlassen würden. Investitionen in den Bau von Unterkünften, in die Infrastruktur und die Einrichtung von Dienstleistungen für die Flüchtlinge würden durch internationale humanitäre Hilfe gedeckt. Damit würden Finanzströme in die ägyptische Wirtschaft fließen, die ausreichen, um Präsident Abdel Fattah Al-Sisi zum Einlenken zu bewegen und die Umsiedlung der Bevölkerung zuzulassen. Das Strategiepapier schätzt die Kosten für die Umsiedlung eines jeden Haushalts auf 19.000 Dollar; damit könne die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens, d.h. 2,3 Millionen Menschen, für die geringen Kosten von 1 bis 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts des Staates Israel mit seinen 9 Millionen Bürgern umgesiedelt werden.

Das *Misgav-Institut* (Misgav bedeutet auf Hebräisch transzendent) ist von der Regierung theoretisch unabhängig. Beabsichtigt die israelische Regierung, die Empfehlungen des Berichts zu übernehmen? Der [Autor](#) des Berichts ist Amir Weitman, ein hochrangiges Mitglied der regierenden Likud-Partei. Ein weiteres Mitglied des Misgav-Instituts ist Elyahu Yosian, der regelmäßig im israelischen Fernsehen auf fast allen Kanälen zu Gast ist. Yosian sagte: „Wir müssen mit maximaler Grausamkeit in den Gazastreifen einmarschieren, um Rache zu nehmen, ohne Moral, mit möglichst vielen Toten.“ Yosian begründet seine Forderung mit einer Umfrage vom März 2023: Sie habe ergeben, dass 65 % der Menschen im Gazastreifen die Hamas unterstützen, und deshalb, so seine Logik, „gibt es dort keine unschuldigen Menschen, sie sind alle Feinde“ (Quelle auf [Hebräisch](#)). Die *Haaretz*-Journalistin Tali Heruti-Sover untersuchte das *Misgav-Institut* und fand heraus, dass der Geschäftsführer des *Kohelet-Forums* Meir Rubin (siehe [BIP-Aktuell #246](#)) im Vorstand des Misgav-Instituts sitzt und dass das Institut von den Gründern der rechtsextremen Organisation *Im Tirzu* mitbegründet wurde. Meir Ben Shabat, ehemaliger Leiter des israelischen Rates für nationale Sicherheit, leitet das Misgav Forum (Quelle auf [Hebräisch](#)).

Am 25. Oktober enthüllte die israelische Zeitung *Calcalist* (Quelle auf [Hebräisch](#)), dass der israelische Geheimdienstminister Gila Gamiel von der Likud-Partei den Bericht des *Misgav-Instituts* übernommen und das Strategiepapier mit dem [Logo](#) des Geheimdienstministeriums veröffentlicht hat,

in dem die Ausweisung der gesamten Bevölkerung von Gaza nach Ägypten gefordert wird.

Derzeitige und ehemalige israelische Beamte verfolgen ähnliche Pläne. Giora Eiland, ehemaliger Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrates, schlug vor, die Palästinenser im Gazastreifen anzuweisen, „nach Ägypten zu gehen oder sich an der Küste zu versammeln“, während Israel das Gebiet „vorübergehend oder dauerhaft unbewohnbar“ mache (Quelle auf [Hebräisch](#)).

Der ehemalige israelische Botschafter in den USA, Danny Ayalon, [argumentierte](#), „den Bewohnern des Gazastreifens stünden dann große Gebiete im Sinai zur Verfügung, in die sie evakuiert werden könnten“. Dort könnte die internationale Gemeinschaft „Zeltstädte für sie einrichten“. Energieminister Israel Katz [wies](#) „die gesamte Zivilbevölkerung“ in Gaza an, „sofort zu verschwinden“. Daraufhin [warnte](#) die UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, vor einer „ethnischen Säuberung“.

Im Jahr 2005 zog Israel seine illegalen Siedlungen [einseitig](#) aus dem Gazastreifen ab und verlegte die Siedler in illegale Siedlungen im Westjordanland und in Gemeinden innerhalb Israels. Dieser Schritt war durch ein [strategisches](#) Kalkül der israelischen Regierung motiviert, war aber bei den rechten Parteien sehr unpopulär. Angesichts der Invasion im Gazastreifen [erwägen](#) die Siedler nun, in den Gazastreifen zurückzukehren und neue Siedlungen zu bauen.

Ägypten, das von der Arabischen Liga und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit [unterstützt](#) wird, hat diese israelischen Pläne entschieden [zurückgewiesen](#) und Israel als Besatzungsmacht daran erinnert, dass die gewaltsame Vertreibung von Palästinensern ein Kriegsverbrechen darstellt.



Yoav Gallant erläutert die Angriffspläne gegen Gaza.

Quelle: 2023, [Mivzaklive](#).

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant, der die Palästinenser in Gaza als „menschliche Tiere“ bezeichnet hat, die entsprechend behandelt werden müssen (siehe [BIP-Aktuell #277](#)), [kündigte](#) an, dass der Krieg gegen Gaza drei Phasen haben wird. Die erste Phase sei die Bombardierung aus der Luft, die zweite Phase eine Bodeninvasion, die derzeit im Gange ist, und die dritte Phase wird geheim gehalten.

Es wurde nur vage erwähnt, dass dem Gazastreifen eine neue Sicherheitsregelung auferlegt werden soll.

Der israelische Journalist Anchel Pfeffer von *Haaretz* spekuliert darüber, welche Pläne die israelische Regierung für den Gazastreifen habe, falls ihr Plan, die „ Hamas zu zerstören“, erfolgreich sein sollte (Quelle auf [Hebräisch](#)).

Pfeffer nennt drei Optionen: Übergabe des Gazastreifens an Ägypten zur Verwaltung, Übergabe an die Palästinensische Autonomiebehörde oder Übergabe an die Siedler. Die Möglichkeit, dass die Bevölkerung des Gazastreifens selbst über ihr Schicksal entscheiden kann, wird von Pfeffer nicht einmal in Betracht gezogen. Die Entscheidung liege allein bei der israelischen Regierung, die laut Pfeffer aber selbst nicht wisse, was sie will.

Pfeffer räumt ein, dass die ersten beiden Möglichkeiten nicht realistisch sind. Weder Ägypten noch die [Palästinensische Autonomiebehörde](#) haben den Wunsch und die Legitimität, die Ruinen des Gazastreifens zu übernehmen und die traumatisierte Bevölkerung zu verwalten, damit sich die israelischen Behörden aus der Verantwortung stehlen können. Die dritte Option – den Siedlern den Bau neuer Siedlungen und die Besiedlung des Gazastreifens zu gestatten – wäre nur möglich durch einen Akt der ethnischen Säuberung von 2,3 Millionen Menschen.

Angesichts der gegenwärtig hoffnungslos erscheinenden Lage in Gaza und zunehmend auch im besetzten Westjordanland dürfen kleine Pflanzen der Hoffnung nicht übersehen werden. Wir haben uns deshalb bewusst dafür entschieden, den Beitrag von *Ir Amim* ausnahmsweise an dieser Stelle zu veröffentlichen.*

Ir Amim (hebräisch: עיר עמים; „Stadt der Völker“ oder „Stadt der Nationen“) ist eine 2004 gegründete gemeinnützige israelische Aktivistenorganisation, die sich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt in Jerusalem konzentriert. Ihr Ziel ist es, die „Würde und das Wohlergehen aller Einwohner zu gewährleisten und ihre heiligen Stätten sowie ihr historisches und kulturelles Erbe zu schützen“.

<https://bip-jetzt.de/blog/>

* (SiG-Red.: Seite 34 in diesem Heft)

Guernica: Solidarität mit Gaza

December 12, 2023 by [Peoples Dispatch](#)



Israelisches Ministerium für Geheimdienste - Abteilung Politik

Grundsatzpapier: Optionen für eine Politik gegenüber der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, 13. Oktober 2023

Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Das Grundsatzpapier – auf Hebräisch – schlägt die „Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Gazastreifen in den Sinai“ vor. Mit den fortgesetzten Bombardierungen des Gazastreifens durch die israelische Armee und dem Zusammenbruch der humanitären Hilfen wird eben eine Situation geschaffen, die diese „Option“ salonfähig machen soll.

Es gibt eine [inoffizielle Übersetzung](#) des [+972Magazine](#) in die englische Sprache, die wir ins Deutsche übersetzt haben und auf der Seite <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina> veröffentlichen werden. Hier dokumentieren wir nur Auszüge des Grundsatzpapiers.

1. Der Staat Israel ist zu einer deutlichen Veränderung der zivilen Situation im Gazastreifen gezwungen, und zwar auf Grund der Verbrechen der Hamas, die zur Militäroperation „Eiserne Schwerter“ führten. Daher muss er sich in Bezug auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen für ein politisches Ziel entscheiden, mit dem zugleich der Sturz des Hamas-Regimes verfolgt wird.
2. Das von der Regierung definierte Ziel erfordert intensive Maßnahmen, um die Vereinigten Staaten und andere Länder für die Unterstützung dieses Ziels zu gewinnen. [...]
4. In diesem Dokument werden drei mögliche Optionen für die Verfahrensweise der politischen Institutionen Israels in Bezug auf die Zukunft der Zivilbevölkerung im Gazastreifen vorgestellt. [...]
5. Die drei untersuchten Optionen sind:
 - a. Option A: Die Bevölkerung verbleibt im Gazastreifen und wird von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) regiert.
 - b. Option B: Die Bevölkerung verbleibt im Gazastreifen und es entsteht eine lokale arabische Behörde.
 - c. Option C: Die Zivilbevölkerung wird aus dem Gazastreifen in den Sinai evakuiert.
6. Aus einer eingehenden Betrachtung der Optionen lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten:

a. Option C wird langfristig positive strategische Ergebnisse für Israel bringen und ist durchführbar. Sie erfordert angesichts des internationalen Drucks Entschlossenheit auf der politischen Ebene, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und weitere israelfreundliche Länder für dieses Vorhaben zu gewinnen.

b. Die Optionen A und B sind mit erheblichen Mängeln behaftet, insbesondere im Hinblick auf ihre strategischen Implikationen und die mangelnde langfristige Durchführbarkeit. Beide Optionen werden weder die notwendige Abschreckungswirkung erzeugen noch einen Mentalitätswandel herbeiführen und können innerhalb weniger Jahre zu denselben Problemen und Bedrohungen führen, mit denen Israel seit 2007 bis heute zu kämpfen hat.

c. Option A birgt die meisten Risiken; die Spaltung der palästinensischen Bevölkerung durch ihre Verteilung auf die Gebiete Judäa und Samaria (Westjordanland) und den Gazastreifen ist eines der zentralen Hindernisse für die Errichtung eines palästinensischen Staates. Die Entscheidung für diese Option bedeutet einen noch nie dagewesenen Sieg für die palästinensische Nationalbewegung, einen Sieg auf Kosten Tausender israelischer Zivilisten und Soldaten, und garantiert keine Sicherheit für Israel.

Option A: Die Bevölkerung verbleibt im Gazastreifen und wird von der Palästinensischen Autonomiebehörde regiert

Territorium und Regierungsgewalt

1. Die Mehrheit der Bevölkerung bleibt im Gazastreifen.
2. Israelische Militärregierung, in der ersten Phase; anschließend die Einsetzung der Palästinensischen Autonomiebehörde als Regierungsinstanz in Gaza. [...]

Internationale/juristische Legitimität

1. Auf den ersten Blick scheint dies aus humanitärer Sicht eine weniger gravierende Option zu sein und könnte daher leichter eine breite Unterstützung finden. In der Praxis jedoch kann sich die Option, die den Verbleib der Bevölkerung einschließt, als die schlechteste erweisen, da in der operativen Phase mit vielen arabischen Opfern zu rechnen ist, solange die Bevölkerung in den Städten bleibt und in die Kämpfe verwickelt wird.
2. Die Zeit der Durchführung wird sich verlängern, und damit auch die Zeit, in der Fotos von verwundeten Zivilisten veröffentlicht werden.
3. Die militärische Herrschaft über die arabische Bevölkerung wird es Israel erschweren, die breite internationale Unterstützung aufrechtzuerhalten, und wird dazu führen, dass Druck zur Einrichtung einer PA-Regierung entsteht.

Einen ideologischen Wandel herbeiführen

1. Es ist unerlässlich, für die Öffentlichkeit ein Narrativ zu konstruieren, das das Versagen und das moralische Unrecht der Hamas-Bewegung hervorhebt, und die alte Sichtweise durch eine gemäßigte islamische Ideologie zu ersetzen. Dieser Pro-

zess ähnelt der Entnazifizierung in Nazi-Deutschland und dem kaiserlichen Japan. Unter anderem ist es wichtig, die Lehrpläne der Schulen vorzuschreiben und ihre Anwendung für eine ganze Generation zu erzwingen. [...]

3. Es ist möglich, über die Aufnahme von Materialien der PA über Israel in den Lehrstoff zu verhandeln, obwohl nicht sichergestellt werden kann, dass dies tatsächlich geschieht, da die PA selbst Israel grundlegend verunglimpft. [...]

Strategische Implikationen

1. Die PA ist eine israelfeindliche Organisation, die am Rande des Zusammenbruchs steht. Eine Stärkung der PA könnte zu einem strategischen Nachteil für Israel führen.
2. Die Spaltung der palästinensischen Bevölkerung durch ihre Verteilung auf die Gebiete Judäa und Samaria und den Gazastreifen ist heute eines der Haupthindernisse für die Errichtung eines palästinensischen Staates. [...]
3. Das derzeitige Modell für Judäa und Samaria, mit israelischer Militärkontrolle und der PA als Zivilregierung, ist instabil und hat eine unklare Zukunft. [...]
4. Es ist unmöglich, eine wirksame militärische Besetzung im Gazastreifen nur auf der Grundlage militärischer Präsenz ohne Siedlungen aufrechtzuerhalten, und innerhalb kurzer Zeit wird innerhalb Israels und international die Forderung nach einem Rückzug aufkommen. [...] Der Staat Israel wird als eine Kolonialmacht mit einer Besatzungsarmee betrachtet werden. [...]

Option B: Die Bevölkerung verbleibt im Gazastreifen und es entsteht eine lokale arabische Behörde

Territorium und Regierungsgewalt

1. Der größte Teil der Bevölkerung bleibt im Gazastreifen.

2. Die Regierungsgewalt liegt während der ersten Phase beim israelischen Militär; **als Interimslösung** wird versucht, eine lokale arabische, nichtislamistische politische Führung aufzubauen, um zivile Angelegenheiten nach dem Vorbild der derzeitigen Regierung in den Vereinigten Arabischen Emirate zu verwalten. Eine dauerhafte Lösung für diese Option scheint nicht in Sicht zu sein. [...]

Operative Auswirkungen

1. Erfordert Kampfhandlungen in einem dicht besiedelten Gebiet. Bringt Risiken für unsere Soldaten mit sich und erfordert einen hohen Zeitaufwand. [...]

Internationale/juristische Legitimität

[...] 3. Die militärische Herrschaft über eine Zivilbevölkerung wird es Israel erschweren, eine breite internationale Unterstützung aufrechtzuerhalten.

Einen ideologischen Wandel herbeiführen

4. In der gegenwärtigen Situation gibt es keine lokale Opposition zur Hamas, die an deren Stelle treten könnte. Das heißt,

selbst wenn sich eine lokale Führung nach dem Vorbild der VAE herausbilden sollte, würde sie immer noch aus Hamas-Anhängern bestehen.

5. Diese Situation macht es schwierig, den notwendigen ideologischen Wandel herbeizuführen und die Ausrottung der Hamas als legitime Bewegung zu erreichen. Zum Vergleich: Während der Entnazifizierung im postnazistischen Deutschland bestand die neue Führung aus Personen, die den Nazis ablehnend gegenüberstanden. [...]

Strategische Implikationen

[...] Der Gazastreifen wird weiterhin ein fruchtbarer Boden für Beeinflussungsversuche und das Wiederaufleben terroristischer Organisationen sein. [...]

Eine lokale arabische Regierung stünde vor erheblichen Herausforderungen bei der Umsetzung des erforderlichen narrativen und ideologischen Wandels, vor allem weil es im Gazastreifen eine ganze Generation gibt, die unter dem Einfluss der Hamas-Ideologie erzogen wurde und nun auch die israelische militärische Besatzung erleben wird. Das plausibelste Szenario ist daher nicht ein ideologischer Wandel, sondern das Entstehen neuer, möglicherweise noch extremerer islamistischer Bewegungen. [...]

Option C: Die Zivilbevölkerung wird aus dem Gazastreifen in den Sinai evakuiert

Territorium und Regierungsgewalt

1. Aufgrund der Kämpfe gegen die Hamas besteht die Notwendigkeit, die nicht kämpfende Bevölkerung aus dem Kampfgebiet zu evakuieren.

2. Israel sollte die Evakuierung der Zivilbevölkerung in den Sinai veranlassen.

3. In der ersten Phase werden Zeltstädte im Gebiet des Sinai errichtet, die nächste Phase umfasst die Einrichtung einer humanitären Zone zur Unterstützung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und den Bau von Städten in einem wieder besiedelten Gebiet im Norden des Sinai.

4. Innerhalb Ägyptens sollte eine sterile Zone von mehreren Kilometern geschaffen werden, die Rückkehr der Bevölkerung zu Aktivitäten/Wohnsitzen nahe der Grenze zu Israel sollte nicht erlaubt werden. Außerdem sollte auf unserem Hoheitsgebiet in der Nähe der Grenze zu Ägypten ein Sicherheitsbereich eingerichtet werden.

Operativer Bereich

1. Aufruf zur Evakuierung der nicht kämpfenden Bevölkerung aus der Kampfzone des Hamas-Angriffs.

2. In der ersten Phase Operationen aus der Luft mit Schwerpunkt auf dem Norden des Gazastreifens zur Vorbereitung einer Bodeninvasion in einem Gebiet, das bereits evakuiert ist, so dass keine Kämpfe in einem dicht besiedelten zivilen Gebiet erforderlich sind.

3. In der zweiten Phase eine schrittweise Bodeninvasion des Gebiets im Norden und entlang der Grenze bis zur Besetzung des gesamten Streifens und Säuberung der unterirdischen Bunker der Hamas-Kämpfer.

4. Die Bodeninvasion wird im Vergleich zu den Optionen A und B weniger zeitaufwendig sein und daher die Zeit bis zur Errichtung der Nordfront parallel zu den Kämpfen in Gaza verkürzen.

5. Es ist wichtig, die Reisewege nach Süden offen zu halten, um die Evakuierung der Zivilbevölkerung nach Rafah zu ermöglichen.

Internationale/juristische Legitimität

1. Auf den ersten Blick könnte diese Option, die mit einer erheblichen Bevölkerungsverschiebung verbunden ist, Probleme in Bezug auf die internationale Legitimität mit sich bringen.

2. Nach unserer Einschätzung werden die Kämpfe nach der Evakuierung wahrscheinlich zu weniger Opfern unter der Zivilbevölkerung führen als bei einem Verbleib der Bevölkerung (wie in den Optionen A und B dargestellt).

3. Die Massenmigration aus Kriegsgebieten (Syrien, Afghanistan, Ukraine) und Bevölkerungsbewegungen sind aufgrund der Gefahren, die mit dem Verbleib im Kriegsgebiet verbunden sind, ein natürliches und wünschenswertes Ergebnis.

4. Schon vor dem Krieg war der Wunsch, aus dem Gazastreifen auszuwandern, unter der einheimischen Bevölkerung weit verbreitet. Es ist zu erwarten, dass der Krieg dieses Phänomen nur noch verstärken wird.

5. Rechtsfragen:

a. Es handelt sich um einen Verteidigungskrieg gegen eine terroristische Organisation, die eine militärische Invasion in Israel durchgeführt hat.

b. Die Forderung nach Evakuierung der nicht kämpfenden Bevölkerung aus einem Gebiet ist eine weithin akzeptierte Vorgehensweise, die Leben rettet, und sie war der Ansatz, den die Amerikaner im Irak im Jahr 2003 verfolgten.

c. Ägypten ist nach internationalem Recht verpflichtet, der Bevölkerung die Durchreise zu ermöglichen.

6. Israel muss sich für eine breit angelegte diplomatische Initiative einsetzen, die auf Länder abzielt, die die Hilfe für die vertriebene Bevölkerung befürworten und sich bereit erklären, sie als Flüchtlinge aufzunehmen.

7. Eine Liste von Ländern, die für diese Initiative in Frage kommen, findet sich in Anhang A zu diesem Dokument.

8. Langfristig wird diese Option eine breitere Legitimität erlangen, da sie eine Bevölkerung betrifft, die in einen staatlichen Rahmen mit Staatsbürgerschaft integriert wird.

Einen ideologischen Wandel herbeiführen

1. Auch bei dieser Option ist ein Wandel der Ideologie der Bevölkerung erforderlich. Israel wird jedoch nicht die Möglichkeit haben, den Plan zu kontrollieren, da er außerhalb seines Territoriums umgesetzt wird.

2. Im Vergleich zu den Optionen A und B wird sich das Gefühl des Scheiterns in der Bevölkerung ausbreiten und dazu beitragen, die Sicherheitslage über viele Jahre hinweg zu verbessern und die Bevölkerung abzuschrecken.

Strategische Implikationen

1. Abschreckung: Diese angemessene Reaktion wird es ermöglichen, in der gesamten Region eine erhebliche Abschreckungswirkung zu entfalten, und sendet der Hisbollah die deutliche Botschaft, dass sie einen ähnlichen Vorstoß im Südlibanon nicht wagen sollte.
2. Der Sturz der Hamas wird die Unterstützung der Golfstaaten gewinnen. Außerdem stellt diese Option einen bedeutenden und unmissverständlichen Schlag dar.

3. Diese Option wird die ägyptische Kontrolle im Nordsinai stärken. Es muss darauf geachtet werden, die Einfuhr von Waffen in den Nordsinai zu begrenzen und keine Änderungen der Abrüstungsklausel des Friedensabkommens zu legitimieren.
4. Es wird notwendig sein, eine breitere Anstrengung dafür zu unternehmen, die Muslimbruderschaft in Ägypten und weltweit zu delegitimieren und die Organisation als eine Gruppe von Geächteten, ähnlich „Da'esh“, hinzustellen – aus rechtlicher Sicht, weltweit und insbesondere in Ägypten.

Anhang A: Länder und Organisationen, die zur Lösung der humanitären Krise im Gazastreifen beitragen können

Die Vereinigten Staaten

Möglicher Beitrag: Unterstützung bei der Propagierung der Initiative in vielen Ländern, einschließlich der Ausübung von Druck auf Ägypten, die Türkei, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, damit diese sich an der Initiative beteiligen, entweder mit Ressourcen oder durch die Aufnahme von Vertriebenen.

Anreize: Interesse an einem eindeutigen israelischen Sieg und an der Wiederherstellung der gesamten westlichen Abschreckung, die durch den Angriff auf Israel beeinträchtigt wurde. Die Wiederherstellung ihres Status als globaler Führer und als Schlüsselstaat für die Krisenbewältigung. Interesse an der Schaffung eines bedeutenden regionalen Wandels und einem Schlag gegen die radikale Achse.

Ägypten

Möglicher Beitrag: Öffnung der Grenzübergänge und sofortige Aufnahme der Bevölkerung, die den Gazastreifen verlassen und sich in ausgewiesenen Gebieten des Sinai ansiedeln wird; Zuweisung von Land für die Besiedlung; Ausübung von diplomatischem Druck auf die Türkei und andere Länder, diese Lösung der Aufnahme einer großen Zahl von Vertriebenen vorzuziehen; Bereitstellung eines Sicherheitsrahmens für die ersten geplanten Ansiedlungsgebiete außerhalb des Gazastreifens.

Mögliche Anreize: Ausübung von Druck auf die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder, Verantwortung zu übernehmen und den Grenzübergang Rafah für die Ausreise nach Sinai zu öffnen; finanzielle Unterstützung angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise in Ägypten.

Saudi-Arabien

Möglicher Beitrag: finanzielle Hilfe und Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Bemühungen zur Umsiedlung der Bevölkerung in andere Länder; nichtöffentliche Finanzierung von Kampagnen, die den von der Hamas verursachten Schaden aufzeigen und das Image der Hamas schädigen.

Anreize: Druck seitens der Vereinigten Staaten sowie eine Verpflichtung zur Nutzung des Verteidigungsschirms der in der Region stationierten Kampfgruppen gegen den Iran als Sicherheitsgarantie; Interesse Saudi-Arabiens, als Helfer der Muslime in Krisenzeiten zu gelten; Interesse Saudi-Arabiens an einem klaren israelischen Sieg über die Hamas.

Länder in Europa und insbesondere im Mittelmeerraum – Griechenland/Spainien

Beitrag: Aufnahme und Ansiedlung.

Anreize: Aufnahmebudgets und finanzielle Unterstützung arabischer Länder zur Förderung dieses Prozesses.

Nordafrikanische Länder (Marokko, Libyen, Tunesien)

Beitrag: Aufnahme und Ansiedlung; sofortige Unterstützung in den geplanten Ansiedlungsgebieten außerhalb des Gazastreifens.

Anreize: Aufnahme und finanzielle Unterstützung der arabischen Länder zur Förderung dieses Prozesses; muslimische Solidarität; Druck seitens europäischer Länder; Maßnahmen aufgrund von Kontakten Israels mit einigen dieser Länder so gestalten, dass diese Beziehungen aufrechterhalten werden, ohne ihrem Ansehen bei den Arabern in der Welt zu schaden.

Kanada

Beitrag: Aufnahme der Bevölkerung und ihre Ansiedlung im Rahmen der freizügigen Einwanderungspolitik.

Große Werbeagenturen

Möglicher Beitrag: Kampagnen für die Propagierung dieses Plans in der westlichen Welt und für Bemühungen, die Krise auf eine Weise zu lösen, die Israel nicht verstimmt oder verunglimpft; Entwicklung globaler Kampagnen, die nicht proisraelisch sind und sich auf die Botschaft konzentrieren, den palästinensischen Brüdern zu helfen und sie zu rehabilitieren, auch um den Preis eines Tons, der Israel tadelt oder sogar schadet, und die auf Bevölkerungsgruppen abzielen, die für andere Botschaften nicht empfänglich sind.

Spezielle Kampagnen **für die Bewohner des Gazastreifens** selbst, um sie zu motivieren, diesen Plan zu akzeptieren. Die Botschaften sollten sich um den Verlust von Land drehen und deutlich machen, dass es keine Hoffnung auf Rückkehr in die Gebiete gibt, die Israel bald besetzen wird, unabhängig davon, ob das stimmt oder nicht. Folgendes Bild muss vermittelt werden: „Allah hat dafür gesorgt, dass ihr dieses Land wegen der Hamas-Führung verliert. Es bleibt euch nichts anderes übrig, als mit Hilfe eurer muslimischen Brüder an einen anderen Ort zu ziehen.“

19.11.2023 - Likud-Ministerin schlägt Umsiedlung von Gaza-Bewohnern vor

Die israelische Geheimdienstministerin Gila Gamliel hat die internationale Gemeinschaft am Sonntag dazu aufgerufen, anstelle eines Wiederaufbaus des Gazastreifens eine "freiwillige Umsiedlung" der Palästinenser aus dem Küstengebiet in andere Länder zu fördern. Anstatt Geld für den Wiederaufbau des Gazastreifens oder das "gescheiterte" UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) bereitzustellen, "kann sich die internationale Gemeinschaft an den Kosten für die Umsiedlung beteiligen" und den Bewohnern des Gazastreifens helfen, "sich ein neues Leben in ihren neuen Gastländern aufzubauen", schrieb Gamliel in der Zeitung "Jerusalem Post". ([Spiegel](#), 19.11.2023, s. auch [n-tv](#) vom 20.11.2023)

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V.

Völkermord in Gaza

Wann ist die Schwelle überschritten und ein Massaker wird zum Völkermord?

BIP-Aktuell #285, 16.12.2023: *Das Verbrechen des Völkermords ist in der UN-Konvention zur Verhinderung von Völkermord klar definiert. Eine juristische Analyse ergibt, dass Israel sich des Verbrechens des Völkermords im Gazastreifen schuldig gemacht hat. Für Nicht-Juristen ist es wichtig, die drei Elemente zu verstehen, die erforderlich sind, um die Schuld im Fall von Völkermord nachzuweisen: die absichtliche Entmenschlichung, die systematische Schädigung von Zivilisten und der Nachweis, dass die Zivilisten bewusst ins Visier genommen werden. Diese drei Faktoren werden im Folgenden dargestellt.*

Explizit als Völkermord [definiert](#) werden in Artikel 2 der 1951 in Kraft getretenen **UNO-„Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“** Handlungen, „die in der Absicht begangen“ werden, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Zu solchen Handlungen zählen nicht nur die gezielte „Tötung von Mitgliedern der Gruppe“ sondern auch „die Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischem Schaden“ und die „vorsätzliche Aufregerlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung“ herbeizuführen. Auch die „Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe“ oder die „gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“ fallen unter die Definition von Völkermord. Die Konvention wurde von Deutschland, Israel und Palästina unterzeichnet, die zu den [153](#) Staaten gehören, die ihr bereits beigetreten sind und sie ratifiziert haben. Die Frage, ob es sich bei dem israelischen Angriff auf den Gazastreifen seit dem 7. Oktober um einen Völkermord handelt, ist vor allem in Deutschland höchst [umstritten](#). Die *Taz* unterstellt sogar denjenigen, die behaupten, Israel begehe Völkermord, Hamas-Anhänger zu sein. Deutsche Politiker, für die die Sicherheit Israels deutsche [Staatsräson](#) ist, sind mit einem Dilemma konfrontiert: Sie kommen zu dem Schluss, dass sie aufgrund des Holocaust, des Völkermordes an Juden und anderen Minderheiten, den Staat Israel unterstützen müssen, den sie [fälschlicherweise](#) als Vertreter aller Juden wahrnehmen. Gleichzeitig lehrt sie die deutsche [Erinnerungskultur](#), bereits Anzeichen eines Völkermordes zu erkennen, wie sie in der obigen Definition beschrieben wurden. Weniger juristisch ausgedrückt, bedeutet Völkermord die Entmenschlichung einer Gruppe von Menschen und einen systematischen Angriff auf diese Gruppe. Diese Voraussetzungen zur Definition von Völkermord sind im Gazastreifen erfüllt.

Der jüdisch-israelische Holocaust- und Völkermordforscher Prof. Dr. Raz Segal schrieb bereits am 13. Oktober einen [Artikel](#), in dem er den israelischen Angriff auf Gaza, der durch rassistische Äußerungen der israelischen Regierung angeheizt wurde, als „Lehrbuchfall von Völkermord“ bezeichnete. Sein Artikel wurde weit verbreitet und fand große Resonanz. Segal ist allerdings Historiker, kein Jurist. In ihrem [Brief](#) gehen 800 Rechtswissenschaftler nicht ganz so weit, sind aber sehr deutlich in ihrer Aussage: „Israels derzeitiger Angriff auf den Gazastreifen (...) ist in Umfang und Schwere beispiellos.“ Auch BIP-Gründungsmitglied Prof. Dr. Norman Paech bestätigte in einem [Artikel](#), dass die De-

finition von Völkermord das vom Staat Israel gegen die Zivilbevölkerung in Gaza begangene Verbrechen genau beschreibt.

Um diese Argumentation zu erläutern, ist es wichtig, drei Elemente des Angriffs zu analysieren: Erstens muss die Absicht der israelischen Behörden, der Regierung und des Militärs nachgewiesen werden, die Palästinenser zu entmenschlichen und die Zivilbevölkerung als legitimes Ziel für militärische Angriffe zu behandeln. Zweitens muss der systematische und brutale Charakter des Angriffs nachgewiesen werden, der die Zivilbevölkerung gefährdet und keinen humanitären Schutz für die Zivilbevölkerung bietet. Drittens muss der Nachweis erbracht werden, dass die Tötung von Zivilisten nicht als Nebeneffekt oder als „Kollateralschaden“ bei Angriffen auf militärische Ziele erfolgt, sondern dass die Zivilisten selbst das Ziel sind.

Der erste Teil der drei Stufen ist am einfachsten zu beweisen. BIP hat Aussagen von israelischen Beamten, Politikern, Militärs und Prominenten gesammelt, die zur Ausrottung der Palästinenser aufrufen (siehe [BIP-Aktuell #277](#); in diesem Heft Seite 41). Seit der Veröffentlichung des BIP-Berichts hat sich der Rassismus und die Hetze gegen Palästinenser weiter verschärft. Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich [sagte](#), dass auch die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland kollektiv schuldig sei, da es im Westjordanland „zwei Millionen Nazis“ gebe, was als grünes Licht für die Ausrottung der gesamten Bevölkerung gelten kann. Israels Kommunikationsminister Shlomo Karhi rief dazu auf, die Vorhäute von Hamas-Kämpfern in einer biblisch inspirierten Gräueltat einzusammeln – ein klarer Aufruf zu einem Vernichtungskrieg im biblischen Sinne (Quelle auf [Hebräisch](#)). Die Zeitung *Haaretz* deckte auf, dass das israelische Militär einen Telegram-Kanal betreibt, in dem Soldaten Bilder aus dem Gazastreifen mit toten Palästinensern hochladen, die von Witzen begleitet werden. Der Telegram-Kanal heißt „72 Jungfrauen – unzensuriert“ und ist auf Hebräisch.

Er dient der Entmenschlichung der Palästinenser, um das massenhafte Töten von Zivilisten zu legitimieren und zu erleichtern. Obwohl das israelische Militär bestreitet, den Kanal zu betreiben, bestätigte ein hochrangiger Offizier, dass eine Militäreinheit für das Sammeln der Bilder und das Einstellen in den Kanal verantwortlich ist (Quelle auf [Hebräisch](#)).

Der zweite Teil der Definition ist ebenfalls leicht nachzuweisen. Nach der [Erklärung](#) des israelischen Verteidigungsministers Gallant, dass es in Gaza kein Wasser, keine Nahrungsmittel und keinen Treibstoff geben wird und nachdem Israel Krankenhäuser angegriffen hat (siehe [BIP-Aktuell #281](#)), den letzten verbliebenen Ort, an dem Zivilisten versuchten, Schutz zu finden, gibt es keinen Zweifel daran, dass ein systematisches Töten, Verletzen und sogar Aushungern von Zivilisten stattfindet. Israel behauptete, der Angriff auf das Al-Shifa-Krankenhaus sei notwendig gewesen, um Hamas-Kämpfer aufzuspüren, aber als sie das Hamas-Hauptquartier, das sich angeblich im Krankenhaus befand, nicht finden konnten, vertrieben sie die Patienten und das Personal und ließen das Krankenhaus mit 39 Frühgeborenen und ohne Versorgung zurück. Die Weltgesundheitsorganisation startete eine [Rettungsaktion](#), konnte aber nur 31 der Babys retten, bevor sie starben. Das Aussetzen von Babys zum Sterben ist ein Akt des Völkermords.

Israel hat auch erklärt, dass es die Angriffe fortsetzen will, um der Bevölkerung in Gaza weiteren Schaden zuzufügen und bereit ist, so weit zu gehen, dass es die Hamas von einer Kapitulation abhält. Obwohl Netanjahu die Hamas offiziell zur Kapitulation [aufgefordert](#) hat, erniedrigen die israelischen Streitkräfte gefangene Palästinenser durch eine inhumane Behandlung. Sechs palästinensische Gefangene sind dadurch in letzter Zeit in israelischen Gefängnissen und möglicherweise auch durch Folter gestorben, als sie nach Informationen befragt wurden (Quelle auf [Hebräisch](#)). Ein Foto von nackten Hamas-Kämpfern, die sich Israel angeblich ergeben, wurde vom israelischen Militär gefälscht, wie der anonyme Blogger Ishton bewiesen hat (Quelle auf [Hebräisch](#)). Zivilisten, die von den Soldaten gefangen genommen wurden, wurden nackt ausgezogen, um sie zu demütigen. Der *Intercept*-Journalist Jeremy Scahill [argumentierte](#) daraufhin, dass es sich nicht um einen Krieg gegen die Hamas, sondern um einen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung handelt.

Das dritte Element des Verbrechens des Völkermords ist am schwierigsten zu beweisen, nämlich dass das israelische Militär absichtlich Zivilisten ins Visier nimmt und sie nicht nur aus Nachlässigkeit als „Kollateralschaden“ tötet, während es versucht, Kämpfer zu treffen. Dies scheint das einzige Argument zu sein, das Leugner des Völkermords vorbringen können, um zu behaupten, dass der Angriff in Gaza kein Völkermord sei. In einem [Podcast](#) des *Deutschlandfunks* berichtete Salma Abuzaina über die Situation in Gaza und das mangelnde Interesse der deutschen Medien daran. Als sie erwähnte, dass das israelische Militär absichtlich auf Zivilisten zielt, griff die Journalistin Kristin Helberg ein und widersprach ihr. Obwohl Kristin Helberg allen in dem Gespräch dargelegten Fakten zustimmte, bestand sie nachdrücklich darauf, dass Zivilisten nicht absichtlich angegriffen werden. Sie war sich der Bedeutung dieser Aussage bewusst, dass Israel sich andernfalls des Verbrechens des Völkermords schuldig macht. Die Beweislast liegt nicht bei den Leugnern, sondern bei denjenigen, die ebenso wie BIP argumentieren, dass Israel tatsächlich absichtlich Zivilisten ins Visier nimmt.

Der Beweis dafür findet sich in dem [Artikel](#) von Yuval Avraham vom +972 *Magazine*, in dem er hochrangige israelische Geheimdienstmitarbeiter zitiert, die die militärische Vorliebe für das Anvisieren von sogenannten „Machtzielen“ (*power targets*) erklären – dicht besiedelte Gebiete, Wohngebäude, in denen eine große Zahl von Zivilisten getroffen und getötet werden kann. Weiter erklären sie, dass die mögliche Anwesenheit von Hamas-Kämpfern in diesen „Machtzielen“ als Vorwand benutzt wird, um das Anvisieren von Zivilisten zu legitimieren – nicht umgekehrt. Der israelische Armeesprecher Daniel Hagari [verwies](#) auf die Bombardierung des Gazastreifens: „Der Schwerpunkt liegt auf dem Schaden und nicht auf der Genauigkeit.“ Ein [Video](#) des israelischen Fernsehens zeigt eine Journalistin, die eine Artilleriebrigade besucht, die Artilleriegranaten segnet und dann die Soldaten ermutigt, sie wahllos in den Gazastreifen abzufeuern, ohne zu zielen, und dabei zu schreien, dass sie den Menschen in Gaza Schaden und Tod zufügen sollen. Bei diesen Granaten handelt es sich um 155-mm-Haubitzgranaten, die Deutschland an Israel liefert (siehe [BIP-Aktuell #283](#)). Netanjahus Sammlung von Plänen zur „[Ausdünnung](#)“ der Bevölkerung des Gazastreifens und die israelische Strategie zur Entvölkerung des Gazastreifens mit ethnischen Säuberungen und Massakern an denjenigen, die sich weigern oder nicht in der Lage sind, den Gazastreifen zu verlassen (siehe [BIP-Aktuell #284](#)), ist ein weiterer Beweis dafür, dass zu den Zielen der israelischen Aggression Zivilisten zu zählen sind.

Einen Völkermord als solchen zu bezeichnen, hat eine große Bedeutung: Deutschland ist durch die Konvention zur Verhinderung von Völkermord verpflichtet, den Waffenhandel mit Israel sofort einzustellen. Drittstaaten haben die Pflicht, die Zivilbevölkerung in Gaza zu schützen und Maßnahmen zu ergreifen, um das Töten zu stoppen und israelische Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.

Auszug aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Generalversammlung der Vereinten Nationen, Resolution 260 A (III) vom 9. Dezember 1948.

Datum des Inkrafttretens: 12 Januar 1951.

Artikel II: In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

<https://www.voelkermordkonvention.de/uebereinkommen-ueber-die-verhuetung-und-bestrafung-des-voelkermordes-9217/>

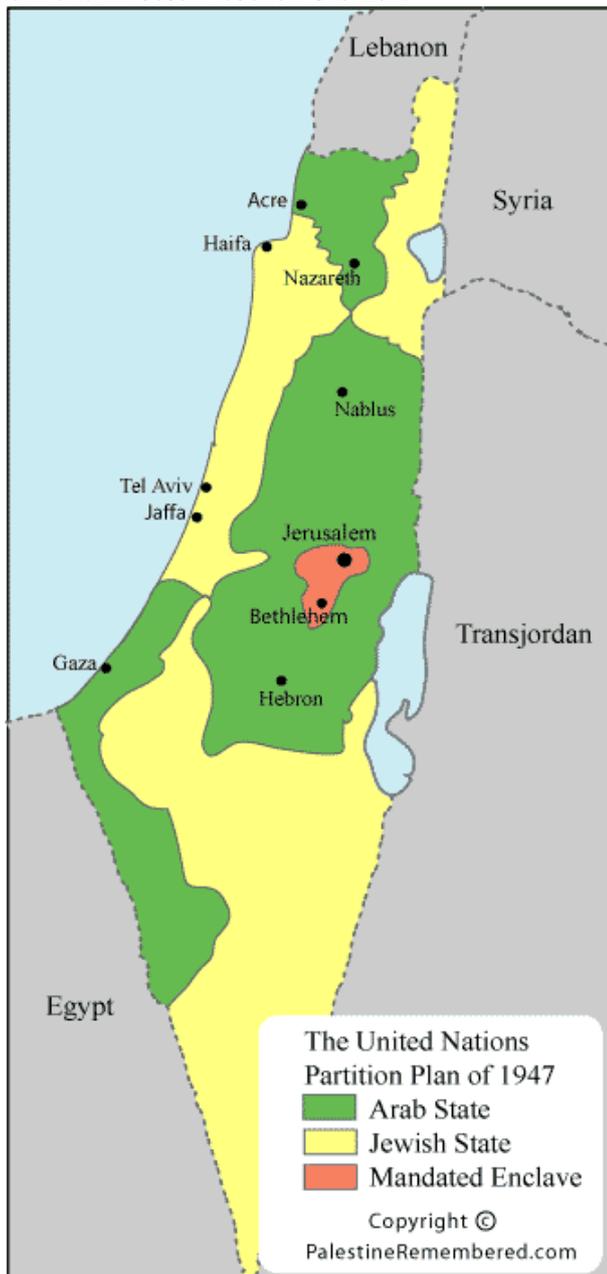
Geschichtlicher Rückblick

Norman Paech: 75 Jahre Israel – 75 Jahre Naqba

6. Juni 2023 - [...]

Am 29. November 1947 verabschiedete die UN-Generalversammlung die berühmte Teilungsresolution 181(II) mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Unter Punkt 3 heißt es:

„Zwei Monate nach Abschluss des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht (England), in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem. Die Grenzen des arabischen Staates und der Stadt Jerusalem sind die in den Teile II und III beschriebenen Grenzen.“



Quelle: https://www.zochrot.org/sections/view/18/en?Palestine_Maps

Das Stimmenverhältnis zeigt, dass der Abstimmung kontroverse Diskussionen über die Teilung in der UNO vorausgegangen waren. So war das Subkomitee 2 des „UN-Special Committee“, welches mit der Ausarbeitung einer Resolution beauftragt war, in einem ausführlichen Gutachten zu dem Ergebnis kommen, dass die Vereinten Nationen „nicht die Macht haben, einen neuen Staat zu schaffen. Solch eine Entscheidung kann nur durch den freien Willen eines Volkes des in Frage stehenden Landes selbst getroffen werden. Diese Bedingung ist im Falle des Mehrheitsvorschlages nicht erfüllt, da er die Errichtung eines jüdischen Staates in voller Missachtung der Wünsche und Interessen der Araber in Palästina involviert“.

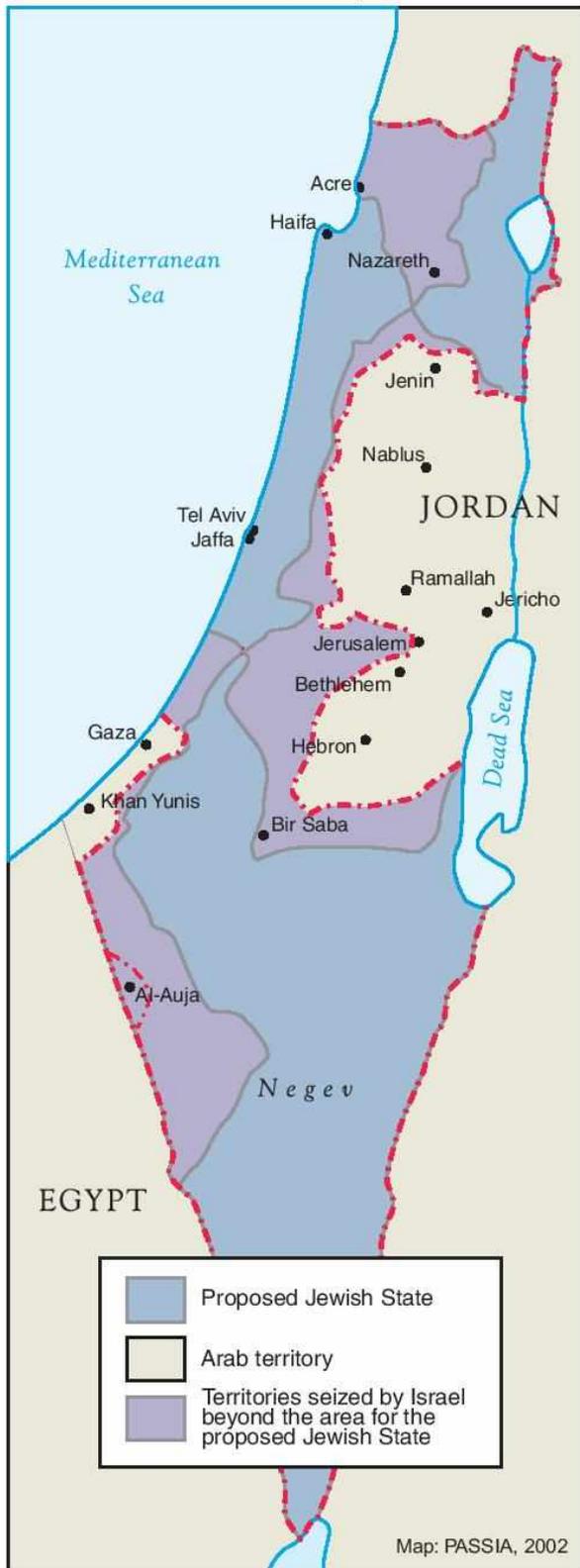
In der Tat hatte bereits die King-Crane Kommission, die 1919 Palästina bereiste, davor gewarnt, ... „wie sehr das zionistische Programm von der Bevölkerung Syriens und Palästinas als ungerecht empfunden wird.“ Mit ähnlichen Erkenntnissen kamen alle Reisende und Kommissionen aus dem Land zurück, dessen arabische Bevölkerung die Kolonisierung ihres Landes durch die fremden Siedler ablehnte. 1930 kam die Shaw-Kommission zu der Erkenntnis: „Der jüdische Landerwerb stellt eine unmittelbare Gefahr für das nationale Überleben der Araber dar“. Das letzte Aufbäumen der Bevölkerung 1936 wurde von den jüdischen Siedlern gemeinsam mit der englischen Armee nach drei Jahren blutig niedergeschlagen.

Die Mehrheit der Mitglieder der UN-Generalversammlung verwarf die Warnung und stimmte für die Teilung, die den Landbesitz der jüdischen Siedler auf über 56 % des palästinensischen Territoriums verzehnfachen sollte. Alle arabischen Staaten stimmten dagegen. Diese hatten gute Gründe dafür, denn sie kannten die Kolonisationspläne der zionistischen Bewegung und ahnten, dass die Resolution die Situation nicht beruhigen, sondern die Spannungen zwischen den jüdischen Siedlern und der palästinensischen Bevölkerung noch verstärken und zu einer der gewaltsamsten Phasen in der Geschichte des Landes führen sollte.

1948

Noch bevor Ben Gurion im Mai 1948 die israelische Staatsgründung proklamierte, wurden etwa 250 000 Palästinenser vertrieben, bis zum Waffenstillstand 1949 dann weitere 550 000. Die ethnische Säuberung hatte begonnen. 1948 lebten in dem Gebiet des heutigen Israel – ohne Westbank und Gazastreifen – ca. 700 000 Palästinenser und Palästinenserinnen, nach dem Ende des Krieges mit den arabischen Staaten 1949 waren es noch 156.000. Nun hatte Israel 78 % des ehemaligen britischen Mandatsgebiets unter seiner Kontrolle. Die Menschen verließen nicht freiwillig ihre Häuser und Dörfer, in denen sie seit Jahrzehnten, lange bevor die ersten Siedler aus Europa kamen, gelebt hatten. Sie wichen dem Druck der militärischen Drohung, [...]

Armistice Lines, 1949



der **Resolution 194** zwar bestätigt und die israelische Regierung als Preis für die Aufnahme in die UNO verpflichtet hatte, das sie aber gegen den Widerstand Israels und der USA nicht durchsetzen können. Ihnen bleibt nur die Erinnerung an das, was auch wir immer wieder vergessen wollen, und was wahrlich den Namen Naqba, Katastrophe, verdient und bis in die Gegenwart andauert.

1967

Mit der Eroberung des Westjordanlandes 1967 wurde die Politik der Vertreibung durch die Gründung jüdischer Siedlungen weiter verschärft. Inzwischen leben über 650 000 jüdische Siedler in über 130 Siedlungen und an die 100 sog. Außenposten, die alle nach den Genfer Konventionen illegal sind. Sie terrorisieren ihre palästinensischen Nachbarn, denen sie das Land weggenommen haben. Die Opferzahlen von Toten, Verletzten, zerstörten Häusern steigen täglich und jeder Tag reiht ein trauriges Schicksal an das vorherige.

UN-Sicherheitsrat, Resolution 242, 22. 11.1967:

Der UN-Sicherheitsrat betont „die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben.“

Gefordert wird u. a. „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden.“

Gegen das Völkerrecht in die Katastrophe

Der völkerrechtliche Rahmen, in dem sich dieses Drama von der Geburt bis zum gegenwärtigen Überlebenskampf abspielt, wird durch die Haager Landkriegsordnung im IV. Haager Abkommen von 1907, dem IV. Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen von 1949 und den beiden Zusatzabkommen zu den Genfer Abkommen von 1977 gebildet. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) ist 2000 hinzugekommen. Israel bestreitet allerdings bis heute, dass diese Abkommen für Israel und den Streit um die Besetzung gelten.

[...] Heute ist klar, dass wir von **Vertreibung** sprechen, wenn Personen ohne ihre Einwilligung ihren Lebensraum verlassen müssen. [...] Nur die Evakuierung zur Sicherheit der Bevölkerung oder aus zwingenden militärischen Gründen erlaubt die Genfer Konvention (Art. 49 II). Das internationale Strafrecht stellt im Römischen Statut von 1998 die „Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung“ als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 7 II RSt) unter Strafe. Dieses Verbrechen verjährt nicht.

Es gibt im Haager wie auch im Genfer Abkommen detaillierte Vorschriften über die **Pflichten und Verbote für die Besatzungsmacht**. Um nur einige zu nennen: die Pflicht, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und das öffentliche Leben aufrecht zu erhalten (Art. 43 HLKO), das Leben der Bürger, die Rechte der Familie und die religiöse Überzeugung zu schützen (46 HLKO), das Gesundheitswesen sicherzustellen (Art. 56 GK IV) und mit Arzneimitteln zu versorgen (Art. 55 GK IV). Wir erinnern uns an das Lob für die vorbildliche Impfpolitik Israels, wovon allerdings die besetzten Gebiete und Gaza nichts zu spüren bekamen.

Über 500 Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, das „verlassene Land“, ca. 300 000 ha Gärten, Felder, Olivenhaine und Zitrusplantagen enteignet und in jüdischen Besitz überführt. Wahrlich ein Geburtsakt biblischen Ausmaßes und Grausamkeit. Die Kinder der damalige Flüchtlinge sind heute verstreut über die Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Syrien, im Gazastreifen und dem Westjordanland, zumeist in Lagern, an die 7 Mio. Flüchtlinge. Nichts ist ihnen geblieben, als ein abstraktes Recht auf Rückkehr, welches ihnen die UNO-Generalversammlung in

Ein klarer Verstoß gegen Artikel 55 GK. Erst spät wurden sie von der UNO und dann von Israel mit einem russischen Impfstoff versorgt.

Die Besatzungsmacht ist Treuhänder, nicht Souverän über das besetzte Gebiet und darf die Ressourcen des Landes, ob Mineralien oder Landwirtschaft, weder kontrollieren noch ausbeuten. Eine viel weiter reichende Regelung zum Schutz der okkupierten Ressourcen als die bloße Kennzeichnungspflicht nach EU-Recht.

<https://www.norman-paech.de/naher-und-mittlerer-osten/israel-pal%C3%A4stina-i/>

1987-1991: Erste Intifada

1988: Palästinensischer Staat

Im November 1988 verabschiedete der [Palästinensische Nationalrat](#) die [Palästinensische Unabhängigkeitserklärung](#). In einem wenige Tage später verabschiedeten offiziellen Zusatz präzisierte der Palästinensische Nationalrat, dass er sich auf [Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates](#) berief und die 1967 von Israel besetzten Gebiete beanspruche, im Einzelnen den Gazastreifen und das Westjordanland mit Ostjerusalem als Hauptstadt des Staatsgebiets.

1993: Osloer Verträge

Text: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/isrplo.asp

Edward Said, Das Ende des Friedensprozesses – Oslo und danach, 2000

„Das Abkommen von Oslo, das vor dem weißen Haus unterschrieben wurde, bestand zum einen aus zwei Erklärungen „gegenseitiger Anerkennung“, die zwischen Israel und der PLO ausgetauscht wurden (obwohl Israel die PLO lediglich als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannte), und zum anderen aus einer Grundsatzklärung, die die Interimsvereinbarungen für eine Truppenverschiebung statt eines Abzugs der israelischen Armee aus nicht genau bezeichneten Gebieten des Westjordanlandes außer Teilen von Gaza und Jericho festlegte. (Einleitung, S. 11)

(aus Al-Hayat, 1.10.1995) „Die Hauptfragen bleiben freilich ungelöst.

- Dazu gehört das Schicksal der Stadt Hebron (...) . In Hebron gibt es Ausgangssperren, Häuser werden gesprengt, Menschen im Gefängnis geworfen oder umgebracht, während die Siedler selbstverständlich dort bleiben, wo sie waren, so provozierend und aggressiv wie immer, von der Armee in ihren Landbesetzungen geschützt.

- Es wird weiterhin Land enteignet und die Siedlungen breiten sich aus.

- Zu keinem Zeitpunkt wurde die Frage nach Reparationen aufgeworfen. (...)

- Noch immer sitzen 6000 palästinensische politische Gefangene in israelischen Gefängnissen.

- Israel kontrolliert nach wie vor allein die Wasserversorgung (auch wenn es den Palästinensern im Prinzip etwas mehr Wasser zugestanden hat)

Shimon Peres, den einige führende Palästinenser noch immer als ihre Größte Hoffnung bezeichnen, zeigt sich unnachgiebig, sobald es um die israelische Herrschaft und die

israelischen Siedler geht. In einem Spiegel-Interview vom 5. März dieses Jahres verwahrte er sich gegen die Unterstellung, die Siedlungen bedeuteten ein Hindernis für den Frieden. Die entscheidende Frage für den Frieden, so Peres kategorisch, laute, „Wie Siedler und Palästinenser miteinander auskommen.“. Kurz darauf sagte der Interviewer, er könne sich „nicht vorstellen, dass sämtliche Siedler nach einem Friedensabschluss im Westjordanland verbleiben“, woraufhin Peres antwortete: Das ist Ihre Meinung. Für mich ist das vorstellbar.“

Wenn dies die Art Frieden ist, wie sie die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat auszuhandeln vermag, dann sollten wir diesen Frieden bei seinem richtigen Namen nennen: es ist eine in die Länge gezogene, ungeordnete, verlogene und unrühmlich Kapitulation.“ (S. 49-50)

Felicia Langer: Frieden mit Gerechtigkeit?

„Ich musste sehr schnell feststellen, dass in der „Grundsatzklärung“ von damals die wichtigsten Fragen ausgeklammert worden waren: die Wasserfrage, die Souveränitätsfrage, die Flüchtlingsfrage, die Frage der Landnahme, der Siedlungen und Jerusalems.

Es gab keine Vertragsklausel und es gibt bis heute keine solche, die klar feststellt, dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind. [...] Die PLO erkannte Israel an, aber Israel erkannte nicht die Rechte der Palästinenser an, sondern die PLO als Vertreterin der Palästinenser. (...) Die Maxime, die die Grundlage der UNO-Resolution 242 bildet, dass nämlich Landerwerb durch Krieg unzulässig ist, wurde von Israel total abgelehnt und die PLO hat sich dazu nicht geäußert.“ (W&F 2000/1 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/palaestina-frieden-mit-gerechtigkeit/>)

Michael Warschawski

([Alternative Information Center](#), Israel):

„Wie man Konflikte nicht löst – der Fall Israel-Palästina“

Der Prozeß schlug aus folgenden Gründen fehl:

- Er basierte auf der Annahme eines „Konflikts“ und nicht auf der einer Besatzung.

- Im Endergebnis wurde davon ausgegangen, dass die beiden Seiten symmetrisch seien und nicht von der Tatsache, dass die eine Seite die andere dominiert.

- Das Konzept des internationalen Rechts (inklusive der UN Resolutionen, internationale Konventionen) wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen und durch „Kompromisse“ ersetzt.

- Es gab keine internationale Garantie, die ungleiche Kräfteverhältnisse auszugleichen und die Umsetzung der unterschriebenen Vereinbarungen sicherzustellen.

In einem solchen Rahmen würde jede „Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine palästinensische Kapitulation erfordern. Die Tatsache, dass die Palästinenser das israelische Diktat nicht akzeptieren, führt dazu, dass die Kapitulation militärisch erzwungen werden wird.“

(*Demokratische Strategien zur Lösung internationaler Konflikte - Beitrag auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003, in [SiG 18](#) veröffentlicht*)

2000: Camp David Treffen

Uri Avnery: 12 gebräuchliche Lügen über Israel und Palästina, 21.10.2000

Lüge Nr. 3: "Arafat ließ Camp David platzen."

Am Tag vor seiner Abreise zum Gipfel gab Barak fünf so genannte "Rote Linien" bekannt, die er unter keinen Umständen überschreiten wollte. Darunter waren: die israelische Souveränität über die ganze Altstadt von Jerusalem, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, 80 Prozent der Siedler sollten bleiben, wo sie waren, keine Rückkehr auch nur eines einzigen Flüchtlings nach Israel! Später weichte er einige dieser Essentials auf, allerdings nicht genug, um auch nur in die Nähe einer Vereinbarung zu kommen.

Lüge Nr. 4: "Immer müssen wir geben, geben, geben. Arafat gibt überhaupt nichts."

Als die Palästinenser einer Friedensregelung zustimmten, die auf der Grenzziehung vor 1967 beruhte (die Grüne Linie), gaben sie schon von vornherein 78 Prozent ihres Lands zwischen dem Meer und dem Jordan auf. Sie sind bereit, ihren Staat auf den restlichen 22 Prozent zu errichten. (...) Das Problem lässt sich aber nicht nur in Prozentpunkten ausdrücken. Barak scheint lediglich 10 Prozent vom besetzten Gebiet zu verlangen. Berücksichtigt man aber die Gebiete, die er im Großraum Jerusalem anneklieren und im Jordantal unter seine "Sicherheitskontrolle" stellen will, sind es in Wirklichkeit fast 30 Prozent. Was aber noch schlimmer ist: Nach der Landkarte, die er den Palästinensern vorlegte, würden diese Prozentpunkte das Land von Osten nach Westen und von Norden nach Süden zerschneiden, sodass der Palästinenser-Staat aus einer Vielzahl von Inseln bestehen würde, von denen jede von israelischen Siedlern und Soldaten umgeben wäre.

Lüge Nr. 12: "Wir haben keinen Partner für den Frieden."

Richtig, wir haben keinen Partner für einen Frieden, der den Palästinensern die Kapitulation vor einem israelischen Ultimatum abverlangt. Wir haben sehr wohl einen Partner für einen Frieden, wenn er auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt beruht.

(Auszüge, aus dem Englischen: Peter Strutynski, Friedensratschlag.de)



1995: Palästinensische Autonomie???

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben. Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“ (Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002. Er ist in israelischer Gefangenschaft)

„Die UN-Generalversammlung erklärt, dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen.“

Beschlüsse vom 5.5.1997, 20.10.2000, 10.12.2001, 20.12.2001, 7.5.2002, ...



Zweite Intifada, 2000-2005



"Camp David war ein Diktat" (Ilan Pappé)

Dr. Ilan Pappé war damals Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa (Israel) und Leiter des dortigen Instituts für Konfliktforschung. Seit 2007 lehrt Pappé an der Universität Exeter in England. Autor u.a. von „Die ethnische Säuberung Palästinas“

Palästina wurde zwar bereits **von 139 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen als souveräner Staat anerkannt**, allerdings noch nicht von den USA und den meisten Ländern der EU.

Am 23. September 2011 hatte die Palästinensische Autonomiebehörde offiziell einen Antrag auf die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen gestellt und zwar im Einklang mit verschiedenen UN-Resolutionen, u.a. der Resolution 242 aus dem Jahr 1967 und der Resolution 338 aus dem Jahr 1973, in denen ganz konkret eine Zwei-Staaten Lösung gefordert wird. Der Palästinensische Präsident Mahmoud Abbas hatte in seinem Antrag an den zuständigen Ausschuss der UN für die Aufnahme neuer Mitglieder u.a. auf diese beiden Resolutionen hingewiesen und „das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Vision einer Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt“ betont.

Trotz der bilateralen Anerkennung Palästinas durch mittlerweile 139 Staaten hat der UN-Sicherheitsrat auf Grund des **Widerstands der USA** bis heute über den Antrag nicht abgestimmt, sondern Palästina lediglich einen „Beobachterstatus“ ohne Stimmrecht zugestanden.

(Jürgen Hübschen, 13.12.2023, [overton-magazin.de](https://www.OvertonMagazin.de))

2000-2005: Zweite Intifada

Resolution der UN-Menschenrechtskommission, 15. April 2002

Die Kommission bestätigt das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die israelische Besatzung.

Sie verurteilt aufs Schärfste:

- die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzungsmacht;
- die Besatzung der palästinensischen Gebiete durch Israel;
- den Krieg der israelischen Armee gegen die palästinensischen Städte und Flüchtlingslager, welcher zum Tod von hunderten von palästinensischen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder geführt hat;

- die „Liquidierung“ bzw. die Exekutionen ohne Gerichtsurteil von Palästinensern durch die israelische Armee;
- den Bau neuer Siedlungen und die Ausdehnung schon vorhandener Siedlungen;
- die Landenteignung;
- die ungerechte Verwaltung der Wasserressourcen;
- den Bau von Umgehungsstraßen;
- die Enteignung von palästinensischen Häusern in Jerusalem;
- die Einziehung von Personalausweisen der Einwohner von Ost-Jerusalem;
- die Sondersteuern auf Produkte und die extrem überhöhten Gebühren, die dem Zweck dienen, Palästinenser aus Jerusalem zu vertreiben;
- die Anwendung von Folter beim Verhör von Palästinensern;
- die Brandstiftung der Geburts-Kirche und der Omar Ibn Al-Khattab Moschee in Bethlehem und die Artillerieschüsse

- gegen die Al-Baik- und Al-Kabir-Moscheen in Nablus;
- die Angriffe der israelischen Besatzungsarmee gegen Krankenhäuser und Kranke und den Einsatz von palästinensischen Bürgern als lebende Schutzschilde beim Einmarsch israelischer Truppen in die palästinensischen Gebiete;
- den Beschuss von Krankentransporten und medizinischem Personal durch die israelische Armee;

Die Kommission ist tief besorgt:

- über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation;
- über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Yasser Arafat;
- über die Verhaftung von vielen Palästinensern und die fortgesetzte Inhaftierung von Tausenden von Palästinensern. (...)

Quelle: [un.org SiG-Übersetzung](https://www.un.org/SiG-Übersetzung)
<https://www.un.org/unispal/document-source/human-rights-council/>

2004

Am 9. Juli 2004 gab der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Gutachten zu den rechtlichen Konsequenzen des israelischen Mauerbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten ab.

Er hat eindeutig festgestellt, dass Israel den Mauerbau stoppen, die Mauer abreißen und der palästinensischen Bevölkerung für den entstandenen Schaden Reparationen zahlen muss.

Am 20. Juli 2004 wurde das Rechtsgutachten des IGH durch die UN-Resolution ES-10/15 ratifiziert.

Der IGH: „Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Mauerbau geschaffene Situation aufrecht zu erhalten. Alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention zum Schutz ziviler Personen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 haben außerdem die Verpflichtung hinsichtlich der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, die Befolgung der internationalen Menschenrechte, wie sie in dieser Konvention festgelegt sind, durch Israel sicher zu stellen.“

Internationale Bewegung:
<https://www.stophthewall.org/>

2008

Felicia Langer: Nicht in meinem Namen
Die fortgesetzte Blockade des Gaza-Streifens ist eine Schande

"Was wollen die Palästinenser - wir haben doch Gaza 2005 geräumt?", sagt die israelische Propaganda und verschweigt, dass die Armee den Landstrich verlassen und sich selbst überlassen hat. **John Dúgard, UN-Beauftragter für Menschenrechte**, beschreibt es so: "Gaza ist ein Gefängnis, Israel besitzt den Schlüssel und hat ihn ins Meer geworfen." Kaum anders fällt das Urteil des Internationalen Roten Kreuzes aus: Das okkupierte Volk werde wie eine Geißel des Konflikts behandelt, heißt es da.

Ich verurteile den Abschuss mit Qassam-Raketen aus Gaza nach Israel, ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten. Aber



Karte über Bethlehem: UN-Organisation <https://ochaopt.org/content/bethlehem-access-restrictions-july-2018>

Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt zur Folge hat.

Die offiziellen Vorschläge für eine Waffenruhe, wie sie von Hamas kamen, werden durch Israel abgelehnt. Einen letzten gab es am 20. Dezember 2007. Wieder reagierte Israel mit Verachtung und zog es vor, mit Panzern und Raketen zu antworten, so dass 38 Palästinenser getötet wurden. [...]

(vollständiger Text in [SiG 65](#))

2013 (also vor 10 Jahren)

Gideon Levy, israelischer Journalist bei Haaretz
Es geht nur noch mit Boykott
Die letzte Zuflucht eines israelischen Patrioten

Haaretz 14. Juli, 2013 - Wer sich wirklich um die Zukunft des Landes sorgt, muss zu diesem Zeitpunkt dafür sein, es wirtschaftlich zu boykottieren.

Ein Widerspruch in sich? Wir haben die Alternativen geprüft. Ein Boykott ist das geringste Übel, und könnte uns historische Vorteile verschaffen. Er ist die Option mit dem niedrigsten Gewaltpotential und würde sehr wahrscheinlich nicht in Blutvergießen enden. Er würde wie die anderen Optionen weh tun, aber die anderen wären schlimmer.

[...] Der Wandel wird nicht von innen kommen. Das ist seit langer Zeit klar. So lange Israelis keinen Preis für die Besatzung zahlen oder zumindest nicht den Zusammenhang herstellen zwischen Ursache und Wirkung, haben sie keinen Anreiz, sie zu beenden. Warum sollte sich der Durchschnittsbewohner von Tel Aviv auch darum kümmern, was in der Stadt Jenin im Westjordanland oder in Rafah im Gazastreifen passiert? Diese Orte sind weit weg und nicht von besonderem Interesse. So lange die Arroganz und selbstgewählte Opferrolle des Auserwählten Volkes anhalten, des erwähltesten in der Welt, des immer einzigen Opfers, so lange wird sich nichts ändern, auch wenn die Weltgemeinschaft eindeutig Position bezieht. [...] Der öffentlichen Meinung in Israel fehlt größtenteils der Bezug zur Realität - zur Realität in den besetzten Gebieten und im Ausland. Es gibt außerdem einige, die dafür sorgen, dass diese gefährliche Realitätsferne aufrechterhalten bleibt. Zusammen mit der Entmenschlichung und Dämonisierung der Palästinenser und der Araber wird den Menschen hier Nationalismus zu massiv eingetrichtert, als dass sie zur Vernunft kommen könnten. (vollständiger Text in [SiG 105](#))

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Pierre Khalfa

ist ehemaliger Ko-Vorsitzender der Kopernikus-Stiftung,
Mitglied des wissenschaftlichen Rates von Attac Frankreich.

25. Oktober 2023 -

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit - einmal mehr wird dieser Slogan in die Realität des geschundenen Fleisches, der getöteten Zivilisten, der Geiselnahmen in einem scheinbar endlosen Räderwerk der Gewalt umgesetzt.

Die Überwindung der Emotionen angesichts der Terrorakte der Hamas und der blinden und mörderischen Vergeltungsschläge des Staates Israel gegen die Zivilbevölkerung von Gaza, mit einer sich anbahnenden humanitären Katastrophe, ist eine absolute Notwendigkeit, wenn wir aus diesem Räderwerk ausbrechen wollen. Die genaue Bezeichnung all dieser Handlungen ist Sache des Völkerrechts und es muss Aufgabe der Juristen sein, uns zu sagen, welche Bezeichnung in diesem Bereich gewählt werden sollte - Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder sogar Völkermord - und der Internationale Strafgerichtshof ist dazu da, die Täter zu bestrafen.

Aber diese Taten zu beurteilen und sie im Namen einer humanistischen Moral zu verurteilen, für die ein Leben jedes andere Leben wert ist, so notwendig es auch ist, bleibt völlig unzureichend, wenn wir sie nicht in einer historischen Tiefe einordnen, die es allein ermöglicht, sie zu entschlüsseln.

Im Gegensatz zu dem, was eine immer weiter nach rechts gerückte Macronie, eine immer weniger republikanische Rechte und die extreme Rechte behaupten, befinden wir uns **nicht in einem Krieg der Zivilisationen**, in dem Israel die Demokratie und die Palästinenser die islamistische Barbarei repräsentieren würden. Und angesichts dieser Barbarei, so sagt uns die Präsidentin der Nationalversammlung, "darf nichts Israel daran hindern, sich zu verteidigen", womit sie de facto die israelischen Bombardements auf Gaza rechtfertigt.

Wir befinden uns **auch nicht in einem religiösen Konflikt**, der Juden und Muslime gegeneinander ausspielen würde. Die Mehrheit der Juden, auch wenn sie emotional an Israel gebunden sind, lebt nicht dort und will auch nicht dorthin ziehen, sehr zum Leidwesen der aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen. Was die Palästinenser betrifft, so sind nicht alle Muslime und die palästinensische Gesellschaft ist sehr vielfältig.

Ein Konflikt zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren

Wir befinden uns in einem politischen Konflikt, in dem sich Kolonisatoren und Kolonisierte gegenüberstehen.

Wie Maxime Rodinson bereits 1967 in der Zeitschrift *Les Temps modernes* geschrieben hatte -- ein Artikel, der damals viel Aufsehen erregte --, ist Israel eine koloniale Realität. Es ist nicht das einzige. Auch die USA, Australien oder Neuseeland sind Länder, die aus Kolonialisierungsprozessen hervorgegangen sind, und die koloniale Realität hat sich in eine nationale Realität verwandelt.

Heute gibt es eine israelische nationale Realität, deren Existenz nicht gelehnt werden kann. Der Staat Israel hat jedoch drei ganz besondere Merkmale.

Erstens ist es der Völkermord an den Juden durch die Nazis, der *letztlich* die Gründung des Staates Israel rechtfertigt. Die westlichen Mächte, die sich damals weigerten, die verfolgten Juden und später die Überlebenden der Shoah aufzunehmen, entledigten sich so auf billige Weise des "jüdischen Problems" auf die Palästinenser.

Zweitens basiert der jüdische Staat Israel auf einer ethnisch-religiösen Grundlage, was durch die Verabschiedung eines grundlegenden Gesetzes im Juli 2018, das Israel zum "Nationalstaat des jüdischen Volkes" erklärt, noch verschärft wurde. Abgesehen von der endlosen Diskussion darüber, wer jüdisch ist – was israelische Forscher zu versuchen veranlasste, ein "jüdisches Gen" zu finden –, wie kann man einen Staat als demokratisch bezeichnen, der auf einer solchen Grundlage beruht, die Nichtjuden unweigerlich zu Bürgern zweiter Klasse macht?

Und schließlich: Während die USA, Australien oder Neuseeland zwar sehr schwer und sehr unvollkommen damit begonnen haben, den indigenen Völkern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hat der Staat Israel keine kritische Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit eingeleitet, sondern vielmehr einen Kolonisierungsprozess fortgesetzt, der sich in den letzten Jahren sogar noch verschärft hat.

Der Kolonialkonflikt begann bereits vor der Gründung des Staates Israel. Der palästinensische Historiker und Dichter Elias Sanbar datiert ihn auf das Jahr 1917, das Jahr der **Balfour-Erklärung**, benannt nach dem britischen Außenminister, der sich für die Schaffung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina aussprach. Dieser Konflikt brach mit dem großen arabischen Aufstand von 1936 aus, der von den Briten gewaltsam niedergeschlagen wurde, und setzte sich 1948 mit der Vertreibung von fast 800 000 Palästinensern aus ihrem Land, der **Nakba**, und der Gründung des Staates Israel fort.

Zwar kann man angesichts der aktuellen Situation rückblickend davon ausgehen, dass es ein Fehler der Palästinenser, genauer gesagt ihrer Führer, war, den von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Plan zur Teilung Palästinas abzulehnen, der die Gründung eines palästinensischen Staates neben dem Staat Israel vorsah. Außerdem glaubten die Juden in Palästina nach dem Völkermord, dass sie angesichts der bewaffneten Intervention der arabischen Regierungen um ihr Überleben kämpfen würden, zumal in den arabischen Ländern antisemitische Unruhen ausgebrochen waren. Das Bild des "David gegen Goliath", das zu diesem Zeitpunkt aufgebaut wurde, hatte noch viele Tage vor sich. Wie dem auch sei, es entstand ein lang anhaltender Krieg.

In diesem Krieg waren die **Osloer Abkommen von 1993**, die eine Beendigung der ersten Intifada ermöglichten, **eine riesige Hoffnung** und ließen endlich eine Lösung des Konflikts erwarten. Sie wurden von der Hamas, die vermehrt

Terroranschläge in Israel verübte, und von den aufeinander folgenden israelischen Regierungen nach der Ermordung von Yitzhak Rabin durch einen israelischen Rechtsextremisten torpediert.

Trotz der zweiten Intifada wurde die Kolonisierung mit den damit verbundenen Massakern und dem Bau der "Mauer der Schande" im Westjordanland fortgesetzt, wodurch ein **Apartheidregime** errichtet wurde, wie Amnesty International im Jahr 2022 und kürzlich der ehemalige Mossad-Chef Tamir Pardo analysierten.

Die **Palästinensische Autonomiebehörde** hat sich zu einem Erfüllungsgehilfen des Staates Israel entwickelt und jegliche demokratische Funktionsweise in den Gebieten unter ihrer Kontrolle erstickt. Nachdem die **Hamas**, deren Gründung (1987) von den israelischen Regierungen gefördert wurde, um die PLO zu schwächen, die Kontrolle über Gaza übernommen hatte, rechtfertigte dies die Blockade des Gebiets, das so in ein Freiluftgefängnis verwandelt wurde. Die Palästinafrage schien unter Kontrolle zu sein und verschwand von der weltpolitischen Bühne, zumal ein Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Ländern im Gange war, bei dem die Rechte der Palästinenser "vergessen" wurden. Die Verhandlungen zwischen Israel und Saudi-Arabien sollten den Höhepunkt dieses Prozesses darstellen. Das Erwachen war schmerzhaft und erfolgte auf die schlimmste Art und Weise. Der Hamas ist es gelungen, die Palästinafrage wieder auf die politische Bühne zu bringen, mit einem erheblichen Preis, sowohl in israelischen und palästinensischen Menschenleben als auch politisch durch den gegenseitigen Hass, der sich in Israel-Palästina -- hoffentlich nur vorübergehend -- vor allem unter der Jugend entwickelt.

Der Zweck und die Mittel

Ein Blick in die koloniale Vergangenheit Frankreichs

kann uns hier eine aufschlussreiche, versetzte Sichtweise liefern. Auch in Algerien schien die Lage 1954 unter Kontrolle zu sein. Die grausame Niederschlagung von Demonstrationen in der Region um Sétif im Jahr 1945, die Fälschung der Wahlen zur algerischen Versammlung 1948 durch die Kolonialverwaltung, die Marginalisierung von Befürwortern gleicher Rechte und die Drangsalierung von Unabhängigkeitskämpfern - all das schien darauf hinzudeuten, dass "Papas Algerien", um einen später von De Gaulle verwendeten Ausdruck zu verwenden, *ad vitam aeternam* fortgesetzt werden konnte. Auch hier gab es ein böses Erwachen und es folgte ein grausamer Krieg, in dem die Zivilbevölkerung einen hohen Preis zahlte, sei es die arabische Bevölkerung, die massakriert und in Lagern zusammengepfercht wurde, oder die europäische Bevölkerung, die Opfer der FLN-Attentate wurde.

Dies wirft einmal mehr die Frage nach dem Zweck und den Mitteln auf. Die FLN hatte ein lobenswertes revolutionäres Ziel, die Unabhängigkeit. War es richtig, die Zivilbevölkerung anzugreifen, indem sie Bomben in Cafés und an Laterne-masten anbrachte? Die Antwort auf diese Frage ist heute umso weniger einfach, als wir das Ende der Geschichte kennen, d. h. den Exodus der Pieds-noirs*, die massenhaft auf die Seite der OAS wechselten, und die Vereinnahmung der algerischen Revolution durch die Militärs. Es ist schwer zu

sagen, wie sich die pieds-noirs verhalten hätten, wenn die FLN nicht wahllos Anschläge verübt hätte, aber die Machtübernahme durch das Militär ist nicht ohne Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass die FLN dem bewaffneten Kampf Priorität eingeräumt hatte, was dazu führte, dass das Militär in diesem Prozess eine zentrale Rolle spielte. Zur Erinnerung: Einer der wichtigsten Führer der FLN, Abane Ramdane, wurde 1957 von algerischen Militärs ermordet, weil er das Militär den Zivilisten unterordnen wollte. Mit den von der FLN eingesetzten Mitteln konnte zwar die Unabhängigkeit Algeriens erreicht werden, aber diese Unabhängigkeit erfolgte unter Bedingungen, die die zukünftige Geschichte des Landes weitgehend belasteten. Ein Dialog fasst die Dilemmata eines asymmetrischen nationalen Befreiungskriegs - von den Schwachen zu den Star-ken - recht gut zusammen. 1957, während der Schlacht um Algier, sprach einer der wichtigsten Führer der FLN, Larbi Ben M'hidi, der verhaftet wurde - er wurde gefoltert und dann ohne Prozess hingerichtet - mit dem für die "öffentliche Ordnung" in Algier verantwortlichen General Massu. Dieser wirft ihm als Intellektuellem vor, Bomben in Körbe zu legen, um Zivilisten zu töten. Ben M'hidi antwortete: "Gebt mir eure Panzer und Flugzeuge und ich gebe euch meine Körbe". Es gibt keinen nationalen Befreiungskrieg, der nicht mit demselben Dilemma konfrontiert worden wäre.

Allgemeiner gesagt: Sobald ein bewaffneter Konflikt ausbricht, ist es sinnlos zu glauben, dass die Zivilbevölkerung verschont werden kann. Wenn man sagt, dass das, was heute geschieht, ein neuer Moment im Kolonialkrieg zwischen Palästinensern und Israelis ist, bedeutet das natürlich nicht, dass man Massaker an der Zivilbevölkerung akzeptiert. Das Töten von Zivilisten ist grausam und muss ohne jede Einschränkung verurteilt werden. Und es ist grauenhaft, weil Krieg, egal welcher Art, grauenhaft ist. Es gibt keinen sauberen Krieg ohne Kriegsverbrechen, sei es im Fall von "Kollaterelopfern" militärischer Aktionen oder durch die Absicht, Zivilbevölkerungen bewusst ins Visier zu nehmen.

Selbst in den gerechtesten Kriegen, z. B. gegen den Nationalsozialismus oder in nationalen Befreiungskriegen, gab es solche Verbrechen von der "richtigen Seite". Sobald Gewalt am Werk ist, ist es sinnlos zu glauben, man könne sie im Zaum halten.

Das Völkerrecht zielt auf den Schutz der Zivilbevölkerung ab, wird aber in der Regel erst im Nachhinein und häufig von den Siegern angewandt. So wurden zwar die Naziverbrechen (zu wenig) vor Gericht gestellt, die von den Alliierten an der deutschen Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen jedoch nie: So ordnete Churchill beispielsweise persönlich die Bombardierung von Dresden im Februar 1945 an, obwohl die Stadt für offen erklärt worden war und keine militärischen Ziele, sondern Hunderttausende Flüchtlinge beherbergte.

Diese Feststellung ändert nichts daran, dass, wenn man nicht in Barbarei verfallen will, alles getan werden muss, damit das Völkerrecht in Kriegszeiten von den Kriegsparteien eingehalten wird. Dies ist theoretisch die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Es ist jedoch bekannt, wie gespalten diese ist und wie sehr sie den nationalen Interessen der Großmächte unterworfen ist.

Der Zweck liegt in den Mitteln, und die Anwendung von Gewalt als Mittel zum Zweck verändert den Zweck selbst, ohne dass die Akteure es merken. **Gewalt zerstört diejenigen, die sie erleiden, und verändert diejenigen, die sie anwenden.** Aus diesem Grund muss eine gewaltfreie Strategie allen anderen Strategien vorgezogen werden. Allerdings muss eine solche Strategie auch existieren können und darf nicht nur ein frommer Wunsch bleiben, der als Vorwand für eine Passivität dient, die den Status quo begünstigt. Der Kampf der Palästinenser ist ein gutes Beispiel für diese Schwierigkeit. So geriet der "**Große Marsch der Rückkehr**", eine Reihe friedlicher Demonstrationen, die **2018 in Gaza** organisiert wurden, um gegen den Bau der Mauer zu protestieren, unter das Feuer israelischer Scharfschützen, was Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten zur Folge hatte. Wie kann man unter diesen Umständen eine gewaltfreie Strategie umsetzen?

Und jetzt

Was Israel und Palästina betrifft, so ist neben der Tatsache, dass die Israelis im Gegensatz zu den "pieds-noirs" nirgendwo hingehen können und daher jede Lösung des Konflikts nur über eine Sicherheitsgarantie für Israel führen kann, das Projekt der Hamas selbst inakzeptabel. Das Ziel der **Hamas** ist es, Israel zu zerstören und ein islamisches Palästina zu errichten (auch wenn sie ihre Position in den letzten Jahren scheinbar abgeschwächt hat), mit allem, was dies in Bezug auf die Rücknahme der Menschenrechte, insbesondere der Frauenrechte, die Ablehnung der Demokratie und die Vielfalt der palästinensischen Gesellschaft bedeutet. Es ist ein kohärentes politisches Projekt, das sich ziemlich logisch in Terrorakten gegen die israelische Bevölkerung äußert, die darauf abzielen, die Kluft zwischen den beiden Völkern unüberbrückbar zu machen. Aus dieser Sicht ist **die Hamas der ideale Feind** für die israelische Rechte und die extreme Rechte, die heute an der Macht sind. So konnte selbst Benjamin **Netanjahu** bei einem [Treffen am 11. März 2019](#) erklären: "*Der Geldtransfer ist Teil einer Strategie, um die Palästinenser im Gazastreifen von den Palästinensern im Westjordanland zu trennen. Jeder, der gegen die Gründung eines palästinensischen Staates ist, sollte den Geldtransfer von Katar an die Hamas unterstützen, auf diese Weise werden wir die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln*".

In einer solchen Situation gibt es jeden Grund zur Verzweiflung. **Étienne Balibar** fasst sie in einem Standpunkt in [Mediapart](#) perfekt zusammen. Unsere Verzweiflung sollte uns jedoch nicht davon abhalten zu sagen, dass es keine militärische Lösung für diesen Konflikt gibt. Ob die Israelis nun in Gaza einmarschieren oder nicht, ob sie sich darin verfangen oder es schaffen, die Infrastruktur der Hamas zu zerstören, ob es ihnen gelingt, die Bevölkerung von Gaza nach Ägypten zu vertreiben – wovon israelische Beamte laut träumen – oder nicht, sie werden nur eine neue Generation von palästinensischen Kämpfern hervorbringen, die sie daran hindern wird, in Frieden zu leben. Eine Lösung wird es nur durch **Verhandlungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und der UN-Resolutionen** geben.

Aber mit wem soll man verhandeln, antworten uns unisono die Unterstützer der israelischen Regierung? Es gibt keine

Partner für den Frieden, sagen sie uns, nachdem der Staat Israel alles getan hat, um die vorhandenen Partner zu zerstören. Nun, man verhandelt mit seinen Feinden. Frankreich verhandelte mit der FLN, nachdem es sie erbittert bekämpft und als Terroristen beschimpft hatte. Der Staat Israel hält Tausende von Palästinensern ohne Gerichtsverfahren oder auf der Grundlage unfairer Prozesse fest, darunter **Marwan Barghouti**, ein Befürworter einer Verhandlungslösung, der dazu hätte beitragen können, eine neue Führung in Palästina aufzubauen. Dies ist übrigens der tiefere Grund für seine Inhaftierung und die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen kommen mit einer diskreditierten und undemokratischen Palästinensischen Autonomiebehörde sehr gut zurecht. **Die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen und die Abhaltung freier Wahlen in Palästina sind die Voraussetzungen für den Frieden.**

Und auch mit der Hamas muss verhandelt werden, denn wie [Edwy Plenel](#) zusammenfasst: "Wenn Aktionen der Hamas als terroristisch eingestuft werden können, würde man sich absichtlich blenden, wenn man ihre andere Realität, die einer politischen Bewegung mit einer sozialen Basis, nicht berücksichtigen würde. Dass ihre ideologische Linie und ihre autoritären Praktiken sie zum Gegner einer potenziellen palästinensischen Demokratie machen, die den Pluralismus der Gemeinschaften und die Vielfalt der Meinungen respektieren würde, hindert sie nicht daran, eine der Komponenten, die inzwischen dominant geworden ist, des palästinensischen Nationalismus zu sein".

In dieser Perspektive kann **das Handeln der internationalen Gemeinschaft wirksam sein, um einen Friedensprozess durchzusetzen.** Genau das Gegenteil schlägt Emmanuel Macron vor, der erklärt, dass "*Frankreich bereit ist, dass die internationale Koalition gegen Daesh auch gegen die Hamas kämpfen kann*". Das ist ein doppelter Fehler. Einerseits werden die Hamas, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen ist, und Daesh, eine salafistische Bewegung, gleichgesetzt, obwohl die Hamas im Gegensatz zu Daesh nicht das Ziel verfolgt, ein islamisches Kalifat auf der ganzen Welt zu errichten, und im Gegensatz zu Daesh nie Anschläge außerhalb Palästinas und Israels verübt hat. Andererseits bedeutet es, einen Krieg der Zivilisationen zu proklamieren und damit Daesh ein schönes Geschenk zu machen, anstatt sich auf eine politische Verhandlungslösung zu konzentrieren.

Darüber hinaus ist die **israelische Gesellschaft** schwer belastet von einem - derzeit noch verdeckten - Bürgerkrieg zwischen **zwei grundlegend unterschiedlichen Auffassungen** davon, was der Staat Israel sein soll: **theokratischer Staat versus demokratischer säkularer Staat.** Eine Hoffnung für die Zukunft ist, dass die Befürworter und Befürworterinnen der letzteren Option – unter Hinweis darauf, dass Frauen in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu spielen haben, wie die israelische Friedens- und Frauenbewegung [Women Wage Peace](#) betont – sich den Satz von Marx zu eigen machen: "Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein".

** pieds-noirs = Europäer, die sich seit dem Beginn der Eroberung Algeriens durch Frankreich in dem nordafrikanischen Land niederließen.*

<https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-37-automne-2023/dossier-palestine/article/pas-de-paix-sans-justice>

Übersetzung und Verlinkungen im Text: SiG-Redaktion

„Die zionistische Idee“ als „koloniale“ Idee: Herzl und Rhodes

In seinem 2011 auf Deutsch erschienenen Buch *„Die Sprache des Imperiums. Ein historisch-philosophischer Leitfa-den“* beschäftigte sich **Domenico Losurdo** im Kapitel „Antizionismus“ mit den ideologischen Wurzeln des Zionismus. Er wies an Hand der Schriften und Aufzeichnungen von Theodor Herzl - dem Begründer des Zionismus - nach, dass diese Ideologie zutiefst im kolonialistischen und rassistischen Denken des Westens des 19. Jahrhunderts wurzelt. [...] (Andreas Wehr)

Eine unmissverständliche Losung kennzeichnet den Zionismus: »Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land!« (1). **Wir haben es mit der klassischen Ideologie der kolonialen Tradition** zu tun, die die eroberten oder begehrten Territorien immer als *res nullius*, als Niemandland, betrachtet hat und immer geneigt war, die einheimischen Bevölkerungen auf eine unbedeutende Größe zu reduzieren; mit der Ideologie, die insbesondere den expansionistischen Vormarsch der nordamerikanischen Kolonisten begleitet hat. [...]

Bei seiner Propaganda für den Zionismus empfiehlt sich Herzl folgendermaßen den Kanzleien der westlichen Großmächte: »Die meisten Juden sind keine Orientalen mehr«; »so möchten wir als Culturträger des Westens in diesen jetzt verseuchten, verwahrlosten Winkel des Orients Reinlichkeit, Ordnung und die geklärten Sitten des Abendlandes bringen«, in diesen »kranken« Winkel (4). Wenn sich die Juden in Palästina ansiedeln, können sie »den Krankheitswinkel des Orients assainieren«, »Cultur u. Ordnung« dorthin bringen und sogar »den Schutz der Christen im Orient« gewährleisten. Kurz und gut: »das einzige Culturelement, womit Palästina besiedelt werden kann, sind die Juden« (5).

[...] »Die zionistische Idee, die eine koloniale ist«, könne leichter in jenen Ländern verstanden werden, die sich mit Erfolg für die Eroberung überseeischer Territorien eingesetzt haben. Sich an die Engländer wendend, erklärt Herzl, dass er besonders auf ihre Unterstützung hoffe: »Die großen Politiker ihres Landes waren die ersten, welche die Notwendigkeit der kolonialen Ausbreitung erkannten. Darum weht die Fahne Grösser-Britanniens auf allen Meeren« (6).

Auch Herzl will sich auf diesen Weg machen: [...] Der Führer der zionistischen Bewegung sucht und vereinbart Kontakte mit Rhodes (dem Vorkämpfer des englischen Imperialismus, den er für etwas in Palästina zu realisierendes »Coloniales« gewinnen will (15); ebenso mit Cromer, der für Arendt die Verkörperung des britischen »imperialistischen Verwaltungsbeamten« ist, der »am Schicksal der eingeborenen Völker (...) desinteressiert« war und »eine neue Regierungsform«, eine »unmenschlichere Regierungsform als despotische Willkür« entwickelte (16); [...]

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist bei Herzl zu beachten. Er empfiehlt die Kolonisation Palästinas und den Zionismus auch als **Gegenmittel gegen die revolutionäre Bewegung**, die in der kapitalistischen Metropole anschwillt: es sei not-

wendig, »ein schreckliches Proletariat« in ein Territorium umzuleiten, das »nach Menschen schreit, die es bebauen sollen«. Indem sie sich von »einem surplus von Proletariern und Verzweifelten« befreit, könne die kapitalistische Metropole gleichzeitig die Kultur in die koloniale Welt exportieren: Mit dieser Vermehrung von Cultur u. Ordnung aber ginge Hand in Hand die Schwächung der Umsturzparteien. [...]

In Russland »bekehren sich die Sozialisten und Anarchisten zum Zionismus« und rücken ab von der vorhergehenden revolutionären Militanz (19). Herzl bringt hier ein Motiv ins Spiel, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts recht verbreitet war und seinen klassischen Ausdruck bei Rhodes findet: »Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.« (20) [...]

Dann hat also **Arendt** Recht, wenn sie 1942 Herzl negativ **Lazare**, einer anderen bedeutenden Figur der jüdischen Kultur, gegenüberstellt. Im Gegensatz zu Herzl versucht Lazare die Emanzipation der Juden nicht durch ein paar koloniale Zugeständnisse zu fördern, die den damaligen Großmächten abzurufen sind; vielmehr bezieht er den Kampf der Juden und den der anderen unterdrückten Völker, den Kampf gegen den Antisemitismus und den gegen den kolonialen Rassismus in **ein umfassendes anticolonialistisch und antiimperialistisch ausgerichtetes revolutionäres Vorhaben** ein. Von hier aus der Vergleich zwischen den Leiden, die den Juden, und denen, die den Schwarzen in den afrikanischen Kolonien Deutschlands oder anderer Länder, den Arabern bei der kolonialen Expansion Italiens oder den seit Jahrhunderten von England unterdrückten Iren zugefügt worden sind. Von hier aus das Bestreben, die Völker, die aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Weise aus dem Westen und aus der herrschenden Macht auf internationaler Ebene ausgeschlossen worden sind, in einem einheitlichen Block zusammenzuschließen.

(1) Israel Zangwill, zit. in Schoeps, 1983, Zionismus, Texte zu seiner Entwicklung 2. überarbeitete Aufl., Fourier Gütersloh, S. 32.

(4) Theodor Herzl, 1984-85, Zionistisches Tagebuch, in Briefe und Tagebücher, hrsg. von A. Bein et alii, Bd. 2, Propyläen, Berlin/Frankfurt; S. 156, 337, 678.

(5) Theodor Herzl, 1984-85, Bd. 2, a. a. O., S. 332, 617, 591.

(6) Theodor Herzl, 1920, Zionistische Schriften, hrsg. von I. Kellner, Jüdischer Verlag, Berlin-Charlottenburg, Bd. 1, S. 156; Bd. 2, S. 101-102.

(15) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 3, S. 327.

(16) Hanna Arendt, 1986, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, von der Autorin übersetzt und durchgesehener Text, Piper, München/Zürich, S. 307-308, 341-43.

(19) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O., Bd. 2, S. 605.

(20) Zit. in Lenin, 1955, Werke Dietz, Berlin Bd. 22, S. 261.

Der Artikel erschien am 22.10.2023 auf dem Online-Portal [Telepolis](https://www.telepolis.de)

<https://www.andreas-wehr.eu/domenico-losurdo-die-zionistische-idee-als-koloniale-idee-herzl-und-rhodes.html>

Warum Israel den Kontext und die Geschichte des Krieges gegen Gaza auslöschen will

05. November 2023

Die Enthistorisierung des Geschehens hilft Israel, seine völkermörderische Politik in Gaza fortzusetzen.

Am 24. Oktober löste eine Erklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, **Antonio Guterres**, eine scharfe Reaktion Israels aus. In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat sagte der UN-Chef, dass er das von der Hamas am 7. Oktober verübte Massaker zwar aufs Schärfste verurteile, die Welt aber daran erinnern wolle, dass es nicht in einem Vakuum stattgefunden habe. Er erklärte, dass man 56 Jahre Besatzung nicht von unserer Beteiligung an der Tragödie, die sich an diesem Tag abspielte, trennen kann.

Die israelische Regierung verurteilte die Erklärung umgehend. Israelische Beamte forderten den Rücktritt von Guterres und behaupteten, er habe die Hamas unterstützt und das von ihr verübte Massaker gerechtfertigt. Auch die israelischen Medien sprangen auf den Zug auf und erklärten unter anderem, der UN-Chef habe "ein erstaunliches Maß an moralischem Bankrott" gezeigt.

Diese Reaktion deutet darauf hin, dass nun eine neue Art von Antisemitismusvorwurf auf dem Tisch liegen könnte.

Bis zum 7. Oktober hatte Israel darauf gedrängt, die Definition von Antisemitismus zu erweitern, um Kritik am israelischen Staat und die Infragestellung der moralischen Grundlage des Zionismus einzubeziehen. Nun könnte auch die Kontextualisierung und Historisierung der Geschehnisse den Vorwurf des Antisemitismus nach sich ziehen.

Die Enthistorisierung dieser Ereignisse hilft Israel und den Regierungen im Westen, eine Politik zu verfolgen, die sie in der Vergangenheit aus ethischen, taktischen oder strategischen Erwägungen gescheut haben.

So dient der Angriff vom 7. Oktober Israel als Vorwand, um eine völkermörderische Politik im Gazastreifen zu verfolgen. Er ist auch ein Vorwand für die Vereinigten Staaten, um zu versuchen, ihre Präsenz im Nahen Osten zu bekräftigen. Und er ist ein Vorwand für einige europäische Länder, im Namen eines neuen "Kriegs gegen den Terror" demokratische Freiheiten zu verletzen und einzuschränken.

Es gibt jedoch **mehrere historische Zusammenhänge für das, was sich derzeit in Israel-Palästina abspielt, die nicht ignoriert werden können.**

Historische Zusammenhänge

Der breitere historische Kontext reicht **zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts**, als das evangelikale Christentum im Westen die Idee der "Rückkehr der Juden" zu einem religiösen tausendjährigen Imperativ machte und die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina als Teil der Schritte befürwortete, die zur Auferstehung der Toten, zur Rückkehr des Messias und zum Ende der Zeit führen würden.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Theologie aus zwei Gründen zur Politik.

Erstens lag dies im Interesse derjenigen in Großbritannien, die das Osmanische Reich auflösen und Teile davon in das britische Empire eingliedern wollten.

Zweitens stieß es bei denjenigen in der britischen Aristokratie auf Resonanz, sowohl bei den Juden als auch bei den Christen, die von der Idee des Zionismus als Allheilmittel für das Problem des Antisemitismus in Mittel- und Osteuropa begeistert waren, der eine unwillkommene Welle jüdischer Einwanderung nach Großbritannien ausgelöst hatte.

Als diese beiden Interessen fusionierten, veranlassten sie die britische Regierung, 1917 die berühmte – oder berüchtigte – **Balfour-Erklärung** zu erlassen.

Jüdische Denker und Aktivisten, die das Judentum als Nationalismus neu definierten, hofften, dass diese Definition die jüdischen Gemeinschaften vor der existenziellen Bedrohung in Europa schützen würde, indem sie Palästina als den gewünschten Raum für die "Wiedergeburt der jüdischen Nation" ins Visier nahmen.

In diesem Prozess verwandelte sich das kulturelle und intellektuelle zionistische Projekt in ein **koloniales Siedlerprojekt**, das darauf abzielte, das historische Palästina zu judaisieren und dabei die Tatsache außer Acht zu lassen, dass es von einer indigenen Bevölkerung bewohnt war.

Im Gegenzug brachte die **palästinensische Gesellschaft**, die damals noch recht ländlich geprägt war und sich in einem frühen Stadium der Modernisierung und des Aufbaus einer nationalen Identität befand, ihre eigene **antikoloniale Bewegung** hervor. Ihre erste bedeutende Aktion gegen das zionistische Kolonisierungsprojekt war der **al-Buraq-Aufstand** von 1929, und bis heute dauert diese antikoloniale Bewegung an.

Ein weiterer historischer Kontext, der für die gegenwärtige Krise von Bedeutung ist, ist **die ethnische Säuberung Palästinas** im Jahr 1948, zu der auch die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser in den Gazastreifen aus ihren Dörfern gehörte, auf deren Ruinen einige der am 7. Oktober angegriffenen israelischen Siedlungen errichtet wurden. Diese entwurzelten Palästinenser waren Teil der 750.000 Palästinenser, die ihre Heimat verloren und zu Flüchtlingen wurden.

Diese ethnische Säuberung wurde von der Weltöffentlichkeit zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht verurteilt. Infolgedessen griff Israel weiterhin auf ethnische Säuberungen zurück, um die vollständige Kontrolle über das historische Palästina zu erlangen mit so wenig einheimischen Palästinensern wie möglich. Dazu gehörte die Vertreibung von 300.000 Palästinensern während und nach dem Krieg von 1967 und die bis heute folgende Vertreibung von mehr als 600.000 aus dem Westjordanland, Jerusalem und dem Gazastreifen.

Hinzu kommt die israelische **Besatzung des Westjordanlands und des Gazastreifens**. In den vergangenen 50 Jahren hat die Besatzungsmacht die Palästinenser in diesen Gebieten einer andauernden kollektiven Bestrafung unterzogen, indem sie sie ständigen Schikanen durch israelische Siedler und Sicherheitskräfte aussetzte und Hunderttausende von ihnen inhaftierte.

Seit der Wahl der derzeitigen fundamentalistisch-messianischen israelischen Regierung im November 2022 haben all diese harten Maßnahmen ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Die Zahl der getöteten, verletzten und verhafteten Palästinenser im besetzten Westjordanland ist sprunghaft angestiegen. Darüber hinaus wurde die israelische Regierungspolitik gegenüber christlichen und muslimischen heiligen Stätten in Jerusalem noch aggressiver.

Schließlich ist da noch der historische Kontext der 16-jährigen **Belagerung des Gazastreifens**, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung Kinder sind. Im Jahr 2018 warnten die Vereinten Nationen bereits, dass der Gazastreifen bis 2020 zu einem für menschliches Leben ungeeigneten Ort werde. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Belagerung als Reaktion auf die demokratischen Wahlen verhängt wurde, die die Hamas gewonnen hatte nach dem einseitigen israelischen Rückzug aus dem Gebiet.

Noch wichtiger ist es, in die 1990er Jahre zurückzugehen, als der **Gazastreifen mit Stacheldraht umzäunt** und nach den Osloer Verträgen abgekoppelt wurde vom besetzten Westjordanland und Ostjerusalem

Die Isolierung des Gazastreifens, der Zaun um ihn herum und die **zunehmende Judaisierung des Westjordanlands** waren ein deutliches Zeichen dafür, dass Oslo in den Augen der Israelis eine Besatzung mit anderen Mitteln bedeutete und nicht den Weg zu einem wirklichen Frieden.

Israel kontrollierte die Ein- und Ausgänge des Gaza-Ghettos und kontrollierte sogar, welche Lebensmittel in den Gaza-Streifen gelangten, die sie bisweilen auf eine bestimmte Kalorienzahl beschränkte. Die Hamas reagierte auf diese lähmende Belagerung mit dem Abschuss von Raketen auf zivile Gebiete in Israel.

Die israelische Regierung behauptete, diese Angriffe seien durch den ideologischen Wunsch der Bewegung motiviert, Juden zu töten – eine neue Form von Nazismus – und ignorierte dabei sowohl den Kontext der Nakba als auch die unmenschliche und barbarische Belagerung von zwei Millionen Menschen sowie die Unterdrückung ihrer Landsleute in den anderen Teilen des historischen Palästinas.

Die **Hamas** war in vielerlei Hinsicht die einzige palästinensische Gruppe, die versprach, diese Politik zu rächen oder darauf zu reagieren. Die Art und Weise, wie sie sich zu reagieren entschied, könnte jedoch ihren eigenen Untergang bedeuten, zumindest im Gazastreifen, und könnte auch einen Vorwand liefern für die weitere Unterdrückung des palästinensischen Volkes.

Die Grausamkeit des Angriffs lässt sich in keiner Weise rechtfertigen, was aber nicht bedeutet, dass er nicht erklärt und in einen Kontext gestellt werden kann. So schrecklich er auch war, die schlechte Nachricht ist, dass er trotz der enormen menschlichen Verluste auf beiden Seiten keine grundlegende Veränderung hervorgerufen hat.

Was bedeutet dies für die Zukunft?

Israel wird ein Staat bleiben, der von einer Siedler-Kolonialbewegung gegründet wurde, die weiterhin seine politische DNA beeinflussen und seinen ideologischen Charakter bestimmen wird. Das bedeutet, dass es trotz seiner Selbstdarstellung als einzige Demokratie im Nahen Osten **eine Demokratie nur für seine jüdischen Bürger** bleiben wird.

Der interne Kampf innerhalb Israels zwischen dem Staat Judäa – dem Siedlerstaat, der Israel theokratischer und rassistischer machen will – und dem Staat Israel – der den Status quo beibehalten will und das Land bis zum 7. Oktober beschäftigte –, wird erneut ausbrechen. In der Tat gibt es bereits Anzeichen für seine Rückkehr.

Israel wird weiterhin ein Apartheidstaat bleiben – so wurde es von einer Reihe von Menschenrechtsorganisationen bezeichnet – wie auch immer sich die Situation in Gaza entwickeln wird. Die Palästinenser werden nicht verschwinden und ihren Befreiungskampf fortsetzen, wobei sich viele Zivilgesellschaften auf ihre Seite stellen, während ihre Regierungen weiterhin Israel unterstützen und ihm eine außergewöhnliche Immunität gewähren werden.

Der Ausweg bleibt derselbe: ein Regimewechsel in Israel, der gleiche Rechte für alle „vom Fluss bis zum Meer“ bringt und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ermöglicht. Andernfalls wird der Kreislauf des Blutvergießens nicht enden.

Ilan Pappé ist Direktor des Europäischen Zentrums für Palästinastudien an der Universität von Exeter. Er hat 15 Bücher über den Nahen Osten und die Palästina-Frage veröffentlicht, u.a. „Die ethnische Säuberung Palästinas“ (2007)

<https://www.aljazeera.com/opinions/2023/11/5/why-israel-wants-to-erase-context-and-history-in-the-war-on-gaza>

Übersetzung: sozonline.de

Andreas Zumach : Hintergründe des Israel/Palästina-Konflikts

Online Veranstaltung, 19. Januar 2024

Wer sind die Protagonisten? Wie ist die Hamas, und wie die gegenwärtige israelische Regierung einzuschätzen? Welches wären die notwendigen Schritte, damit diese beiden Völker – israelische Juden und Palästinenser - endlich in Frieden zusammenleben können?

Andreas Zumach ist Journalist und Publizist. Er gilt als Experte für internationale Beziehungen und Konflikte. Als dezidiert Pazifist befasst er sich schwerpunktmäßig mit Sicherheits- und Friedenspolitik, UNO, OSZE, Rüstungskontrolle und Menschenrechten und hat zu diesem Themenkomplex mehrere Bücher veröffentlicht.

Die Veranstaltung wird digital durchgeführt. Melden Sie sich bitte ab dem **05.01.2024** unter ig.anmeldung@stiftung-adam-von-trott.de an, damit wir Ihnen den Zoom-Link zur Veranstaltung zusenden können.

<https://stiftung-adam-von-trott.de/bildung-und-veranstaltungen/veranstaltungen>

Louis Barathon

Likud und Hamas: Die Geschichte einer gegenseitigen Stärkung

30. Oktober 2023

Im israelisch-palästinensischen Konflikt haben die maximalistischen Kräfte, die kriegerische Proklamationen und religiöse Eschatologie miteinander verknüpfen, einen beispiellosen Aufschwung erlangt. In Gaza wurde die nicht-islamistische Opposition gegen den Kolonialismus durch die Hegemonie der Hamas an den Rand gedrängt. Die Hamas genoss eine [diskrete, aber aktive Unterstützung durch den Likud](#), der in ihr eine [Lebensversicherung für seinen Machterhalt](#) sah. Die Hamas verfügt zwar über eine starke regionale Unterstützung, wird aber an ihrer Basis von radikaleren dschihadistischen Gruppen bedrängt. In Israel sind rechtsextreme Bewegungen, die offiziell eine Apartheid befürworten und zum Töten palästinensischer Zivilisten aufrufen, so einflussreich wie nie zuvor und schlagen aus den Gräueltaten der Hamas Kapital. Die von Benjamin Netanjahu geführte Koalition, in der sie eingebunden sind, wird nach wie vor von den westlichen Staaten unterstützt.

Rückblick auf einen fortlaufenden Prozess der Sabotage friedlicher Auswege.

Obwohl die terroristische Natur der Hamas von den westlichen Medien zu Recht regelmäßig betont wird, ist ihre Geschichte weniger geradlinig, als es den Anschein hat. Die Hamas wurde 1987 von Scheich Jassin, einem Imam und Anhänger der [Muslimbruderschaft](#), gegründet, um einen bewaffneten Kampf gegen den Staat Israel zu führen. Dies war ein Wendepunkt für die palästinensische Strömung der Bruderschaft, die bis dahin die militärische Option abgelehnt hatte. Diese strebte vor allem eine Re-Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft an, deren zu starker Säkularismus beklagt wurde. Die Opposition gegen die israelische Besatzung blieb zweitrangig.

Mit der Intensivierung des Siedlungsbaus sank die Popularität der Muslimbruderschaft in Palästina. Scheich Jassin bot ihnen an, sich der nationalistischen Sache anzuschließen, und gab ihnen damit neuen Auftrieb. Und indem er sich für eine terroristische Vorgehensweise entschied, eröffnete er den enttäuschten Mitgliedern von Yassir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO) einen neuen Horizont.

Während sich die PLO auf Verhandlungen mit Israel einließ, verübte die Hamas immer mehr Anschläge - und nahm dabei gezielt israelische Zivilisten ins Visier. Während die PLO 1988 das Recht Israels [anerkennt](#), "in Frieden und Sicherheit" zu leben, macht die ein Jahr zuvor gegründete Hamas die Vernichtung Israels zum Endziel. Und während die PLO, die mehrere säkulare Organisationen (darunter die von Arafat geführte Fatah) vereint, die konfessionellen Trennlinien überwinden will, zeigt die Hamas einen virulenten Antisemitismus.

"Alptraum im Alptraum" in Gaza

Das [Osloer Abkommen](#) (1993-1995) stellte für die Hamas einen Wendepunkt dar. Die israelischen und palästinensischen Verantwortlichen einigten sich auf die Einhaltung der gegenseitigen Grenzen. Doch während die Umsetzung der Vereinbarungen stockte und die israelische Armee in den besetzten Gebieten blieb, verstärkte die Hamas ihre Angriffe, um die Vereinbarungen zu torpedieren. Sie verfügt über eine soziale Basis, die in dem Maße wachsen wird, in dem die Osloer Verpflichtungen mit Füßen getreten werden und die Auseinandersetzungen mit Israel wieder aufgenommen werden. Die Hamas erzielte immer wieder gute Wahlergebnisse, bis sie schließlich die Parlamentswahlen 2006 gewann.

Auf israelischer Seite gibt der Vormarsch der Hamas der vom Likud dominierten Rechten Auftrieb, die jede Form von Widerstand gegen den Siedlungsbau als "terroristisch" abstempelt. Das ohnehin schon schwache Vertrauen der Bevölkerung in die Friedensprozesse wird weiter untergraben. Man muss sagen, dass die israelische Strategie an diesem Aufstieg der Hamas nicht ganz unbeteiligt war. Der Reporter Charles Enderlin fasste 2006 in [Le Monde](#) zusammen: "Seit dreißig Jahren setzt die israelische Führung auf die Islamisten, um die Fatah zu zerstören" [Anm. d. Redaktion: die Hauptbewegung der PLO].

Seit den 1970er Jahren hatten die aufeinanderfolgenden Regierungen [auf die Unterstützung der palästinensischen Muslimbruderschaft gesetzt](#), um die [PLO zu schwächen](#). Erstere wurden toleriert und sogar gefördert, während letztere verboten und unterdrückt wurde. Zunächst konnte diese Entscheidung durch eine [Fehleinschätzung](#) der von der islamistischen Bewegung ausgehenden Gefahr erklärt werden (1). Diese strategische Ausrichtung hielt jedoch weit über die Gründung der Hamas hinaus an. Im Jahr 2007, als ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der Hamas und der Fatah im Gazastreifen tobte, erklärte der israelische Geheimdienstchef Amos Yadlin, er sei "glücklich" über die Aussicht, dass die Hamas den Gazastreifen "erobern" könnte, was "[es] ermöglichen [würde], den Gaza-streifen als feindlichen Staat zu behandeln", wie [Wikileaks](#) berichtete.

Yadlin said Israel would be "happy" if Hamas took over Gaza because the IDF could then deal with Gaza as a hostile state. He dismissed the significance of an Iranian role in a Hamas-controlled Gaza "as long as they don't have a port."

Wikileaks, câble 07TELAVIV1733_a du 13/06/07

Während der Amtszeit von Benjamin Netanjahu (der von 2009 bis 2019 und ab 2022 regierte) setzte sich diese stillschweigende Unterstützung der Hamas fort und sorgte wiederholt für [Empörung bei der israelischen Linken](#).

Insbesondere genehmigte der Premierminister ohne jegliche Kontrolle [katarische und iranische Geldtransfers nach Gaza](#) - das ansonsten einer Blockade unterworfen war -, die direkt den militärischen Arm der Hamas versorgten. Benjamin Netanjahu verteidigte diese Politik bei einem [Gespräch in der Knesset](#) mit Worten, über die mehrere israelische Medien, darunter [Haaretz](#) und [The Times of Israel](#), berichteten: "Jeder, der gegen die Gründung eines palästinensischen Staates ist, sollte den Zufluss von Geldern nach Gaza unterstützen, da die Trennung zwischen der Palästinensischen Behörde im Westjordanland und der Hamas in Gaza die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern wird."

Abgesehen von diesen Manövern hat die Politik des israelischen Premierministers dazu beigetragen, jegliche Annäherung zwischen der Hamas (hegemonial in Gaza) und der Fatah (an der Macht im Westjordanland) zu verhindern. Im Jahr 2006 weigerte sich die Fatah, den Sieg ihres Konkurrenten bei den Parlamentswahlen anzuerkennen. Es folgten gewalttätige Auseinandersetzungen: Die Fatah wurde aus dem Gazastreifen verdrängt, während sie im Westjordanland (unter der Bezeichnung "Palästinensische Autonomiebehörde") an der Macht blieb.

Die Hamas, herrschende Kraft im Gazastreifen, blieb offen für eine Wiedervereinigung der palästinensischen Institutionen, so dass 2014 ein Pakt geschlossen wurde: Die Palästinensische Autonomiebehörde wurde im Gazastreifen wieder eingesetzt und eine Einheitsregierung gebildet. Dieses Abkommen überlebte die von Netanjahu angeordneten Bombenangriffe im Juni nicht, als er die Hamas für den Tod von drei entführten israelischen Teenagern in der Gegend von Hebron verantwortlich machte.

Diese neue Periode des Blutvergießens signalisiert das Ende der innerpalästinensischen Annäherung. Wie der Wissenschaftler Jean-Pierre Filiu schreibt: "In diesem Herbst 2014 kann die Hamas Netanjahu dankbar sein, dass er sie aus einer Sackgasse herausgeholt hat, die sie ihre ungeteilte Macht im Gazastreifen hätte kosten können. Das heftige Bombardement der israelischen Armee hat dem "islamischen Widerstand" in der Tat seine Legitimität zurückgegeben (2)."

Er fügt hinzu, dass die strenge Blockade des Gazastreifens die Macht der islamistischen Organisation im Gazastreifen noch verstärkt: "Die israelische Weigerung, die Belagerung wesentlich zu lockern, spielt auch der Hamas in die Hände. Die sorgfältige Kontrolle der Grenzübergänge durch Israel ermöglicht es der Hamas, die knappen Hilfslieferungen vorrangig für ihre eigene Sympathisantenklientel zu verwenden. (3)". Der "Alptraum im Alptraum", wie ihn ein [Gaza-Manifest 2010](#) beschrieb, sollte andauern.

Der Likud: Eroberung der Hegemonie und Zugeständnisse an die extreme Rechte

Wenige Monate vor seiner Ermordung im November 1995 [erklärte](#) Premierminister Yitzhak Rabin, der Likud sei "der beste Kollaborateur, den sich die Hamas wünschen kann". Der israelische Dichter Amos Oz [schrieb](#) in der New York

Times, die Hamas sei "das beste Instrument, das die extremistischen Falken in Israel zur Verfügung haben". Der gleichzeitige Aufstieg der Hamas und des Likud ist kein Zufall.

Das Phänomen ist zum Teil auf die Misserfolge der israelischen Linken zurückzuführen, deren zwei größte Parteien - die Arbeitspartei und Meretz - die Umsetzung der Friedensabkommen zu einem zentralen Versprechen gemacht hatten. Im Jahr 1992 erreichten sie gemeinsam eine Mehrheit und legitimierten Premierminister Yitzhak Rabin in seinem Vorgehen. Die Arbeitspartei, die in den 1980er Jahren ihr Sozialprogramm aufgegeben hatte, wollte darin einen neuen Gesellschaftsentwurf finden (4). Als sich der Prozess in die Länge zog, wurden die anfänglichen Hoffnungen jedoch gedämpft.

Die Hamas-Attentate waren daran nicht ganz unschuldig. Yitzhak Rabin war weit davon entfernt, die Entmilitarisierung der besetzten Gebiete voranzutreiben und blieb passiv gegenüber der Entstehung neuer Siedlungen in Palästina, ebenso wie die westlichen Mächte, die am Friedensprozess beteiligt waren. Diese Untätigkeit wird seither als Blankoscheck für die israelischen Kräfte interpretiert, die eine Intensivierung des Siedlungsbaus befürworteten. Es entstand ein Teufelskreis, der den Fatalismus der desillusionierten Palästinenser und auf israelischer Seite das Gefühl, in einer belagerten Zitadelle zu leben, verstärkte. Die Ermordung von Yitzhak Rabin durch einen israelischen Ultranationalisten radikalisiert eine bereits laufende Dynamik nur noch weiter.

Ein neues, von der Rechten getragenes Paradigma etablierte sich dann in der öffentlichen Meinung: Frieden bringt keine Sicherheit. Dies wurde bei den Parlamentswahlen 2006 bestätigt. Die Arbeitspartei und Meretz, die für ihre Friedenskampagne bestraft wurden, erlitten eine schwere Niederlage (5). Zwei Jahre später verurteilten weder die Arbeitspartei noch Meretz die Operation Gegossenes Blei, die zu Hunderten von Toten in Gaza führte... Die Arbeitspartei, die bis Ende der 1970er Jahre ununterbrochen an der Macht war - und danach noch einige Male - und seit 2001 keine einzige Parlamentswahl mehr gewonnen hat, war zu einer zunehmenden Marginalisierung verurteilt. Den Ton gibt nun der Likud an, eine traditionelle Partei der Rechten.

In seinem Windschatten schießen säkulare und religiöse rechtsextreme Parteien aus dem Boden. Während der Amtszeit von Benjamin Netanjahu konnten sie Ministerposten erobern. In den 2010er Jahren waren sie nur unbedeutende Partner, deren radikalste Projekte Netanjahu erfolgreich kanalisieren konnte. Die Annexion der palästinensischen Gebiete und die Errichtung eines offiziellen Apartheidregimes ohne rechtliche Gleichstellung von Palästinensern und Juden forderten mehrere von ihnen, aber erfolglos. Zunächst versuchte Netanjahu, den gesetzlichen Status quo aufrechtzuerhalten, während er den Siedlungsbau inoffiziell voranschreiten ließ.

Später wurde er aufmerksamer gegenüber den Forderungen der rechtsextremen Parteien, deren Unterstützung er brauchte, und schwächte allmählich die Garantien für die rechtliche Gleichstellung von Juden und Palästinensern ab. Ein

Beispiel dafür ist das "[Gesetz über das jüdische Volk](#)", das der jüdischen Mehrheit das alleinige Eigentumsrecht über den Staat Israel einräumt. In dem Gesetzestext heißt es: "Der Staat betrachtet die Entwicklung jüdischer Siedlungen als nationalen Wert und wird dafür sorgen, sie zu fördern und zu unterstützen". Die äußerst fragilen Eigentumsrechte der Palästinenser, die durch diese gesetzlichen Entwicklungen nur eingeschränkt wurden, haben die systematische Straffreiheit der Siedler festgeschrieben und die Brutalität der Vertreibungen intensiviert.

Zwischen Januar und Oktober 2022 wurden von Israel im Westjordanland und in Jerusalem mehr als 650 Gebäude abgerissen, in denen rund 750 Palästinenser lebten. Die israelischen Behörden, die das Westjordanland rechtlich regieren, haben ein System von Baugenehmigungen eingeführt. Jedes palästinensische Eigentum, das nicht über eine solche verfügt, kann rechtmäßig zerstört werden. Und in vielen Gebieten ist es für Palästinenser ohnehin [unmöglich, eine Baugenehmigung zu erhalten](#).

Die zionistisch-religiöse Partei setzt ihre Agenda durch.

Die Rückkehr Netanjahus Ende 2022 markiert den Höhepunkt dieser Ausrichtung des Likud auf die extreme Rechte. 2021 von einer heterogenen Koalition aus dem Amt gepusht, bildete er im Dezember 2022 eine neue Regierung mit drei orthodoxen jüdischen Parteien: der Zionistisch-Religiösen Partei, dem Vereinigten Tora-Judentum und der Schas. Trotz ihrer Unterschiede teilen sie eine suprematistische Vision und geißeln den Säkularismus des Staates und des Obersten Gerichtshofs, der den rechtsstaatlichen Prinzipien - Gewaltenteilung und Beschränkung der Religion -, auf denen Israel gegründet wurde, entgegensteht. Zum ersten Mal reichte dem Likud die Mitwirkung dieser drei Parteien der religiösen Ultrarechten, um eine Koalition zu bilden. Und ihre erste Amtshandlung bestand darin, einen [Gesetzentwurf](#) zu befürworten, der die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs einschränkt, der letzten Institution, die als Ultima Ratio die Einhaltung des Rechts und der Grundfreiheiten garantieren kann.

Die Massendemonstrationen, die sich gegen diesen Entwurf formierten, zeugen von der Verbundenheit eines bedeutenden Teils der israelischen Gesellschaft mit der Rechtsstaatlichkeit. So marschierten am 21. Januar 2023 130.000 Menschen gegen das Projekt in Tel Aviv, als dritter Akt einer Bewegung, die in dem Land ein selten gesehenes Ausmaß erreichte. Die Proteste reichten bis an die Spitze des Staatsapparats: Hohe Beamte, die sich sonst eher zurückhalten, sprachen sich gegen die Reform aus, so auch rund 100 Diplomaten. Aufgrund dieser Mobilisierung verzögert sich das Inkrafttreten des Gesetzes immer noch, obwohl einige seiner Klauseln im Sommer vom Parlament verabschiedet wurden.

Zur gleichen Zeit verschlechterte sich die Lage im Westjordanland. Während Netanjahus illiberale Reformen in der israelischen Gesellschaft auf starken Widerstand stießen, war dies in der Palästinafrage nicht der Fall. Dennoch erreichte die neue Koalition - auch in dieser Frage - einen bisher unbekanntem Grad an Radikalität. Zwei der drei Likud-Partner

gehören insbesondere der Strömung des "religiösen Zionismus" (und insbesondere der gleichnamigen Partei) an, die im Gegensatz zur traditionellen Orthodoxie ihre konfessionelle Praxis mit dem Horizont einer territorialen Eroberung allein für das "jüdische Volk" verbindet.

Verschiedene Vertreter der zionistisch-religiösen Partei haben sich durch suprematistische Äußerungen und Aufrufe zum Massenmord hervorgetan. Ende 2021, als er noch nicht Minister für nationale Sicherheit war, schwang [latmar Ben Gvir](#) in dem mehrheitlich von Palästinensern bewohnten Viertel Sheikh Jarrah (Ostjerusalem) eine Pistole und forderte die Polizei auf, auf Steinwerfer zu schießen.

Belazel Smotrich, Vorsitzender der Religiösen Zionistischen Partei und derzeitiger Finanzminister, [sprach sich dafür aus](#), dem israelischen Militär zu erlauben, palästinensische Kinder zu erschießen, wenn sie Steine auf sie werfen. In einem Kommentar zu einer Brandstiftung, bei der drei Palästinenser im Dorf Duma ums Leben kamen, [sagte Smotrich](#), dass die Einstufung solcher Taten als "terroristisch" eine "tödliche und ungerechtfertigte Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte" bedeuten würde.

Auf legislativer Ebene machte die Zionistisch-Religiöse Partei ihre [Teilnahme von der Verabschiedung von Maßnahmen abhängig](#), die mittelfristig auf die Annexion der besetzten Gebiete abzielen - und von einer Verhärtung der Beziehungen zu den palästinensischen Behörden. Als Reaktion auf eine UN-Resolution (verabschiedet am 30. Dezember 2022), die eine Untersuchung der Rechtmäßigkeit der israelischen Besatzung durch den Internationalen Gerichtshof forderte, verlangte die Zionistisch-Religiöse Partei Maßnahmen, um das Westjordanland finanziell zu ersticken. [Israel zog einen Teil der Einnahmen aus den Steuern](#) ab, die es im Auftrag der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) erhebt, da diese keine Kontrolle über ihre Steuern hat.

Diese Vorgehensweise erfolgte zu einem kritischen Zeitpunkt für die Palästinensische Autonomiebehörde, die von ihrer Bevölkerung desavouiert wird und am Rande einer Revolte steht. Die israelische Regierung [hilft](#) der Palästinensischen Autonomiebehörde normalerweise aus, wenn sie einen sozialen Zusammenbruch befürchtet, doch dieses Mal hat sie die Schraube noch weiter angezogen.

Die Hamas und die dschihadistische Überbietung

Da der Versöhnungsprozess zwischen Hamas und Fatah zu keinem Ergebnis geführt hat, verfügt Palästina über keine einheitliche Vertretung. Die von Mahmoud Abbas geleitete Palästinensische Autonomiebehörde bleibt theoretisch das politische Organ, das die Gebiete verwaltet, leidet jedoch unter einem eklatanten Mangel an Legitimität. Der Grund dafür ist, dass weder der Präsident noch das Parlament seit 2009 bzw. 2006 gewählt wurden.

Im Gegensatz zur Hamas wird die Palästinensische Autonomiebehörde (die 1993 und 1995 durch die Abkommen von Oslo I und II eingerichtet wurde) von internationalen Gremien weitgehend anerkannt. Seit 2013 hat sie einen Sitz bei den Vereinten Nationen als Beobachter, der nicht Mitglied der Institution ist. Sie setzt auf diplomatische Bemühungen

und die Mittel des Völkerrechts. Sie kann auf zahlreiche UN-Resolutionen zu ihren Gunsten verweisen, die von einer überwältigenden Mehrheit der Staaten verabschiedet wurden - und [von Israel nicht beachtet](#) wurden.

Die Ohnmacht der Vereinten Nationen wird von der Hamas als Rechtfertigung für ihre Vorgehensweise angeführt. Sie selbst hat jedoch Konkurrenz von radikaleren Dschihadistengruppen. Ihre Versuche, sich Anfang der 2000er Jahre zu institutionalisieren, wurden von den verschiedenen islamistischen Gruppen in Gaza missbilligt (6). Ab 2007 eskalierte dieses Misstrauen in bewaffneten Auseinandersetzungen. Trotz der Repressionen gegen diese Gruppen gelang es der Hamas nicht, sie davon abzuhalten, ihre eigenen Aktionen gegen Israel durchzuführen.

Im Gegensatz zur [westlichen Berichterstattung über die Hamas](#) als eine terroristische Bewegung unter vielen, befindet sie sich inmitten zahlreicher Konflikte mit verschiedenen islamistischen Gruppen. Einige werfen ihr eine zaghafte Verteidigung der palästinensischen Sache vor, während andere im Gegensatz dazu ihre nationalistische Rhetorik und ihren unzureichend islamistischen Charakter angreifen. So bekannte sich im Mai 2015 die Gruppe Islamischer Staat in Jerusalem zur Zerstörung des Hamas-Hauptquartiers in Gaza (7).

Unter den verschiedenen Terrorgruppen, die in dem Gaza-Streifen operieren, sticht eine besonders hervor: der Islamische Dschihad. Seine radikale Rhetorik fand [Anklang bei der Jugend im Gazastreifen](#), die nach dem Scheitern der verschiedenen Verhandlungen desillusioniert ist. Bei seiner Gründung 1981 verfolgte er das Ziel, die innerpalästinensischen Spaltungen zu überwinden, indem er eine Synthese zwischen der PLO, die in seinen Augen zu säkular war, und der Muslimbruderschaft, der es an nationalistischem Engagement mangelte, herstellte (8). Dieses Ziel ähnelte dem der Hamas, doch im Gegensatz zu dieser verweigerte sich der Islamische Dschihad den Wahlen und lehnte Verhandlungen mit dem Staat Israel grundsätzlich ab. Er stellt den bewaffneten Weg als den einzig richtigen dar und profitiert von der Institutionalisierung seines Konkurrenten.

Die Hamas ist nach wie vor in einen pragmatischen und einen radikalen Flügel gespalten. Der erste, der den Dialog weder mit Israel noch mit der Fatah ablehnt, möchte die institutionelle Wiedervereinigung Palästinas herbeiführen. Daher hatte die Hamas 2014 dem Prinzip einer Koalitionsregierung mit der Fatah zugestimmt - die durch die Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen mit Israel gefährdet wurde. Die Konkurrenz durch den Islamischen Dschihad war ein Stachel, der die Hamas dazu brachte, wieder eine radikalere Linie einzuschlagen. Im Westjordanland spielt der Islamische Dschihad eine ähnliche Rolle. Er führte im Frühjahr 2023 intensive Kämpfe gegen Israel, während [die Hamas ihre Truppen zurückhielt](#).

Wie der Likud in Israel bleibt auch der Hamas in Gaza das Sagen. Aber wie der Likud gegenüber seinen rechten Verbündeten sieht er sich veranlasst, ständig Zugeständnisse an radikalere Bewegungen zu machen – durch Schüren des Hasses auf die Gegenseite und eine Überbietung des religiösen Fundamentalismus.

Dieser Aufstieg der Hamas, des Likud und ihrer Verbündeten wäre nicht zu erklären, wenn man nicht die Entsäkularisierung der Regionalpolitik und der internationalen Beziehungen berücksichtigen würde. Die 1980er Jahre waren eine Zeit der Konfessionalisierung der nationalistischen Bewegungen in der arabisch-muslimischen Welt, was sich in der Annäherung der Islamischen Republik Iran und der libanesischen Hisbollah an die Hamas, die als natürlicher Verbündeter wahrgenommen wurde, widerspiegelt. Um die Jahrtausendwende sollte die Republikanische Partei in den USA den "Kampf der Kulturen" zu einem Kriterium der geopolitischen Analyse machen, wodurch es möglich wurde, Israel als eine jüdisch-christliche Enklave in einer feindlichen islamischen Region zu betrachten. Ein Paradigma, das bei einem Teil der europäischen Eliten dauerhaften Erfolg haben sollte.

Anmerkungen:

1 Siehe Charles Enderlin (2009), *Le grand aveuglement: Israël et l'irrésistible ascension de l'islam radical*, Paris, Albin Michel. Der Autor zitiert die alarmierenden Berichte des israelischen Geheimdienstes und berichtet, wie diese von den Behörden ignoriert wurden.

2 Jean-Pierre Filiu (2014), "Gaza: la victoire en trompe l'oeil du Hamas", *Le Débat*, 5, 182.

3 Ebenda.

4 Denis Charbit (2023), "Ist die israelische Linke tot?", *La vie des idées* (<https://laviedesidees.fr/La-gauche-israelienne-est-elle-morte.html>).

5 Samy Cohen (2013), "La "dégauchisation" d'Israël? Les paradoxes d'une société en conflit" (Die Paradoxien einer Gesellschaft im Konflikt), *Politique étrangère*, 1.

6 Leïla Seurat (2016), "Hamas und Dschihadisten in Gaza: Unmögliche Kontrolle, unwahrscheinlicher Waffenstillstand", *Politique étrangère*, 3.

7 Ibid.

8 Khaled Hroub (2009), "Aux racines du Hamas, les Frères musulmans" (Die Muslimbruderschaft als Wurzel der Hamas), *Outre-Terre*, 2, 22.

Quelle: <https://lysl.fr/likoud-et-hamas-histoire-dun-renforcement-mutuel/>; Übersetzung: SiG-Redaktion

Helga Baumgarten: Kein Frieden für Palästina. Der lange Krieg gegen Gaza. Besatzung und Widerstand. (2021)

Eine ganze Reihe von Gründen führte dazu, dass die Palästinenser sich in den Wahlen (2006) für die Hamas entschieden:

- *) Kritik an der Korruption der Fatah und der *sulta*
 - *) die Politik der Kompromisse der Fatah, die viele als Politik des nationalen Ausverkaufs kritisierten
 - *) Einschätzung der Hamas als Symbol für den Widerstand gegen die israelische Besatzungsherrschaft
 - *) Vertrauen in die Hamas auf der Basis ihrer erfolgreichen Arbeit im Sozial- und Bildungssektor
 - *) die überzeugende Leistung der neugewählten Bürgermeister im ganzen Land seit den Lokalwahlen.
- Der Meinungsforscher und Politologe Khalil Shikaki brachte es auf den Punkt: Der in sich zusammenbrechende Friedensprozess und die Ablehnung der Korruption aus der Gesellschaft gaben der Hamas einen Vorsprung gegenüber der Fatah, die Zerstrittenheit der Fatah verwandelte diesen Vorsprung in einen Sieg. (PSR Umfrage vom 25. Januar 2006 mit Bewegung durch Shikaki) (*aus dem Buch*, S. 117)

Netanyahu hat die Hamas für seine Strategie missbraucht

Israels Ministerpräsident müsse jetzt trotz Krieg zurücktreten,
fordert «Guardian»-Kolumnist Jonathan Freedland

Der britische Journalist [Jonathan Saul Freedland](#) bezeichnet sich selber als «liberalen Zionisten». Wenn er in Israel einen Führungswechsel in Kriegszeiten fordere, sei dies nichts Ungewöhnliches: 1940 habe dies für Grossbritannien mit dem Wechsel zu Winston Churchill gut funktioniert. Ein Rücktritt sei zwar angesichts der absoluten Kontrolle Netanyahus über seine Partei unwahrscheinlich: «Aber Israel muss den Mann loswerden, der es an diesen düsteren Scheideweg geführt hat, und ihn durch jemanden ersetzen, der den richtigen Weg einschlägt – einen Weg, der nicht von den Todfeinden des Landes gepflastert ist.» Das erklärt Jonathan Freedland im [Guardian](#).

«Katastrophale Fehleinschätzung»

Die Strategie Netanyahus bezeichnet Freedland als eine «katastrophale Fehleinschätzung». Netanyahu habe während seiner 16 Jahre als Ministerpräsident die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen stets unterstützt, um die Palästinenser zu entzweien und eine Zweistaatenlösung zu verhindern.

Mit Ausnahme kurzer, regelmässiger Militäroperationen habe Netanyahu die Hamas im Gazastreifen ungehindert regieren lassen und sie von den Golfstaaten finanzieren lassen. Netanyahu habe die Vorstellung gefallen, dass die Palästinenser zwei geteilte Einheiten seien – die Fatah im Westjordanland, die Hamas im Gazastreifen. Das habe es ihm erlaubt, darauf zu bestehen, dass es keinen palästinensischen Partner gebe, mit dem er Geschäfte machen könnte. Das wiederum bedeutete: keinen Friedensprozess, keine Aussicht auf einen palästinensischen Staat und keine Forderung nach territorialen Zugeständnissen Israels.

Diese Strategie Netanyahus sei kein Geheimnis gewesen. Im März 2019 hatte Netanyahu auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud zu seinen Likud-Kollegen gesagt:

«Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Hamas und den Transfer von Geld an die Hamas unterstützen [...] Das ist Teil unserer Strategie, um die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren.»

Jetzt komme die Tatsache dazu, dass Israel unter seiner Führung den tödlichsten Angriff seiner Geschichte erlitt, den grössten einzelnen Verlust an jüdischem Leben seit dem Holocaust: «Damit sollte das Urteil über Netanyahu klar sein.»

Auch [«The Times of Israel»](#) titelte:

For years, Netanyahu propped up Hamas. Now it's blown up in our faces

[«The Times of Israel»](#) schrieb dazu:

«Die Politik des Premierministers, die Terrorgruppe auf Kosten von Abbas und der palästinensischen Staatlichkeit als Partner zu behandeln, hat zu Wunden geführt. Israel wird Jahre brauchen, um sie zu heilen.»

Die [«New York Times»](#) erinnerte an obige Aussage Netanyahus auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud und schrieb:

«Netanyahu, der Israel insgesamt mehr als 16 Jahre lang regierte, arbeitete hart daran, die Idee eines israelischen und eines palästinensischen Staates, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, zu Grabe zu tragen. In seiner derzeitigen Regierung hat er *Itamar Ben Gvir* zum Minister für nationale Sicherheit ernannt. Ben Gvir, ein rechtsextremer, siedlerfreundlicher Politiker, hatte 1995 die Kühlerfigur des damaligen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabins Cadillac gestohlen und verkündet: «So wie wir sein Auto bekommen haben, werden wir auch ihn bekommen.» Kurz darauf wurde Rabin ermordet.»

Im Jahr 2019 titelte die israelische Zeitung [«Haaretz»](#):

With Israel's Consent, Qatar Gave Gaza \$1 Billion Since 2012

Last year Qatar gave Gaza \$200 million for aid, fuel and government salaries – and is expected to provide hundreds of millions more this year

«Mit Israels Einverständnis unterstützte Katar den Gazastreifen seit 2012 mit 1 Milliarde Dollar.»

«Netanyahu hat die Hamas in Gaza gerne toleriert»

Der deutsche Politik- und Islamwissenschaftler und langjährige Nahostkorrespondent der «ZEIT», [Michel Lüders](#), schätzt die Strategie Netanyahus gleich ein: «In seiner langen Regierungszeit hat Netanjahu die Hamas in Gaza gerne toleriert. Denn diese Terrororganisation war für ihn eine Garantie, dass es nie einen unabhängigen palästinensischen Staat geben wird.»

Infosperber [berichtete](#) bereits darüber, dass auch der Journalist [Gershon Gorenberg](#), der sich in Jerusalem in der progressiven orthodox-jüdischen Gemeinde «Kehillat Yedidya» engagiert, diese Einschätzung teilt: Netanyahu habe das Hamas-Regime an der Macht erhalten und tolerierte dessen Finanzierung durch Katar. Denn mit Terroristen müsse er nicht verhandeln und die auf das Westjordanland beschränkte Fatah bleibe schwach. Diese Konstellation habe Israel erlaubt, im Westjordanland die Siedlungspolitik voranzutreiben und eine Zweistaatenlösung zu verhindern.

Diese Strategie entspricht der Sicht der Ultrareligiösen in Israel. [Bezalel Smotrich](#), Vorsitzender der [rechts-religiösen](#) Partei [HaTzionut HaDatit](#) hatte im Jahr 2015 in einem Interview argumentiert, dass die eigentliche Gefahr für Israel nicht von der Hamas komme, sondern von der Diplomatie mit Fatah-Präsident Mahmud Abbas: «Die Fatah ist uns lästig, aber die Hamas ist unser Trumpf [...] Die Hamas ist eine terroristische Organisation, niemand wird sie anerkennen, niemand wird sie eine Resolution im UN-Sicherheitsrat einbringen lassen.» (Quelle [hier](#))

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/netanyahu-hat-die-hamas-fuer-seine-strategie-missbraucht/>

Edward Said: Zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste.

Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Ostens hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanischer Politik, die sich auch in der europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels sehr viel weiter gehen als die Europäer. Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber **warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen?** Ich möchte deshalb meine deutschen Leser auffordern, die **notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen** (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann. 4.2.2002 (aus: Oslo und danach - Das Ende des Friedensprozesses, S. 29)

Fabian Scheidler

Gaza: Wie sich Deutschland von der Welt und vom Völkerrecht isoliert

21.11.2023 - [...] Mit dem Fortschreiten der Zerstörungen in Gaza isolieren sich Deutschland und seine atlantischen Verbündeten international immer weiter. [...] In Lateinamerika, Afrika und großen Teilen Asiens wächst die Empörung über Israels militärisches Vorgehen, Bolivien hat seine diplomatischen Beziehungen mit Israel abgebrochen, Südafrika bereitet diesen Schritt vor, andere wie Chile, Kolumbien und der Tschad haben ihre Botschafter abgezogen. Auch in Europa regt sich Widerspruch. Der französische Präsident Emmanuel Macron rief die israelische Regierung dazu auf, die Tötung von Zivilisten einzustellen, die Regierungen Spaniens und Irlands äußerten sich ähnlich. In London gingen am 18. November schätzungsweise 300.000 Menschen auf die Straße, um einen Waffenstillstand zu fordern.

Zunehmend sind auch jüdische Stimmen zu hören, die sich gegen den Krieg wenden. In New York etwa besetzten am 30. Oktober Tausende von Menschen auf Initiative der „Jewish Voice for Peace“ den größten Bahnhof der Stadt, die Grand Central Station. Mit Ihrem Slogan „Not in our name!“ machen sie deutlich, dass die israelische Regierung mit ihrem derzeitigen Vorgehen nicht im Namen der Jüdinnen und Juden in aller Welt handelt.

In den Tagen vom 15. bis 19. November gingen die Bilder von der militärischen Belagerung des größten Krankenhauses in Gaza, al-Schifa, um die Welt. [...] Mit dem militärischen Vordringen in das al-Schifa-Krankenhaus spitzte sich die Lage dort dramatisch zu. Patienten in lebensbedrohlichen Zustand, darunter auch Dutzende von Frühgeborenen, konnten keine Versorgung mehr erhalten. Ein Arzt des Krankenhauses berichtete, dass nach israelischem Beschuss 29 Intensivpatienten seiner Abteilung nicht mehr versorgt werden können und dem Tode geweiht sind.¹ Das Krankenhaus war außerdem zu einer der letzten Zufluchtstätten für Zivilisten in Nordgaza geworden, Tausende hatten hier Schutz gesucht. Israel hatte behauptet, die Hamas würde das Krankenhaus als militärische Basis nutzen, dafür aber keine Beweise vorgelegt.²



Olaf Scholz rückt trotz allem von seiner bedingungslosen Unterstützung für Israels Vorgehen nicht ab und beharrt darauf, dass sich die Regierung Netanjahu an Völkerrecht und Menschenrechte halte. Vorwürfe, dass Israel diese Rechte in Gaza verletze, nannte er „absurd“.³ Doch mit dieser Einschätzung steht er ziemlich allein da. Die zentralen Prinzipien des Völkerrechts im Kriegsfall sind der Schutz von Zivilisten, die Unterscheidung von zivilen und militärischen Zielen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Angriffe auf rein zivile Ziele sind Kriegsverbrechen, ebenso die Tötung unverhältnismäßig hoher Zahlen von Zivilisten beim Angriff auf reale oder mutmaßliche militärische Ziele. Als Grund für die Bombardierung des Flüchtlingslagers Jabalia am 3.11. gab ein Sprecher des israelischen Militärs an, dass sich ein Hamas-Kommandant „in der Gegend aufgehalten“ habe.⁴ Ob er tatsächlich getötet wurde, blieb unklar.⁵ Dafür mussten einige Dutzend Zivilisten sterben – eine eindeutig unverhältnismäßige Zahl ziviler Opfer und damit ein mutmaßliches Kriegsverbrechen.

Krankenhäuser unterstehen einem besonderen Schutz. Der **Direktor der Weltgesundheitsorganisation Tedros Adhanom Ghebreyesus** verurteilte Israels Vorgehen am 16. November scharf: „Israels militärischer Einmarsch in das al-Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt ist völlig inakzeptabel. Krankenhäuser sind keine Kriegsschauplätze. Nach dem humanitären Völkerrecht müssen Gesundheitseinrichtungen, Gesundheitspersonal, Krankenwagen und Patienten vor allen kriegerischen Handlungen geschützt und gesichert werden. Und nicht nur das, sie müssen auch bei militärischen Planungen aktiv geschützt werden.“⁶

Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass die Hamas militärische Einrichtungen unter dem Krankenhaus unterhält, wäre es dennoch Israels Pflicht nach dem Völkerrecht, die Mitarbeiter und Patienten zu schützen, statt sie dem Tode auszusetzen. Das **vierte Genfer Abkommen von 1949**, das auch Israel unterzeichnet hat, verpflichtet alle Vertragsparteien dazu, bei gemischten militärisch-zivilen Objekten den Schutz der Zivilisten über die militärischen Ziele zu stellen.

Die Konvention sieht auch vor, dass **Kinder** unter 15 Jahren von allen Konfliktparteien einem besonderen Schutz unterstellt werden müssen und ihr Zugang zu Nahrung, Medizin, sicheren Zufluchtsorten und Bildungseinrichtungen gesichert werden muss. Bereits durch die am 9.10. verhängte vollständige Blockade hat Israel diese Konvention verletzt. Verteidigungsminister Yoav Gallant formulierte die völkerrechtswidrigen Ziele unmissverständlich: „*Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser und keinen Treibstoff geben.*“⁷ Seither wurden von Israel auch Dutzende von Schulen bombardiert und mehrere Krankenhäuser angegriffen, einschließlich den Stationen für Neugeborene. Tausende Kinder starben in Folge der Bombardierungen.

In dieser Lage ist die einzig ethisch und völkerrechtlich vertretbare Position, sich der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einer Aufhebung der Blockade anzuschließen. Die bedingungslose Unterstützung der Bundesregierung für Israels Vorgehen läuft dagegen auf eine Komplizenschaft mit schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen hinaus. Ein Waffenstillstand ist auch politisch der einzig vernünftige nächste Schritt. Denn eine militärische Lösung des jahrzehntelangen Konfliktes gibt es nicht. Das Beispiel des „Kriegs gegen den Terror“, den George W. Bush nach dem 11. September ausrief, sollte gezeigt haben, dass mehr Bomben nur mehr Terror schaffen und schließlich ganze Weltregionen destabilisieren können. **Bomben generieren nichts als Trauma, Hass und Wut.**

Die Lösung kann nur eine politische sein: ein gerechter Frieden, der die Sicherheitsinteressen, die Menschenrechte und die Zukunftsperspektiven von Palästinensern und Israelis gleichermaßen achtet. Die jüdisch-amerikanische Politologin Rosalind Petchesky, Jahrgang 1942 und Mitglied von „Jewish Voice for Peace“, erinnert an die jüdische Tradition von Gerechtigkeit: „Ich glaube“, sagt sie beim Sitzstreik in der Grand Central Station, „dass es im Judentum und in der jüdischen Ethik um Gerechtigkeit geht. In dieser Tradition bin ich aufgewachsen.“⁸

1. <https://www.democracynow.org/2023/11/15/al-shifa-hospital-raid-mads-gilbert> ↵
2. Nach der Erstürmung des Krankenhauses hat die israelische Regierung Videos veröffentlicht, die einen Tunnel unter dem Krankenhaus zeigen sollen. Die Existenz wurde von CNN-Reportern bestätigt. Ob der Tunnel militärischen Zwecken der Hamas diene, konnte bei Redaktionsschluss nicht **festgestellt** werden. ↵
3. Deutsche Welle am 14.11. auf Twitter: https://twitter.com/hrw_de/status/1724714789648101579 ↵
4. <https://www.youtube.com/watch?v=hy> ↵
5. <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/1/israels-deadly-attack-on-the-jabalia-refugee-camp-what-we-know-so-far> ↵
6. <https://www.reuters.com/world/middle-east/who-loses-contact-with-gaza-hospital-staff-after-raid-2023-11-15/> sowie <https://www.democracynow.org/2023/11/16/ccr-genocide> ↵
7. https://www.huffpost.com/entry/israel-defense-minister-human-animals-gaza-palestine_n_6524220ae4b09f4b8d412e0a ↵
8. <https://www.democracynow.org/2023/10/30/grand-central-protest>

<https://fabian-scheidler.de/2023/11/21/gaza-wie-sich-deutschland-von-der-welt-und-vom-voelkerrecht-isoliert/>

Webportal acTVism Munich: ausführliches **Interview** mit Fabian Scheibler zu Gaza und Israel (33 Minuten) **Nachdenkseiten**, 29.11.2023
Bundesregierung weiter gegen Waffenstillstand in Gaza und mit gewagter Interpretation des Völkerrechts

Attac-Radio im Freien Radio Kassel: Bericht über eine Diskussionsveranstaltung „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ (Dezember 2023)

„Was die Hamas getan hat, ist unverzeihlich. Das sage ich auch als **Palästinenserin**, weil dieses schreckliche Massaker dem palästinensischen Kampf schadet. Die Unabhängigkeit meines Volkes wird **nicht** auf den Leichen junger Menschen und in den Gazastreifen verschleppten Mädchen aufbauen“, sagt die junge **Palästinenserin Rula Daood** im **taz-Interview** vom 28. November und **der Jude Alon-Lee Green** fügt hinzu „Auf dem Spiel steht nicht weniger als unsere Menschlichkeit. Wenn wir die verlieren, dann verlieren wir auf Generationen die Möglichkeit, hier ein normales Leben aufzubauen – auf beiden Seiten.“ Beide sind Mitglieder der jü-

disch-palästinensischen Graswurzelbewegung **Standing Together**.

Auch im Kassel gibt es Bestrebungen, einer Polarisierung entgegenzutreten. So haben relativ viele Menschen eine - privat gestartete - Anzeige in der HNA vom 30. November unterzeichnet mit dem Text: „Wir trauern um die Opfer von Terror und Gewalt in Israel und Palästina und fordern unsere Politikerinnen und Politiker auf, alles zu unternehmen, dass das Töten aufhört und den Leidenden auf beiden Seiten des Konflikts geholfen werden kann.“ Diese Aufforderung an die Politik heißt auch, mal darüber nachzudenken, was die vielzitierte Leitlinie „Israels

Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ für die deutsche Außen- und Innenpolitik bedeutet.

Dazu gab es am 3. Dezember eine gut besuchte **Diskussionsveranstaltung in der Kasseler Buchoase: „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ - Was bedeutet das für die deutsche Außen- und Innenpolitik?** mit **Wissam Fakher** (Kasseler Hochschulgruppe Unidiversität), **Wieland Hoban** (Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in NahOst), **Werner Ruf** (ehemaliger Professor an der Kasseler Hochschule) und **Brigitte Domes** (Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Kassel) Mitschnitt: **Attac-Radio im Freien Radio Kassel**

Israel: Auch handfeste wirtschaftliche Interessen

Wem gehören die Gasfelder unter dem Mittelmeer?

Das Gaza-Marine-Gasfeld wurde im Jahr 2000 von British Petroleum ermittelt und auf ein Potenzial von 40 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Offiziell hat Israel die souveränen Rechte der Palästinensischen Autonomiebehörde über diese Lagerstätte anerkannt. Doch ihre Ausbeutung wird von Tel Aviv verhindert. Bis heute konnte noch keine einzige Bohrung niedergebracht werden.

Bashir El-Khoury, Le Monde diplomatique vom 08.10.2015, <https://monde-diplomatique.de/artikel/15237928>

Gaza: Es geht auch um gigantische Wirtschafts- und Machtinteressen der USA

04. November 2023, von Christian Müller

[...] Die Geschichte des Suez-Kanals umfasst [...] etliche kriegerische Ereignisse, bei denen es um die politischen und wirtschaftlichen Zuständigkeiten ging [...] Zwei Dinge allerdings sind seit 1975 klar: Der ganze Kanal liegt heute politisch ausschließlich auf ägyptischem Territorium und die bezahlten Durchfahrtsentgelte, ca. 5 Milliarden US-Dollars pro Jahr, gehen in die Staatskasse Ägyptens. Und genau das ist das Problem der USA, die mit ihrem weltweiten Hege-

monie-Anspruch gerade auch in dieser Region das absolute Sagen haben möchten. [...] Schon 1963 kam aus politischen Gründen die Idee auf, zwischen dem Roten Meer und dem Mittelmeer einen zweiten Kanal zu bauen, der zwar deutlich länger würde, aber vollständig unter der Kontrolle Israels stünde. Das Projekt hat bereits auch einen Namen: «Ben Gurion Canal». Die Mündung dieses neuen Kanals ins Mittelmeer läge aber, in der kürzesten Projekt-Variante, ausgerechnet da, wo heute Gaza liegt. [...] Der Suez-Kanal würde, weil dann umschiffbar, an Bedeutung verlieren, Ägypten verlöre an geopolitischem Einfluss, und für die US-Banken, die bereits als Geldgeber vorgesehen sind, wäre es ein gigantisches Geschäft. Genau dieses Projekt dürfte aber auch eine der Ursachen sein, warum Ägypten seine Grenzen für die Menschen aus Gaza jetzt nicht öffnen will. Selbstredend würde ein verlassener und leergefegter Gaza-Streifen dem Projekt «Ben Gurion Canal» entgegenkommen – den künftigen Kanal verkürzen, die Kosten reduzieren und die politische und rechtliche Situation des neuen Kanals stärken. Ägypten ist aber im Gegenteil daran interessiert, die internationale Bedeutung des Suez-Kanals zu stärken.

[Vollständiger Artikel](#), mit Karten

German Foreign Policy

Bundesregierung lehnt Waffenstillstand im Gaza-Krieg trotz humanitärer Krise weiterhin ab

15. Dez.2023

[...] Trotz der katastrophalen humanitären Krise im Gazastreifen spricht sich die Bundesregierung nach wie vor klar gegen einen Waffenstillstand aus. **Kanzler Olaf Scholz**, der dies mehrmals ausdrücklich bestätigt hat, bekräftigte zuletzt am Mittwoch, Israel habe ein „Recht auf Selbstverteidigung“ – eine banale Feststellung, die im politischen Alltag allerdings als Formel genutzt wird, um der Forderung, die Kampfhandlungen einzustellen, eine implizite Absage zu erteilen.[3] **Außenministerin Annalena Baerbock** hatte sich zuvor in einem Interview im Deutschlandfunk in ähnlicher Weise geäußert.[4] Eine Sprecherin ihres Ministeriums wurde am Mittwoch mit der Aussage zitiert, die „Forderung nach einem Waffenstillstand“ erschließe sich ihr nicht, da man „davon ausgehen“ müsse, dass die Hamas ihre Angriffe fortsetzen werde.[5] Belege nannte sie nicht. Bei der Waffenruhe im November war das Gegenteil der Fall gewesen. [...]

Unruhe in Washington

[...] US-Präsident Joe Biden hatte bereits Mitte Oktober gewarnt, Israel solle nicht die Fehler begehen, die die USA nach 9/11 begangen hätten.[7] Damals hatten die USA militärisch am Hindukusch interveniert wie jetzt Israel im Gazastreifen. Der Krieg in Afghanistan ging für Washington verloren. Biden hat die Warnung am Dienstag wiederholt und Israel dabei „willkürliche Bombardements“ im Gazastreifen vorgeworfen.[8] Zudem wies er darauf hin, dass Israel sich mit seiner Kriegsführung international immer mehr isoliere.

Die Bemerkung ist insofern von Bedeutung, als die Vereinigten Staaten in ihrer Außenpolitik dem Machtkampf gegen China inzwischen absolute Priorität einräumen und wenig geneigt sind, sich nach all ihren Kriegen im Nahen und Mittleren Osten jetzt erneut in der Region zu verausgaben. Stärkere US-Aktivitäten dort könnten jedoch notwendig werden, sollte sich die Feindschaft gegen Israel in der Region wegen der exzessiven israelischen Kriegsführung zuspitzen. Das Land ist schon für seine gegenwärtige Kriegsführung auf teure Rüstungslieferungen aus den USA angewiesen.

Die ersten Sanktionen

[...] Washington hat, um Tel Aviv zum Einlenken zu zwingen, am 5. Dezember ein Einreiseverbot gegen mehrere Dutzend israelische Siedler verhängt, die beschuldigt werden, an Angriffen auf Palästinenser im Westjordanland beteiligt gewesen zu sein.[9] [...] Das US-Einreiseverbot soll die israelische Regierung dazu veranlassen, die Gewalt zu stoppen, um eine nicht mehr kontrollierbare Eskalation der Lage zu verhindern, die ebenfalls US-Kräfte binden würde. Sanktionen gegen Israel waren in Deutschland bislang tabu. [...] Der US-Entscheidung, Einreiseverbote gegen Siedler in Kraft zu setzen, schließt sich Berlin an [...]

Unabhängig davon streben die Bundesregierung und die EU für die Zeit nach dem Ende des Krieges weiterhin eine führende Rolle beim Wiederaufbau des Gazastreifens und bei der Neuordnung der Region an.

(aus German Foreign Policy „Kein Waffenstillstand“ <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9437>)

Ein Kommentar zum Essay von Judith Butler – „Ein Kompass der Trauer“ Ein Fall von Propaganda

In Deutschland steht die Diskussion über die Gewalt der Hamas und den Krieg im Gazastreifen wie auch die Diskussion um die Siedlergewalt in der Westbank im Bann der deutschen Geschichte, was eine allgemeine Befangenheit bewirkt. Jede Kritik an der Politik der israelischen Regierung muss das Fegefeuer der zur Staatsräson verfestigten Solidarität mit dem Staat Israel durchlaufen. Deshalb trifft nahezu jeder auch nur im Ansatz israelkritische Kommentar auf strenge Richter.

So geschah es Judith Butler mit ihrem Essay „Kompass der Trauer“. Eine Lektüre des [Originals](#) zeigt, dass sie missverstanden wurde, willentlich oder nicht.

Die Kritik macht sich daran fest, dass Butler den Angriff der Hamas kontextualisiert, d.h. mit der Vorgeschichte und der Politik der israelischen Regierung in Verbindung bringt. Damit aber – so die [FAZ](#) - bringe sie „die einzelnen Greuel-taten zum Verschwinden“. Ein Vergleich mit anderen Untaten sei „obszön“. Auch verkenne Butler „die Konkretheit des Bösen“. Ähnlich sieht dies die [Berliner Zeitung](#), die die „einseitige Kritik“ als „gefährlich“ einschätzt.

Die [Zeit-online](#) nimmt an, dass durch die Kontextualisierung der Schrecken der Hamas „zweitrangig“ werde und „eine humane, spontane oder völkerrechtliche Sicht auf das Massaker“ nicht mehr zähle, ja „sogar moralisch verwerflich“ sei. Auch seien „am Ende die Juden wieder selbst an ihrer Vernichtung schuld“.

Das Anliegen von Judith Butler ist ein anderes: Es geht ihr um das Verstehen, um die Ursachen und die Bedingungen. Wie soll ein Urteil möglich sein, wenn wir nicht alle Umstände kennen?

Verurteilen, Stellung beziehen ist sinnvoll. Selbstverständlich ist die von der Hamas verübte Gewalt ohne Einschränkung zu verurteilen. Aber Zweifel sind angebracht, wenn Parteilichkeit eingefordert werde. „Fast sofort“ – so schreibt sie -wollten die Leute wissen, auf welcher „Seite du stehst“, und die einzig mögliche Reaktion auf solche Morde sei eine unmissverständliche Verurteilung. Verurteilen aber heißt etwas Verstehen und Verstehen verbietet nicht, zu wissen. Wissen macht uns nicht zu „Komplicen abscheulicher Verbrechen“. Der Siedler-Kolonialismus muss beendet werden. Die Antwort der Hamas ist schrecklich und falsch. Aber „wenn es uns verboten ist, von „der Besatzung“ zu sprechen, wenn wir nicht einmal die Debatte darüber führen können, ob die israelische Militärherrschaft im Westjordanland oder Gazastreifen Züge von Apartheid oder Kolonialismus trägt, dann haben wir keine Hoffnung, die Vergangenheit, die Gegenwart oder die Zukunft zu verstehen.“

Ihr Verstehen hat eine Funktion, ein Ziel. Wie die koloniale Herrschaft abschütteln, wie die willkürlichen Verhaftungen und Folterungen in israelischen Gefängnissen beenden, wie die Gewalt der Israelis und der Hamas beenden, wenn nicht durch Verstehen?

Sie denkt an eine andere politische Moral. Sie denkt an einen geduldigen und mutigen Weg des Lernens und Benennens, „damit wir die moralische Verurteilung mit einer moralischen Vision begleiten können.“

Was wäre, wenn wir nicht nur die Verbrechen verurteilen würden, sondern eine Zukunft schaffen wollten, in der diese Art von Gewalt ein Ende hat? Um dies zu erreichen, müssen wir die Geschichte der Situation kennen. Wir müssen die Gründe für das Erstarken der Hamas als militante Gruppe verstehen, die Gründe, die auch darin liegen, dass in der Post-Oslo-Phase für diejenigen im Gazastreifen das Versprechen einer Selbstverwaltung nie eingelöst wurde. Wir müssen wissen, warum sich andere palästinensische Gruppen mit anderen Taktiken und Zielen bilden konnten. Es gibt eine Geschichte der Palästinenser und ihr Streben nach Freiheit und dem Recht auf politische Selbstbestimmung, nach Befreiung von kolonialer Herrschaft und durchdringender militärischer Gewalt. Würden wir das sehen, „dann könnten wir Teil des Kampfes für ein freies Palästina sein, in dem die Hamas aufgelöst oder durch Gruppen mit gewaltfreien Bestrebungen für ein Zusammenleben abgelöst wird.“

Wer bei Empörung stehen bleibt, kann nicht aus Geschichte lernen.

Diejenigen, deren moralische Position sich allein auf die Verurteilung beschränken, haben gar nicht zum Ziel, die Situation zu verstehen. Moralische Empörung dieser Art ist gleichermaßen anti-intellektuell und beschränkt auf die Gegenwart. Empörung kann auch dazu führen, dass man sich in die Geschichtsbücher vertieft, um herauszufinden, wie es zu solchen Ereignissen kommen konnte und ob sich die Bedingungen nicht so ändern könnten, dass eine Zukunft voller Gewalt nicht die einzig mögliche Zukunft ist. Das bedeutet, dass wir den Blick über die entsetzliche Gegenwart hinaus weiten müssen, ohne ihren Schrecken zu leugnen, und uns gleichzeitig weigern müssen, dieses Grauen als das gesamte Grauen zu betrachten.-

Die Sprache kann beschreiben, aber sie erhält nur dann die Macht, dies zu tun, wenn sie sich an die Grenzen dessen halten würde, was zu sagen ist. „Wenn entschieden wird, dass wir nicht wissen müssen, wie viele palästinensische Kinder und Jugendliche in diesem Jahr oder in den Jahren der Besatzung sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen getötet wurden, dass diese Information nicht wichtig ist, um von den Angriffen auf Israel und die Tötung von Israelis zu erfahren oder sie zu bewerten, dann haben wir entschieden, dass wir die Geschichte der Gewalt, der Trauer und der Empörung nicht kennen wollen, wie sie von Palästinensern gelebt wird. Wir wollen nur die Geschichte der Gewalt, der Trauer und der Empörung kennen, wie sie von Israelis gelebt wird.“

Wir brauchen nicht nur Empathie - wir brauchen klare Analysen

Wenn die Palästinenser „menschliche Tiere“ sind, wie der israelische Verteidigungsminister behauptet, und wenn die Israelis jetzt „das jüdische Volk“ repräsentieren, wie Joe Biden behauptet, dann sind die einzigen betrauerbaren Menschen in dieser Szene, die einzigen, die Anspruch auf einer Trauer haben, die Israelis.

Wenn wir glauben, dass die moralische Verurteilung ein klarer, punktueller Akt sein muss, ohne Bezug auf irgendeinen Kontext oder ein Wissen, dann reproduzieren wir Formen des kolonialen Rassismus, die Teil des strukturellen Problems seien.

Trauer für die eine wie die andere Seite

Zur Trauer meint sie: Können wir nicht sowohl um die verlorenen Leben in Israel als auch um die in Gaza trauern, ohne uns in Debatten über Relativismus und Gleichwertigkeit zu verzetteln? „Vielleicht dient der breitere Rahmen der Trauer einem substanzielleren Ideal der Gleichheit, einem Ideal, das die gleichwertige Betrauerbarkeit der Leben anerkennt und die Empörung darüber hervorruft, dass die Toten mehr Leben und die gleiche Anerkennung für ihr Leben verdient hätten.“

Bekanntnis zur Gewaltfreiheit

„Eine gewaltfreie Welt wird durch gewaltfreie Befreiungskämpfe erschaffen“.

Ohne Gleichheit und Gerechtigkeit, ohne ein Ende der staatlichen Gewalt, die von einem Staat Israel ausgeübt wird, der selbst in Gewalt gegründet wurde, ist keine Zukunft vorstellbar. Eine solche Zukunft kann nicht entstehen, wenn wir nicht die Freiheit haben, alle Gewalt, einschließlich der israelischen Staatsgewalt in all ihren Formen zu benennen, und das ohne Angst vor Zensur, Kriminalisierung oder dem böswilligen Vorwurf des Antisemitismus.

Die Welt, die sie sich wünscht, „ist eine Welt, die sich der Normalisierung der Kolonialherrschaft widersetzt und die Selbstbestimmung und Freiheit der Palästinenser unter-

stützt, eine Welt, die tatsächlich den tiefsten Sehnsüchten aller Bewohner dieser Gebiete nach einem Zusammenleben in Freiheit, Gewaltlosigkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit entspricht. Diese Hoffnung erscheint vielen zweifellos naiv. Dennoch müssen einige von uns wie wild an ihr festhalten, sich weigernd zu glauben, dass die Strukturen, die jetzt bestehen, für immer bestehen werden. Dazu brauchen wir unsere Dichterinnen und Träumer, die ungezähmten Narren, die sich zu organisieren wissen.“

Judith Butler kontextualisiert, um einen Weg in den Frieden zu finden. Das sehen ihre Kritiker nicht.

Die Kritiker des Essays von Judith Butler übersehen willentlich oder unwillentlich, dass ihr kontextuales Verstehen-Wollen den Frieden zum Ziel hat. Judith Butler will verstehen, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. Hierzu ruft sie auf. Ihre Sprache ist vorsichtig, tastend. Immer wieder fragt sie zweifelnd, als wollte sie eine Diskussion beginnen und als seien ihre Gedanken nur eine Einführung und enthielten nur Hinweise, die zu bedenken sind.

Ihr Ansatz erinnert an Charlotte Wiedemann „Den Schmerz der anderen verstehen“. Schon der Titel „Der Kompass der Trauer“ regt diesen Vergleich an. Camus verwies einst gegen die gewaltverursachenden Ideologien und Revolutionen auf das menschliche Maß als Rahmen unseres Handelns. Butler sieht den Kompass für den Frieden im gegenseitigen Verstehen und in der Trauer für beide Seiten. Das ist ein menschliches Maß, das einen vorurteilsfreien Weg möglich macht.

S. auch: <https://www.infosperber.ch/gesellschaft/kontertext-diskursiver-frontenkrieg/>

Hinweise auf Websites und Veröffentlichungen

„Sand im Getriebe“:

[Artikel](#) über Gaza (2005-2022),

Artikel zu [Israel/ Palästina](#)

[Gaza-Sondernummer 1](#), Oktober 2023

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung
([Beschluss](#) von ATTAC Frankreich, 2002)

Helga Baumgarten

Kein Frieden für Palästina.

Der lange Krieg gegen Gaza.

Besatzung und Widerstand.

Promedia Verlag

2021

[Video Interview](#)

mit Nahostexpertin

Professorin Helga

Baumgarten: Israel-Gaza-

Konflikt im Fokus.



Websites mit täglichen Informationen

UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs:

<https://ochaopt.org/updates>

<https://www.unrwa.org/>

<https://palestine.un.org/en>

<https://news.un.org/en/news/topic/peace-and-security>

Rundbriefe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft:

<https://dpg-netz.de/rundbriefe/>

<https://www.palaestina-portal.eu/>

https://www.telepolis.de/thema/Israel_Krieg

[Labournet.de](http://labournet.de)

<https://www.democracynow.org/> u. v. m.

Weitere informative Websites

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern:

<https://bip-jetzt.de/blog/>

Karten über die Geschichte Palästinas: <http://passia.org/maps/38>

Koordinationskreis Palästina-Israel: <https://www.kopi-online.de>

Veranstaltungen /Aktionen: Termine in Deutschland:

<https://www.friedenskooperative.de/termine?thema=68>

www.Friedensratschlag.de www.NachDenkSeiten.de u.v.m.

One tiny seed

Rachel Goldberg-Polin rezitierte dieses von ihr verfasste Gedicht
bei ihrer **Rede vor der UN in Genf am 12. Dezember 2023**
anlässlich der 75. Jahresfeier zur Erklärung der Menschenrechte.

Rachel Goldberg-Polin ist Sprecherin der israelischen Frauen, deren Söhne unter den Geiseln der Hamas sind.

Ihr Sohn Hersh befindet sich unter den Geiseln. Er lebt wahrscheinlich nicht mehr.

Das Gedicht richtet sie an eine palästinensische Mutter im Gazastreifen.

<https://forward.com/fast-forward/573260/one-tiny-seed-rachel-goldberg-poem-hersh-goldberg-polin/>

There is a lullaby that says your mother will cry
a thousand tears before you grow to be a man.
I have cried a million tears in the last 67 days.

We all have.

And I know that way over there
there's another woman
who looks just like me
because we are all so very similar
and she has also been crying.

All those tears, a sea of tears
they all taste the same.

Can we take them
gather them up,
remove the salt

and pour them over our desert of despair
and plant one tiny seed.

A seed wrapped in fear,
trauma, pain,
war and hope

and see what grows?

Could it be
that this woman
so very like me

that she and I could be sitting together in 50 years
laughing without teeth
because we have drunk so much sweet tea together
and now we are so very old
and our faces are creased
like worn-out brown paper bags.

And our sons
have their own grandchildren
and our sons have long lives
One of them without an arm
But who needs two arms anyway?

Is it all a dream?

A fantasy? A prophecy?
One tiny seed.



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998).

Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken, kostenloses elektronisches Abonnement, Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion: sand-im-getriebe@posteo.de**

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).
Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes